Gesetz-

und

Verordnungsblatt

für das

Königreich Sachsen

vom Jahre 1894.

1. bis 12. Stück.

Dresden,
Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne.

Inhaltsverzeichniß

des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen

vom Jahre 1894.

I. In chronologischer Ordnung.

Tag der Ausstellung.	Tag der Ausgabe.	Inhalt.	Stück.	Nr.	Seite.
1893.	1894.				
13. Dez.	10. Febr.	Dekret des Ministeriums des Innern, die Bestätigung des 1. Nachtrags zur Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für Berichtigung des Heinersdorfer Baches II zu Beucha betr.	1	1	1
1894. 3. Jan.	10. Febr.	Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, die Feststellung der Beiträge zur Deckung des Bedarfs des Landeskulturrathes betr.	1	2	2
8. Jan.	10. Febr.	Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Innern, die Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe betr.	1	4	3 flg.
9. Jan.	10. Febr.	Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Innern, strom- und schifffahrtspolizeiliche Vorschriften für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe betr.	1	5	24 flg.
10. Jan.	10. Febr.	Bekanntmachung des Kriegs-Ministeriums, die Festsetzung des Betrags der für die Naturalverpflegung der Truppen im Jahre 1894 zu gewährenden Vergütung betr. . .	1	3	2
11. Jan.	10. Febr.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen an den Bahnlinien Zwickau-Falkenstein und Herlasgrün-Oelsnitz betr.	1	6	50
16. Jan.	10. Febr.	Verordnung des Ministeriums des Innern zu weiterer Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zu Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betr.	1	7	51
22. Jan.	20. März	Verordnung des Finanz-Ministeriums zur weiteren Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zu Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betr.	3	9	57
26. Jan.	20. März	Bekanntmachung des Finanz-Ministeriums, die veränderte Amtsbezeichnung des Staatsschulden-Buchhalters betr. .	3	10	58

Tag der Ausstellung.	Tag der Ausgabe.	Inhalt.	Stück.	Nr.	Seite.
26. Jan.	20. März	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen betr. . .	3	11	58 flg.
27. Jan.	20. März	Verordnung der Ministerien der Finanzen, des Innern und des Kriegs zu Ausführung der Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen	3	12	74 flg.
28. Jan.	20. März	Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, die Konzessionirung der Mobiliar-Brandversicherungskasse des Vereins sächsischer Gemeindebeamten zu Leipzig betr.	3	13	80
1. Febr.	20. März	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen zwischen den Stationen Klingenberg und Niederbobritzsch der Staatseisenbahnlinie Dresden-Werdau betr. .	3	14	80
12. Febr.	20. März	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Abtretung von Grundeigenthum zu Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Löbau nach Weißenberg betr.	3	16	82
13. Febr.	20. März	Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Innern, die Sicherung des Betriebes auf den Nebeneisenbahnen betr.	3	15	81
20. Febr.	20. März	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung der Anlagen des Bayerischen Bahnhofes in Leipzig betr.	3	17	83
22. Febr.	20. März	Bekanntmachung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, den zwischen dem Königreiche Sachsen und dem Königreiche Preußen wegen Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes der im Königreiche Preußen gelegenen Ortschaft Bunitz mit der im Königreiche Sachsen gelegenen Kirchen- und Schulgemeinde Thallwitz abgeschlossenen Vertrag betr.	3	18	84 flg.
26. Febr.	20. März	Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, die Gemeindeverfassung der Stadt Burgstädt betr.	3	19	86
2. März	20. März	Verordnung des Ministeriums des Innern wegen Abänderung der Verordnung vom 1. Juli 1886, die ärztlichen Hausapotheken und die Krankenhaus-Apotheken betr. . .	3	20	87
3. März	3. April	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Enteignung von Grundeigenthum zur Verbreiterung der Eisenbahnlinie Stollberg-St. Egidien behufs Fortsetzung der Linie Chemnitz-Stollberg bis Bahnhof Stollberg betr.	4	21	89
10. März	13. März	Gesetz, die Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 betr.	2	8	53 flg.
13. März	3. April	Bekanntmachung der Ministerien der Finanzen und des Innern, eine Anleihe des Stadtvereins für innere Mission zu Dresden betr.	4	22	90
15. März	3. April	Finanzgesetz auf die Jahre 1894 und 1895	4	24	94 flg.
16. März	3. April	Landtagsabschied für die Ständeversammlung der Jahre 1893 und 1894	4	23	91 flg.

Tag der Ausstellung.	Tag der Ausgabe.	Inhalt.	Stück.	Nr.	Seite.
17. März	3. April	Bekanntmachung des Finanz-Ministeriums, die Eröffnung des Betriebes auf der normalspurigen Nebeneisenbahn von Pirna über Dohma nach Großcotta betr.	4	25	96
17. März	3. April	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Abtretung von Grundeigenthum zu Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Olbernhau nach Neuhausen, sowie zur Anlegung einer Wasserleitung für Bahnhof Neuhausen betr.	4	26	97
20. März	3. April	Gesetz, die Unterstützung der in den Ruhestand versetzten Bezirkshebammen betr.	4	27	98
22. März	3. April	Bekanntmachung des Finanz-Ministeriums, die Ernennung von Kommissaren für den Bau mehrerer Nebeneisenbahnen betr.	4	28	100
22. März	3. April	Bekanntmachung des Kriegs-Ministeriums, Regulirung der Militärpensionen bei Anstellungen im Civildienste betr.	4	29	101
27. März	30. April	Verordnung des Ministeriums des Innern, den Nachrichtendienst in Viehseuchenangelegenheiten betr.	5	30	103
28. März	30. April	Verordnung des Ministeriums des Innern zur Ausführung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. März 1894, die Invaliditäts- und Altersversicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie betr. . . .	5	31	104
30. März	30. April	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Enteignung von Grundeigenthum für Verbesserung der Bahnstrecke beim Haltepunkt Plauen bei Dresden betr.	5	32	105
2. April	30. April	Gesetz, die Aufnahme einer 3prozentigen Rentenanleihe betr.	5	33	106 flg.
18. April	30. April	Verordnung der Ministerien der Justiz und des Innern, das Formular C zu den Anzeigen über Unglücksfälle und Selbstmorde betr.	5	34	108 flg.
24. April	5. Mai	Gesetz wegen Ergänzung und Aenderung des Forststrafgesetzes und der Gesetze, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betr.	6	35	111 flg.
25. April	5. Mai	Verordnung des Justiz-Ministeriums, das Inkrafttreten des Gesetzes wegen Ergänzung und Aenderung des Forststrafgesetzes und der Gesetze über das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen vom 24. April 1894 sowie die neue Fassung der erwähnten Gesetze betr. . . .	6	36	115 flg.
25. April	9. Juni	Bekanntmachung der Ministerien der Finanzen, des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, den zwischen Sachsen und Preußen am 18. November 1892 wegen Herstellung einer Eisenbahn von Rippach-Poserna einerseits nach Plagwitz-Lindenau, andererseits nach Markranstädt abgeschlossenen Staatsvertrag betr.	7	37	129 flg.
2. Mai	9. Juni	Verordnung des Finanz-Ministeriums, die Gebühren für Erhebung der Einkommensteuer und Besorgung der übrigen den Gemeindebehörden bei der Einkommensteuer obliegenden Geschäfte im Jahre 1894 betr. . . .	7	38	134

Tag der Ausstellung.	Tag der Ausgabe.	Inhalt.	Stück.	Nr.	Seite.
11. Mai	9. Juni	Bekanntmachung des Kriegs-Ministeriums, Regulirung des Bezugs der Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines für Militär-Invaliden bei ihrer Beschäftigung bezw. Anstellung im Kommunaldienst ꝛc. betr. .	7	39	135
12. Mai	9. Juni	Bekanntmachung der Ministerien der Finanzen und des Innern, eine Anleihe der Kirchengemeinde zu Riesa betr. . . .	7	40	136
26. Mai	9. Juni	Dekret des Ministeriums des Innern wegen Bestätigung der Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für Berichtigung des Mandaufluſſes in der Stadtflur Zittau unterhalb der Olbersdorfer Brücke	7	41	136
29. Mai	9. Juni	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung des Bahnhofs Chemnitz durch Herstellung eines Rangirbahnhofs mit Stationsanlage am Küchwalde bei Chemnitz betr. .	7	42	137
30. Mai	31. Juli	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Unterbringung von Kranken in Privat-Irrenanstalten betr. . . .	8	43	139 flg.
18. Juni	31. Juli	Bekanntmachung der Ministerien der Finanzen und des Innern, eine Anleihe der Oelsnitzer Bergbau-Gewerkschaft betr.	8	44	141
19. Juni	31. Juli	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung der Bahnhofsanlagen zu Freiberg betr.	8	45	142
29. Juni	31. Juli	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Errichtung einer Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler betr.	8	46	143
30. Juni	31. Juli	Verordnung des Finanz-Ministeriums, die weitere Ausführung des Einkommensteuergesetzes betr.	8	47	144 flg.
13. Juli	31. Juli	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen an der Bahnlinie Kieritzsch-Chemnitz betr. .	8	48	155
23. Juli	13. Sept.	Verordnung der Ministerien des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts, die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker betr.	10	50	159 flg.
10. Aug.	20. Aug.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Stiftung eines tragbaren Ehrenzeichens für Arbeiter und Dienstboten betr.	9	49	157
11. Sept.	3. Nov.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Aufstellung von Petroleum-, Benzin- und Gasmotoren betr. . . .	11	51	171
17. Sept.	3. Nov.	Verordnung des Ministeriums des Innern zu weiterer Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zu Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betr. . . .	11	52	173
8. Okt.	3. Nov.	Bekanntmachung des Finanz-Ministeriums, die Gegenzeichnung der auf Grund des Gesetzes vom 2. April 1894 auszugebenden Staats-Schuldverschreibungen über 3prozentige Renten betr.	11	53	173
16. Okt.	3. Nov.	Verordnung des Justiz-Ministeriums, die Eintragung der Staatsforstreviere in das Grundbuch betr. . . .	11	54	174

Tag der Ausstellung.	Tag der Ausgabe.	Inhalt.	Stück.	Nr.	Seite.
19. Okt.	3. Nov.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung des Bahnhofs Chemnitz durch Herstellung einer Rangieranlage bei Siegmar betr.	11	55	176
23. Nov.	31. Dez.	Verordnung der Ministerien der Finanzen und der Justiz, die Vertretung des Staatsfiskus in gewissen Fällen betr. .	12	56	179
10. Dez.	31. Dez.	Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, die Gemeindeverfassung der Stadt Markranstädt betr.	12	57	180

Inhaltsverzeichniß

des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen

vom Jahre 1894.

II. In alphabetischer Ordnung.

A.

Abfahrt der Elbschiffe oder Flöße. Verhalten dabei (Polizeiord. § 14 z. V. v. 8. Jan.) 6.

Abgabe von Sprengstoffen an Minderjährige und an dazu berechtigte Personen ꝛc. (Bestim. §§ 26, 27 z. V. v. 26. Jan.) 67.

Abgaben. In den Jahren $18\frac{94}{95}$ zu erhebende Abg. (Fin.-Ges. v. 15. März §§ 3 u. 4) 95.

Abgeordnete der II. Ständekammer. Wählbarkeit ders. beim Inkrafttreten des abgeänd. Einkommensteuerges. (Ges. v. 10. März Art. II Abs. 2) 56.

Abladen von Sprengstoffen, Vorschriften darüber (Bestim. §§ 8, 21 Abs. 4 z. V. v. 26. Jan.) 63, 66.

Ableichten im Fahrwasser der Elbe. Bestimmungen hierüber (Polizeiord. § 27 z. V. v. 8. Jan.) 10.

Abstand der treibenden Flöße (Polizeiord. § 15 z. V. v. 8. Jan.) 6. — Desgl. der Kettenschleppzüge (das. § 16) 7.

Altersversicherung der Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie. Einziehung der Versicherungsbeiträge, Meldepflicht (V. v. 28. März) 104.

Amtsbezeichnung des Staatsschulden-Buchhalters, Veränderung ders. (Bek. v. 26. Jan.) 58.

Amtsgerichte. Zuständigkeit ders. in Forst- u. Feldrügesachen (Ges. v. 10. März 1879 u. 24. April 1894 § 2) 126.

Amtshauptmannschaften. Beaufsichtigung der Privat-Irrenanstalten durch selbige (V. v. 30. Mai Pkt. 8) 140.

Amtshauptmannschaften Pirna, Dresden-Neustadt und Meißen, deren Zuständigkeit als Elbstromämter (V. v. 9. Jan. § 1) 24.

Amtsthierärzte. Anzeigepflicht über den Stand von Viehseuchen in den Schlachthöfen (V. v. 27. März § 2) 103.

An- bez. **Abmeldung** der Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie bei der Invaliditäts- u. Altersvers. (V. v. 28. März) 105.

Angehörige, arme. Ermäßigung der Einkommensteuer bei der Verpflichtung zur Unterhaltung solcher (V. v. 30. Juni Art. II § 22a) 146.

Anhalten und **Anlegen** von Personendampfschiffen an Landungsbrücken u. Kahnstationen. Vorschriften hierüber (Polizeiord. § 35 z. V. v. 8. Jan.) 12. — Desgl. der Elbschiffe u. Flöße. Vorschriften hierüber (das. §§ 24, 25 z. V. v. 8. Jan.) 9. — Desgl. an ungewöhnlicher Uferstelle. Anzeigepflicht (V. v. 9. Jan. § 32) 35.

Anker. Bereithalten derselben auf jedem Elbschiffe (Polizeiord. § 13 z. V. v. 8. Jan.) 6. — Ankern der Schiffe und Flöße. Vorschriften hierüber (Polizeiord. §§ 25, 26, 37 Abs. 3 z. V. v. 8. Jan.) 9, 14.

Ankunft und **Abfahrt** der Personendampfschiffe auf der Elbe (V. v. 9. Jan. §§ 58, 59) 41.

Anleihe. Aufnahme einer 3 proz. (Ges. v. 2. April) 106. — Gegenzeichnung der Staats-Schuldverschreibungen (Bek. v. 8. Okt.) 173.

Anleihe des Stadtvereins für innere Mission zu Dresden, Genehmigungsertheilung (Bek. v. 13. März) 90. — Desgl. der Kirchengemeinde zu Riesa (Bek. v. 12. Mai) 136. — Desgl. der Oelsnitzer Bergbau-Gewerkschaft (Bek. v. 18. Juni) 141.

Anstalten zur techn. Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln. Bezeichnung ders. (V. v. 23. Juli Abs. 6) 159.

Anstellung von Militärinvaliden im Civildienste, sowie Ausscheiden aus demselben. Regulirung der Pension (Bek. v. 22. März) 101.

Anzeigepflicht beim Ausbruch von Viehseuchen (V. v. 27. März) 103.

Apotheken, ärztliche Haus- und Noth- — Berechtigung zum Halten solcher. Einholung der Genehmigung. Abänderung der Verordnung vom 1. Juli 1886 (V. v. 2. März) 87.

Arbeiter und **Dienstboten.** Stiftung eines tragbaren Ehrenzeichens für selbige (V. v. 10. Aug.) 157.
Arzneien. Bereiten und Verabreichen solcher seiten der Aerzte (V. v. 2. März) 87.
Aufbewahrung von Sprengstoffen (Bestimm. §§ 1,3, 29,3 bis 34 z. V. v. 26. Jan.) 59, 68. — Strafbestimmungen (das. § 35) 69.
Aufschrift der Behälter für Sprengstoffe (Bestimm. § 6 Abs. 7 z. V. v. 26. Jan.) 62 u. (V. v. 27. Jan. § 20) 77.
Ausrüstung und **Ausrüstungsgegenstände** der Elbschiffe, Vorhandensein, Erhaltung und Prüfung (Polizeiord. § 4 z. V. v. 8. Jan.) 4 u. (V. v. 9. Jan. §§ 4, 8, 28) 26, 27, 34.
Ausschließung von Personen von der Beförderung auf Personendampfschiffen (V. v. 9. Jan. § 60) 41.
Ausweichen der Schiffe unter sich und an Baggermaschinen, beschädigten Fahrzeugen ꝛc. (Polizeiord. §§ 19, 28—30 z. V. v. 8. Jan.) 7, 10.

B.

Badeanstalten auf der Elbe. Vermeiden von Behinderungen ꝛc. anderer Fahrzeuge (Polizeiord. § 3 z. V. v. 8. Jan.) 4. — Führung von Signallichtern (das. § 38e) 15.
Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands. Ergänzungsbestimmungen zu § 44 (V. v. 13. Febr.) 81.
Bahnübergänge, unbewachte. Beobachtungsvorschrift für Geschirr- u. Maschinenführer (V. v. 13. Febr.) 81.
Bayerischer Bahnhof zu Leipzig. Abtretung von Grundeigenthum zu dessen Erweiterung (V. v. 20. Febr.) 83.
Beamte einer Justizbehörde. Vertretung des Staatsfiskus als Drittschuldner bei der Pfändung von Besoldungen solcher (V. v. 23. Nov.) 179.
Befähigungsausweis für Nahrungsmittel-Chemiker. Ertheilung desselben, Ausnahmen (V. v. 23. Juli Abs. 7, 8) 160, (Vorschriften § 1) 161, (Muster) 169.
Befreiung von der Einkommensteuer (Ges. v. 10. März Art. I § 6 Ziffer 3 u. 8) 53.
Begegnen von Segelschiffen unter einander und mit Flößen. Bestimmungen über das Ausweichen (Polizeiord. § 28 z. V. v. 8. Jan.) 10. — Desgl. von Dampfschiffen unter einander oder mit Schiffen u. Flößen (das. §§ 29, 30) 10. — Desgl. an schwierigen Stromstrecken (das. §§ 31, 32) 11 u. (V. v. 9. Jan. §§ 33, 34) 35.
Beglaubigungen. Befugnißertheilung zu Vornahme von solchen an den Direktor des Meteorol. Instituts (V. v. 16. Jan.) 51. — Desgl. an Beamte der Staatsschuldenverwaltung (V. v. 22. Jan.) 57. — Desgl. an die Vorstände der Staatsaichämter (V. v. 17. Sept.) 173.
Begleitkommandos militärischer Sendungen von Sprengstoffen. Vorschriften über deren Verhalten (Vorschrift zu §§ 12 u. 13) 72.
Behälter für Sprengstoffe. Aeußere Aufschrift derselben (Bestimm. § 6 Abs. 7 z. V. v. 26. Jan.) 62 u. (V. v. 27. Jan. § 20) 77.
Beiboote der Personendampfschiffe (Polizeiord. § 5 z. V. v. 8. Jan.) 4 u. (V. v. 9. Jan. § 56) 41.
Beifahrzeuge zu Schiffen, äußere Bezeichnung derselben (Polizeiord. § 6 Abs. 3 z. V. v. 8. Jan.) 5.
Beiträge zur Deckung des Bedarfs des Landeskulturrathes (Bek. v. 3. Jan.) 2.
Beitreibung des Ersatzes in Forst- und Feldrügesachen (Ges. v. 27. Febr. 1882 u. 24. April 1894 § 3) 128.
Beladung der Schiffe und Flöße. Vorschriften hierüber (Polizeiord. § 12 z. V. v. 8. Jan.) 6.
Benachrichtigung der Ortspolizeibehörden der Durchzugsorte bei Sprengstofftransporten (Bestimm. §§ 8 Abs. 3, 14 Abs. 2 u. 3, 16, 18, 21 Abs. 4, 23 Abs. 3 z. V. v. 26. Jan.) 63 u. (Vorschrift zu § 4) 71. — Desgl. der Eisenbahnbehörde (das. zu § 15) 73.
Benzinmotore. Vorschriften über deren Aufstellung (V. v. 11. Sept.) 171.
Bergamt zu Freiberg ist Bergbehörde im Sinne der Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen (V. v. 27. Jan. § 2) 75.
Bergbehörde im Sinne der Bestimm. über den Verkehr mit Sprengstoffen, Bezeichnung ders. (V. v. 27. Jan. § 2) 75.
Berichtigung von Wasserläufen ꝛc. S. Heinersdorfer Bach II S. 1.
Besatzung der Elbschiffe (Polizeiord. § 7 z. V. v. 8. Jan.) 5. — Desgl. der Flöße (das. § 9) 5.
Beschwerden der Schiffsreisenden, Abstellung. Revision des Beschwerdebuchs (V. v. 9. Jan. § 66) 43.
Besoldung eines Beamten der Justizbehörde. Vertretung des Staatsfiskus als Drittschuldner bei der Pfändung selbiger (V. v. 23. Nov.) 179.
Beucha, Genossenschaft für Berichtigung des Heinersdorfer Baches II das. Bestätigung d. I. Nachtr. z. Genossenschaftsord. (Dekr. v. 13. Dez. 1893) 1.
Be- oder **Entwässerungsanlagen.** Strafen für Vergehungen hinsichtlich dieser (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894, Art. 12—16, 18, 19, 21—25) 121.
Bezeichnung der Schiffe und Beifahrzeuge sowie der Flöße auf der Elbe (Polizeiord. §§ 6, 8 z. V. v. 8. Jan.) 4.
Bezirksärzte. Beaufsichtigung und Revision der Privat-Irrenanstalten durch selbige (V. v. 30. Mai Pkt. 8) 140.
Bezirkshebammen. Unterstützung der in den Ruhestand versetzten (Ges. v. 20. März) 98.
Bezirksthierärzte. Anzeigeerstattung über den Stand der Viehseuchen (V. v. 27. März § 2) 103.
Boote, Mitführen solcher beim Elbschifffahrtsbetrieb (Polizeiord. § 5 z. V. v. 8. Jan.) 4. — Aeußere Bezeichnung ders. (das. § 6 Abs. 3) 5. — Vergnügungsfahrten mit solchen auf der Elbe, Vorschriften hierüber (V. v. 9. Jan. § 37) 37.

Brandversicherungskasse, Mobiliar- — des Vereins sächs. Gemeindebeamten zu Leipzig, deren Konzessionirung (Bek. v. 28. Jan.) 80.

Brücken, Elb- — Verbot des Anlegens und Ankerns der Schiffe an selbigen (Polizeiord. § 25 z. V. v. 8. Jan.) 9. — Signallicht für die Schifffahrt an diesen (das. § 38 f) 15. — Durchfahrt der Elbfahrzeuge, Verhalten hierbei. Abstand der Fahrzeuge von einander. Verbot des Durchfahrens bei Nacht (V. v. 9. Jan. § 31) 34. — Von Sprengstofftransporten zu passirende u. zu öffnende Brücken u. Schleusen. Anzeigeerstattung (Bestimm. § 23 z. V. v. 26. Jan.) 66 u. (Zusatzvorschr. zu § 23) 74.

Buchführung über An- und Verkäufe von Sprengstoffen (Bestimm. § 25 z. V. v. 26. Jan.) 67. — Desgl. über Verausgabung an Arbeiter ꝛc. (das. § 27) 67. — Registerführung (V. v. 27. Jan. § 3) 75, 78.

Bürgermeister ist Ortsbehörde im Sinne der Verordnung vom 9. Jan. c., strom- und schifffahrtspolizeil. Vorschriften ꝛc. betr. (das. § 70) 44.

Bürgermeister sind Ortspolizeibehörde im Sinne der Bestimm. über den Verkehr mit Sprengstoffen (V. v. 27. Jan. § 2) 74.

Bunitz, preuß. Gemeinde. Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes mit der sächs. Gemeinde Thallwitz (Bek. v. 22. Febr.) 84, (Staatsvertr.) 85.

Burgstädt, Stadt. Aenderung des Verfassungsverhältnisses ders. (Bek. v. 26. Febr.) 86.

C.

Chemiker zur Untersuchung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen. Prüfung ders. (V. v. 23. Juli) 159 u. (Vorschriften) 161.

Chemische Zentralstelle für öffentl. Gesundheitspflege in Dresden ist staatliche Anstalt zur Untersuchung von Nahrungs- u. Genußmitteln (V. v. 23. Juli Abs. 6) 159.

Chemnitz, Bahnhof. Enteignung von Grundeigenthum zu dessen Erweiterung am Küchwalde (V. v. 29. Mai) 137. — Desgl. bei Siegmar (V. v. 19. Okt.) 176.

Civildienst. Regulirung der Militärpension bei Anstellungen von Invaliden im bez. Ausscheiden aus diesem (Bek. v. 22. März) 101.

Civilversorgungsschein für Militärinvaliden. Regulirung des Bezugs der Zulage für Nichtbenutzung desselben bei ihrer Beschäftigung im Kommunaldienste ꝛc. (Bek. v. 11. Mai) 135.

Cranzahl-Oberwiesenthaler Eisenbahn. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März I) 100.

D.

Dampfbagger. Mitführen eines Bootes (Polizeiord. § 5 z. V. v. 8. Jan.) 4.

Dampfdreschmaschinen, Dampfpflüge, Dampfstraßenwalzen. Vorschrift für die Führer solcher beim Passiren unbewachter Bahnübergänge (V. v. 13. Febr.) 81.

Dampffähren. Besondere Vorschriften für selbige (V. v. 9. Jan. § 67) 43. — Strafbestimmungen (das. §§ 68, 69) 43.

Dampfschiffe, Elb- — Bestimmungen über deren Konstruktion, Ausrüstung u. Erhaltung (Polizeiord. § 4 Abs. 3 z. V. v. 8. Jan.) 4. — Verhalten beim Vorbeifahren an anderen Fahrzeugen und an Strombaustellen (das. §§ 18, 19) 7. — Vorschriften beim Begegnen der Dampfschiffe unter einander und mit anderen Schiffen und Flößen (das. §§ 29, 30) 10, 11. — Desgl. an schwierigen Stellen u. Stromengen (das. §§ 31, 32) 11 u. (V. v. 9. Jan. §§ 33, 34) 35. — Signallichter (das. § 38) 14. — Prüfung ꝛc. vor der Ingebrauchnahme — Prüfungsergebniß — Ausstellung des Fahrzeugnisses — Jährliche Revision — Zeit der vorzunehmenden Revision — Kesselprüfung — Prüfung der Schiffsausrüstung (V. v. 9. Jan. §§ 5—8) 26, 27.

Personen-Dampfschiffe. — Fahrten, Fahrplan, Fahrpreise, Einhaltung derselben, bez. Kenntlichmachung (V. v. 9. Jan. §§ 50—52, 58) 39, 41. — Landungsplätze, Anlegen an Landungsbrücken u. Kahnstationen (Polizeiord. § 35 z. V. v. 8. Jan.) 12, (V. v. 9. Jan. § 53) 40. — Aufnahme von Reisenden und Frachtgütern (Polizeiord. § 35 Abs. 6) 13, (V. v. 9. Jan. §§ 54, 59) 40. — Ueberfüllung ꝛc. (V. v. 9. Jan. § 55) 40. — Mitführen des Beibootes (das. § 56) 41. — Restauration auf dem Schiffe, Beleuchtung der Kajüten (das. § 57) 41. — Ausschließung von der Beförderung (das. § 60) 41. — Dienstpersonal, Vorstellung u. Verpflichtung der Schiffsführer ꝛc., Verhalten der Schiffsmannschaft (das. §§ 62—65) 42. — Beschwerden der Reisenden (das. § 66) 43. — Strafbestimmungen (das. §§ 68, 69) 43.

Verbot des Transports von Sprengstoffen auf Personen-Dampfschiffen (Bestimm. § 20 z. V. v. 26. Jan.) 65. — Verladen von Sprengstoffen auf Dampfschiffen (das. § 22) 66.

Denkmäler, Kunst- — Errichtung einer Kommission zur Erhaltung ders. (V. v. 29. Juni) 143.

Dienstboten und Arbeiter. Stiftung eines tragbaren Ehrenzeichens für diese (V. v. 10. Aug.) 157.

Dienstpersonal der Elb-Dampfschiffe. Führung und Vorlegung eines Verzeichnisses dess. (V. v. 9. Jan. § 62) 42.

Dienstzeugnißbuch der Schiffsmannschaften. Führung eines solchen (V. v. 9. Jan. § 39) 37. — Ausfertigende ꝛc. Behörde (das. §§ 40, 44) 38. — Einträge (das. § 45) 38. — Muster D (das.) 48.

Dresden-Neustadt, Amtshauptmannschaft, deren Zuständigkeit als Elbstromamt sowie Grenzen des letzt. (V. v. 9. Jan. § 1) 24.

Dresden, Stadtverein für innere Mission. Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe (Bek. v. 13. März) 90.

Dresden-Werdauer Bahnlinie. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen zwischen den Stationen Klingenberg u. Niederbobritzsch (V. v. 1. Febr.) 80.

Dynamit, zum Verkehr zugelassenes (Bestimm. § 2,2 a z. V. v. 26. Jan.) 59.

E.

Ehrenzeichen für Arbeiter u. Dienstboten. Stiftung eines tragbaren Ehrenz. (V. v. 10. Aug.) 157. — **Umtausch** der bisherigen Medaille (das. § 6) 158.

Einkommen. Höhe des steuerfreien Eink. (Ges. v. 10. März Art. I § 6,8) 53.

Einkommensteuer. Abänderung des Gesetzes v. 2. Juli 1878 (Ges. v. 10. März) 53. (Ausf.-V. v. 30. Juni) 144. — Vers. unterliegendes niedrigstes Jahreseinkommen (Ges. v. 10. März Art. I § 6 Ziff. 8) 53. — Steuersätze (das. § 12) 54. — Hülfstafel zur Berechnung der Steuersätze (V. v. 30. Juni § 7) 144, 149. — Steuerermäßigung (das. Art. I § 13) 55. — Rechtsmittel der Beschwerdeführung (das. § 66) 55. — Inkrafttreten des Gesetzes (das. Art. II) 55. — Desgl. der Ausf.-V. v. 30. Juni S. 148. — Wählbarkeit der Abgeordn. zur II. Kammer infolge Veränderung der Steuersätze (Ges. v. 10. März Art. II Abs. 2) 56. — Erhöhung von Steuersätzen auf 1894 (das. Abs. 3) 56. — Erhebung der Eink. (Ges. v. 15. März § 3b) 95.— Event. Zuschlag zur selb. (das. Abs. 2) 95. — Gebühren für Erhebung 2c. der Steuer (V. v. 2. Mai) 134 u. (V. v. 30. Juni § 52) 146.

Einschätzungskommission für die Einkommensteuer. Erlöschen der Mitgliedschaft (V. v. 30. Juni § 17 Abs. 2) 144. — Abänderung des § 22 der Instruktion für diese (das. Art. II) 146.

Einstellen der Thalschifffahrt bei Nebel 2c. (Polizeiord. § 17 z. V. v. 8. Jan.) 7.

Eisenbahnen. Sicherung des Betriebes auf den Nebeneisenbahnen (V. v. 13. Febr.) 81.

Eisenbahnen. Neuanlegung, Erweiterung bestehender Anlagen, Betriebseröffnung 2c.:

1. Bayerischer Bahnhof in Leipzig. Abtretung von Grundeigenthum zu dessen Erweiterung (V. v. 20. Febr.) 83.
2. Chemnitz, Bahnhof. Enteignung von Grundeigenthum zu dessen Erweiterung am Küchwalde (V. v. 29. Mai) 137. — Desgl. bei Siegmar (V. v. 19. Okt.) 176.
3. Cranzahl-Oberwiesenthal. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März I) 100.

Eisenbahnen (Fortsetzung).

4. Dresden-Werdauer Bahnlinie. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen zwischen den Stationen Klingenberg und Niederbobritzsch (V. v. 1. Febr.) 80.
5. Freiberg, Bahnhof. Enteignung von Grundeigenthum zu dessen Erweiterung (V. v. 19. Juni) 142.
6. Herlasgrün-Oelsnitz, Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen (V. v. 11. Jan.) 50.
7. Kieritzsch-Chemnitz. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen (V. v. 13. Juli) 155.
8. Klingenberg und Niederbobritzsch. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen zwischen diesen Stationen (V. v. 1. Febr.) 80.
9. Kohlmühle-Hohnstein. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März I) 100.
10. Löbau-Weißenberg. Abtretung von Grundeigenthum zu deren Erbauung (V. v. 12. Febr.) 82.
11. Mulda-Sayda. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März II) 100.
12. Neuhausen, Bahnhof. Enteignung von Grundeigenthum zur Anlegung einer Wasserleitung das. (V. v. 17. März) 97.
13. Olbernhau-Neuhausen. Enteignung von Grundeigenthum zu deren Erbauung (V. v. 17. März) 97.
14. Pirna-Dohma-Großcotta. Betriebseröffnung (Bek. v. 17. März) 96.
15. Plauen b. Dresden, Haltepunkt. Enteignung von Grundeigenthum (V. v. 30. März) 105.
16. Rippach-Poserna einerseits nach Plagwitz-Lindenau, andererseits nach Markranstädt. Staatsvertrag zwischen Sachsen und Preußen wegen Herstellung dieser Eisenbahn (Bek. v. 25. April) 129.
17. Siegmar. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung einer Rangiranlage für Bahnhof Chemnitz (V. v. 19. Okt.) 176.
18. Stollberg-St. Egidien. Enteignung von Grundeigenthum zu deren Verbreiterung (V. v. 3. März) 89.
19. Waldheim-Kriebethal. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März II) 101.
20. Wilzschhaus-Carlsfeld. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März I) 100.
21. Wüstenbrand-Limbach. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März II) 101.
22. Zwickau-Falkenstein. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen (V. v. 11. Jan.) 50.

Eisenbahnbau. Ernennung von Kommissaren für selbigen (Bek. v. 22. März) 100.

Eisenbahnübergänge, unbewachte. Vorschrift für Führer von Dampfpflügen, Dampfstraßenwalzen, Dampfdreschmaschinen, Lokomobilen ꝛc. beim Passiren solcher (V. v. 13. Febr.) 81.

Elbbrücken. Verbot des Anlegens und Ankerns der Schiffe an selbigen (Polizeiord. § 25 z. V. v. 8. Jan.) 9. — Signallicht für die Schifffahrt (das. § 38 f) 15.

Elbe, Strom. Bekanntgabe der Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf selbiger (V. v. 8. Jan.) 3 u. Vorschriften (V. v. 9. Jan.) 24.

Elbfahrzeuge, amtliche Feststellung der Tüchtigkeit, Ertheilung und Mitführung eines Schiffspatents (V. v. 9. Jan. §§ 3, 4, 5) 25.

Elbschifffahrtsbetrieb. Berechtigung dazu. Erlaubniß ertheilende Behörden. Gebühr für den Erlaubnißschein (V. v. 9. Jan. § 2) 25. — Strafbestimmungen (das. §§ 68, 69) 43.

Elbstromämter, deren Zuständigkeit sowie Benennung und Grenzen (V. v. 9. Jan. § 1) 24.

Elbuferstaaten, vereinbarte Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe (V. v. 8. Jan.) 3 u. (V. v. 9. Jan.) 24. — Aufhebung früherer Verordnungen (das.) 24.

Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Eisenbahnen ꝛc., s. Eisenbahnen.

Entfernung der Fahrzeuge bei Sprengstofftransporten von einander und von Gebäuden ꝛc. (Bestimm. §§ 13 Abs. 2, 14, 15 Abs. 1, 17, 21 Abs. 2, 4) 64, (Vorschrift zu §§ 12 u. 13 d, zu § 15) 72.

Entwässerungsanlagen. Strafen für Vergehungen hinsichtlich dieser (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 12—16, 18, 19, 21—25) 121.

Erbschaftssteuer. Erhebung derselben in den Jahren 1894 und 1895 (Fin.-Ges. v. 15. März § 3 e) 95.

Erlaubnißschein zum Besitz von Sprengstoffen bei Versendung selbiger (Bestimm. § 5 z. V. v. 26. Jan.) 61.
Erlaubnißschein zum Elbschifffahrtsbetrieb. Behörde, welche denselben ertheilt. Gebühr (V. v. 9. Jan. § 2) 25.

Ermäßigung der Einkommensteuer (Ges. v. 10. März Art. I § 13) 55, (V. v. 30. Juni § 22) 146.

Expropriation von Grundeigenthum zur Herstellung von Eisenbahnen ꝛc., s. Eisenbahnen.

F.

Fabrikfirma, Fabrikmarke ꝛc., Sprengstoffbehälter müssen mit ders. versehen sein (Bestimm. § 6,7 z. V. v. 26. Jan.) 62 u. (V. v. 27. Jan. § 20) 77.

Fähren auf der Elbe. Besondere Vorschriften für selbige (V. v. 9. Jan. § 67) 43. — Strafbestimmungen (das. §§ 68, 69) 43. — Vermeiden von Behinderungen und Beschädigungen anderer Fahrzeuge (Polizeiord. § 3 z. V. v. 8. Jan.) 4. — Handhabung des Fährbetriebes. Vorschriften (Polizeiord. § 36 z. V. v. 8. Jan.) 13. — Verhalten anderer Schiffsfahrzeuge an Fährstellen (das. § 37) 13. — Vorschrift hinsichtlich des Uebersetzens von Sprengstoffen (Bestimm. § 20 Abs. 3 z. V. v. 26. Jan.) 65.

Fährgierseile. Kenntlichmachung des Anfangspunktes ders. (Polizeiord. § 36 Abs. 2 z. V. v. 8. Jan.) 13. — Beachtung des Fährg. seiten der Kettendampfschiffe. Verbot des Ankerns ꝛc. in deren Bereich (das. § 37 Abs. 2, 3) 14.

Fahrgeschwindigkeit der Schleppzüge (Polizeiord. § 42 z. V. v. 8. Jan.) 15.

Fahrplan der Personendampfschifffahrt auf der Elbe. Veröffentlichung an den Stationen (V. v. 9. Jan. §§ 50 bis 52) 39.

Fahrwasser der Elbe. Reinhalten desselben. Vermalen gefährlich werdender Stromstellen (Polizeiord. §§ 21, 22 z. V. v. 8. Jan.) 8. — Beachtung und Schonung der Schifffahrtszeichen, Einhaltung des Fahrwassers (das. § 22) 8.

Fahrzeuge auf der Elbe. Vermeiden gegenseitiger Behinderungen und Beschädigungen (Polizeiord. § 3) 4.

Feilhalten von Sprengstoffen. Anzeige an die Ortspolizeibehörde, polizeiliche Erlaubniß erforderlich (Bestimm. §§ 24 Abs. 1, 30 z. V. v. 26. Jan.) 66, 68.

Felddiebstahl, s. Forst- und Felddiebstahl.

Feldkultur. Strafen bei Vergehungen hinsichtlich solcher (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 8, 13—25) 119.

Feldrügesachen, s. Forst- und Feldrügesachen.

Feuergefährliche Gegenstände. Deren Beförderung auf Schiffen (Polizeiord. § 50 z. V. v. 8. Jan.) 17.
S. a. Sprengstoffe.

Feuerversicherung, Mobiliar- — für sächs. Gemeindebeamte, Konzessionirung (Bek. v. 28. Jan.) 80.

Feuerwerkskörper, zum Verkehr zugelassene (Bestimm. § 2,5 z. V. v. 26. Jan.) 60.

Finanzgesetz auf die Jahre 1894 u. 1895. Feststellung der Ueberschüsse und Zuschüsse (Ges. v. 15. März) 94.

Fiskus, Sächs. — Dessen Vertretung bei der Pfändung von Forderungen ꝛc. (V. v. 23. Nov.) 179.

Flaggen u. Bälle für die Schifffahrt auf der Elbe, Größe ꝛc. ders. (Polizeiord. § 2 Abs. 3) 4.

Fleischwerk, vereinsländisches und vereinsausländisches. Erhebung der Uebergangs- sowie der Verbrauchsabgabe in den Jahren 1894 u. 1895 (Fin.-Ges. v. 15. März § 3 d) 95.

Flöße, Besatzung, Einrichtung u. Bezeichnung (Polizeiord. §§ 8, 9 z. V. v. 8. Jan.) 5. — Beladung (das. § 12) 6. — Verhalten (das. § 15) 6. — Ausweichen (das. § 19) 7. — Sperrung u. Reinhalten des Fahrwassers (das. §§ 20, 21) 7. — Beachtung der Schifffahrtszeichen ꝛc., Anlegen (das. §§ 23—25) 9. — Ankern, Laden u. Ableichten im Fahrwasser (das. §§ 26, 27) 10. — Begegnen mit Schiffen (das. §§ 28—30) 10. — Begegnen an schwierigen Stellen (das. §§ 31, 32) 11. — Verhalten bei Schifffahrtsstockungen (das. § 33) 12. — Lichterführung (das. §§ 38 d, e, 49) 14, 18. — Einstellen der Fahrt bei Beschädigung, Verhalten bei Unglücksfällen ꝛc. (das. §§ 43—45) 15. — Stellung des Floßführers zu den Mannschaften (das. § 46) 16. — Befolgung der polizeilichen Anordnungen, Mitführen der Polizeiordnung (das. § 47) 16. — Bestrafung von Zuwiderhandlungen (das. § 48) 17. — Signale (das. § 49) 17, 18. — Aufhebung früherer Verordnung (V. v. 9. Jan.) 24.

Flößerei auf der Elbe. Bekanntgabe der Polizeiordnung für selbige (V. v. 8. Jan.) 3. — Erlaubnißertheilung (V. v. 9. Jan. § 2 Abs. 4) 25.

Floßführer. Dessen Stellung zu den Mannschaften (Polizeiord. § 46 z. V. v. 8. Jan.) 16. — Prüfung ders. (V. v. 9. Jan. §§ 15—19) 29.

Floßführerpatent. Bestimmungen über dessen Führung (V. v. 9. Jan. § 15) 29.

S. a. Schiffsführerpatent.

Forstkultur. Strafen bei Vergehungen hinsichtlich dieser (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 7, 8, 13—25) 119.

Forst- u. Felddiebstahl. Strafmaß für selbigen (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 1) 116. — Vollendung des Diebstahls (das. Art. 3) 117. — Erschwerungsgründe (das. Art. 4) 117. — Rückfall (das. Art. 5) 118. — Zusammentreffen erschwerender Umstände u. des Rückfalls (das. Art. 6) 118. — Verjährung (das. Art. 19) 123. — Verwandlung von Freiheitsstrafen in Geld, Ausnahmen (das. Art. 21, 22) 124. — Besondere Bestimmungen (das. Art. 23) 124. — Anwendung des Reichsstrafgesetzes (das. Art. 24) 125. — Aufhebung des Forststrafgesetzes (das. Art. 26) 125.

Forstreviere, Staats- — deren Eintragung in das Grundbuch. Abänderung des § 3 d. V. v. 4. Aug. 1866 (V. v. 16. Okt.) 174.

Forststrafgesetz, Forst- u. Feldrügesachen, Forst- u. Feldstrafgesetz. Aenderung u. Ergänzung dieser Gesetze (Ges. v. 24. April) 111, 114. — Inkrafttreten (V. v. 25. April) 115. — Neue Fassung ꝛc. dieser Gesetze (das.) 116, 126, 128. — Aufhebung des Forststrafgesetzes (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 26) 125.

Forstvergehungen. Strafen für selbige (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 7) 119.

Frachtschiffe, Untersuchung u. Ausrüstung (V. v. 9. Jan. §§ 4, 9) 26, 28.

Frachtschifffahrt auf der Elbe. Erlaubniß ertheilende Behörde (V. v. 9. Jan. § 2) 25. — Strafbestimmungen (das. §§ 68, 69) 43.

Freiberg, Bahnhof. Enteignung von Grundeigenthum zu dessen Erweiterung (V. v. 19. Juni) 142.

Fuhrwerke zur Beförderung von Sprengstoffen. Beschaffenheit ꝛc. ders. (Bestimm. §§ 7, 11, 12, 13, 15, 17) 62.

G.

Gartenkultur. Strafen bei Vergehungen hinsichtlich solcher (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 8, 13—25) 119.

Gasmotoren. Vorschriften über deren Aufstellung (V. v. 11. Sept.) 171.

Geisteskranke. Bestimmungen über die Unterbringung solcher in Privat-Irrenanstalten (V. v. 30. Mai) 139.

Gelatinedynamit, zum Verkehr zugelassenes (Bestimm. § 2, 2 d z. V. v. 26. Jan.) 60.

Geldleistungen. In den Jahren 1894 u. 1895 zu erhebende (Fin.-Ges. v. 15. März § 4) 96.

Gemeindebeamte, sächs. Konzessionirung der Mobiliar-Brandversicherungskasse des Vereins für selbige zu Leipzig (Bek. v. 28. Jan.) 80.

Gemeindeverfassung der Stadt Burgstädt. Aenderung ders. (Bek. v. 26. Febr.) 86. — Desgl. der Stadt Markranstädt (Bek. v. 10. Dez.) 180.

Gemeindevorstand ist Ortsbehörde im Sinne der Verord. v. 9. Jan. c., strom- u. schifffahrtspolizeil. Vorschriften betr. (das. § 70) 44.

Gemische, welche Nitroglycerin abtropfen lassen, vom Verkehr ausgeschlossene (Bestimm. § 3, 4 z. V. v. 26. Jan.) 60.

Genossenschaft f. Berichtigung des Heinersdorfer Baches II, Bestätigung des I. Nachtrags zur Genossenschaftsord. (Dekr. v. 13. Dez. 1893) 1. — Desgl. des Mandaufl usses, desgl. der Genossenschaftsord. (Dekr. v. 26. Mai) 136.

Geschirrführer. Beobachtungsvorschrift für selbige beim Passiren unbewachter Bahnübergänge (V. v. 13. Febr.) 81.

Gewässer. Strafen für Vergehungen hinsichtlich dieser (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 12—16, 18, 19, 21—25) 121.

Gewerbebetrieb im Umherziehen. Erhebung der Steuer in den Jahren 1894 u. 1895 (Fin.-Ges. v. 15. März § 3 c) 95.

Gewerbe-Inspektion. Vornahme der jährl. Revision der Elb-, Dampf- oder anderer Maschinenschiffe (V. v. 9. Jan. § 8) 27. — Prüfung der Maschinenführer und deren Stellvertreter (das. § 64) 42.

Gewicht der Versendungsstücke bei Sprengstoffen (Bestimm. § 6,8 z. V. v. 26. Jan.) 62, (Zusatz-Vorschrift zu § 19) 73.

Glockensignale. Anwendung ders. bei der Elbschifffahrt (Polizeiord. § 40 z. V. v. 8. Jan.) 15.

Grundbuchfolien für die Staatsforstreviere. Anlegung solcher. Abänderung des § 3 d. V. v. 4. Aug. 1866 (V. v. 16. Okt.) 174.

Grundsteuer. Ueberweisung eines Theils derselben an die Schulgemeinden (Fin.-Ges. v. 15. März § 2) 94. — Erhebung ders. (das. § 3a) 95.

Gültigkeit der Schiffspatente (V. v. 9. Jan. §§ 12—14) 29.

Gutsvorsteher ist Ortsbehörde im Sinne der Verord. v. 9. Jan. c., strom- u. schifffahrtspolizeiliche Vorschriften betr. (das. § 70) 44.

H.

Handel mit Sprengstoffen bedarf der polizeil. Erlaubniß (Bestimm. §§ 24—26 z. V. v. 26. Jan.) 66. — Zulässiges Gewichtsquantum (das. § 29) 68. — Strafbestimm. (das. § 35) 69, (V. v. 27. Jan. § 20 Abs. 2) 77.

Hausapotheken, ärztliche. Berechtigung zum Halten solcher. Einholung der Genehmigung. Abänderung der Verord. v. 1. Juli 1886 (V. v. 2. März) 87.

Hausgewerbetreibende der Textilindustrie. Einziehung der Versicherungsbeiträge zur Invaliditäts- u. Altersversicherung — Meldepflicht (V. v. 28. März) 104.

Haustren. Erhebung der Steuer hiervon in den Jahren 1894 u. 1895 (Fin.-Ges. v. 15. März § 3c) 95.

Hauslisten behufs Einschätzung zur Einkommensteuer. Wegzulassende Personen (V. v. 30. Juni § 23 Abs. 3, § 26 Abs. 3) 145. — Beschaffung dieser Formulare u. Vergütung (das. § 42 Abs. 2) 145.

Hebammen. Unterstützung der in den Ruhestand versetzten (Ges. v. 20. März) 98.

Heinersdorfer Bach II, Bestätigung des I. Nachtr. z. Genossenschaftsord. f. Berichtig. desselb. (Dekr. v. 13. Dez. 1893) 1.

Herlasgrün-Oelsnitzer Eisenbahn. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen (V. v. 11. Jan.) 50.

Hutungsvergehungen. Strafen für solche (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 9, 14, 15, 18, 19, 21—25) 120.

Hygienisches Institut an der Universität Leipzig ist staatliche Anstalt zur Untersuchung von Nahrungs- u. Genußmitteln (V. v. 23. Juli Abs. 6) 159.

J.

Jagdvergehen. Strafen für solche (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 10, 11, 14, 16, 18—25) 121.

Jahreseinkommen. Höhe des steuerfreien Einkommens (Ges. v. 10. März Art. I § 6,8) 53.

Innere Mission zu Dresden. Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe des Stadtvereins für selbige (Bek. v. 13. März) 90.

Intendantur des 12. (Königl. Sächs.) Armeekorps. Regulirung der Militär-Invalidenpension bei Anstellung im bez. beim Ausscheiden aus dem Civildienste durch diese (Bek. v. 22. März) 101. — Die Regulirung des Bezugs der Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins für Militärinvaliden bei ihrer Beschäftigung im Kommunaldienst erfolgt durch die Intendantur (Bek. v. 11. Mai) 135.

Invalidenpension, Militär- — Regulirung ders. bei Anstellung im bez. Ausscheiden aus dem Civildienste (Bek. v. 22. März) 101.

Invaliditäts- u. Altersversicherung der Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie, Einziehung der Versicherungsbeiträge — Meldepflicht (V. v. 28. März) 104.

Irrenanstalten, Privat- — Bestimmungen über die Unterbringung Kranker in solchen (V. v. 30. Mai) 139. — Beaufsichtigung ders. (das. Pkt. 8) 140.

K.

Kähne, Elb- — Bezeichnung ders. (Polizeiord. § 6 Abs. 3 z. V. v. 8. Jan.) 5.

Kahnfahren auf der Elbe. Vorschriften hierüber (V. v. 9. Jan. § 37) 37.

Kahnstationen. Vorschriften über das Anhalten der Personendampfschiffe an solchen (Polizeiord. § 35 Abs. 2 flg. z. V. v. 8. Jan.) 12.

Karbonit, zum Verkehr zugelassenes (Bestimm. § 2,2e z. V. v. 26. Jan.) 60.

Kartuschen, zum Verkehr zugelassene (Bestimm. § 2,5 z. V. v. 26. Jan.) 60.

Kettendampfschiffe. Beachtung des Fährgierseils (Polizeiord. § 37 Abs. 2, 3 z. V. v. 8. Jan.) 13.

Kettenschleppzüge. Abstand derselben von einander (Polizeiord. § 16 Abs. 2 z. V. v. 8. Jan.) 7. — Besondere Vorschriften für die sächs. Strecke (V. v. 9. Jan. § 36) 36.

Kieritzsch-Chemnitzer Bahnlinie. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen (V. v. 13. Juli) 155.

Kinder. Ermäßigung der Einkommensteuer bei Unterhalt einer großen Anzahl solcher (V. v. 30. Juni Art. II § 22a) 146.

Kirchen- und Schulverband der sächs. Gemeinde Thallwitz mit der preuß. Gemeinde Bunitz. Aufhebung desselb. (Bek. v. 22. Febr.) 84, (Staatsvertr.) 85.

Klauenseuche des Rindviehs ꝛc. Regelung des Nachrichtendienstes beim Ausbruch ders. (V. v. 27. März) 103.

Klingenberg und **Niederbobritzsch,** Stationen. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen zwischen selbigen (V. v. 1. Febr.) 80.

Knallgold, Knallquecksilber, Knallsilber, vom Verkehr ausgeschlossenes (Bestimm. § 3,2 z. V. v. 26. Jan.) 60.

Kohlmühle - Hohnsteiner Eisenbahn. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März I) 100.

Kommandos militärischer Sendungen von Sprengstoffen. Vorschriften über deren Verhalten (Vorschrift zu §§ 12 u. 13) 72.

Kommissare für Staatseisenbahn-Bau. Ernennung ders. (Bek. v. 22. März) 100.

Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler. Errichtung dieser Behörde, Zusammensetzung, Geschäftsgang, Wirkungskreis, Inkrafttreten (V. v. 29. Juni) 143.

Kommissionen zur Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker (V. v. 23. Juli Abs. 4) 159 u. (Vorschriften §§ 3 u. 14) 161, 164.

Kommunalbehörde. Vorlegung der Pensions-Quittungsbücher der Militärinvaliden bei ihrer Beschäftigung im Kommunaldienste ꝛc. (Bek. v. 11. Mai) 135.

Kommunaldienst. Regulirung des Bezugs der Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins für Militärinvaliden bei ihrer Beschäftigung in selbigem (Bek. v. 11. Mai) 135.

Kranke. Bestimmungen über die Unterbringung solcher in Privat-Irrenanstalten (V. v. 30. Mai) 139.

Krankheit, andauernde. Ermäßigung der Einkommensteuer bei solcher (V. v. 30. Juni Art. II § 22 b) 146.

Kreishauptmannschaft ist Landespolizeibehörde im Sinne der Bestimm. über den Verkehr mit Sprengstoffen (V. v. 27. Jan. § 2) 75.

Kunstdenkmäler. Errichtung einer Kommission zur Erhaltung ders. (V. v. 29. Juni) 143.

L.

Ladelinie. Bezeichnung jeden Elbschiffes mit ders. (Polizeiord. § 10 z. V. v. 8. Jan.) 6.

Laden und Ableichten im Fahrwasser der Elbe (Bestimmungen hierüber (Polizeiord. § 27 z. V. v. 8. Jan.) 10.

Ladeplätze für Schiffe und Flöße auf der Elbe. Vorschriften hierüber (Polizeiord. §§ 24, 25 z. V. v. 8. Jan.) 9.

Ladestelle für Sprengstoffe. Vorschriften hierüber (Bestimm. § 21 Abs. 4,6 z. V. v. 26. Jan.) 66.

Lagerräume für Sprengstoffe, deren Beaufsichtigung ꝛc. (Bestimm. §§ 31—33 z. V. v. 26. Jan.) 68. — Führung eines Registers (V. v. 27. Jan. § 3) 75. — Vorschriften über die Beschaffenheit der Lagerräume (das. §§ 4—18) 75.

Lagerung von Sprengstoffen (Bestimm. §§ 1,4, 28—34 z. V. v. 26. Jan.) 59, 68.

Landeskulturrath. Feststellung der Beiträge. (Bek. v. 3. Jan.) 2.

Landespolizeibehörde im Sinne der Bestimmung über den Verkehr mit Sprengstoffen, Bezeichnung ders. (V. v. 27. Jan. § 2) 75.

Landtagsabgeordnete der II. Kammer. Wählbarkeit ders. infolge Inkrafttretens des abgeänd. Einkommensteuerges. (Ges. v. 10. März Art. II Abs. 2) 56.

Landtagsabschied für die Ständeversammlung der Jahre 1893 u. 1894 (v. 16. März) 91.

Landungsbrücken. Vorschriften über das Anlegen und Anhalten der Personendampfschiffe an selbigen (Polizeiord. § 35 Abs. 1 z. V. v. 8. Jan.) 12. — Instandhaltung ders. (V. v. 9. Jan. §§ 54, 55) 40.

Landungsplätze der Schiffe und Flöße. Vorschriften hierüber (Polizeiord. §§ 24, 25 z. V. v. 8. Jan.) 9. — Desgl. der Elbdampfschiffe, Benutzung ders. (V. v. 9. Jan. § 53) 40.

Landwirthschaftliche Untersuchungsstation zu Möckern ist öffentl. Anstalt zur techn. Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln (V. v. 23. Juli Abs. 6) 159.

Leinpfad und Schiffszug. Breite und Lage des ersteren. Verhalten gegen die den Schiffszug begegnenden Personen (V. v. 9. Jan. § 30) 34.

Leipzig, Bayerischer Bahnhof. Abtretung von Grundeigenthum zu dessen Erweiterung (V. v. 20. Febr.) 83.

Konzessionirung der Mobiliar-Brandversicherungskasse des Vereins sächs. Gemeindebeamten das. (Bek. v. 28. Jan.) 80.

Licht, weißes, im Sinne der Polizeiord. für die Schifffahrt ꝛc. auf der Elbe (Polizeiord. § 2 Abs. 2) 4.

Lichterführung bei der Elbschifffahrt. Vorschriften hierüber (Polizeiord. §§ 18—20, 28, 30—36, 38, Signalzusammenstellung z. V. v. 8. Jan.) 7, 10, 11, 14, 18. (V. v. 9. Jan. § 37 Abs. 3) 37.

Löbau-Weißenberger Eisenbahn. Abtretung von Grundeigenthum zu deren Erbauung (V. v. 12. Febr.) 82.

Lokomobilen. Vorschrift für die Führer solcher beim Passiren unbewachter Bahnübergänge (V. v. 13. Febr.) 81.

Lootsen für Elbstromstrecken. Ausweis zur Uebernahme des Lootsendienstes (V. v. 9. Jan. §§ 21, 22 Abs. 1) 32. — Annahme eines solchen, Lootsengebühren (das. § 35) 35. — Strafbestimmungen (das. §§ 68, 69) 43.

Lungenseuche des Rindviehs. Regelung des Nachrichtendienstes beim Ausbruch ders. (V. v. 27. März) 103.

M.

Magazine oder Niederlagen für Sprengstoffe unterliegen der Aufsicht der Polizei- bez. Bergbehörde (Bestimm. §§ 31—33 z. V. v. 26. Jan.) 68. — Führung eines Registers (V. v. 27. Jan. § 3) 75. — Vorschriften über die Beschaffenheit der Magazine (das. §§ 4—18) 75.

Mandau, Fluß. Bestätigung der Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für deren Berichtigung (Dekr. v. 26. Mai) 136.

Mannschaftsverzeichnisse. Führung solcher auf den Elbschiffen ꝛc. (V. v. 9. Jan. § 47) 39.

Marineverwaltung. Vorschrift über die Versendung von Sprengstoffen u. Munitionsgegenständen auf Land- und Wasserwegen S. 70. — Aufhebung früherer Verordnung (V. v. 27. Jan. § 1) 74.

Markranstädt, Stadt. Aenderung der Verfassungsverhältnisse ders. (Bek. v. 10. Dez.) 180.

Maschinenschiffe für den Elbschifffahrtsbetrieb. Prüfung ꝛc. ders. (V. v. 9. Jan. §§ 5—8) 26.

S. a. Dampfschiffe.

Maul- und Klauenseuche des Rindviehs ꝛc. Regelung des Nachrichtendienstes beim Ausbruch ders. (V. v. 27. März) 103.

Medaille, silberne. Stiftung einer tragbaren Med. für Arbeiter u. Dienstboten (V. v. 10. Aug.) 157. — Umtausch der bisherigen Medaille (das. § 6) 158.

Meißen, Amtshauptmannschaft, deren Zuständigkeit als Elbstromamt, sowie Grenzen des letzt. (V. v. 9. Jan. § 1) 24.

Meldepflicht der Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie zur Invaliditäts- und Altersvers. (V. v. 28. März) 105.

Merkmale und Warnungszeichen auf der Elbe. Beachtung und Schonung ders. (Polizeiord. § 22 z. V. v. 8. Jan.) 8.

Meßbrief, s. Schiffspatent (V. v. 9. Jan. § 10) 28.

Meteorologisches Institut zu Chemnitz. Befugnißertheilung zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen an den Direktor desselb. (V. v. 16. Jan.) 51.

Militärinvaliden. Regulirung der Pension bei Anstellung im Civildienste (Bek. v. 22. März) 101. — Desgl. des Bezugs der Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins bei ihrer Beschäftigung im Kommunaldienst ꝛc. (Bek. v. 11. Mai) 135.

Militärleistungen. Festsetzung des Vergütungsbetrags f. d. Naturalverpflegung i. J. 1894 (Bek. v. 10. Jan.) 2.

Militärpensionen. Regulirung ders. bei Anstellungen von Invaliden im Civildienste (Bek. v. 22. März) 101.

Militär- und Marineverwaltung. Vorschrift über die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen auf Land- und Wasserwegen S. 70. — Aufhebung früherer Verord. (V. v. 27. Jan. § 1) 74.

Ministerium des **Innern** ist Zentralbehörde im Sinne der Bestimm. über den Verkehr m. Sprengstoffen (V. v. 27. Jan. § 2) 75.

Mobiliar-Brandversicherungskasse des Vereins sächs. Gemeindebeamten zu Leipzig, deren Konzessionirung (Bek. v. 28. Jan.) 80.

Motoren. Vorschriften über deren Aufstellung (V. v. 11. Sept.) 171.

Mulda-Saydaer Eisenbahn. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März II) 100.

Munitionsgegenstände der Militär- u. Marineverwaltung. Vorschrift über die Versendung selbiger auf Land- u. Wasserwegen S. 70. — Aufhebung früherer Verord. (V. v. 27. Jan. § 1) 74.

Musterrollen. Führung solcher auf Elbschiffen ꝛc. (V. v. 9. Jan. § 47) 39.

N.

Nachrichtendienst in Viehseuchenangelegenheiten. Regelung desselb. (V. v. 27. März) 103.

Nacht im Sinne der Polizeiord. für die Schifffahrt ꝛc. auf der Elbe (Polizeiord. § 2 Abs. 1) 4.

Nahrungsmittel-Chemiker. Prüfungsvorschriften für selbige S. 161 (V. v. 23. Juli) 159.

Natural- und Geldleistungen. In den Jahren 1894 u. 1895 zu erhebende. (Fin.-Ges. v. 15. März § 4) 96.

Naturalverpflegung der Truppen i. J. 1894, Festsetzung des Vergütungsbetrags (Bek. v. 10. Jan.) 2.

Nebeneisenbahnen Deutschlands. Ergänzungsbestimmung zu § 44 der Bahnordnung für selbige (V. v. 13. Febr.) 81.

S. a. Eisenbahnen.

Neuhausen, Bahnhof. Enteignung von Grundeigenthum zur Anlegung einer Wasserleitung für diesen (V. v. 17. März) 97.

Niederlagen oder Magazine für Sprengstoffe unterliegen der Aufsicht der Polizei- bez. Bergbehörde (Bestimm. §§ 31—33 z. V. v. 26. Jan.) 68. — Führung eines Registers (V. v. 27. Jan. § 3) 75. — Vorschriften über die Beschaffenheit der Niederlagen oder Magazine (das. §§ 4—18) 75.

Nitroglycerin, vom Verkehr ausgeschlossenes (Bestimm. § 3,1 z. V. v. 26. Jan.) 60.

Nitrozellulose, zum Verkehr zugelassene (Bestimm. § 2,s z. V. v. 26. Jan.) 60.

Nitrozuckerarten, Nitrostärkearten und die damit hergestellten Gemische, vom Verkehr ausgeschlossene (Bestimm. § 3,s z. V. v. 26. Jan.) 60.

Nothapotheken, ärztl. Berechtigung zum Halten solcher. Abänderung der Verordnung v. 1. Juli 1886 (V. v. 2. März) 87.

O.

Oelsnitzer Bergbau-Gewerkschaft. Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe (Bek. v. 18. Juni) 141.

Olbernhau-Neuhausener Eisenbahn. Enteignung von Grundeigenthum zu deren Erbauung (V. v. 17. März) 97.

Ortsbehörde im Sinne der Verord. v. 9. Jan. c., strom- u. schifffahrtspolizeil. Vorschriften ꝛc. betr. (das. § 70) 44.

Ortspolizeibehörde. Visirung des Frachtscheins über Sprengstoffe (Bestimm. § 4 z. V. v. 26. Jan.) 61 u. (Vorschrift zu § 4 b) 71. — Anzeigeerstattung an diese bezügl. des Passirens von Sprengstofftransporten durch Ortschaften, Brücken u. Schleusen (Bestimm. §§ 14, 16, 23 z. V. v. 26. Jan.) 64, 66. — Desgl. bei gefährdetem Zustand einer Sprengstoffsendung (das. § 18) 65 u. (Vorschrift zu § 18) 73. — Feilhalten von Sprengstoffen bedarf der polizeilichen Erlaubniß (Bestimm. §§ 24 Abs. 1, 30 z. V. v. 26. Jan.) 66, 68. — Ortspolizeibehörde im Sinne der Verord. über den Verkehr mit Sprengstoffen, Bezeichnung derselb. (V. v. 27. Jan. § 2) 74.

P.

Pensionen der Militärinvaliden bei Anstellungen im Civildienste, Regelung ders. (Bek. v. 22. März) 101.

Personendampfschiffe. Anlegen u. Anhalten an Landungsbrücken und Kahnstationen (Polizeiord. § 35 z. V. v. 8. Jan.) 12.

Personendampfschifffahrt auf der Elbe. Besondere Vorschriften hierfür (V. v. 9. Jan. §§ 50—67) 39.

Personenschifffahrt auf der Elbe. Erlaubniß ertheilende Behörde (V. v. 9. Jan. § 2) 25. — Strafbestimmungen (das. §§ 68, 69) 43.

Petarden, zum Verkehr zugelassene (Bestimm. § 2,5 z. V. v. 26. Jan.) 60.

Petroleum-, Benzin- und **Gasmotoren.** Vorschriften über deren Aufstellung (V. v. 11. Sept.) 171.

Pfändung von Forderungen, Besoldungen. Vertretung des Staatsfiskus als Drittschuldner bei selbiger (V. v. 23. Nov.) 179.

Pirna, Amtshauptmannschaft, deren Zuständigkeit als Elbstromamt, sowie Grenzen des letzt. (V. v. 9. Jan. § 1) 24.

Pirna-Dohma-Großcottaer Eisenbahn, deren Betriebseröffnung (Bek. v. 17. März) 96.

Plauen b. Dresden, Haltepunkt. Enteignung von Grundeigenthum (V. v. 30. März) 105.

Polizeiordnung für die Schifffahrt u. Flößerei auf der Elbe (V. v. 8. Jan.) 3.

Prahmen, s. Floßführerpatente (V. v. 9. Jan. § 15—19) 29.

Preußen, Königr. Staatsvertrag wegen Aufhebung des Kirchen- u. Schulverbandes der Gemeinde Bunitz mit der sächs. Gemeinde Thallwitz (Bek. v. 22. Febr.) 84, (Staatsvertr.) 85.

Desgl. wegen Herstellung der Rippach-Posernaer Eisenbahn einerseits nach Plagwitz-Lindenau, andererseits nach Markranstädt (Bek. v. 25. April) 129.

Privat-Irrenanstalten. Bestimmungen über die Unterbringung Kranker in solchen (V. v. 30. Mai) 139. — Beaufsichtigung der Anstalten (das. Pkt. 8) 140. — Strafen (das. Pkt. 9) 141.

Probefahrt der Elbdampfschiffe (V. v. 9. Jan. §§ 5, 7) 26, 27.

Protokolle und Beglaubigungen. Befugnißertheilung zu Auf- bez. Vornahme von solchen an den Direktor des Meteorolog. Instituts (V. v. 16. Jan.) 51. — Desgl. an Beamte der Staatsschuldenverwalt. (V. v. 22. Jan.) 57. — Desgl. an die Vorstände der Staatsaichämter (V. v. 17. Sept.) 173.

Prüfungen für Segelschiffsführer, für Führer v. Dampf- oder anderen Maschinenschiffen, für Floßführer (V. v. 9. Jan. §§ 15—19, 22 Abs. 2) 29, 32.

Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker (V. v. 23. Juli u. Vorschr.) 159, 161.

Pulver, zum Verkehr zugelassenes (Bestimm. § 2,1 z. V. v. 26. Jan.) 59.

R.

Rangirbahnhof mit Stationsanlage am Küchwalde bei Chemnitz. Enteignung von Grundeigenthum zu dessen Herstellung (V. v. 29. Mai) 137. — Desgl. zu einer Rangiranlage bei Siegmar (V. v. 19. Okt.) 176.

Rechtsmittel in Einkommensteuer-Reklamationssachen (Ges. v. 10. März Art. I § 66) 55.

Register zum Sprengstofflager. Formular dazu (V. v. 27. Jan. § 3) 75, 78.

Reklamation in Einkommensteuersachen. Rechtsmittel der Beschwerdeführung (Ges. v. 10. März Art. I § 66) 55. — Kostenbemessung (V. v. 30. Juni § 48 Abs. 1) 146.

Rentenanleihe, 3proz., Aufnahme einer solchen (Ges. v. 2. April) 106. — Gegenzeichnung der Schuldverschreibungen (Bek. v. 8. Okt.) 173.

Restauration auf Dampfschiffen. Aushängen eines Preisverzeichnisses für Lebensmittel (V. v. 9. Jan. § 57) 41.

Revision, jährliche, der Dampf- ꝛc. Schiffe (V. v. 9. Jan. § 8) 27.

Riesa, Kirchengemeinde. Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe (Bek. v. 12. Mai) 136.

Rippach-Posernaer Eisenbahn einerseits nach Plagwitz-Lindenau, andererseits nach Markranstädt. Staatsvertrag zwischen Sachsen und Preußen wegen Herstellung dieser Bahn (Bek. v. 25. April) 129.

Roburit, zum Verkehr zugelassenes (Bestimm. § 2,1 a b z. V. v. 26. Jan.) 60.

Rotz (Wurm) der Pferde ꝛc. Nachrichtendienst beim Ausbruch desselb. (V. v. 27. März) 103.

Ruderboote. Vorschriften bei Fahrten auf der Elbe (V. v. 9. Jan. § 37) 37.

Ruhestands-Unterstützung der Bezirkshebammen (Ges. v. 20. März) 98.

S.

Sachsen, Königr. Staatsvertrag mit Preußen wegen Herstellung der Eisenbahn von Rippach-Poserna einerseits nach Plagwitz-Lindenau, andererseits nach Markranstädt (Bek. v. 25. April) 129.

Desgl. wegen Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes der preuß. Gemeinde Bunitz mit der sächs. Gemeinde Thallwitz (Bek. v. 22. Febr.) 84, (Staatsvertrag) 85.

Salpeter, brennbarer, zum Verkehr zugelassener (Bestimm. § 2,1 z. V. v. 26. Jan.) 59.

Schaluppen, Vorschriften bei Fahrten auf der Elbe (V. v. 9. Jan. § 37) 37.

Schiffe auf der Elbe. Untersuchung, Ausrüstung u. Erhaltung ders. (Polizeiord. § 4 z. V. v. 8. Jan.) 4. — Mitführen von Booten (das. § 5) 4. — Bezeichnung u. Beifahrzeuge (das. § 6) 4. — Besatzung (das. § 7) 5. — Ladelinie, Tiefgangsanzeiger, Beladung, Anker, Verhalten bei der Abfahrt (das. §§ 10—14) 6. — Einstellen der Thalfahrt bei Nebel ꝛc. (das. § 17) 7. — Vorbeifahren an Baggermaschinen und beschädigten Fahrzeugen ꝛc. (das. § 19) 7. — Sperrung und Reinhalten des Fahrwassers (das. §§ 20, 21) 8. — Schonung der Schifffahrtszeichen, Ufer ꝛc. (das. §§ 22, 23) 8, 9. — Anlegen am Ufer, an Brücken ꝛc. (das. §§ 24, 25) 9. — Ankern, Laden und Ableichten im Fahrwasser (das. §§ 26, 27) 10. — Begegnen mit Schiffen, desgl. an schwierigen Stellen (das. §§ 28—32) 10, 11. — Verhalten bei Schifffahrtsstockungen, Ueberholen (das. §§ 33, 34) 12. — Lichterführung bei Nacht (das. § 38) 14 und (Zusammenstellung der Signale) 18. — Verbot des Mißbrauchs von Signalen (das. § 41) 15. — Fahrgeschwindigkeit der Schleppzüge (das. § 42) 15. — Einstellen der Fahrt bei Beschädigung des Fahrzeuges, Verhalten bei Unglücksfällen, desgl. beim Festfahren, Versinken ꝛc. (das. §§ 43—45) 15.

Schifferpatent. Jeder Schiffsführer hat ein solches zu führen (V. v. 9. Jan. § 15 Abs. 2) 30. — Ausfertigung u. Gebühr (das. § 19) 31. — Ermächtigung zur Führung von Elbfahrzeugen (das. § 20) 32. — Ausweis für den Lootsendienst (das. § 21) 32. — Ungültigkeitserklärung, Zurücknahme (das. §§ 22, 23, 24 Abs. 2, 26) 32. — Muster eines Schifferpat. (das. § 19 Abs. 3) 32, 46. — Strafbestimmungen (das. §§ 68, 69) 43.

Schifferprüfungen für Segelschiffsführer, für Führer von Dampf- oder anderen Maschinenschiffen und für Floßführer (V. v. 9. Jan. §§ 15—19, 22 Abs. 2) 29, 32.

Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe. Bekanntgabe der Polizeiordnung für selbige (V. v. 8. Jan.) 3 u. (V. v. 9. Jan.) 24.

Schifffahrtspolizei, s. Stromaufsichtsbeamte S. 8, 12, 15, 16.

Schifffahrtspolizeiliche Vorschriften für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe (V. v. 8. Jan.) 3 u. (V. v. 9. Jan.) 24. — Aufhebung früherer Verord. (das.) 24

Schifffahrtsstockungen. Verhalten bei solchen (Polizeiord. § 33 z. V. v. 8. Jan.) 12.

Schifffahrtszeichen auf der Elbe. Beachtung u. Schonung ders. (Polizeiord. § 22 z. V. v. 8. Jan.) 8.

Schiffmühlen auf der Elbe. Vermeiden von Behinderungen ꝛc. anderen Fahrzeugen gegenüber (Polizeiord. § 3 z. V. v. 8. Jan.) 4. — Führung von Signallichtern (das. § 38e) 15.

Schiffsausrüstung, Vorhandensein, Prüfung (Polizeiord. § 4 z. V. v. 8. Jan.) 4 u. (V. v. 9. Jan. §§ 4, 8) 26.

Schiffsführer. Dessen Stellung zu den Mannschaften und Fahrgästen (Polizeiord. § 46 z. V. v. 8. Jan.) 16. — Prüfung ders. (V. v. 9. Jan. §§ 15—19, 22 Abs. 2) 29, 35. — Vorstellung u. Verpflichtung (das. § 63) 42.

Schiffsmannschaft. Führung eines Dienstzeugnißbuches (V. v. 9. Jan. § 39) 37. — Streitigkeiten über das Dienstverhältniß, zuständige Behörden (das. § 49) 39. — Vorschriften über deren Verhalten (das. § 65) 42.

Schiffspatente. Ertheilung u. Mitführung solcher (V. v. 9. Jan. § 3) 25. — Ausfertigung, Gültigkeit, Gebühr, Zurückgabe (das. §§ 10—14) 28. — Muster (das. § 14) 45. — Strafbestimmungen (das. §§ 68, 69) 43.

Schiffsunfälle auf der Elbe. Verhalten bei solchen (Polizeiord. §§ 44, 45 z. V. v. 8. Jan.) 15 u. (V. v. 9. Jan. § 38) 37.

Schiffs- u. Schifferrollen. Führung solcher (V. v. 9. Jan. § 24) 33.

Schiffsverkehr bezüglich der Sprengstoffe. Vorschriften hierüber (Bestimm. §§ 20—23 z. V. v. 26. Jan.) 65 und (Zusatzvorschr. z. §§ 21 u. 23) 73.

Schlachtsteuer, deren Erhebung in den Jahren 1894 und 1895 (Fin.-Ges. v. 15. März § 3d) 95.

Schleppzüge auf der Elbe. Deren Nebeneinanderfahren oder Ueberholen (Polizeiord. § 16 z. V. v. 8. Jan.) 7. — Fahrgeschwindigkeit (das. § 42) 15. — Besondere Vorschriften (V. v. 9. Jan. § 36) 36.

Schleusen, Brücken, zu öffnende, von Sprengstofftransporten zu passirende. Anzeigeerstattung (Bestimm. § 23 z. V. v. 26. Jan.) 66 u. (Zusatzvorschr. zu § 23) 74.

Schneeschutzanlagen. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung solcher zwischen den Stationen Klingenberg u. Niederbobritzsch (V. v. 1. Febr.) 80. — Desgl. an der Kieritzsch-Chemnitzer Bahnlinie (V. v. 13. Juli) 155.

Schuldverschreibungen über 3proz. Renten. Ausgabe solcher (Ges. v. 2. April) 106. — Gegenzeichnung ders. (Bek. v. 8. Okt.) 173.

Schulgemeinden. Ueberweisung eines Theils der Grundsteuer an selbige (Fin.-Ges. v. 15. März § 2) 94.

Schullasten. Ueberweisung eines Theils der Grundsteuer zur Deckung ders. (Fin.-Ges. v. 15. März § 2) 94.

Schulverband der sächs. Gemeinde Thallwitz mit der preuß. Ortschaft Bunitz. Aufhebung dess. (Bek. v. 22. Febr.) 84 u. (Staatsvertr.) 85.

Segelboote. Vorschriften bei Fahrten auf der Elbe (V. v. 9. Jan. § 37) 37.

Segelschiffe, Begegnen ders. oder mit Flößen, Dampfschiffen. Bestimmungen über das Ausweichen (Polizeiord. §§ 28, 30 z. V. v. 8. Jan.) 10. — Desgl. an schwierigen Stellen oder Stromengen (das. §§ 31, 32) 11 u. (V. v. 9. Jan. §§ 33, 34) 35. — Signallichter (das. § 38) 14. — Untersuchung u. Ausrüstung (V. v. 9. Jan. §§ 4, 9) 26.

Sekundäreisenbahn, s. Eisenbahnen.

Sekurit, zum Verkehr zugelassenes (Bestimm. § 2,4 a z. V. v. 26. Jan.) 60.

Selbstmorde. Einführung eines neuen Anzeigen-Formulars (V. v. 18. April) 108.

Seuchen. Regelung des Nachrichtendienstes beim Ausbruch solcher (V. v. 27. März) 103.

Sicherheitsmaßregeln beim Transport von Sprengstoffen (Bestimm. §§ 7—23 z. V. v. 26. Jan.) 62.

Sicherheitspolizeibehörde ist Ortspolizeibehörde im Sinne der Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen (V. v. 27. Jan. § 2) 74.

Siegmar, Station. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung einer Rangiranlage für Bahnhof Chemnitz (V. v. 19. Okt.) 176.

Signale f. d. Schifffahrt u. Flößerei auf der Elbe (Polizeiord. §§ 2, 18—20, 28, 31 Abs. 3, 32 Abs. 3, 33—39) 7, 9, 10, (Zusammenst. d. Sign.) 18 u. (V. v. 9. Jan. §§ 36, 37 Abs. 3) 36.

Signallichter bei der Elbschifffahrt. Vorschriften über deren Führung (Polizeiord. §§ 18—20, 28, 30—36, 38 z. V. v. 8. Jan.) 7 u. (Signalzusammenstellung) 18, (V. v. 9. Jan. § 37 Abs. 3) 37.

Sperrung des Fahrwassers der Elbe. Kenntlichmachung der Stelle (Polizeiord. § 20 z. V. v. 8. Jan.) 8.

Sportfahrten auf der Elbe. Vorschriften hierüber (V. v. 9. Jan. § 37) 37.

Sprenggelatine, zum Verkehr zugelassene (Bestimm. § 2,2 c z. V. v. 26. Jan.) 59.

Sprengkapseln, zum Verkehr zugelassene (Bestimm. § 2,5 z. V. v. 26. Jan.) 60.

Sprengpatronen. Abgabe solcher, Bezeichnung der Behälter u. Patronen mit Fabrikfirma oder Marke, Registerführung (Bestimm. § 24 Abs. 2, 3 z. V. v 26. Jan.) 66.

Sprengpräparate, vom Verkehr ausgeschlossene (Bestimm. § 3,7 z. V. v. 26. Jan.) 61.

Sprengsalpeter, zum Verkehr zugelassener (Bestimm. § 2,1 z. V. v. 26. Jan.) 59.

Sprengstoffe. Bekanntgabe der Bundesbestimmungen über den Verkehr mit solchen (V. v. 26. Jan.) 58. — Versendung auf Land- u. Wasserwegen (Bestimm. § 1) 59. — Zur Versendung zugelassene Stoffe (das. § 2) 59. — Desgl. davon ausgeschlossene (das. § 3) 60. — Allgemeine Versendungs- u. Verpackungsvorschriften (das. §§ 4—6) 61. — Besondere Bestimmungen für den Landtransport (das. §§ 7—19) 62. — Desgl. für den Wasserverkehr (das. §§ 20—23) 65. — Desgl. über den Handel mit Sprengst., sowie über deren Aufbewahrung und Verausgabung (das. §§ 24—27) 66. — Desgl. über die Lagerung von Sprengst. (das. §§ 28—34) 68. — Strafbestimmungen (das. § 35) 69. — Versendungsvorschriften für Sprengstoffe der Militär- und Marineverwaltung S. 70. — Aufhebung früherer Verord. (V. v. 27. Jan. § 1) 74.

Sprengstoffe und feuergefährliche Gegenstände. Deren Beförderung auf Schiffen (Polizeiord. § 50 z. V. v. 8. Jan.) 17, (Bestimm. §§ 20 – 23) 65.

Sprengstofflager. Das darüber zu führende Register (V. v. 27. Jan. § 3) 75. — Beschaffenheit ders. (das. §§ 4—18) 75.

Sprengstofftransporte auf Land- u. Wasserwegen. Vorschriften (Bestimm. §§ 1, 7—23 z. V. v. 26. Jan.) 62, 65. — Anzeigeerstattung beim Passiren von Ortschaften, von zu öffnenden Brücken, Schleusen ꝛc. (das. §§ 8 Abs. 3, 14 Abs. 2 u. 3, 16, 18, 21 Abs. 4, 23 Abs. 3) 63 u. (Vorschrift zu § 4, zu § 15) 71, 73.

Staatsaichämter. Befugnißertheilung zu Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen an die Vorstände ders. (V. v. 17. Sept.) 173.

Staatsfiskus, Sächs. Dessen Vertretung bei der Pfändung von Forderungen ꝛc. (V. v. 23. Nov.) 179.

Staatsforstreviere. Eintragung selbiger in das Grundbuch, Abänderung des § 3 d. V. v. 4. Aug. 1866 (V. v. 16. Okt.) 174.

Staatshaushalt für 1894 und 1895. Feststellung der Ueberschüsse sowie der Zuschüsse (Fin.-Ges. v. 15. März § 1) 94. — Außerordentl. Staatsh. (das. u. § 5) 96.

Staatsschulden-Buchhalter. Veränderung der Amtsbezeichnung desselb. (Bek. v. 26. Jan.) 58.

Staatsschuldenverwaltung. Befugnißertheilung zu Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen an Beamte ders. (V. v. 22. Jan.) 57.

Staats-Schuldverschreibungen. Gegenzeichnung ders. (Bek. v. 8. Okt.) 173.

Stadtrath ist Ortsbehörde im Sinne der Verordnung v. 9. Jan. c., strom- u. schifffahrtspoliz. Vorschriften ꝛc. betr. (das. § 70) 44.

Beaufsichtigung der Privat-Irrenanstalten durch selbigen (V. v. 30. Mai Pkt. 8) 140.

Stadtverein für innere Mission zu Dresden. Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe (Bek. v. 13. März) 90.

Ständeversammlung der Jahre 1893 und 1894. Landtagsabschied (v. 16. März) 91.

Steuerermäßigung bei ungünstigen wirthschaftl. Verhältnissen (V. v. 30. Juni Art. II § 22) 146.

Steuerklassen u. **Steuersätze** der Einkommensteuer. Abänderung der Steuersätze (Ges. v. 10. März Art. I § 12) 54. — Erhöhung einiger Steuers. für 1894 (das. Art. II Abs. 3) 56 u. (V. v. 30. Juni § 7, Hülfstafel ⊙) 144, 149.

Steuern und Abgaben. In den Jahren 1894 und 1895 zu erhebende (Fin.-Ges. v. 15. März §§ 3 u. 4) 95.

Stolberg-St. Egidiener Eisenbahn. Abtretung von Grundeigenthum zu deren Verbreiterung (V. v. 3. März) 89.

Strafbefehle und **Strafurtheile** in Forst- u. Feldrügesachen. Anfechtung ders. (Gesetze v. 10. März 1879, v. 27. Febr. 1882 u. 24. April 1894 § 8 bez. § 2) 127, 128.

Straßen- u. Wasserbau-Inspektionen, deren Zuständigkeit in Elbstrom-Polizeisachen sowie Benennung und Grenzen ders. (V. v. 9. Jan. § 1 Abs. 2) 25. — Untersuchung ꝛc. der Schiffsfahrzeuge ꝛc. (das. § 4) 26. — Revision der Elbdampf- oder anderen Maschinenschiffe (das. § 8) 27.

Stromaufsichtsbeamte. Anzeigen an selbige bei Fahrwasserstörungen (Polizeiord. §§ 20—22, 44 Abs. 3 z. V. v. 8. Jan.) 8, 16. — Befolgen der Anweisungen ꝛc. ders. (das. §§ 33, 47) 12, 16.

Stromengen und schwierige **Stromstellen.** Kenntlichmachung ders. (Polizeiord. §§ 31, 32 z. V. v. 8. Jan.) 11. — Benennung der Oertlichkeit (V. v. 9. Jan. §§ 33, 34) 35.

Strompolizei, s. Stromaufsichtsbeamte S. 8, 12, 15, 16.

Strom- und schifffahrtspolizeiliche Vorschriften für die Schifffahrt u. Flößerei auf der Elbe (V. v. 8. Jan.) 3 u. (V. v. 9. Jan.) 24. — Aufhebung früherer Verord. (das.) 24.

T.

Taxe für Gepäcktransport nach und von den Personendampfschiffen. Vorschriften (V. v. 9. Jan. § 65 Abs. 2) 42.

Termine zur Verhandlung der Forst- und Feldrügesachen (Ges. v. 10. März 1879 u. 24. April 1894 § 9) 127.

Thallwitz, sächs. Gemeinde. Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes mit der preuß. Gemeinde Bunitz (Bek. v. 22. Febr.) 84 u. (Staatsvertr.) 85.

Thalschifffahrt. Einstellen ders. bei Unwetter ꝛc. (Polizeiord. § 17 z. V. v. 8. Jan.) 7.

Thierärzte. Anzeigepflicht über den Stand von Viehseuchen (V. v. 27. März § 2) 103.

Tiefgangsanzeiger. Anbringen an jedem Elbschiffe (Polizeiord. § 11 z. V. v. 8. Jan.) 6.

Transport von Sprengstoffen auf Land- und Wasserwegen, Vorschriften hierüber (Bestimm. §§ 7—23 z. V. v. 26. Jan.) 62. — Strafbestimmungen (das. § 35) 69 u. (Vorschr. I, II, III) 70. — Aufhebung früherer Bestimmungen (V. v. 27. Jan. §§ 1, 3) 74.

Treiben der Flöße bei Nebel ꝛc. ist verboten (Polizeiord. § 15 Abs. 3 z. V. v. 8. Jan.) 7.

U.

Uebergangsabgabe vom vereinsländischen Fleischwerke, deren Erhebung in den Jahren 1894 u. 1895 (Fin.-Ges. v. 15. März § 3 d) 95.

Ueberholen der Fahrzeuge beim Elbschifffahrtsverkehr. Bestimm. hierüber (Polizeiord. § 34 z. V. v. 8. Jan.) 12.

Ufer, Werke, Anlagen, Brücken ꝛc. an und auf der Elbe. Schonung ders. seiten der Schiffe (Polizeiord. § 23 z. V. v. 8. Jan.) 9. — Anlegen am Ufer ꝛc. (das. §§ 24, 25) 9.

Unglücksfälle u. Selbstmorde. Neues Anzeigen-Formular (V. v. 18. April) 108.

Ermäßigung der Einkommensteuer bei besonderen Unglücksfällen (V. v. 30. Juni Art. II § 22 c) 146.

Unterstützung der in den Ruhestand versetzten Bezirkshebammen (Ges. v. 20. März) 98.

Untersuchungsstation, landwirthschaftl., zu Möckern ist öffentl. Anstalt zur techn. Untersuchung von Nahrungs- u. Genußmitteln (V. v. 23. Juli Abs. 6) 159.

Urkundenstempel. Erhebung dess. in den Jahren 1894 u. 1895 (Fin.-Ges. v. 15. März § 3 f) 95.

V.

Verausgabung von Sprengstoffen (Bestimm. §§ 1, s, 26, 27) 59, 67. — Strafbestimmungen (das. § 35) 69.

Verbrauchsabgabe vom vereinsausländischen Fleischwerke, deren Erhebung in den Jahren 1894 u. 1895 (Fin.-Ges. v. 15. März § 3 d) 95.

Verfassungsverhältnisse der Stadt Burgstädt. Aenderung ders. (Bek. v. 26. Febr.) 86. — Desgl. der Stadt Markranstädt (Bek. v. 10. Dez.) 180.

Vergehungen, welche sich auf Forst-, Feld-, Garten-, Jagd- und Wassernutzungen beziehen. Strafen für dieselben (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 7—12) 119.

Vergnügungs- u. Sportfahrten auf der Elbe. Vorschriften hierüber (V. v. 9. Jan. § 37) 37.

Vergütung für die Naturalverpflegung der Truppen im Jahre 1894 (Bek. v. 10. Jan.) 2.

Verhalten der treibenden oder gestellten Flöße (Polizeiord. § 15 z. V. v. 8. Jan.) 6.

Verjährung der im Forst- u. Feldstrafgesetze angedrohten Strafen (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 19) 123.

Verladen und Abladen von Sprengstoffen, Vorschriften hierüber (Bestimm. §§ 8, 10, 21 Abs. 4 z. V. v. 26. Jan.) 63, 66.

Vernichtung der Sprengstoffe durch die Polizeibehörde (Bestimm. §§ 18 Abs. 2, 28 z. V. v. 26. Jan.) 65, 68. (Vorschrift zu § 18 Abs. 2) 73.

Verpackung von Sprengstoffen bei Versendung selbiger (Bestimm. §§ 6, 9, 21 Abs. 3 z. V. v. 26. Jan.) 61 u. (Zusatzvorschr. zu §§ 6, 9) 72.

Verpflegung der Truppen i. J. 1894. Festsetzung des Vergütungsbetrags für die Naturalverpflegung (Bek. v. 10. Jan.) 2.

Versendung von Sprengstoffen (Bestimm. §§ 1—23 z. V. v. 26. Jan.) 58 u. (Vorschriften I—III) 70. — Aufhebung früherer Bestimmungen (V. v. 27. Jan. § 1) 74. — Inkrafttreten (das. § 19) 77.

Versicherungsbeiträge der Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie. Einziehung selbiger zur Invaliditäts- und Altersvers. (V. v. 28. März) 104.

Versuchsstation, agrikulturtechn. zu Pommritz ist öffentl. Anstalt zur techn. Untersuchung von Nahrungs- u. Genußmitteln (V. v. 23. Juli Abs. 6) 159.

Vertretung des Staatsfiskus bei der Pfändung von Forderungen, Besoldungen (V. v. 23. Nov.) 179.

Verunglückungen. Einführung eines neuen Anzeigen-Formulars (V. v. 18. April) 108.

Viehseuchen. Regelung des Nachrichtendienstes beim Ausbruch solcher (V. v. 27. März) 103.

Vorbeifahren der Dampfschiffe an anderen Fahrzeugen und an Strombaustellen, Vorschriften hierüber (Polizeiord. §§ 18, 19 z. V. v. 8. Jan.) 7.

Vorsichtsmaßregeln beim Transport von Sprengstoffen (Bestimm. §§ 7—23 z. V. v. 26. Jan.) 62.

Vorstand einer Justizbehörde. Ermächtigung zur Vertretung des Staatsfiskus als Drittschuldner bei der Pfändung von Forderungen ꝛc. (V. v. 23. Nov.) 179.

Vorstellung und Verpflichtung des Personals der Elbdampfschiffe (V. v. 9. Jan. §§ 63, 64) 42.

W.

Waldheim-Kriebethaler Eisenbahn. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März II) 101.

Warnungszeichen für die Schifffahrt a. d. Elbe. Beachtung u. Schonung ders. (Polizeiord. § 22 z. V. v. 8. Jan.) 8.

Warnungszeichen für Sprengstofftransporte (Bestimm. § 11 Abs. 4 z. V. v. 26. Jan.) 63.

Wasserbau-Inspektionen, deren Zuständigkeit in Elbstrom-Polizeisachen, sowie Benennung u. Grenzen ders. (V. v. 9. Jan. § 1 Abs. 2) 25. — Untersuchung ꝛc. der Schiffsfahrzeuge (das. § 4) 26. — Revision der Elbdampf- oder anderen Maschinenschiffe (das. § 8) 27.

Wasserläufe. Berichtigung selbiger. S. Heinersdorfer Bach S. 1.

Strafen für Vergehungen in Beziehung auf Wasserläufe (Gesetze v. 30. April 1873 u. 24. April 1894 Art. 12—16, 18, 19, 21—25) 121.

Wasserleitung für Bahnhof Neuhausen. Enteignung von Grundeigenthum zur Anlegung selb. (V. v. 17. März) 97.

Wasserverkehr bezügl. der Sprengstoffe. Vorschriften hierüber (Bestimm. §§ 20—23 z. V. v. 26. Jan.) 65 u. (Zusatzvorschr. z. §§ 21 u. 23) 73.

Werthsausmittelung bei Forst- u. Feldvergehungen (Ges. v. 10. März 1879 u. 24. April 1894 § 12) 127.

Wilzschhaus-Carlsfelder Eisenbahn. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März I) 100.

Wüstenbrand-Limbacher Eisenbahn. Ernennung des Baukommissars (Bek. v. 22. März II) 101.

Z.

Zentralbehörde im Sinne der Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen, Bezeichnung ders. (V. v. 27. Jan. § 2) 75.

Desgl. im Sinne der Vorschriften über die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker (V. v. 23. Juli Abs. 3) 159.

Zündplättchen u. sprengkräftige **Zündungen,** zum Verkehr zugelassene (Bestimm. § 2,5 z. V. v. 26. Jan.) 60.

Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins. Regulirung des Bezugs ders. für Militärinvaliden bei ihrer Beschäftigung ꝛc. im Kommunaldienst ꝛc. (Bek. v. 11. Mai) 135.

Zuschlag, event. zur Einkommensteuer (Ges. v. 15. März § 3 Abs. 2) 95.

Zwickau-Falkensteiner Eisenbahn. Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen (V. v. 11. Jan.) 50.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen.
1. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 1. Dekret, die Bestätigung des I. Nachtrags zur Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für Berichtigung des Heinersdorfer Baches II betr. S. 1. — Nr. 2. Bekanntmachung, die Feststellung der Beiträge zur Deckung des Bedarfs des Landeskulturrathes betr. S. 2. — Nr. 3. Bekanntmachung, die Vergütung für die Naturalverpflegung der Truppen im Jahre 1894 betr. S. 2. — Nr. 4. Verordnung, die Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe betr. S. 3. — Nr. 5. Verordnung, strom- und schifffahrtspolizeiliche Vorschriften für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe betr. S. 24. — Nr. 6. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen an den Bahnlinien Zwickau-Falkenstein und Herlasgrün-Oelsnitz betr. S. 50. — Nr. 7. Verordnung, das Befugniß zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen ꝛc. betr. S. 51.

Nr. 1. Dekret,

die Bestätigung des I. Nachtrages zur Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für Berichtigung des Heinersdorfer Baches II zu Beucha betreffend;

vom 13. Dezember 1893.

Das Ministerium des Innern hat auf Grund von § 12 des Gesetzes über die Berichtigung von Wasserläufen u. s. w. vom 15. August 1855 den I. Nachtrag zur Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für Berichtigung des Heinersdorfer Baches II zu Beucha vom 2. November 1893 bestätigt.

Zu dessen Urkund ist gegenwärtiges

Dekret

unter Siegel und Unterschrift des Ministeriums des Innern ausgefertigt worden.

Dresden, am 13. Dezember 1893.

LS

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Edelmann.

Ausgegeben zu Dresden den 10. Februar 1894.

Nr. 2. Bekanntmachung,

die Feststellung der Beiträge zur Deckung des Bedarfs des Landeskulturrathes betreffend;

vom 3. Januar 1894.

Nachdem einer Anzeige des Landeskulturrathes zufolge zur Deckung seines Bedarfs sich die Nothwendigkeit herausgestellt hat, im Laufe dieses Jahres Beiträge nach Maßgabe des Gesetzes wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. April 1872, die Reorganisation des Landeskulturrathes betreffend, vom 15. Juli 1876 (G.- u. V.-Bl. S. 306 flg.) zu erheben, so ist die Höhe dieser Beiträge nach Gehör des Landeskulturrathes vom Ministerium des Innern auf

zwei Zehntheil Pfennig

von einer beitragspflichtigen Steuereinheit festgesetzt worden, welche mit dem zweiten diesjährigen Termine der Grundsteuer zu entrichten sind.

Dresden, am 3. Januar 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Gersdorf.

Nr. 3. Bekanntmachung,

die Festsetzung des Betrags der für die Naturalverpflegung der Truppen im Jahre 1894 zu gewährenden Vergütung betreffend;

vom 10. Januar 1894.

Nach der seiten des Herrn Reichskanzlers in Nr. 305 des Deutschen Reichs-Anzeigers vom Jahre 1893 erlassenen Bekanntmachung vom 18. Dezember 1893 ist auf Grund der Vorschriften im § 9 Ziffer 2 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 (R.-G.-Bl. S. 52) der Betrag der für die Naturalverpflegung zu gewährenden Vergütung für das Jahr 1894 dahin festgestellt worden, daß an Vergütung für Mann und Tag zu gewähren ist:

	mit Brot	ohne Brot
a) für die volle Tageskost	80 Pf.	65 Pf.
b) = = = Mittagskost	40 =	35 =
c) = = Abendkost	25 =	20
d) = = = Morgenkost	15 =	10 =

Dresden, den 10. Januar 1894.

Kriegs-Ministerium.

v. d. Planitz.

Förster.

Nr. 4. Verordnung,

die Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe betreffend;

vom 8. Januar 1894.

Die nachstehende Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe, welche zwischen den Regierungen der betheiligten Elbuferstaaten vereinbart worden ist, wird mit der Bestimmung bekannt gemacht, daß dieselbe am 1. April 1894 in Kraft tritt.

Dresden, am 8. Januar 1894.

Die Ministerien der Finanzen und des Innern.

v. Thümmel. **v. Metzsch.**

Hegewald.

Polizeiordnung

für

die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe.

§ 1. Die Bestimmungen dieser Polizeiordnung gelten für die Elbestrecke vom Zusammenflusse der kleinen Elbe und der Moldau bei Melnik bis Hamburg oder Harburg. Der Anfangs- und Endpunkt wird durch Tafeln oder Pfähle auf beiden Ufern gekennzeichnet. Geltungsbereich.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 2. Im Sinne dieser Polizeiordnung bedeutet Nacht die Zeit von einer halben Stunde nach Sonnenuntergang bis eine halbe Stunde vor Sonnenaufgang.

Ein helles weißes Licht im Sinne dieser Polizeiordnung ist ein solches, welches in einer Laterne mit farblosem und durchsichtigem Glase brennt, ein mattes weißes Licht ein solches, welches durch weißes Milchglas scheint.

Zu den in dieser Polizeiordnung vorgeschriebenen Signalen müssen Flaggen und Bälle mindestens 1 m im Geviert beziehentlich Durchmesser haben und Lichter stets hell brennen; ferner muß ein kurzer Pfiff etwa 1 Sekunde, ein langer Pfiff 5 bis höchstens 10 Sekunden dauern und zwischen mehreren Pfiffen jedesmal etwa 1 Sekunde Pause gelassen werden.

Ein langer Pfiff, wenn demselben zufolge der nachstehenden Vorschriften nicht eine besondere Bedeutung zukommt, bedeutet Achtung!

Vermeiden gegenseitiger Behinderungen und Beschädigungen.

§ 3. Die Führer von Fahrzeugen jeder Art und von Flößen, die Inhaber von Fähren, Schiffmühlen, Badeanstalten und anderen an oder auf dem Strome befindlichen Anlagen haben stets darauf zu achten, daß gegenseitige Behinderungen und Beschädigungen vermieden werden.

Untersuchung, Ausrüstung und Erhaltung der Schiffe.

§ 4. Jedes Schiff nebst Zubehör ist den durch besondere Bestimmungen vorgeschriebenen amtlichen Untersuchungen pünktlich zu unterwerfen; allen hierbei vorgefundenen Mängeln muß ungesäumt abgeholfen werden.

Auf jedem Schiffe müssen die in dessen Heimathsstaate vorgeschriebenen Ausrüstungsgegenstände auf der Fahrt stets vollzählig und in gutem Zustande vorhanden sein.

Bei Dampfschiffen ist sowohl auf die gute Konstruktion, Ausrüstung und Unterhaltung derselben und ihres Zubehörs, insbesondere der Kessel und der Maschinen, als auch auf die genaue Befolgung der die Anlage und den Gebrauch von Dampfapparaten regelnden Vorschriften mit der größten Sorgfalt zu halten.

Mitführen von Booten.

§ 5. Bei jedem auf der Fahrt befindlichen patentirten, d. h. mit einem Schiffspatente für den Elbschifffahrtsbetrieb versehenen Schiffe sowie bei jedem Dampfbagger ist mindestens ein nicht unter 8 Mann tragendes Boot in tüchtigem Zustande mitzuführen; hat das Schiff oder der Bagger mehr als 8 Mann Besatzung, so ist unterhalb Magdeburg noch ein zweites solches Boot erforderlich. Die Boote müssen stets unbeladen bleiben und sofort zum Gebrauche klar gemacht werden können.

Bezeichnung der Schiffe und Beifahrzeuge.

§ 6. Jedes patentirte Schiff hat an von außen stets sichtbarer Stelle Ausstellungsort und Nummer seines Patents zu zeigen.

An allen nichtstaatlichen Schiffen von 10 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit muß auf beiden Seiten der Kajüte oder des Bugs in deutlich lesbarer Schrift von mindestens 15 cm Höhe der kleinsten Buchstaben, deren Grundstrichbreite jedoch nicht unter ein

Fünftel der Höhe betragen soll, dunkel auf hellem oder hell auf dunkelm Grunde bei Dampfschiffen deren Namen, bei anderen Schiffen Vor- und Zuname oder Firma, sowie der Geschäftssitz des Eigenthümers angegeben sein. Bei Dampfschiffen mit seitlichen Rädern kann die Bezeichnung auf den Radkasten angebracht werden. Mehrere Schiffe desselben Eigenthümers sind in gleicher Weise jedes noch durch eine besondere Nummer zu kennzeichnen.

An allen zu patentirten Schiffen gehörigen Beifahrzeugen (Kähnen oder Booten) muß an beiden Borden in deutlich erkennbarer Weise Name oder Firma sowie der Geschäftssitz des Eigenthümers angegeben sein; gehören sie zu einem Dampfschiffe, so braucht nur dessen Name angegeben zu sein.

Abkürzungen der vorstehend vorgeschriebenen Bezeichnungen sind nur mit Genehmigung der zuständigen amtlichen Untersuchungsstelle (§ 4) gestattet.

Besatzung der Schiffe.

§ 7. Die Besatzung jedes Schiffes in Fahrt muß einschließlich des Führers mindestens betragen bei einer Tragfähigkeit des Schiffes von

10 bis 125 Tonnen 2 schifffahrtskundige Männer,

über 125 Tonnen 3 schifffahrtskundige Männer,

von denen stets einer am Steuer zu bleiben hat und die übrigen für den Schiffsdienst bereit sein müssen. Bei Schiffen unter 40 Tonnen kann unterhalb Mühlberg an Stelle des einen schifffahrtskundigen Mannes ein mindestens 14jähriger Junge gesetzt werden.

Einrichtung und Bezeichnung der Flöße.

§ 8. Die ein Floß bildenden Stämme, Balken und sonstigen Hölzer müssen unter sich fest und dauerhaft verbunden und die Flöße selbst an jedem Ende mit ausreichender Steuereinrichtung, mindestens aber mit je zwei Steuerrudern versehen sein. An ihren Längenseiten dürfen weder Floßtheile noch andere Gegenstände über die Streichbäume hinausragen.

Kein Floß darf länger als 130 m sein; die Breite darf in Böhmen 10 m, weiter unterhalb 12,6 m einschließlich der Streichbäume nicht überschreiten.

Jedes Floß muß in der Mitte seiner Länge und in einer Höhe von mindestens 1,5 m über seiner Oberfläche zwei parallel mit der Längenachse übereinander fest angebrachte, in keiner Weise zu verdeckende weiße Tafeln führen, welche auf beiden Seiten mit lateinischen Schriftzügen von mindestens 15 cm Höhe der kleinsten Buchstaben, deren Grundstrichbreite jedoch nicht unter ein Fünftel der Höhe betragen soll, die obere in Roth die Anfangsbuchstaben der Vornamen und den Zunamen sowie den Geschäftssitz des Eigenthümers, die untere in Schwarz die gleichen Angaben in Betreff des Floßführers anzugeben haben.

Besatzung der Flöße.

§ 9. Die Besatzung eines Floßes muß ausschließlich des Führers mindestens betragen bei einem Bestande des Floßes bis zu 150 Festmeter zwei floßfahrkundige Männer, bei einem größeren Bestande drei floßfahrkundige Männer.

Ladelinie.

§ 10. Jedes Schiff von mehr als 15 Tonnen Tragfähigkeit muß an der Stelle seiner tiefsten Eintauchung mindestens 25 cm, jedes kleinere Fahrzeug mindestens 15 cm freie Bordhöhe behalten. Diese Höhe ist mittschiffs auf dunkelm Grunde durch den unteren Rand eines 15 cm langen und 2 cm breiten weißen Querstrichs (Ladelinie) zu bezeichnen, welcher Querstrich von einem gleich breiten weißen Ringe umgeben sein und dessen Durchmesser bilden muß.

Tiefgangsanzeiger.

§ 11. An jedem Schiffe über 30 Tonnen Tragfähigkeit muß auf beiden Seiten vorn, mittschiffs und hinten ein metrischer Tiefgangsanzeiger mit Theilstrichen von 2 cm Höhe angebracht sein. Jeder Anzeiger muß bis zur höchsten zulässigen Einsenkung hinaufreichen, den Tiefgang des Schiffes richtig angeben und ohne weiteres deutlich erkennen lassen.

Beladung der Schiffe und Flöße.

§ 12. Kein Schiff oder Floß darf stärker, als es die bekannte Beschaffenheit des Fahrwassers und der herrschende Wasserstand erlauben, und kein Floß anders, als mit Holz, Brettern oder anderen schwimmfähigen Gegenständen beladen werden.

Die Ladung ist so zu verstauen, daß davon weder Etwas über Bord fallen, noch durch Hinausragen über Bord anderen Fahrzeugen beim Begegnen Schaden zufügen kann. Ueber Bord darf nur in dem Umfange geladen werden, daß dadurch die Betriebssicherheit nicht gefährdet ist.

Bereithalten der Anker.

§ 13. Während der Fahrt muß auf jedem Schiffe in der Vorderkaffe ein zum Werfen klarer Anker von solcher Stärke, daß das Schiff mit demselben gestellt werden kann, und auf Schiffen von 100 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit ebendaselbst noch ein zweiter solcher Anker bereit liegen.

Außerdem ist auf jedem frei oder geschleppt zu Thal fahrenden Schiffe von 100 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit ein gleicher Anker in der Hinterkaffe stets bereit zu halten.

Auf den in Schleppzügen zu Berg fahrenden Schiffen dürfen die Anker nicht frei über Bord hängen, müssen aber jederzeit zu sofortigem Gebrauche bereit liegen.

Verhalten bei der Abfahrt.

§ 14. Kein Schiff oder Floß darf von seiner Abfahrtstelle aus in den Fahrweg eines anderen im Fahren begriffenen Schiffes oder Floßes hineinfahren und es in seinem Laufe stören.

Verhalten der Flöße.

§ 15. Flöße dürfen nicht neben, sondern nur hinter einander und nur in Abständen von mindestens 400 m treiben.

Ist ein Floß gestellt und hat ein folgendes sich ihm auf 400 m Abstand genähert, so muß es noch so lange liegen bleiben, bis das andere vorbeigetrieben ist und mindestens 400 m Vorsprung erlangt hat.

Bei Nacht, dichtem Nebel, starkem Schneegestöber oder Sturm ist das Treiben der Flöße nicht gestattet.

Verhalten der Schleppzüge.

§ 16. Schleppzüge dürfen nur da neben einander fahren und sich überholen, wo das Fahrwasser genügende Breite hat.

Kettenschleppzüge haben einen Zwischenraum von mindestens 500 m unter sich zu halten; auf der sächsischen Elbstrecke ist 1 km Abstand zu halten, soweit nicht ein kürzerer Zwischenraum gestattet wird.

Einstellen der Thalfahrt bei dichtem Nebel, starkem Schneegestöber oder Sturm.

§ 17. Bei dichtem Nebel, starkem Schneegestöber oder Sturm müssen alle Schiffe auf der Thalfahrt, mit Ausnahme der Dampfschiffe ohne Anhang, an der nächsten zum Anhalten geeigneten Stelle ihre Fahrt einstellen.

Vorbeifahren der Dampfschiffe an anderen Fahrzeugen und an Strombaustellen.

§ 18. So oft ein Dampfschiff an einer im Gange befindlichen Fähre, an einem kleineren Fahrzeuge oder einem tief geladenen größeren Schiffe, an einem in der Fahrt begriffenen Floße, an einem am Ufer liegenden beladenen Fahrzeuge, welches seine Lage durch Aufziehen einer genügend sichtbaren rothen Flagge kenntlich macht, oder an einem im Strome löschenden oder ladenden Fahrzeuge, an einem Baggerschiffe, einer Schiffmühle oder im Strome liegenden Badeanstalt vorüberfährt, hat es sich zu möglichster Vermeidung jedes gefährdenden Wellenschlags in geeigneter Entfernung zu halten und nicht mit größerer Kraft zu fahren, als zu seiner Fortbewegung und sicheren Steuerung erforderlich ist.

Sollte das Dampfschiff dennoch einem anderen Fahrzeuge so nahe gekommen sein, daß auch bei langsamer Fahrt dem letzteren augenscheinlich noch Gefahr durch den Wellenschlag droht, so muß die Maschinenkraft noch weiter gemäßigt und nöthigen Falls die Maschine vollständig angehalten werden, wenn dies ohne Gefahr für das Dampfschiff und dessen Anhang geschehen kann.

Von allen Stellen, an welchen Strombauten ausgeführt werden, hat sich das Dampfschiff möglichst entfernt zu halten und langsam daran vorüber zu fahren, wenn diese Stellen bei Tage durch eine rothe Flagge oder einen rothen Ball, nachts mit einem rothen und einem hellen weißen Lichte am Ufer bezeichnet sind. Diese beiden Lichter werden 1 m von einander entfernt und in gleicher Höhe, das weiße Licht immer wasserwärts, aufgestellt sein.

Vorbeifahren an Baggermaschinen, beschädigten Fahrzeugen u. s. w.

§ 19. Den zur Räumung des Fahrwassers, zu Strom- und Uferbauten oder zu Messungsarbeiten im Fahrwasser liegenden Baggermaschinen und Fahrzeugen jeder Art — mit Ausnahme jedoch der Baggerkähne — und den zu solchen Zwecken dort hergestellten Vorrichtungen, sowie den im Fahrwasser liegenden beschädigten oder manövrir-

unfähigen Schiffen und Flößen muß von allen anderen Schiffen und Flößen ausgewichen werden.

Es ist jedoch auf jenen im Fahrwasser liegenden Baggermaschinen, Fahrzeugen u. s. w. bei Tage durch Ausstecken einer rothen Flagge oder eines rothen Balles diejenige Seite anzudeuten, an welcher vorbei zu fahren ist; bei Nacht sind diese Zeichen durch zwei neben einander angebrachte Lichter, ein rothes und ein helles weißes, zu ersetzen, von denen das weiße die Seite anzudeuten hat, an welcher vorbei zu fahren ist.

Sperrung des Fahrwassers.

§ 20. Machen irgend welche Anlässe eine völlige Sperrung des Fahrwassers nöthig, so wird dies an Ort und Stelle und erforderlichen Falls auch noch weiter oberhalb im Strome oder an den Ufern durch Ausstecken zweier über einander angebrachter rother Flaggen oder rother Bälle, nachts zweier rother Lichter angezeigt werden. Alle Schiffe und Flöße müssen an so bezeichneten Stellen bis zur Wiederfreigebung der Fahrt beilegen und allen näheren Anweisungen der Aufsichtsbeamten und Wachtposten Folge leisten.

Reinhalten des Fahrwassers.

§ 21. Im Fahrwasser dürfen Ballast, Steine und andere der Schifffahrt hinderliche oder gefährliche Gegenstände nicht ausgeworfen werden.

Die zur Beschwerung der Steuerruder dienenden Steine und anderen Gegenstände sind so sicher zu befestigen und zu verwahren, daß sie nicht herabfallen können.

Nimmt ein Schiffs- oder Floßführer wahr, daß durch sein Fahrzeug oder von demselben aus mittels der Schleppkette oder durch Anker, Schricke oder dergleichen Steine oder Hölzer im Fahrwasser derart aufgerichtet worden sind, daß sie anderen Fahrzeugen hinderlich oder gefährlich werden können, so hat er ein solches Hinderniß wenn thunlich sofort selbst in geeigneter Weise zu bezeichnen (vermalen), jedenfalls aber dem nächsten Stromaufsichtsbeamten auf kürzestem Wege Anzeige davon zu machen.

Schonung und Beachtung der Schifffahrtszeichen. Einhalten des Fahrwassers.

§ 22. Die im Strome zur Bezeichnung des Fahrwassers, der Untiefen oder anderer gefährlicher Stellen gelegten oder ausgesteckten Merkmale und Warnungszeichen dürfen von Schiffen und Flößen weder beschädigt oder verschleppt, noch verrückt oder entfernt werden. Ist dies gleichwohl geschehen, so hat der Schiffs- oder Floßführer, wenn es ihm irgend möglich ist, das Merkmal oder Zeichen sofort wieder auszubessern, an die richtige Stelle zurückzubringen oder nothdürftig zu ersetzen, jedenfalls aber dem nächsten Stromaufsichtsbeamten auf kürzestem Wege Anzeige davon zu machen.

Jeder Schiffs- und Floßführer hat die durch solche Merkmale und Warnungszeichen bezeichneten hinderlichen und gefährlichen Stellen zu meiden und das Fahrwasser einzuhalten. Insbesondere haben auch die Führer geschleppter Fahrzeuge sorgfältig darüber zu wachen, daß diese im Fahrwasser bleiben.

§ 23. Die Ufer nebst den daran oder darauf befindlichen Werken und Anlagen, sowie Brücken, Schiffmühlen, Fähren, Badeanstalten u. dergl. dürfen von Schiffen und Flößen auf ihrer Fahrt nicht beschädigt werden. Die Zugleute dürfen die Leinpfade nicht verderben oder zum Nachtheile der anliegenden Grundstücke überschreiten, auch nicht dulden, daß solches von den Zugthieren geschieht. Schonung der Ufer, Werke, Anlagen, Brücken u. s. w.

Dampfschiffe haben sich während der Fahrt von den Ufern möglichst entfernt zu halten, damit diese durch den Wellenschlag nicht leiden.

Wo Telegraphenleitungen oder Ketten quer durch den Strom geführt und am Ufer durch Tafeln bezeichnet sind, dürfen Anker oder Ketten nicht geworfen oder geschleppt werden, auch sind Schricke, Stangen und dergleichen nur mit besonderer Vorsicht zu gebrauchen.

§ 24. Schiffe und Flöße dürfen am Ufer in der Regel nur an den nach amtlicher Bekanntmachung hierzu bestimmten Landungs- und Ladeplätzen oder da anlegen, wo es außerdem für gewöhnlich gestattet ist. Nur in Nothfällen ist es gestattet, auch an anderen Uferstellen anzulegen, wobei jedoch Buhnen, Uferbefestigungen, Dämme und abbrüchige oder durch Verbotstafeln bezeichnete Uferstrecken möglichst zu meiden sind. Anlegen am Ufer.

Auch das Einschlagen von Pfählen und das Auswerfen von Ankern und Landhaken auf dem Ufer, um Schiffe oder Flöße daran zu befestigen, sowie das Befestigen der letzteren an dazu nicht ausdrücklich bestimmten Gegenständen (Geländern, Zäunen, Bäumen, Pfählen, Säulen) ist nur in Nothfällen gestattet.

Ist die Gefahr vorüber, oder das Löschen oder Laden erfolgt, so haben die Schiffe und Flöße den außergewöhnlichen Anlegeplatz sofort wieder zu verlassen.

Fahrzeuge, die am Leinpfade anlegen, dürfen dem Schiffszuge weder durch ihre Masten, noch in anderer Weise hinderlich werden; anderenfalls müssen sie von dort wieder ablegen.

§ 25. Das Anlegen und Ankern unmittelbar vor und hinter den Pfeilern der Fahröffnungen von Brücken ist verboten; nur den Bergschiffen soll dasselbe einschließlich des Befestigens an den Pfeilern durch Taue so lange gestattet sein, als zum Niederlegen der Masten und zum Um- und Anlegen der Zugleine erforderlich ist. Nach der Durchfahrt darf das Wiederaufrichten der Masten erst in solcher Entfernung von der Brücke erfolgen, daß die Durchfahrt anderer Fahrzeuge nicht erschwert oder gehindert wird. Anlegen an Brücken, in Fahrwegen und auf den Anlegeplätzen von Dampfschiffen.

Die Anlegeplätze von Dampfschiffen sowie die Fahrwege nach und von Häfen, gewöhnlichen Anlege- und Landeplätzen, schiff- oder flößbaren Nebenarmen, Nebenflüssen und Kanälen dürfen durch Schiffe und Flöße nicht verlegt werden.

Ankern im Fahrwasser.

§ 26. Im Fahrwasser darf ein Schiff oder Floß nur im Nothfalle und nur an solchen Stellen vor Anker gehen, wo die größten anderen Fahrzeuge und Flöße noch unbehindert vorbeifahren können.

Wenn ein stevenrecht zu Thal gehendes Fahrzeug während der Fahrt ankern muß und ein Umhalten desselben für andere Fahrzeuge, Strommerke, Anlagen oder dergleichen gefährlich werden könnte, so ist der Anker von der Hinterkasse auszuwerfen.

Jedes im Fahrwasser der Kettenschleppschiffe vor Anker liegende Schiff oder Floß muß bei Annäherung eines solchen rechtzeitig den Anker heben und das Fahrwasser räumen.

Laden und Ableichten im Fahrwasser.

§ 27. Kein Fahrzeug darf im Fahrwasser an solchen Stellen um- oder überladen, wo es dem Schiffsverkehre hinderlich ist.

Ist eine Ableichtung nöthig, um das Fahrzeug über Untiefen im Fahrwasser hinwegzuschaffen, so muß sie stets vor der Untiefe und an einer Stelle erfolgen, wo Fahrzeug und Leichter den Schiffs- und Floßverkehr nicht hindern oder erschweren.

Ist die Ableichtung nöthig, um ein festgefahrenes Schiff wieder abzubringen, so darf auf der Untiefe nicht mehr abgeleichtet werden, als erforderlich ist, um das Schiff wieder flott zu machen und in das tiefere Fahrwasser zu bringen.

Begegnen von Segelschiffen unter einander und mit Flößen.

§ 28. Kommt ein Segelschiff einem anderen Segelschiffe oder treibenden Floße entgegen, so muß das Bergschiff, insoweit Wind und Oertlichkeit es gestatten, ausweichen und schon zeitig vorher auf derjenigen Seite, an welcher das andere Schiff oder das Floß am besten vorbeikommen kann, mit einer blauen Flagge winken, nachts eine Laterne mit hellem weißen Lichte schwenken. Das Thalschiff oder Floß muß hierauf sogleich in derselben Weise diejenige Seite bezeichnen, an welcher das Bergschiff vorbeizufahren hat.

Ein vom Leinpfade aus gezogenes Schiff hat am Leinpfadufer zu bleiben, wenn nicht besondere Verhältnisse es anders bedingen.

Begegnen von Dampfschiffen unter einander.

§ 29. Kommen zwei Dampfschiffe mit oder ohne Anhang sich entgegen, so muß, wenn thunlich, jedes dem anderen nach rechts ausweichen und dies schon zeitig vor der Begegnung durch einen kurzen Pfiff mit der Dampfpfeife ankündigen.

Kann das eine Dampfschiff nach rechts nicht ausweichen, so hat es schon zeitig vor der Begegnung durch zwei kurze Pfiffe mit der Dampfpfeife anzukündigen, daß es links ausweichen will und das andere Dampfschiff hierauf in gleicher Weise zu antworten, daß es ebenfalls links ausweichen wird.

Kann das eine Dampfschiff überhaupt nicht ausweichen, so hat es dies schon zeitig vor der Begegnung durch drei kurze Pfiffe mit der Dampfpfeife anzukündigen und

zugleich seine Maschine anzuhalten, oder, insoweit es erforderlich und thunlich ist, rückwärts gehen zu lassen.

Begegnen von Dampfschiffen mit Segelschiffen und Flößen.

§ 30. Kommt ein Dampfschiff mit oder ohne Anhang einem Segelschiffe oder einem Floße entgegen, so muß es, wenn thunlich, ausweichen und zwar nach derjenigen Seite, auf welcher es ohne Gefahr für beide Theile am besten vorbeikommen kann; auch hat es schon zeitig vor der Begegnung durch einen kurzen Pfiff mit der Dampfpfeife anzukündigen, daß es rechts, oder durch zwei kurze Pfiffe, daß es links ausweichen will; das andere Schiff oder Floß muß hierauf sogleich auf derjenigen Seite, an welcher das Dampfschiff vorbeizufahren hat, mit einer blauen Flagge winken, nachts muß das Segelschiff eine Laterne mit hellem weißen Lichte schwenken.

Begegnen an schwierigen Stellen.

§ 31. Beim Begegnen in Stromstrecken, deren Fahrwasser stark gekrümmt, eng oder seicht ist, haben zu Berg fahrende Schiffe und Schleppzüge den Thalschiffen und Flößen die tiefe Seite des Fahrwassers zu überlassen und ihre Fahrt nach Bedarf zu verlangsamen oder selbst ganz einzustellen.

Langt ein thalwärts fahrender Schleppzug vor einer solchen Stromstelle an, so hat das Dampfschiff die geschleppten Fahrzeuge entweder einzeln über jene Stelle zu bringen, oder alle loszulassen, damit sie einzeln hinübertreiben.

Für welche Stromstellen die vorstehenden Bestimmungen zu gelten haben, wird durch die zuständigen Behörden bekannt gemacht und an Ort und Stelle durch eine weiße Flagge oder einen weißen Ball angezeigt; soweit die Schifffahrt unbeschränkt auch während der Nacht ausgeübt werden darf, werden diese Stellen nachts durch zwei helle weiße Lichter übereinander bezeichnet.

Begegnen bei Stromengen.

§ 32. Haben ein Schiff, ein Schleppzug oder ein Floß und ein entgegenkommendes Schiff oder ein Schleppzug eine zum Ausweichen zu schmale Stromenge zu durchfahren und ist eines von ihnen schon in dieselbe hineingefahren, so muß das noch außerhalb befindliche Schiff oder Floß so lange beilegen, bis das andere die Stromenge durchfahren hat.

Kommen beide zu gleicher Zeit vor der Stromenge an, so muß das Bergschiff oder der Bergzug so lange anhalten, bis das Thalschiff oder der Thalzug oder das Floß die Enge durchfahren hat. Kann jedoch das Thalschiff stromrecht nicht hindurchfahren, so muß es anhalten und zuvörderst das Bergschiff durchlassen. Daß beide Fahrzeuge in die Stromenge einlaufen, ist nicht gestattet; sollte es gleichwohl geschehen sein, so muß das Bergschiff vor die Mündung der Stromenge zurückfahren und zuvörderst das Thalschiff oder Floß durchlassen.

Welche Stromstellen im Sinne der vorstehenden Bestimmungen als Stromengen zu gelten haben, wird durch die zuständigen Behörden bekannt gemacht und an Ort und Stelle durch zwei Flaggen oder Bälle über einander, die obere Flagge (Ball) weiß, die

untere roth, angezeigt. Soweit die Schifffahrt unbeschränkt auch während der Nacht ausgeübt werden darf, werden diese Stellen nachts durch zwei helle Lichter, das obere weiß, das untere roth, bezeichnet.

Verhalten bei Schifffahrtsstockungen.

§ 33. Ist eine Schifffahrtsstockung eingetreten, so müssen nach näherer Anweisung des zuständigen Aufsichtsbeamten die wartenden Berg- und Thalfahrzeuge die schwierige Stelle abwechselnd durchfahren, bis dahin aber vor derselben beziehentlich jenseits der vor ihr ausgesteckten Zeichen (§ 20) hinter einander beilegen.

Ueberholen.

§ 34. Erreicht ein Schiff oder Floß ein anderes in derselben Richtung, aber langsamer fahrendes, so kann es verlangen, von diesem vorbeigelassen zu werden, und zwar nach folgenden Regeln:

a) sind beide Fahrzeuge unter Segel, so muß das Vorbeilassen auf der Windseite erfolgen;

b) ein Dampfschiff muß das Verlangen, vorbeigelassen zu werden, durch einen langen Pfiff mit der Dampfpfeife anzeigen; ein darauf folgender kurzer Pfiff bedeutet, daß es rechts, zwei kurze Pfiffe, daß es links vorbeifahren will; doch muß bei beschränkter Fahrwasserbreite das Dampfschiff von dem vorfahrenden Thalschiffe einen Abstand von mindestens zwei Schiffslängen so lange halten, bis das Fahrwasser von dem vorfahrenden Schiffe freigegeben ist;

c) in allen anderen Fällen hat das hinterdrein fahrende Schiff oder treibende Floß die Seite, an welcher es vorbeifahren will, durch Winken mit einer blauen Flagge, nachts durch Schwenken einer Laterne mit hellem weißen Lichte zu bezeichnen; das vorausfahrende Schiff oder Floß hat hierauf sogleich in derselben Weise zu antworten und entsprechend auszuweichen;

d) kann das vorausfahrende Schiff oder Floß überhaupt nicht ausweichen, so muß dies sofort und für die Dauer der Verhinderung durch Heißen einer rothen Flagge oder eines rothen Balls am Mast oder an einer mindestens 8 m hohen Stange, in beiden Fällen auf halber Höhe, nachts aber von einem Dampfschiffe durch fünf kurze Pfiffe mit der Dampfpfeife, von jedem anderen Fahrzeuge durch Auf- und Niederbewegen einer Laterne mit hellem weißen Lichte am Steuer zu erkennen gegeben werden.

Anlegen und Anhalten von Personendampfschiffen an Landungsbrücken und Kahnstationen.

§ 35. Will ein Personendampfschiff an eine Landungsbrücke anfahren, so hat es vorher mit der Glocke zu läuten.

Will dasselbe an einer Kahnstation anhalten, so hat es vorher entweder das Achtungssignal (§ 2) zu geben oder bei Tage eine quergetheilte rothweiße Flagge, nachts eine Laterne mit hellem weißen Lichte zu heißen, welche über den Seitenlichtern an derjenigen Seite anzubringen ist, an welcher der Kahnführer anfahren soll. Eine gleiche Flagge,

bei Nacht eine gleiche Laterne, hat auch der Kahnführer, welcher an das Dampfschiff anfahren will, zu zeigen. Bei Annäherung des Kahnes an ein Dampfschiff mit Rädern müssen letztere so zeitig still gestellt und bei der Abfahrt so spät wieder in Umgang gesetzt werden, daß der Kahn gefährliche Schwankungen nicht erleidet.

Der Kahnführer muß mit seinem Kahne zeitig herauskommen, sich in paralleler Richtung mit der Fahrt des Dampfschiffs halten und an ein Räderschiff nicht eher heranfahren, als bis die Räder stillgestellt sind.

Die eingestiegenen Reisenden haben sich auf die Aufforderung des Kahnführers sogleich niederzusetzen.

Der Kahn muß von einem schiffskundigen und als nüchtern bekannten starken Manne geführt werden, in gutem Zustande und vollständig ausgerüstet sein.

Andere als die von zuständiger Seite dazu bestimmten Kahnführer dürfen Reisende oder Güter an Personendampfschiffe weder bringen noch von solchen holen.

Handhabung des Fährbetriebes.

§ 36. Der Fährbetrieb ist so zu handhaben, daß kein Thalschiff oder Floß in seiner Fahrt durch ein Fährgefäß aufgehalten oder gestört wird.

Die Anfangspunkte der Fährgierseile sind durch eine gelbe Tonne zu bezeichnen.

Sobald ein Bergdampfschiff oder ein Kettendampfschiff sich einer Fährstelle bis zu einem von der zuständigen Behörde bestimmten Punkte, der durch eine diagonal rothweiß getheilte Tafel örtlich gekennzeichnet ist, genähert und dies durch einen langen Pfiff mit der Dampfpfeife angekündigt hat, darf, bis das Dampfschiff vorüber ist, das Fährschiff nicht mehr abfahren und muß, wenn es bereits in Fahrt ist, die Fahrstraße namentlich aber die Schleppkette so rasch als möglich wieder frei machen.

Die im Gange befindlichen Fährgefäße und die stromaufwärts fahrenden Schiffe müssen einander je nach der Oertlichkeit ausweichen.

Nachts sind alle Fährgefäße so hinzulegen, daß die Schleppkette frei bleibt; machen besondere Umstände dies unthunlich, so müssen die Fährgefäße mindestens 5 m hoch über Wasser ein helles grünes Licht und 1 m senkrecht unter diesem noch ein helles weißes Licht zeigen.

Verhalten bei Fähren.

§ 37. Wenn mehrere Schleppzüge bergwärts unmittelbar nach einander an einer Fährstelle vorüberzufahren im Begriffe sind, so muß auf das von der Fährstelle her erfolgende Winken mit einer weißen Flagge oberhalb Mühlberg jedesmal der zweite, im übrigen jedesmal der dritte Schleppzug anhalten und zunächst das Fährschiff vorüber lassen.

Der Führer eines Kettendampfschiffs hat dafür Sorge zu tragen, daß die Kette sich nicht über ein Fährgierseil legt und, wenn solches gleichwohl geschehen, ungesäumt wieder entfernt wird.

In den Ueberfahrtswegen der Fähren darf von Schiffen oder Flößen weder gehalten noch beigelegt, im Bereiche eines Fährgierseils aber weder geankert, noch mit schleppenden Ankern, Ketten oder ähnlichen Gegenständen gesackt werden.

Lichterführung bei Nacht.

§ 38. Nachts sind folgende Lichter zu führen:

a) Jedes nicht geschleppte Segelschiff von 30 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit hat, wenn es in Fahrt ist, an der Backbordseite (links) ein rothes Licht und an der Steuerbordseite (rechts) ein grünes Licht zu führen. Diese Lichter müssen im Vordertheil des Schiffes auf etwa $^1/_3$ der Schiffslänge an den Gangborden so hoch angebracht sein, daß sie vom Steven nicht verdeckt werden; auch müssen dieselben so abgeblendet sein, daß sie nur von vorn und von derjenigen Seite her, auf welcher sie angebracht sind, gesehen werden können.

Außerdem hat jedes nicht geschleppte Segelschiff von 30 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit am Steuer ein mattes weißes Licht zu führen, welches so abgeblendet sein muß, daß es nur von hinten und von beiden Seiten her gesehen werden kann.

Jedes nicht geschleppte Segelschiff von weniger als 30 Tonnen Tragfähigkeit hat, wenn es in Fahrt ist, nur ein von vorn und von beiden Seiten her sichtbares helles weißes Licht zu führen.

b) Jedes Dampfschiff hat, wenn es in Fahrt ist, eben solche und ebenso abgeblendete Seitenlichter zu führen, wie ein nicht geschlepptes Segelschiff von 30 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit. Diese Seitenlichter müssen bei Dampfschiffen mit Seitenrädern vorn an den Radkasten, bei anderen Dampfschiffen außen am Vorderschiffe, auf etwa $^1/_3$ der Schiffslänge, immer aber so hoch angebracht sein, daß sie vom Steven nicht verdeckt werden.

Außerdem hat jedes in Fahrt begriffene Dampfschiff ein nur von vorn und von beiden Seiten her sichtbares helles weißes Licht zu führen, welches am Vordersteven oder im Vordertheile des Schiffes und mindestens 2 m höher als die Seitenlichter angebracht sein muß. Ein Dampfschiff, welches ein oder mehrere andere Schiffe oder Flöße schleppt, muß senkrecht über diesem hellen weißen Lichte und $^1/_2$ m bis 1 m höher noch ein zweites eben solches Licht führen.

c) Jedes von einem Dampfschiffe geschleppte Schiff hat in seinem Vordertheil ein nur von vorn und von beiden Seiten her sichtbares mattes weißes Licht an einer Stange zu führen. Außerdem muß ein einzelnes geschlepptes sowie das letzte von mehreren geschleppten Schiffen hinten am Steuer ein von allen Seiten her sichtbares helles weißes Licht führen.

d) Ein von einem Dampfschiffe geschlepptes Floß muß an seinem hinteren Ende ein hoch angebrachtes mattes weißes Licht führen.

e) So lange Schifffahrt und Flößerei nicht geschlossen sind, muß jedes im Fahrwasser oder in dessen Nähe auf dem freien Strome oder auf einem Nothlandeplatze liegende Schiff sowie jede dort befindliche Anlage (Schiffmühle, Badeanstalt u. dergl.) ein vom Fahrwasser her zu Berg und zu Thal gut sichtbares helles weißes Licht, jedes Floß aber auf den beiden dem Fahrwasser zugekehrten Ecken je ein solches Licht führen.

f) Wenn die Fahröffnungen fester Brücken nachts bezeichnet werden, so geschieht dies durch ein rothes Licht mitten über der Oeffnung.

Verhalten der Dampfschiffe bei Nebel und Schneegestöber.

§ 39. Bei Nebel und Schneegestöber hat jedes Dampfschiff in Fahrt alle 3 Minuten und außerdem, wenn es vor sich in seinem Fahrstriche ein anderes Schiff oder Floß bemerkt, sofort nach dessen Wahrnehmung einen langen Pfiff mit der Dampfpfeife zu geben, und bei der Thalfahrt die Maschinenkraft zu mäßigen.

Ersatz der Dampfpfeife durch die Glocke.

§ 40. Statt der in dieser Polizeiordnung vorgeschriebenen Signale mit der Dampfpfeife dürfen Personendampfschiffe entsprechende Signale mit der Glocke geben.

Im Bereiche größerer Orte kann der Gebrauch der Dampfpfeife zur Signalgebung — abgesehen von den Nebelsignalen der Fracht- und der Schleppdampfschiffe — seitens der zuständigen Polizeibehörde untersagt und die Signalgebung mittels Glocke vorgeschrieben werden.

Verbot des Mißbrauchs von Signalen.

§ 41. Von den in dieser Polizeiordnung vorgeschriebenen oder gestatteten Signalen darf keins in anderen, als den dafür vorgesehenen Fällen zur Anwendung gebracht werden, insbesondere gilt dies auch von dem Achtungssignal (§ 2).

Fahrgeschwindigkeit der Schleppzüge.

§ 42. Wenn nicht sehr niedriges oder schnell steigendes Wasser, plötzlich eintretender Eisgang oder starker widriger Wind es hindern, so muß die Fahrgeschwindigkeit der Schleppzüge innerhalb der Strecke

von Hamburg oder Harburg bis Magdeburg durchschnittlich mindestens 4 km,
von Magdeburg bis Schandau durchschnittlich mindestens $3\frac{1}{2}$ km,
von Schandau bis Melnik durchschnittlich mindestens 3 km

während einer Fahrstunde betragen.

Einstellen der Fahrt bei Beschädigung des Fahrzeuges.

§ 43. Wird ein Fahrzeug auf der Reise gefährlich beschädigt, so ist dessen Fahrt einzustellen und erst nach einer zur Fortsetzung der Fahrt genügenden Ausbesserung des Schadens wieder fortzusetzen.

Verhalten bei Unglücksfällen.

§ 44. Bei Unglücksfällen dürfen der Schiffs- oder Floßführer und die Mannschaften das Schiff oder Floß erst bei augenscheinlicher Lebensgefahr verlassen. Sie müssen zunächst sich angestrengt bemühen, die für das Fahrzeug oder die Fahrgäste und die Ladung eingetretene Gefahr zu beseitigen, sofern hierzu noch Aussicht vorhanden ist, bei dringender Gefahr aber vor allem auf die Rettung der bedrohten Menschenleben und erst dann auf die Bergung der Ladung bedacht sein.

Führer und Mannschaften der in der Nähe befindlichen Fahrzeuge und Flöße aller Art, insbesondere der entgegen oder hinterher kommenden Dampfschiffe sind bei Unglücksfällen zu schleunigster Hülfsleistung verpflichtet. Insbesondere müssen die Fahrgäste eines beschädigten Schiffes, wenn dieses die Fahrt nicht fortsetzen kann, von jenen Fahrzeugen und Flößen aufgenommen und befördert werden.

Von jedem Unglücksfalle ist auf kürzestem Wege dem nächsten Stromaufsichtsbeamten Anzeige zu machen und dessen weiteren Anordnungen Folge zu leisten.

Verhalten beim Festfahren und Versinken von Fahrzeugen oder Anlagen.

§ 45. Hindert oder gefährdet ein festgefahrenes oder gesunkenes Schiff oder Floß oder eine gesunkene Anlage (Schiffmühle, Badeanstalt oder dergl.) die Schiff- oder Floßfahrt, so hat der Führer oder Besitzer ungesäumt die Wiederflottmachung oder Herausschaffung herbeizuführen, widrigen Falls sie auf seine Kosten von der Strompolizei veranlaßt werden kann.

Stellung des Schiffs- und Floßführers zu den Mannschaften und Fahrgästen.

§ 46. Dem Schiffs- und Floßführer steht in allem, was das Fahrzeug selbst, dessen Leitung, Erhaltung, Ladung u. s. w. und die Aufrechterhaltung der Ordnung auf demselben angeht, der Oberbefehl über die Mannschaft und die Aufsicht über die Fahrgäste zu.

Beide sind verpflichtet, den vom Schiffs- oder Floßführer in jenen Beziehungen ertheilten Anordnungen ohne Widerspruch Folge zu leisten; doch dürfen Handleistungen den Fahrgästen nur in Fällen dringender Noth angesonnen werden.

In Schleppzügen steht der Oberbefehl dem Führer des schleppenden Dampfschiffes zu; alle im Schleppzuge befindlichen Schiffer und Leute haben seinen Anordnungen unweigerlich Folge zu leisten. Er kann widersetzliche Schiffer mit ihren Fahrzeugen aus dem Schleppzuge verweisen.

Der Schiffsführer hat dafür zu sorgen, daß die ihm untergebenen Mannschaften, auf Dampfschiffen auch die Schaffner, Maschinenführer und Feuerleute ihre Pflicht pünktlich erfüllen, sich anständig und friedfertig unter einander und höflich gegen die Fahrgäste verhalten.

Widersetzliche, Unordnung veranlassende oder den Anstand verletzende Mannschaften und Fahrgäste kann der Schiffsführer mit ihrer Habe an geeigneter Stelle von den Fahrzeugen entfernen und behufs des weiteren der Polizeibehörde übergeben.

Seinerseits hat der Schiffsführer stets ein anständiges und gemessenes Betragen zu beobachten und den Fahrgästen gegenüber sich höflich und zuvorkommend zu erweisen.

Befolgung der Anordnung der Polizeibeamten. Mitführen eines Abdrucks dieser Polizeiordnung.

§ 47. Jeder Schiffs- und Floßführer hat den Weisungen der die Strom- und Schifffahrtspolizei wahrnehmenden Beamten, welche an ihrer Dienstkleidung oder anderen Dienstabzeichen erkennbar sind, unweigerlich Folge zu leisten und ihnen zu gestatten, innerhalb ihres Dienstbezirks sowohl sein Schiff oder Floß zu betreten und darauf mitzufahren, als auch ihr Dienstfahrzeug daran anzuhängen.

Jeder Schiffs- und Floßführer hat während der Ausübung seines Gewerbes einen Abdruck dieser Polizeiordnung mit sich zu führen und den vorgenannten Beamten auf deren Verlangen vorzulegen.

Bestrafung von Zuwiderhandlungen.

§ 48. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden, falls sie nicht nach den strafgesetzlichen Bestimmungen zu ahnden sind, im Deutschen Reiche mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen, in Oesterreich nach den für die Uebertretung von polizeilichen Vorschriften geltenden Bestimmungen bestraft.

Zusammenstellung der Signale.

§ 49. Die in den §§ 18 bis 20, 23 und 28 bis 39 dieser Polizeiordnung vorgesehenen Signale sind in der Anlage zusammengestellt.

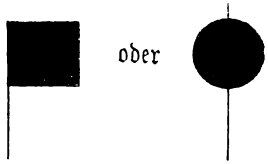
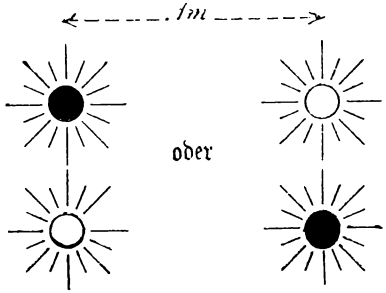
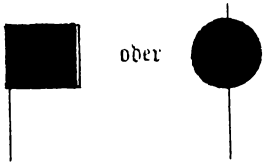
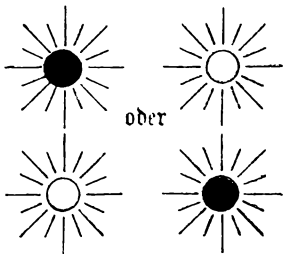
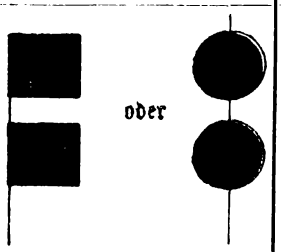
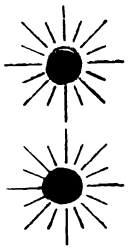
Beförderung von Sprengstoffen und von feuergefährlichen Gegenständen.

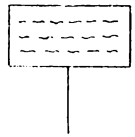
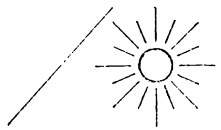
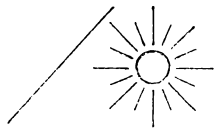
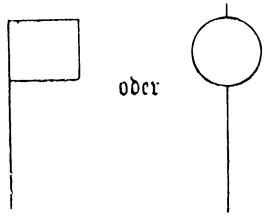
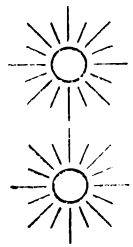
§ 50. Für die Beförderung von Sprengstoffen und von feuergefährlichen Gegenständen gelten besondere Vorschriften.

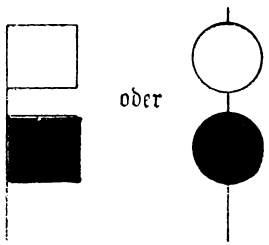
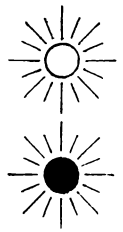
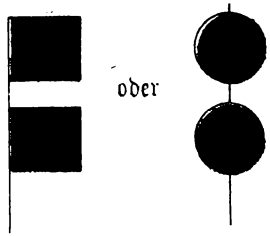
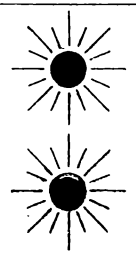
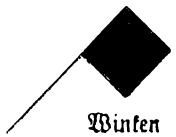
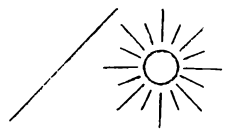
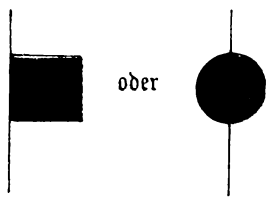
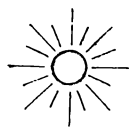
Zusammenstellung

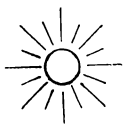
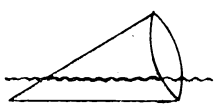
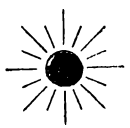
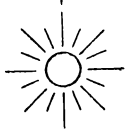
der

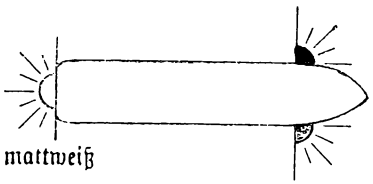
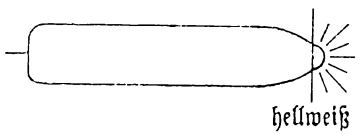
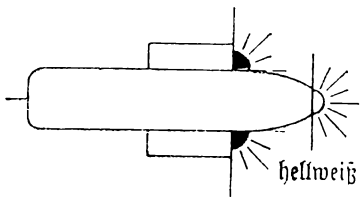
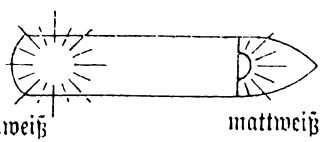
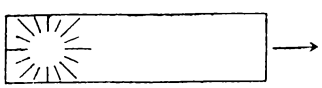
in der Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe vorgesehenen Signale.

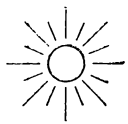
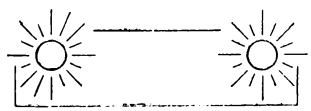
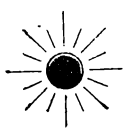
Polizeiordnung.	Anwendung der Signale.	Pfeifen- oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
§ 18.	Stelle, an welcher ein beladenes Fahrzeug am Ufer liegt, oder Strombauten ausgeführt werden . .	. .	 oder am Ufer.	 am Ufer, das weiße Licht immer wasserwärts.
§ 19.	Im Fahrwasser liegende Baggermaschinen, Strombaufahrzeuge, beschädigte oder manövrirunfähige Schiffe oder Flöße . . .	. .	 oder auf derjenigen Seite, an welcher vorbeizufahren ist.	 das weiße Licht an derjenigen Seite, an der vorbeizufahren ist.
§ 20.	Sperrung des Fahrwassers (vergl. auch § 33)	. .	 oder am Ufer.	 am Ufer.

Polizeiordnung.	Anwendung der Signale.	Pfeifen- oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
§ 23.	Telegraphenleitungen oder Ketten, welche quer durch den Strom geführt sind . . .	. .	 am Ufer.	
§ 28.	Begegnen von Segelschiffen untereinander und mit Flößen . .	. .	 Winken	 Schwenken (bei Schiffen) auf derjenigen Seite, an welcher vorbeizufahren ist.
§ 29.	Begegnen von Dampfschiffen untereinander: rechts vorbei . . — links vorbei . . . . — — kann nicht ausweichen . — — —			
§ 30.	Begegnen von Dampfschiffen mit Segelschiffen und Flößen: Dampfschiff rechts vorbei . — Dampfschiff links vorbei . — — Segelschiff oder Floß . . .		 Winken	 Schwenken (bei Schiffen) auf derjenigen Seite, an welcher vorbeizufahren ist.
§ 31.	Stark gekrümmte, enge oder seichte Fahrwasserstellen .	. .	 oder am Ufer.	wenn die Schifffahrt unbeschränkt gestattet ist  am Ufer.

Polizeiordnung.	Anwendung der Signale.	Pfeifen- oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
				wenn die Schifffahrt unbeschränkt gestattet ist
§ 32.	Stromengen . .	. .	 oder am Ufer.	 am Ufer.
§ 33.	Schifffahrtsstockungen (vergl. auch § 20)	. .	 oder am Ufer.	 am Ufer.
§ 34.	Ueberholen:			
b)	Dampfschiff, welches vorbeifahren will			
	rechts vorbei . .	——— —		
	links vorbei	——— — —		
c)	anderes Schiff oder Floß, welches vorbeifahren will, sowie Antwort des vorausfahrenden Schiffs oder Floßes	. .	 Winken	 Schwenken (bei Schiffen)
d)	vorausfahrendes Schiff oder Floß, welches nicht ausweichen kann .	nur nachts — — — — —	 oder am Mast oder an mindestens 8 m hoher Stange, in beiden Fällen auf halber Höhe.	 Auf- und Niederbewegen am Steuer von Segelschiffen.

Polizeiordnung.	Anwendung der Signale.	Pfeifen- oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
§ 35.	Personendampfschiff beim Anhalten an einer Kahnstation . . .	——— oder		
			auf derjenigen Seite, an welcher der Kahnführer anfahren	
	Kahnführer beim Anfahren .	. .		
§ 36.	Anfangspunkt der Fährgierseile .	. .		
	Haltetafel bei Fähren . .	. .		
	Bergdampfschiff oder Kettendampfschiff bei Annäherung an eine Fährstelle .	———		
	Fährgefäße bei Nacht und nicht freier Schleppkette	. .	. .	
§ 37.	Von der Fährstelle her für Schleppzüge . . .	. .	 Winken	

i= = ig.	Anwendung der Signale.	Pfeifen= oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
3.	Lichterführung bei Nacht:			
a)	Nicht geschlepptes Segelschiff von 30 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit in Fahrt . .	. .	. .	 mattweiß
=	Nicht geschlepptes Segelschiff von weniger als 30 Tonnen Tragfähigkeit in Fahrt .	. .	. .	 hellweiß
b)	Dampfschiff in Fahrt .	. .	. .	 hellweiß Dampfschiff, welches schleppt, über dem hellen weißen Lichte noch ein ebensolches.
c)	Geschlepptes Schiff .	. .	. .	 hellweiß mattweiß Das Licht am Steuer wird nur von einem einzelnen geschleppten Schiffe, sowie von dem letzten in einem Schleppzuge geführt.
d)	Geschlepptes Floß .	. .	.	 ein hoch angebrachtes mattweißes Licht am hinteren Ende.

Polizeiordnung.	Anwendung der Signale.	Pfeifen- oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
§ 38 e)	Im Fahrwasser oder in dessen Nähe auf freiem Strome oder auf einem Nothlandeplatze stilliegendes Fahrzeug (Schiffmühle, Badeanstalt oder dergl.)	.	. .	 ein gut sichtbares helles weißes
"	Daselbst stilliegendes Floß .	.	. .	 ein gut sichtbares helles weißes auf den beiden Ecken nach Fahrwasser zu.
f)	Ueber den Fahröffnungen fester Brücken	. .	.	
§ 39.	Dampfschiff in Fahrt bei Nebel oder Schneegestöber . . .	alle 3 Minuten, außerdem beim Wahrnehmen eines anderen Schiffs oder Floßes im Fahrstriche. Die Maschinenkraft ist bei der Thalfahrt zu mäßigen.		

Nr. 5. Verordnung,

strom- und schifffahrtspolizeiliche Vorschriften für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe betreffend;

vom 9. Januar 1894.

Im Anschlusse an die von den Regierungen der Elbuferstaaten vereinbarte Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe, welche unter dem gestrigen Tage bekannt gemacht worden ist, wird unter Aufhebung

der Verordnung vom 2. Januar 1864, die strom- und schifffahrtspolizeilichen Vorschriften für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 2 flg.),

der Verordnung vom 25. Oktober 1865, das Passiren der Elbbrücken bei hohen Wasserständen betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 641),

der Verordnung vom 23. Mai 1867, die Dampfschleppschifffahrt auf dem sächsischen Elbstrome betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 172),

der Verordnung vom 3. Februar 1868, die Prüfungsbehörde für die Führung von Dampfschiffen betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 163),

der Verordnung vom 7. November 1870, das Verhalten der Schiffsführer in Schleppzügen auf der Elbe betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 332),

der Bekanntmachung vom 21. März 1871, eine theilweise Abänderung der Bestimmungen in §§ 53 flg. der Verordnung vom 2. Januar 1864 betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 38),

der Verordnung vom 21. Juli 1871, die Abänderung einiger Bestimmungen der Verordnung vom 2. Januar 1864 betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 178),

der Verordnung vom 30. April 1874, das ungebührliche Verladen von Bruchsteinen u. s. w. auf Elbfahrzeugen betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 53),

der Verordnung vom 22. Dezember 1879 wegen Abänderung von § 52 der Verordnung vom 2. Januar 1864 (G.- u. V.-Bl. v. J. 1880 S. 1)

für das Gebiet des Königreichs Sachsen weiter noch Folgendes verordnet:

Zuständigkeit der Elbstrom-ämter und der Straßen- und Wasser-Bau-inspektionen.

§ 1. Als Elbstromämter sind zur Handhabung der Vorschriften der Elbstrom-Polizeiordnung und der gegenwärtigen Verordnung nach Maßgabe von § 2 der Verordnung, die Kompetenz ꝛc. betreffend, vom 18. September 1874 (G.- u. V.-Bl. S. 322 flg.) und § 4 Absatz 3 der Verordnung, die Aufhebung der Amtshauptmannschaft Dresden ꝛc. betreffend, vom 11. September 1880 (G.- u. V.-Bl. S. 109 flg.) zuständig

die Amtshauptmannschaften zu Pirna, Dresden-Neustadt und Meißen, dergestalt jedoch, daß für den Elbstrom selbst und dessen Ufer als Grenzen gelten

zwischen den Elbstromämtern Pirna und Dresden die fliegende Fähre zu Pillnitz, so daß die Fähre selbst zu dem Elbstromamte Dresden gehört,

und zwischen den Elbstromämtern Dresden und Meißen die Kletitschbachmündung.

Die Straßen- und Wasser-Bauinspektionen I zu Pirna, Dresden und Meißen sind zuständig jede für den Bezirk des an demselben Orte befindlichen Elbstromamtes.

I. Berechtigung zum Schifffahrtsbetriebe, Schiffs- und Schifferpatente.

Berechtigung zum Elbschifffahrtsbetriebe.

§ 2. Die Erlaubniß, die Elbschifffahrt als Eigenthümer oder Rheder zu betreiben, insoweit solche auch auf das Gebiet anderer Staaten, als das Königreich Sachsen sich erstrecken soll, ist bei der Kreishauptmannschaft zu Dresden nachzusuchen und von derselben im Genehmigungsfalle ein Erlaubnißschein zu ertheilen.

Die Erlaubniß kann nur solchen Unternehmern zu theil werden, welche, nächst dem Ausweise über den Besitz geeigneter Fahrzeuge, nach ihrer Persönlichkeit sowie nach ihren wirthschaftlichen und sonstigen Verhältnissen für die Erfüllung der den Schiffseignern obliegenden Verpflichtungen genügende Sicherheit gewähren. Gesellschaften, welche sich zum Behufe der Betreibung der Elbschifffahrt auf gemeinschaftliche Rechnung bilden, sind dazu erst nach erfolgter Prüfung und Genehmigung ihrer Satzungen und Betriebseinrichtungen zuzulassen.

Für den Erlaubnißschein ist eine Gebühr von 6 Mark zu entrichten.

Die Erlaubniß, die Personen- und Frachtschifffahrt oder Flößerei als Schiffs- oder Floßführer auf der Elbe sowohl innerhalb als außerhalb Sachsens zu betreiben, wird von jedem Elbstromamte für seine Bezirksangehörigen und soviel den Betrieb der Maschinenschifffahrt (Schiffe mit Dampf-, Petroleumgas-, Elektrizitäts- 2c. Maschinen) und Personen, die keinem Elbstromamtsbezirke angehören, anlangt, von dem Elbstromamte Dresden für das ganze Land auf Grund des beigebrachten Nachweises über die bestandene Schifferprüfung (s. § 15 flg.) ertheilt.

Erlaubniß zur Ingebrauchnahme der Fahrzeuge.

§ 3. Die Verwendung eines Fahrzeuges zur Elbschifffahrt außer Landes oder zur Binnenschifffahrt, letzteres, insofern die Tragfähigkeit des Fahrzeuges 10 Tonnen (je 1000 kg) oder mehr beträgt, ist nur unter der Bedingung gestattet, daß eine amtliche Feststellung der Tüchtigkeit und der Tragfähigkeit des Fahrzeuges vorher erfolgt und von dem betheiligten Elbstromamte ein Schiffspatent für dasselbe ertheilt worden ist (§ 10).

Dieses Schiffspatent ist bei jeder Fahrt auf dem Fahrzeuge als Ausweis mitzuführen.

Untersuchung der Fahrzeuge: a) überhaupt.

§ 4. Die in § 3 erwähnte Feststellung in Bezug auf Tüchtigkeit und Tragfähigkeit der Fahrzeuge ist von den Straßen- und Wasser-Bauinspektionen vorzunehmen, zu welchem Zwecke die betreffenden Fahrzeuge bei den letzteren anzumelden sind.

Hinsichtlich der Tüchtigkeit ist vorzüglich das Alter (Bauzeit) des Fahrzeuges, worüber, soweit thunlich, Zeugnisse beizubringen sind, sowie der Zustand desselben zugleich mit Rücksicht auf die Verwendung zu gewissen Arten des Transportes (für Personen, Waaren, Steinwerk, Holz, Kohlen u. s. w.) ins Auge zu fassen und darauf zu sehen, daß die zum sicheren Schifffahrtsbetriebe nöthigen Ausrüstungsgegenstände an Ankern, Ketten, Tauen, Staken u. s. w. vollständig und in der erforderlichen Beschaffenheit vorhanden sind, insbesondere auch den bezüglichen Vorschriften der Polizeiordnung genügt ist. Die Feststellung der Tüchtigkeit des Fahrzeuges (abgesehen von den Ausrüstungsgegenständen) kann ohne besondere Untersuchung erfolgen, wenn der Nachweis dieser Tüchtigkeit durch Zeugnisse, denen diese Wirkung beigelegt ist, geführt wird.

Die Tragfähigkeit der Fahrzeuge ist auf Grund sorgfältiger Vermessung nach Maßgabe der hierüber bestehenden oder noch zu erlassenden besonderen Vorschriften festzustellen und in Tonnen zu 1000 kg auszudrücken.

Ueber die erfolgte Untersuchung und Vermessung der Fahrzeuge sind Zeugnisse auszustellen, welche den Elbstromämtern als Grundlage für Ausfertigung der Schiffspatente dienen.

b) der mit Dampf- oder sonstigen Maschinen betriebenen Schiffe insbesondere.

§ 5. Jedes inländische Dampfschiff ist, bevor damit öffentliche Fahrten unternommen werden dürfen, außer der wegen Ertheilung des Schiffspatentes im allgemeinen vorgeschriebenen Prüfung der Tüchtigkeit des Fahrzeuges (§ 4), sowie der durch die Verordnung über die polizeiliche Beaufsichtigung der Dampfkessel vom 5. September 1890 (G.- u. V.-Bl. S. 121 flg.) vorgeschriebenen Untersuchung des Dampfkessels und der Maschine einer besonderen Prüfung beziehentlich Probefahrt, und zwar für das gesammte Land durch das hierzu beauftragte Elbstromamt zu Dresden mit Zuziehung der Straßen- und Wasser-Bauinspektion I zu Dresden und der Gewerbe-Inspektion zu unterwerfen.

Für die mit anderen Maschinen (Petroleumgas-, Elektrizitäts- ꝛc. Maschinen) betriebenen Schiffe gelten, soweit anwendbar, dieselben Vorschriften.

Fortsetzung.

§ 6. Hierbei hat die Prüfungsbehörde nicht allein im allgemeinen von der Gefahrlosigkeit und der den Stromverhältnissen entsprechenden Größe und Bauart des Dampf- oder anderen Maschinenschiffes sich zu überzeugen, sondern auch darauf ihr besonderes Augenmerk zu richten,

a) daß die Maschine einen ruhigen Gang hat und mit gut wirkenden Umsteuerungsvorrichtungen versehen ist, damit dieselbe leicht zum Stillstand gebracht werden und auch rückwärts arbeiten kann;

b) daß der Aschenraum am Dampfkessel sowie der Durchgang des Schornsteins durch das Schiffsverdeck und, besonders bei Personenschiffen, auch die Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen in den Kajüten nicht feuergefährlich angelegt sind;

c) daß das Schiff mit guten Geländern versehen und für Verwahrung aller Luken im Verdecke so gesorgt ist, daß niemand hinabfallen oder sich beschädigen kann;

d) daß der beweglich herzustellende Schornstein beim Umlegen eine mindestens 2 m hohe Unterstützung über dem Schiffsverdecke findet;

e) daß um die Schaufelräder eine bis dicht ans Wasser reichende Sicherheitsumkleidung (Abhalter) angebracht ist;

f) daß die erforderlichen Mittel zum Stopfen der Lecke, sowie 2 Leckpumpen und 2 gute Handspritzen, welche bei kleineren Schiffen und Booten unter 10 Tonnen Tragfähigkeit je durch die gleiche Anzahl Schöpfeimer ersetzt werden können, an Bord vorhanden sind.

Ueber das Ergebniß dieser Prüfung ist ein von dem Schiffseigner, dem Bootsmeister und dem Maschinenführer mit zu unterzeichnendes Protokoll aufzunehmen und an die Kreishauptmannschaft zu Dresden einzureichen. Dieses Protokoll muß in Ansehung desjenigen Theils, welcher vom Maß und Gewicht handelt, so speziell und vollständig sein, daß danach jeder Sachverständige die Entscheidung der Prüfungsbehörde beurtheilen kann.

§ 7. Einer gleichen vom Elbstromamte zu veranstaltenden Prüfung (Probefahrt) unterliegen diejenigen Dampf- oder andere Maschinenschiffe, welche einen Umbau oder eine sonstige wesentliche, mit Außerdienststellung verbundene Reparatur erfahren haben. Fortsetzung.

Sie dürfen erst dann wieder in Dienst gestellt werden, wenn von dem Elbstromamte auf Grund des Prüfungsergebnisses das erforderliche Fahrzeugniß ausgestellt worden ist. Das letztere ist auf den Schiffen mitzuführen und auf Personenschiffen an einem geeigneten, den Reisenden zugänglichen Platze auszuhängen.

§ 8. Außerdem unterliegen alle bereits im Betriebe befindlich gewesenen Dampf- oder andere Maschinenschiffe, welche für eine neue Schifffahrtsperiode wieder in Dienst gestellt werden sollen, vorbehältlich außerordentlicher Revisionen im Laufe der Schifffahrtsperiode, einer regelmäßigen jährlichen Revision durch die Straßen- und Wasser-Bauinspektion und die Gewerbe-Inspektion. Es ist deshalb an jede dieser Dienststellen alljährlich im Frühjahre über die in den Fahrdienst zu nehmenden Schiffe Anzeige zu erstatten. Fortsetzung.

Die Revision erfolgt in der Regel im Monat April, spätestens aber bis Mitte Mai.

Die Prüfung des Kessels geschieht vor der Inbetriebstellung des Schiffes, die Prüfung der Maschine wird während einer gewöhnlichen Dienstfahrt vorgenommen. Die Prüfung der Schiffsausrüstung erfolgt zwar auch während das Schiff im Dienste ist, jedoch während einer Fahrpause.

Ueber das Ergebniß dieser Prüfungen hat jede der betreffenden Dienststellen besondere Niederschriften anzufertigen, welche ungesäumt an das Elbstromamt einzusenden sind.

Sind die Ergebnisse der Revision befriedigend oder sind nur unerhebliche während des Dienstes des Schiffes ohne Schwierigkeiten zu erledigende Bemerkungen zu machen gewesen, so ist dies von dem Elbstromamte unter dem Fahrzeugnisse kurz zu bescheinigen, mit der Wirkung, daß letzteres hierdurch bis zur nächsten Revision verlängert erscheint. Haben sich dagegen erheblichere Mängel ergeben, so ist jeder der technischen Beamten befugt, das Schiff unter Abforderung des Fahrzeugnisses so lange außer Dienst stellen zu lassen, bis die Mängel beseitigt sind und das Fahrzeugniß auf Grund eines, die Beseitigung feststellenden Revisionsprotokolls vom Elbstromamte verlängert worden ist.

Jeder der beiden technischen Beamten ist außerdem befugt, die im Dienste befindlichen Dampf- oder andere Maschinenschiffe zu jeder Zeit zu besteigen und sich von dem Zustande derselben und von der Erledigung etwa gerügter Uebelstände zu überzeugen.

Sind die technischen Beamten genöthigt, zu Besteigung eines zu revidirenden solchen Schiffes von Dresden aus nach einer anderen Station zu reisen, so sind die Reisekosten von dem Schiffseigenthümer zu erstatten.

c) der Segel- oder Frachtschiffe.

§ 9. Die Untersuchung der Segelschiffe hat in der Regel am Sitze derjenigen Straßen- und Wasser-Bauinspektion zu erfolgen, in deren Bezirke das Fahrzeug erbaut oder der Eigenthümer desselben wohnhaft ist. Der letztere ist deshalb verbunden, das Fahrzeug zu der von der Straßen- und Wasser-Bauinspektion zu bestimmenden Zeit und an dem von derselben zu bezeichnenden Orte der letzteren unbeladen vorzuführen und so lange, als der Zweck der Untersuchung es erfordert, an Ort und Stelle zu belassen.

Wünscht der Bewerber um das Schiffspatent, daß die Untersuchung ausnahmsweise am Orte der Erbauung des Fahrzeuges oder an einem anderen, von dem Sitze der Straßen- und Wasser-Bauinspektion entfernten Orte vor sich gehe, so kann diesem Antrage zwar stattgegeben werden, es hat aber derselbe solchenfalls dem mit der Prüfung beauftragten Beamten die geordneten Tagegelder und Reisekosten nach den demselben bei Dienstreisen zustehenden Sätzen zu gewähren.

Ausfertigung der Schiffspatente.

§ 10. Ergiebt sich bei der Prüfung der Fahrzeuge kein Bedenken, so ist darüber, zugleich unter Berücksichtigung der ermittelten, oder auf Grund eines älteren noch gültigen Meßbriefs, falls ein solcher vorhanden ist, zu bescheinigenden Tragfähigkeit des Fahrzeugs von der Straßen- und Wasser-Bauinspektion ein Zeugniß auszustellen.

Auf Grund dieses Zeugnisses stellt das zuständige Elbstromamt das Schiffspatent nach dem Muster A unter fortlaufender Nummer aus und händigt dasselbe gegen Entrichtung einer Gebühr von 1 ℳ 25 ₰ dem Bewerber aus.

Zuständig für Ertheilung der Schiffspatente ist, wenn es sich um ein Segelschiff handelt, dasjenige Elbstromamt, in dessen Bezirk der Eigenthümer des Schiffes seinen regelmäßigen Wohnsitz hat und falls derselbe in keinem der Elbstromamtsbezirke wohnt, jedesmal das Elbstromamt Dresden; wenn es sich aber um ein Dampf- oder anderes Maschinenschiff handelt, ausschließlich das Elbstromamt Dresden.

Fortsetzung.

§ 11. Die Untersuchung ist zu wiederholen nach jeder wesentlichen Veränderung oder Reparatur des Fahrzeuges, sowie wenn bekannt ist, daß das Fahrzeug auf der letzten Fahrt einen Unfall erlitten hat.

Die Untersuchung kann außerdem wiederholt werden, wenn sie von der Behörde sonst, um sich von der fortwährenden Brauchbarkeit des Fahrzeuges zu überzeugen oder auch auf Anregung des Schiffseigners für nöthig erachtet wird. Es sind aber dafür mit alleiniger Ausnahme der im Falle der Erneuerung des Schiffspatents zu entrichtenden Ausfertigungsgebühr (§ 10) den Betheiligten keine Kosten anzusinnen.

Gültigkeit der Schiffspatente.

§ 12. So oft ein Fahrzeug, ohne jedoch an die Rhederei eines anderen Staates überzugehen, seinen Eigenthümer wechselt, behält das dafür ausgestellte Schiffspatent zwar seine Gültigkeit, dasselbe ist aber von seiten des zuständigen Elbstromamtes durch unentgeltliche amtliche Bemerkung auf dem Originalpatente auf den neuen Eigenthümer überzuschreiben, auch ist in den Schiffsverzeichnissen das Entsprechende nachzutragen.

Fortsetzung.

§ 13. Das Schiffspatent verliert seine Gültigkeit, wenn das Fahrzeug, für welches dasselbe ertheilt wurde, an die Rhederei eines anderen Staates übergegangen ist, sowie in dem Falle, wenn das Fahrzeug zum Gebrauche nicht ferner als vollkommen tüchtig befunden wird.

Unbrauchbar gewordene Fahrzeuge dürfen zu dem Zwecke, um an einem anderen Orte zerschlagen zu werden, nur dann auf der Elbe fortgeschafft werden, wenn diese Fahrt als die letzte des Fahrzeugs und jener Zweck derselben von dem Elbstromamte, in dessen Bezirke der Abgangsort gelegen ist, unter dem Schiffspatente bemerkt, auch das Fahrzeug nicht mit anderen Gegenständen als mit Holz, Braunkohlen, Obst oder Töpferwaaren beladen ist.

Fortsetzung.

§ 14. Ungültig gewordene Schiffspatente sind von den Schiffseigenthümern binnen vier Wochen vom Eintritte der Ungültigkeit an gerechnet an das Elbstromamt, bei welchem die Ausfertigung erfolgt ist, oder, wenn Ueberschreibungen stattgefunden haben (§ 12), an dasjenige Elbstromamt, welches die letzte Ueberschreibung bewirkt hat, zurückzugeben.

Schifferprüfungen und Schifferpatente.

§ 15. Jedes Segelschiff (Frachtschiff) oder Floß (Prahme), welches die Elbe auch außerhalb des sächsischen Gebietes befährt, oder welches zwar nur innerhalb Sachsens verwendet wird, aber eine Tragfähigkeit von 10 Tonnen und mehr hat, sowie jedes

Dampf- oder anderes Maschinenschiff ohne Rücksicht auf die Größe und Verwendung desselben muß von einem geprüften und mit einem Schiffer- oder Floßführer-Patente versehenen Führer geleitet werden.

Der letztere hat sein Schifferpatent auf jeder Fahrt als Ausweis bei sich zu führen.

Fortsetzung. § 16. Der inländische Bewerber hat die Anmeldung zur Prüfung als Führer eines Segelschiffes oder Floßes bei derjenigen Elb-, Straßen- und Wasser-Bauinspektion, in deren Bezirke sein wesentlicher Wohnort gelegen ist und sofern er in keinem dieser Bezirke wohnhaft ist, bei der Straßen- und Wasser-Bauinspektion I zu Dresden, die Anmeldung zur Prüfung als Führer eines Dampf- oder anderen Maschinenschiffes aber in jedem Falle bei der Straßen- und Wasser-Bauinspektion I zu Dresden schriftlich oder mündlich zu bewirken und durch geeignete glaubwürdige Zeugnisse, theils

a) über seine zeitherige Unbescholtenheit, seinen moralischen Lebenswandel, insbesondere seine Nüchternheit, sowie über die erhaltene Vorbildung und die erlangte Fertigkeit im Schwimmen sich auszuweisen, theils

b) darzuthun, daß er mindestens drei Jahre bereits Schiffsdienst auf der Elbe verrichtet habe.

Die Straßen- und Wasser-Bauinspektion hat hierauf wegen Zulassung des Bewerbers zur Prüfung mit dem Elbstromamte ins Vernehmen zu treten, und sofern sich kein Bedenken ergiebt, denselben zur Vornahme der Prüfung auf einen bestimmten Tag schriftlich vorzuladen.

Fortsetzung. § 17. Die Prüfung, welche in den nachstehend unter 1 a und 1 b genannten Gegenständen auch schriftlich, im übrigen aber mündlich abzulegen ist, hat sich zu erstrecken auf folgende Gegenstände:

1. Für Segelschiffsführer:

a) Kenntniß der deutschen Sprache bis zur Fähigkeit, sich mündlich und schriftlich verständlich auszudrücken.

b) Die vier Grundrechnungsarten mit gewöhnlichen Brüchen und Dezimalbrüchen.

c) Kenntniß der deutschen und österreichischen Münzen, Maße und Gewichte.

d) Allgemeine Kenntniß des Laufes der Elbe, der Einmündungen schiffbarer Nebenflüsse und Kanäle und der Landesgrenzen an der Elbe.

e) Kenntniß der Fahrbahn der ganzen schiffbaren Elbe, insbesondere ihrer Bezeichnung, Verständniß der Pegelbeobachtungen, Kenntniß der Häfen und der Anlege-, Ein- und Ausschiffungsplätze entlang der Elbe.

f) Kenntniß der strom- und schifffahrtspolizeilichen Vorschriften für die Elbe und der bei der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung den Schiffsführern obliegenden Pflichten.

g) Kenntniß der verschiedenen Arten der Schiffe und ihrer Ausrüstung, der Anordnung und Handhabung der Segel und des Steuers, des Umhaltens, Anlegens und Ankerns der Schiffe, des Verstauens der Ladung, der Sicherung und Rettungsmaßregeln in Nothfällen und bei Unfällen.

2. Für Führer von Dampf- oder anderen Maschinenschiffen.

Alle vorstehend unter 1 a bis g angegebenen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie außerdem: allgemeine Kenntniß der Einrichtung der Rad-, Schrauben- und Kettendampfschiffe, der Schiffskessel, ihrer Wartung und wesentlichen Ausrüstungsstücke, der bezüglich derselben geltenden sicherheitspolizeilichen Vorschriften, der Zusammensetzung und des Gebrauchs der Schiffsmaschinen.

3. Für Floßführer.

Alle unter 1 a bis g angegebenen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie außerdem: Kenntniß der Zusammensetzung von Prahmen und Flößen, ihrer Fortbewegung, sowie des Steuerns und Stellens derselben.

§ 18. Die Prüfung selbst wird von einer Prüfungskommission abgenommen, welche aus dem Straßen- und Wasser-Bauinspektor als Vorsitzendem und zwei von der Königlichen Kreishauptmannschaft zu Dresden zu ernennenden Schifffahrtskundigen besteht. Die Prüfung wird so lange fortgesetzt, bis die Mitglieder der Prüfungskommission sich über die Befähigung jedes Prüflings ein genügendes Urtheil gebildet haben. Die Zeiten, zu welchen alljährlich regelmäßige Prüfungen vorzunehmen sind, werden durch die Königliche Kreishauptmannschaft zu Dresden bekannt gemacht. Außerdem können aber auch von den Prüfungskommissionen je nach Bedürfniß noch besondere Prüfungen anberaumt werden. Fortsetzung.

Jeder Prüfling hat vor Beginn der Prüfung eine Prüfungsgebühr von 3,50 ℳ an den Vorsitzenden der Kommission oder die von diesem ihm bezeichnete Stelle einzuzahlen.

§ 19. Ueber das Ergebniß der Prüfung hat die Prüfungskommission sofort nach deren Beendigung ihr Urtheil durch protokollarische Niederschrift festzustellen und bezüglich jedes Prüflings zu entscheiden, ob er die Prüfung bestanden hat oder nicht. Im ersteren Falle hat die Kommission durch den Vorsitzenden dem Bewerber entsprechende Eröffnung zu machen und ihm das im Texte des Schifferpatents enthaltene Angelöbniß mittels Handschlags abzunehmen, hiernach aber die Ausfertigung des Schifferpatents bei dem Elbstromamte zu beantragen und dasselbe nach Eingang dem Bewerber auszuhändigen oder zuzusenden. Fortsetzung.

Bei nicht bestandener Prüfung ist der Bewerber hiervon unter der Eröffnung, daß er vor Jahresfrist nicht zu einer anderweiten Prüfung werde zugelassen werden, mittels schriftlichen Bescheids in Kenntniß zu setzen.

Für das Schifferpatent, welches nach den Mustern B oder C auszufertigen ist, hat der Empfänger eine Gebühr von 1 ℳ 25 ₰ zu entrichten.

Ermächtigung durch das Schifferpatent.

§ 20. Das von der zuständigen sächsischen Behörde ausgefertigte Schifferpatent für Segel- und Dampfschiffe ermächtigt den Inhaber zur Führung jedes Elbfahrzeuges, welches der im Patente bezeichneten Gattung und der sächsischen Rhederei angehört mit der Maßgabe, daß das Patent zur Führung von Dampfschiffen auch zur Führung von anders als mit Dampf betriebenen Maschinenschiffen berechtigt. Das Patent für Flößer ermächtigt zur Führung jedes Holzfloßes, welches von einem sächsischen Uferplatze abgeht.

Ein Patent zur Führung von Dampfschiffen ermächtigt zugleich zur Führung von Segelschiffen, nicht aber umgekehrt.

Wer im Besitze eines Patentes zur Führung von Segelschiffen ist und die Berechtigung zur Führung von Dampf- oder anderen Maschinenschiffen oder Flößen erlangen will, hat über die in § 17 unter 2 oder 3 angegebenen Gegenstände eine Ergänzungsprüfung abzulegen. Für eine solche Ergänzungsprüfung ist ebenfalls eine Prüfungsgebühr von 3,50 ℳ zu entrichten.

Ausweis für den Lootsendienst.

§ 21. Diejenigen Schiffer, welche die Verrichtung des Lootsendienstes für gewisse Stromstrecken übernehmen wollen, haben bei dem Elbstromamte, in dessen Bezirk ihr wesentlicher Wohnort sich befindet, sich dazu ausdrücklich anzumelden und dabei nachzuweisen, daß sie im Besitze des Schifferpatents sind, seit Erlangung des letzteren mindestens drei Jahre lang Schiffe selbständig auf der Elbe geführt haben und die betreffende Stromstrecke genau kennen.

Die Elbstromämter haben, wenn keine Bedenken vorliegen, den Angemeldeten darüber besondere Ausweise zu ertheilen, sowie fortlaufende Verzeichnisse derselben zur jederzeitigen weiteren Nachweisung zu führen.

Wegfall der Gültigkeit der Schifferpatente u. s. w.

§ 22. Die in Sachsen ausgestellten Schiffer- und Flößerpatente, ingleichen die vorstehend gedachten Ausweise für den Lootsendienst verlieren ihre Gültigkeit, wenn das Verhältniß des Inhabers als sächsischer Staatsangehöriger aufhört.

Im Falle der Uebersiedelung eines Schiffsführers aus einem anderen Elbuferstaate nach Sachsen erlischt dessen bisheriges, im anderen Elbuferstaate ausgestelltes Schifferpatent ebenfalls und es hat der betreffende Schiffer bei dem zuständigen Elbstromamte um die Ertheilung eines neuen Schifferpatents nachzusuchen; dabei soll aber von einer nochmaligen Prüfung abgesehen werden, insofern aus dem älteren Patente die vorausgegangene Prüfung des Inhabers sich ergiebt, und nicht etwa aus besonderen Gründen eine Wiederholung der Prüfung sich als angemessen darstellt.

§ 23. Die ausgefertigten Schiffer- und Flößerpatente und die Ausweise für den Lootsendienst sind wieder zurückzunehmen, wenn der Inhaber zu dem Geschäfte infolge von Invalidität ferner untauglich oder wenn dessen Beibehaltung mit der Ordnung und Sicherheit des Schifffahrtsverkehrs sonst nicht vereinbar ist. Letzteres kann namentlich dann angenommen werden, wenn derselbe wegen Trunksucht, grober Elbstrom- und Schifffahrtspolizeivergehen, Mißbrauchs seines Patentes (z. B. Verpfändung desselben ꝛc.) oder wegen Betrugs, Fälschung oder anderer Vergehen gegen das Eigenthum bestraft worden ist. In Fällen der ersteren Art (bei Trunksucht, Strompolizeivergehen, Mißbrauch des Patentes ꝛc.) kann die Wiedereinziehung des Patentes auf eine gewisse Zeit verfügt werden. Fortsetzung.

§ 24. Die Elbstromämter haben über die bei ihnen zur Ausfertigung gelangenden Schiffs- und Schifferpatente fortlaufende Verzeichnisse (die Schiffs- und Schifferrollen) zu führen. Schiffs- und Schifferrollen.

Bei eintretendem Ableben eines Schiffsführers ist das ihm ertheilt gewesene Schifferpatent seiten der Nachgelassenen des Verstorbenen sobald als möglich an das betreffende Elbstromamt zurückzugeben, oder, wenn dasselbe verloren oder vernichtet worden, solches anzuzeigen; widrigenfalls auf Kosten der Säumigen Maßregeln zur Einziehung durch das Elbstromamt ergriffen werden.

§ 25. Das Verfahren der Elbstromämter und der Straßen- und Wasser-Bauinspektionen bei Ausstellung der Schiffs- und Schifferpatente steht unter Aufsicht der Kreishauptmannschaft zu Dresden und in höherer Instanz des Ministeriums des Innern, die Elbstromämter haben daher, wenn gegen ihre diesfallsigen Entschließungen Rekurs eingewendet wird, sowie auf erhobene Beschwerden an die genannte Kreishauptmannschaft Bericht zu erstatten. Zuständigkeit der Behörden bei der Ausstellung und Aufhebung der Schiffs- und Schifferpatente.

§ 26. Wegen der Ungültigkeitserklärung oder Zurücknahme eines Schiffspatentes oder wegen der letzten Fahrt eines Fahrzeugs haben die Elbstromämter selbst Beschluß zu fassen und Verfügung zu treffen, dagegen wegen Wiedereinziehung eines Schifferpatentes, sobald dazu nach ihrem Ermessen in Gemäßheit der vorstehenden Vorschriften gegründete Veranlassung vorliegt, an die Kreishauptmannschaft gutachtlichen Bericht zu erstatten und deren Entschließung einzuholen. Fortsetzung.

II. Verhalten während der Ausübung des Schifffahrtsbetriebes und insbesondere während der Fahrt.

§ 27. Wegen Aufrechterhaltung der Ordnung des Schifffahrtsverkehrs auf dem Elbstrome wird auf die in der eingangserwähnten Polizeiordnung enthaltenen Vorschriften, die diesen Verkehr zu regeln bestimmt sind, verwiesen. Allgemeine Polizeiordnung.

Im übrigen ist, soweit das sächsische Elbgebiet in Frage kommt, bei Ausübung des Schifffahrtsbetriebes noch folgenden Bestimmungen nachzugehen.

Sorge für Erhaltung der Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände (§ 4 der Polizeiordnung.)

§ 28. Sowohl die Führer, als auch, soweit sie hierbei mitwirken können, die Eigenthümer der Fahrzeuge sind dafür, daß Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände in gutem Stande erhalten werden, verantwortlich.

Sicherstellung des Schifffahrtsbetriebes.

§ 29. Dafern besondere Vorsichtsmaßregeln zur Sicherstellung des Schifffahrtsbetriebes mit einzelnen Fahrzeugen oder in allgemeiner sicherheitspolizeilicher Beziehung von den zuständigen Behörden getroffen werden, ist der Eigenthümer diese auf seine Kosten in Ausführung zu bringen verpflichtet.

Leinpfad und Schiffszug. (§ 23 der Polizeiordnung.)

§ 30. Die Breite des Leinpfades an der sächsischen Elbstrecke ist im allgemeinen und, wo nicht besondere örtliche Verhältnisse eine Abweichung davon nothwendig machen und gestatten, auf 3,4 m landeinwärts von der natürlichen Uferkante oder von den Uferanlagen und Abböschungen bestimmt.

Schiffsführer und Zugleute haben während des Schiffszugs alle Personen, welche an der Elbe in der Nähe des Leinpfades und insbesondere zwischen der Zugleine und dem Elbufer verkehren, ihnen begegnen oder von ihnen überholt werden, zu deren Warnung rechtzeitig und vernehmlich anzurufen, aller Ungehörigkeiten gegen diese Personen aber sich zu enthalten.

Durchfahrt durch die Brücken. (§ 23 der Polizeiordnung.)

§ 31. Bei der Durchfahrt durch Brücken haben Fahrzeuge aller Art sowie Flöße besondere Sorgfalt und Aufmerksamkeit anzuwenden.

Die ersteren haben dabei ihre Masten und Rauchfänge so weit niederzulegen, daß sie weder an die Bogenwölbung oder das Tragwerk antreffen, noch die an den Brücken befindlichen Telegraphenleitungen berühren.

Thalfahrende Segelschiffe und Flöße haben bei Passirung der Dresdner Brücken einen Abstand von mindestens 500 m und beim Passiren der Meißner Brücken einen solchen von mindestens 600 m von einander zu halten.

Die Thalfahrt mit beladenen Segelfahrzeugen durch die Dresdner Elbbrücken, die Niederwarthaer Elbbrücke und die Meißner Elbbrücken bei Nacht ist verboten. Die Dresdner Augustusbrücke darf bei Nacht auch von Dampf- und sonstigen Maschinenschiffen, wenn sie mehr als 30 Tonnen Tragfähigkeit haben, mit Ausnahme der Kettenschleppschiffe, zu Thal nicht durchfahren werden.

Anlegen am Ufer. (§ 24 der Polizeiordnung.)

§ 32. Die Schiffs- und Floßführer haben, wenn sie in Nothfällen oder zum Zwecke des Aus- oder Einladens an einer ungewöhnlichen Uferstelle anlegen, der zuständigen Straßen- und Wasser-Bauinspektion dies unverweilt anzuzeigen. Die letztere hat wegen der etwaigen Inanspruchnahme fiskalischen Uferlandes Bestimmung zu treffen, beziehentlich das sonst Nöthige zu veranlassen, und haben die Schiffsführer deren Weisungen nachzugehen.

Begegnen an schwierigen Stellen. (§ 31 der Polizeiordnung.)

§ 33. Die Bestimmungen in § 31 der Polizeiordnung treten innerhalb der sächsischen Elbstromstrecke für folgende Stromstellen in Geltung, und zwar:

1. bei Wasserständen von weniger als Null am Dresdner Pegel:
   a) für die Stromkrümmung bei Prossen (Prossener Fuhrt),
   b) für die Stromstrecke entlang der Pillnitzer Insel,
   c) für die Stromstrecke von Niedermuschütz bis zum Göhrischfelsen (rauhe Fuhrt),
2. bei allen schiffbaren Wasserständen:
   a) für die Stromstrecke innerhalb Dresdens vom Ausschiffungsplatze oberhalb der Albertbrücke bis zum Winterhafen unterhalb der Marienbrücke,
   b) für die Stromstrecke bei Meißen von Niederspaar bis zur Knorre.

Innerhalb der Stromstrecken
von Schandau bis Rathen,
= Söbrigen bis Hosterwitz
und
= Niederfähre bis zur Knorre unterhalb Meißen
ist die Thalschifffahrt mit beladenen Segelschiffen, sobald der Wasserstand weniger beträgt als Null am Dresdner Pegel, bei Nacht verboten.

Begegnen bei Stromengen. (§ 32 der Polizeiordnung.)

§ 34. Die in § 32 der Polizeiordnung gegebenen Vorschriften haben innerhalb Sachsens Geltung für folgende Stromstrecken:

a) vom Elbberg bis zum Altstädter Packhof in Dresden, wegen der Durchfahrt durch die Augustusbrücke,
b) vom Altstädter Packhof bis unterhalb der Marienbrücke, wegen der Durchfahrt durch die letztere,
c) von Kötzschenbroda bis unterhalb der Niederwarthaer Brücke, wegen der Durchfahrt durch letztere,
d) von Niederfähre bis zur Knorre bei Meißen (Meißner Fuhrt) bei Wasserständen von weniger als Null am Dresdner Pegel, wegen des engen und stark gekrümmten Fahrwassers.

Lootsen.

§ 35. Lootsenzwang, d. h. die für den Fall der Nichtbeachtung unter Strafe gestellte Verpflichtung, sich eines Lootsen zu bedienen, findet innerhalb Sachsens nicht statt, soweit

nicht bei besonderen Anlässen, z. B. bei Ausführung von Strombauten ꝛc. solcher von dem Elbstromamte für einzelne Stromstellen und auf gewisse Zeit angeordnet werden sollte.

Sobald ein Zwangslootse die Leitung eines Schiffes oder Floßes übernommen hat, geht die Befugniß, alle hierzu erforderlichen Anordnungen zu treffen, auf denselben über.

Der Schiffs- oder Floßführer hat den Zwangslootsen jedoch dabei zu unterstützen; während der Fahrt, insoweit derselbe es verlangt, sich in dessen unmittelbarer Nähe aufzuhalten und dafür zu sorgen, daß die Anordnungen des Zwangslootsen gehörig und ungesäumt ausgeführt werden. Nicht minder hat er dem Zwangslootsen jede von diesem gewünschte Auskunft über den Tiefgang des Schiffes oder Floßes sowie über dessen besondere Eigenschaften, Bauart, Beschaffenheit, Ausrüstung, Beladung und Bemannung zu ertheilen.

Die Feststellung der Lootsengebühren bleibt den Elbstromämtern vorbehalten.

Verhalten bei der Schleppschifffahrt.

§ 36. Außer den in der Polizeiordnung bezüglich der Schleppschifffahrt getroffenen Bestimmungen gelten für die sächsische Elbstrecke noch folgende Vorschriften:

a) Bei einem Wasserstande von 1 m unter Null und darunter am Dresdner Pegel ist das Anhängen von Fahrzeugen zur Seite des Schleppers nicht gestattet, auch darf das Anhängen der Fahrzeuge in doppelter Reihe hinter dem Schlepper nur insoweit geschehen, als dadurch der geschleppte Zug eine Breite von 12 m nicht überschreitet.

b) Die Bootsmeister der Kettenschlepper sind in Ansehung der Station Schandau verpflichtet, der Anweisung des daselbst stationirten Ufermeisters entsprechend, dessen Anordnung sie einzuholen haben, die Schleppzüge entweder über Schandau hinaus zu bugsiren oder mit denselben unterhalb Schandau Stellung zu nehmen.

c) Vor der Einfahrt in eine der in §§ 33 und 34 bezeichneten Stromstrecken, sowie außerdem

bei der Thalfahrt: in Mickten bei der Schule,
in Strehla bei der Kahnfähre,

und

bei der Bergfahrt: am unteren Ende des Dorfes Kreinitz am Nixstein,
in Gröba,
in Oberspaar,
in Gauernitz unterhalb der Insel,
am Tännigthaus,
in Mickten bei der Schule,
unterhalb der Pirnaer Brücke

und

unterhalb der Schandauer Brücke

hat jeder Schleppzug das Achtungssignal (einen langen Pfiff mit der Dampfpfeife) zu geben.

Vergnügungs- und Sportfahrten mit Ruder- und Segelbooten, Schaluppen und sonstigen dergleichen kleinen Fahrzeugen.

§ 37. Die zu Vergnügungsfahrten und zum Betriebe des Sportes dienenden Ruder- und Segelboote, Schaluppen und sonstige dergleichen kleine Fahrzeuge haben den Dampfschiffen auszuweichen und sich möglichst außerhalb des Bereiches des Wellenschlags vorüberfahrender Dampfer zu halten.

Das Befahren der Elbe mit diesen kleinen Fahrzeugen bei Nebel, Sturm und Schneegestöber ist untersagt.

Bei Nacht haben dieselben sowohl am Vordertheil, wie auch am Hintertheil ein helles weißes Licht zu führen.

Das Kahnfahren auf der Elbe ist übrigens nur erwachsenen Personen gestattet, welche des Fahrens kundig sind, allen jungen Leuten unter 15 Jahren aber untersagt, außer wenn sie sich in Begleitung älterer kundiger Personen befinden. Den Eigenthümern der in Absatz 1 genannten Fahrzeuge ist verboten, solche an Unerwachsene oder Unkundige zur selbständigen Benutzung zu überlassen.

Die Fahrzeuge sind an beiden Bordseiten mit dem Namen und Wohnsitz des Eigenthümers deutlich zu bezeichnen und wenn sie außer Gebrauch sind, am Ufer gut zu befestigen und anzuschließen oder sonst in geeigneter Weise zu verwahren.

Schiffsunfälle. (§§ 44 und 45 der Polizeiordnung.)

§ 38. Ueber jeden auf der Elbe mit einem Schiffe, Floße u. s. w. sich ereignenden Unfall hat die zuständige Straßen- und Wasser-Bauinspektion sich entweder selbst an Ort und Stelle zu unterrichten, oder durch den Stromaufseher genaue Erörterungen anstellen und namentlich untersuchen zu lassen, ob durch den Unfall zugleich auch die übrige Schifffahrt behindert oder gefährdet wird.

Ist das letztere der Fall, so hat die Straßen- und Wasser-Bauinspektion für rechtzeitige Benachrichtigung und Sicherung der unterwegs befindlichen und der Unfallstelle sich nähernden Schifffahrt zu sorgen, sodann aber den Schiffsführer oder Eigenthümer anzuhalten, nach Maßgabe der Vorschrift in § 45 der Polizeiordnung die Beseitigung des Schifffahrtshindernisses ungesäumt zu bewirken und falls dies nicht oder nicht in genügender Weise geschieht, die Räumungsarbeiten auf Kosten des Betreffenden mit allen Mitteln selbst in die Hand zu nehmen. Für Deckung der Räumungskosten haften das Schiff oder Floß nebst Ausrüstung sowie die Ladung.

Von jedem Schiffsunfalle und den aus Anlaß eines solchen etwa getroffenen Anordnungen ist dem Elbstromamte ungesäumt Mittheilung zu machen.

Dienstzeugnißbücher der Schiffsmannschaften.

§ 39. Jeder in- oder ausländische Dienstmann auf einem Elbschiffe oder Floße (Schiffsführer, Steuermann, Geselle, Heizer, Bootsmann, Matrose, Junge, Lehrling ꝛc.)

muß mit einem Dienstzeugnißbuche nach dem beigefügten Muster unter D versehen sein und dasselbe bei seinem Dienstantritte dem Schiffseigner oder Schiffsführer zum Ausweise vorlegen.

Fortsetzung. § 40. Die Dienstzeugnißbücher für die inländischen Schiffsmannschaften sind von der Ortsbehörde des wesentlichen Aufenthaltsortes des Inhabers auf Grund vorheriger Feststellung der Person und sonst etwa für nöthig zu erachtender Nachweise amtlich auszufertigen, wobei in jedem auszugebenden Dienstbuche vor dessen Aushändigung die Personenbeschreibung des Inhabers vollständig einzutragen und zu beglaubigen ist.

Fortsetzung. § 41. Die Bestätigung der in die Dienstbücher einzutragenden Dienstzeugnisse ist in der Regel ebenfalls von den Ortsbehörden zu bewirken, sie kann jedoch, wenn die Entlassung des Schiffsmannes während einer Elbfahrt eintritt, auch durch das nächste Elbstromamt oder, im Auslande, durch die dort dazu zuständige Behörde erfolgen.

Fortsetzung. § 42. Den gedachten Ortsbehörden und beziehentlich den Elbstromämtern liegt zugleich ob, Beschwerden über ein ertheiltes oder verweigertes Dienstzeugniß zu erledigen und die dadurch etwa herbeigeführten Aenderungen und Zusätze in dem Dienstbuche nachzutragen.

Fortsetzung. § 43. Wenn einem Schiffsmanne (§ 39) sein Dienstzeugnißbuch abhanden gekommen ist, so hat er sich zur Erlangung eines neuen Buches an die Ortsbehörde seines wesentlichen Aufenthaltsortes zu wenden, welche ihm nach vorgängiger Erörterung, sofern sich kein Bedenken ergiebt, ein neues Buch ausfertigen wird.

Während einer Elbfahrt hat sich derselbe in diesem Falle bei dem nächsten Elbstromamte, oder, im Auslande, bei der nächsten zuständigen Behörde zu melden und um Ausstellung eines bis zur Rückkunft in die Heimath gültigen Vorweises nachzusuchen.

Derartige Vorweise, die auf Grund der, soweit nöthig, vorher anzustellenden Erörterungen zu ertheilen sind, verlieren mit dem Tage der Rückkunft des Inhabers in die Heimath ihre Gültigkeit und hat sodann der letztere unverzüglich um ein neues Dienstzeugnißbuch sich zu bewerben.

Fortsetzung. § 44. Ueber die ausgefertigten Dienstzeugnißbücher ist bei den Ortsbehörden zur Ertheilung etwaiger Nachweise ein fortlaufendes Verzeichniß zu halten.

Fortsetzung. § 45. Die Schiffseigner, Schiffs- oder Floßführer, beziehentlich auf Dampfschiffen die Bootsmeister haben bei jeder Annahme eines Dienstmannes sich dessen Dienstzeugnißbuch vorlegen zu lassen und darin über das mit demselben einzugehende Dienstverhältniß das Erforderliche in den dazu bestimmten Spalten zu bemerken, hierauf aber das Dienstbuch so lange als das Dienstverhältniß dauert in Verwahrung zu nehmen. Bei der Entlassung eines Dienstmannes ist von ihnen in dessen Dienstbuch in den für „den Tag

der Dienstbeendigung", für „die Angabe des Entlassungsgrundes" und für „das zu ertheilende Zeugniß" bestimmten Spalten das Nöthige einzutragen, danach aber das Dienstbuch an den Empfänger zurückzugeben.

§ 46. Aenderungen oder Zusätze, welche der Inhaber eines Dienstbuches in demselben entweder selbst vornimmt, oder durch einen Unberechtigten machen läßt, sind als Fälschungen anzusehen und nach dem Reichsstrafgesetzbuche zu bestrafen. Fortsetzung.

§ 47. Auf jedem Elbschiffe und Floße ist ein fortlaufendes Verzeichniß der Personen, welche auf demselben in Dienst getreten sind (Musterrolle) zu führen und aufzubewahren. Mannschafts-Verzeichniß. (Musterrolle.)

Dem Namen jedes entlassenen Dienstmannes ist eine Bemerkung über Anfang und Ende seiner Dienstzeit und eine wörtliche Abschrift des ihm bei seinem Abgange ertheilten Zeugnisses beizusetzen.

§ 48. Dienstbücher und Musterrollen sind jeder Gerichts-, Polizei- und Elbstrombehörde oder deren Organen auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen. Fortsetzung.

§ 49. Den Elbstromämtern bleibt zwar überlassen, die in Beziehung auf das Dienstverhältniß der Schiffsmannschaften zwischen den letzteren und den Schiffsführern oder Schiffseigenthümern vorkommenden und bei ihnen zur Anzeige gelangenden Irrungen und Streitigkeiten, soweit diese sofort aus den Einträgen in den Dienstzeugnißbüchern und in den auf dem Schiffe zu führenden Mannschaftsverzeichnissen zu beurtheilen sind, durch Bescheidung der Betheiligten zu erledigen; außerdem aber, und sofern die letzteren sich dabei nicht beruhigen, haben sie diese Irrungen und Streitigkeiten zur weiteren Erörterung und Erledigung an die zuständigen Ortsbehörden (vergl. § 40) oder geeigneten Falles an die Gerichtsbehörden abzugeben. Streitigkeiten über das Dienstverhältniß der Schiffsmannschaften.

III. Besondere Vorschriften für die Personendampfschifffahrt.

§ 50. Die regelmäßigen Fahrten der Personendampfschiffe sind mit Rücksicht auf das Bedürfniß des öffentlichen Verkehrs nach erlangter Genehmigung der Kreishauptmannschaft zu Dresden festzusetzen und, soweit nicht Störungen durch Elementarereignisse, oder sonstige, unvermeidliche, äußere Veranlassungen bedingt werden, pünktlich innezuhalten. Fahrten der Dampfschiffe.

§ 51. Der festgesetzte Fahrplan sowohl, als das Fahrpreisverzeichniß, ebenso wie jede bei dem einen oder dem anderen etwa eintretende Veränderung sind durch Anschlag an allen Stationsplätzen und auf den Schiffen selbst zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, auch der Kreishauptmannschaft zu Dresden, ingleichen den betreffenden Elbstromämtern besonders anzuzeigen. Fortsetzung.

Auch alle anderen Verfügungen und Bekanntmachungen, welche für die Reisenden bestimmt sind oder den Betrieb im allgemeinen betreffen, sind, insoweit sie nicht an sich der vorgängigen Genehmigung der Aufsichtsbehörden bedürfen, gleichzeitig mit der Erlassung in mehreren Exemplaren an die Kreishauptmannschaft zu Dresden sowie an die betreffenden Elbstromämter einzureichen.

Fahrplan.

§ 52. Im Fahrplane sind auch die für die Aufnahme und den Abgang von Reisenden bestimmten Haupt- und Nebenstationen, an denen das Schiff anzuhalten hat und welche ohne Genehmigung der Kreishauptmannschaft zu Dresden nicht geändert werden dürfen, unter gleichzeitiger Angabe der Normalzeit, vor deren Eintritt das Schiff die Station nicht verlassen darf, mit aufzuführen. Der Name jeder Station ist durch eine deutlich lesbare Aufschrift am Landungsplatze, bei Kahnstationen an der entsprechenden Uferstelle zu bezeichnen.

Landungsplätze.

§ 53. Die auszuwählenden Landungsplätze dürfen nicht eher von Dampfschiffen benutzt werden, als bis dazu auf vorgängige Anzeige bei dem Bezirks-Elbstromamte seiten desselben, im Einverständnisse mit der Bezirks-Straßen- und Wasser-Bauinspektion Genehmigung ertheilt worden ist.

Aufnahme der Reisenden und der Frachtgüter.

§ 54. Die Schiffsunternehmer haben dafür Sorge zu tragen, daß sowohl an den Haupt- als an den Nebenstationen die Zuführung der Reisenden auf das Schiff und deren Abgang von demselben auf sichere und bequeme Weise stattfinde, insbesondere sind sie für die an den Uferstellen etwa nöthigen und in uferbaupolizeilicher Hinsicht zulässigen Vorkehrungen, gleichwie für sorgfältige Instandhaltung und jederzeitige Gangbarerhaltung der Landebrücken zu sorgen verbunden und dafür verantwortlich, daß die letzteren mit hinreichend hohen und festen Geländern versehen sind und bei Dunkelheit gehörig beleuchtet werden.

Nicht minder sind sie verpflichtet, darauf streng zu halten, daß die aufzunehmenden Reisenden die Landebrücken nicht vor dem Anlegen der Schiffe und bevor die abgehenden Fahrgäste die Brücken verlassen haben, betreten.

Auch liegt den Schifffahrtsunternehmern die Fürsorge dafür ob, daß an den Landestellen in der Nähe des Ufers eine möglichst gute, den nöthigen Schutz gegen Sonne und Unwetter gewährende Unterkunft für die Fahrgäste und deren Gepäck sowie für die etwa zu befördernden Frachtgüter vorhanden ist.

Durch die Mitnahme von Frachtgütern dürfen die Fahrgäste nicht belästigt oder gefährdet werden. Auch sind die letzteren vor Belästigungen durch Rauch, Ruß, Aschenfall u. s. w. sicher zu stellen.

Ueberfüllung der Dampfschiffe und Zudrang zu den Landebrücken.

§ 55. Jede Ueberfüllung der Dampfschiffe ist verboten und sind hierunter die Schiffsführer verantwortlich. Insbesondere müssen die Hauptgänge auf dem Schiffe

derart frei bleiben, daß von jedem Platze aus die Aussteigestellen am Vorder- und Hintertheile des Schiffes ohne Schwierigkeit erreicht werden können. Der Schifffahrtsunternehmer hat dafür zu sorgen, daß der Eingang zur Landebrücke durch Vorziehen einer Kette, Stange oder sonstwie im Bedarfsfalle sofort und leicht abgesperrt werden kann.

Den Ortsbehörden bleibt vorbehalten, diejenigen Maßnahmen zu treffen beziehentlich anzuordnen, die erforderlich erscheinen, um denjenigen Gefahren und Unzuträglichkeiten vorzubeugen, welche durch Zudrang der Reisenden zu den Stationsplätzen und Landungsbrücken entstehen können.

Beiboote der Personen-Dampfschiffe. (§ 5 der Polizeiordnung.)

§ 56. Die von den innerhalb Sachsens verkehrenden Personendampfschiffen mitzuführenden Boote müssen mindestens 16 Personen bequem zu fassen vermögen.

Restauration auf dem Schiffe. Beleuchtung der Kajüten.

§ 57. Befindet sich auf dem Schiffe selbst eine Restauration, so ist ein bestimmtes, von der Ortsbehörde des Sitzes der Unternehmung genehmigtes Verzeichniß der Preise für Speisen und Getränke an einer geeigneten Stelle des Dampfschiffes auszuhängen. Bei eintretender Dunkelheit sollen die Kajüten gehörig erleuchtet sein.

An- und Abfahrt auf den Stationen.

§ 58. Der Schiffsführer hat streng darauf zu halten und ist dafür verantwortlich, daß die Ankunft und Abfahrt des Schiffes an jeder Station, wo angehalten wird, durch ein Zeichen mit der Schiffsglocke verkündet und außerdem den Reisenden auch noch durch Ausrufen bekannt gemacht werde, sowie daß das Schiff beim Anhalten an einer Station lange genug liegen bleibe, damit das Ein- und Aussteigen gefahrlos und in Ordnung von statten gehen könne.

Fortsetzung.

§ 59. Auch wenn nur ein einziger Reisender auf einer der im Fahrplane namhaft gemachten Haupt- und Nebenstationen vorhanden sein oder nur ein Fahrgast auf einer solchen Station abgehen sollte, ist der Führer des Dampfschiffes verpflichtet, anzuhalten und den Betreffenden aufzunehmen oder abzusetzen, sofern dies gefahrlos erfolgen kann.

Ausschließung von der Beförderung.

§ 60. Von der Beförderung mittels Dampfschiffes und dem Zutritte zu demselben sind ausgeschlossen:

1. Geisteskranke, dafern sie sich nicht unter geeigneter Aufsicht und genügend sicherstellender Begleitung befinden,
2. Betrunkene,
3. an gefährlichen, ansteckenden oder Ekel erregenden Krankheiten leidende Personen.

Verbot des Besteigens der Radkasten und des Zutritts zur Maschine.

§ 61. Den Reisenden ist das Besteigen der Radkasten und der Zutritt zu der Maschine untersagt und dieses Verbot auf jedem Schiffe mittels besonderen Anschlags bekannt zu machen.

Dienstpersonal der Dampfschiffe.

§ 62. Das für den Betrieb erforderliche Personal hat der Unternehmer der Dampfschifffahrt in der gehörigen Zahl mit Sorgfalt auszuwählen und darüber ein, Namen, Alter, Wohnort und die Bezeichnung des Dienstverhältnisses jedes Einzelnen enthaltendes Verzeichniß dem Elbstromamte zu Dresden alljährlich vorzulegen, auch durch die erforderlichen Nachträge zu ergänzen.

Dem Trunke ergebene oder sonst als unzuverlässig bekannte Personen dürfen bei dem Dampfschiffsdienste nicht angestellt oder müssen auf ergehende Aufforderung des Elbstromamtes sofort des Dienstes entlassen werden.

Vorstellung und Verpflichtung der Schiffsführer und deren Stellvertreter.

§ 63. Außerdem sind die Schiffsführer und deren im voraus zu bestimmende Stellvertreter bei deren Annahme oder bei eintretenden Personalveränderungen dem Elbstromamte zu Dresden besonders vorzustellen und von diesem auf die für die Funktionen derselben seiten des Schiffseigners zu entwerfende, der Prüfung und Genehmigung der Kreishauptmannschaft zu Dresden zu unterstellende Dienstanweisung zu verpflichten.

Insbesondere sind auch dieselben hierbei auf die genaue und sorgfältige Beobachtung der bestehenden oder künftig noch zu erlassenden strom- und schifffahrtspolizeilichen Vorschriften ausdrücklich zu verweisen.

Vorstellung und Verpflichtung der Maschinenführer und deren Stellvertreter.

§ 64. Dasselbe gilt von den Maschinenführern, jedoch sind diese, gleichwie deren für den Fall etwaiger Behinderung im voraus bei jedem Schiffe zu erwählende Stellvertreter, wozu auch einer der Feuerschürer bestimmt werden kann, noch vor der Verpflichtung einer Prüfung durch die Gewerbe-Inspektion zu unterwerfen und erst, wenn sie infolge dessen für tüchtig erfunden werden, zur Verpflichtung zuzulassen.

Verhalten der Schiffsmannschaften.

§ 65. Die zur Schiffsmannschaft gehörigen Personen müssen während der Fahrt stets auf ihrem Posten sein. Sie dürfen sich innerhalb der für die Reisenden bestimmten Räume, wenn sie nicht dienstlich dort beschäftigt sind, nicht aufhalten. Sie haben ihre Dienstverrichtungen, soweit thunlich, so auszuführen, daß die Reisenden dadurch nicht belästigt oder gefährdet werden. Ueberhaupt haben die Schiffsleute sich eines höflichen Benehmens gegen die Reisenden zu befleißigen und dürfen, wenn sie mit den letzteren bei ihren Dienstverrichtungen in nähere Berührung kommen, nicht rauchen oder Cigarren oder Pfeifen im Munde oder in den Händen halten.

Den Schiffsleuten ist ferner ausdrücklich untersagt, außer den durch aushängende behördlich genehmigte Taxe für den Transport von Gepäckstücken zu und von dem Schiffe

bestimmten Gebühren unter irgend einem Vorwande von den Reisenden etwas zu fordern.

Beschwerden der Reisenden.

§ 66. Der Schiffsführer hat begründeten Beschwerden der Reisenden, soweit thunlich, sofort abzuhelfen; im Falle er aber hierzu nicht im stande sein sollte, Anzeige an den Schifffahrtsunternehmer behufs Abstellung des zur Beschwerde gezogenen Uebelstandes zu machen. Im übrigen ist zur Aufnahme von Beschwerden auf jedem Dampfschiffe und auf jeder mit einem Stationsbeamten besetzten Station ein besonderes, allmonatlich von dem Elbstromamte Dresden zu revidirendes Beschwerdebuch zu halten, welches den Reisenden auf Verlangen zu Eintragung etwaiger Beschwerden von dem Schiffsführer beziehentlich Stationsbeamten unweigerlich vorzulegen ist. Der Eintrag ist von dem Beschwerdeführenden mit Angabe seines Namens, Standes und Wohnortes und der Zeit des Eintrags zu unterzeichnen.

Dampffähren, Personenschiffe, die mit Elektrizität ꝛc. betrieben werden.

§ 67. Die Bestimmungen in §§ 50 bis 66 gelten, soweit anwendbar, auch für Dampffähren sowie für mit anderer eigner Treibkraft, als Dampf, betriebene Fähren und Personenschiffe.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

Strafbestimmungen.

§ 68. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehend unter I., II. und III. enthaltenen Bestimmungen und Vorschriften sind — soweit sie nicht der strafrechtlichen Untersuchung und Bestrafung unterliegen — unbeschadet der Inanspruchnahme des Schuldigen wegen etwa zu leistenden Schadenersatzes mit Geldstrafen zu belegen und zwar wird bestraft:

1. mit 25 ℳ beziehentlich 50 ℳ und 75 ℳ, wer es unternimmt, auf der Elbe Schifffahrt zu treiben, ohne die in § 3 und § 15 vorgeschriebenen Patente erlangt zu haben, nämlich
   mit 25 ℳ wegen eines Floßes,
   50 " Segelschiffes und
   75 " Dampfschiffes oder mit mechanischem Betrieb versehenen Fahrzeuges,
2. mit 15 ℳ, wer das Schiffspatent oder Schifferpatent auf der Fahrt nicht mit sich führt (§ 3 und § 15),
3. mit 30 ℳ, wer es unterläßt, ein ungültig gewordenes Schiffspatent zurückzugeben (§ 14),
4. mit denselben Beträgen wie unter 1., jedoch mit einer Verschärfung von je 30 ℳ, wer ein ungültig gewordenes oder für ein anderes Schiff oder einen anderen Schiffsführer ausgestelltes Patent fälschlich benutzt,
5. mit 30 ℳ, wer Lootsendienste übernimmt, ohne im Besitze der erforderlichen Legitimation zu sein (§ 21),

6. mit 30 ℳ bis 60 ℳ, wer sein Schiffs- oder Schifferpatent verpfändet oder sonstigen Mißbrauch damit treibt (§ 23), sofern nicht auf Einziehung des Patentes zuzukommen ist,
7. mit 3 ℳ bis 60 ℳ, wer im übrigen den Bestimmungen der vorstehenden Verordnung zuwiderhandelt.

Sämmtliche festgesetzte Geldstrafen können im Falle wiederholter Zuwiderhandlungen bis auf das Doppelte erhöht werden.

Im Falle der Uneinbringlichkeit tritt an Stelle der Geldstrafe verhältnißmäßige Haftstrafe.

Fortsetzung.

§ 69. Die Verordnung vom 6. März 1880, die Abkürzung des Strafverfahrens ꝛc. betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 11), bleibt in Kraft und hat in den darin bezeichneten Fällen nicht nur bei Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen, sondern auch bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Polizeiordnung zur Anwendung zu kommen.

Ortsbehörde.

§ 70. Unter „Ortsbehörde" im Sinne gegenwärtiger Verordnung ist zu verstehen in Städten mit Revidirter Städteordnung „der Stadtrath", in Städten, welche die Städteordnung für mittlere und kleine Städte angenommen haben, „der Bürgermeister", in Orten mit Landgemeindeordnung „der Gemeindevorstand" und in selbständigen Gutsbezirken „der Gutsvorsteher".

§ 71. Gegenwärtige Verordnung tritt am 1. April 1894 in Kraft.

Dresden, am 9. Januar 1894.

Die Ministerien der Finanzen und des Innern.

v. Thümmel. **v. Metzsch.**

Hegewald.

A.

Muſter eines **Schiffspatents.**

Schiffspatent.

Das dem N. N. zu N. gehörige { Segelſchiff / Dampfſchiff } { ohne beſonderen Namen / N. N. } mit der Nummer verſehen und unter ſolcher im hieſigen Schiffsverzeichniſſe eingetragen, von . . . Tragfähigkeit, und im Jahre . . neu gebaut, iſt von dazu beſtellten und verpflichteten Sachverſtändigen in allen ſeinen Theilen und Zubehörungen ſorgfältig geprüft und zur Schifffahrt auf der Elbe vollkommen gut und tüchtig befunden worden.

Auf Grund dieſes techniſchen Zeugniſſes iſt daher dem Eigenthümer gedachten Fahrzeugs geſtattet worden, das letztere zum Elbſchifffahrtsbetriebe ſo lange benutzen zu dürfen, als es ſich in erwähntem guten Zuſtande befindet und darin erhalten wird.

Urkundlich iſt hierüber gegenwärtiges Schiffspatent unter amtlicher Vollziehung und Beſiegelung ausgefertigt worden.

. . . . ., den . . . . . .

(Name der Behörde.)

(L. S.)

(Unterſchrift.)

Abdruck von § 14 der vorſtehenden Verordnung vom 9. Januar 1894.

B.

Muſter eines **Schifferpatents** zu Führung von **Schiffen.**

Schifferpatent.

Vorzeiger dieſes

N. N.

aus . in .

hat ſich über ſeine Kenntniſſe und Fähigkeiten im Betriebe der Elbſchifffahrt mit (Segelſchiffen / Dampfſchiffen) dergeſtalt vollkommen ausgewieſen, daß ihm die Erlaubniß zur Führung jedes auf der Elbe fahrenden (Segel- / Dampf-) Schiffs unter heutigem Tage unbedenklich ertheilt worden iſt.

Nach vorgängiger Angelobung von ſeiner Seite, das ſeiner Leitung anzuvertrauende Fahrzeug mit aller Sorgfalt und Umſicht zu führen, von demſelben Schaden und Unglück oder Gefahr, in welche es nebſt den darauf befindlichen Waaren und Perſonen gerathen könnte, nach allen Kräften und beſten Fleißes, ſoweit möglich, abzuwenden, auch bei ſeinen Fahrten die Beſtimmungen der Elbſchifffahrts- und der Additionalacte, ſowie die in den einzelnen Staaten geltenden ſchifffahrts- und ſtrompolizeilichen Vorſchriften genau zu befolgen, iſt ihm hierüber gegenwärtiges Schifferpatent, gehörig vollzogen und beſiegelt, ausgeſtellt worden.

. . . . . , den . . .

(Name der Behörde.)

(L. S.)

(Unterſchrift.)

Abdruck der §§ 22 und 23 der vorſtehenden Verordnung vom 9. Januar 1894.

C.

Muster eines **Schifferpatents** zu Führung von **Flößen.**

Flößerpatent.

Vorzeiger dieses

N. N.

aus . . . . . in . . .

hat sich über seine Kenntnisse und Fähigkeiten zum Betriebe der Holzflößung auf der Elbe dergestalt vollkommen ausgewiesen, daß ihm die Erlaubniß zur Führung jedes auf genanntem Strome gehenden Holzfloßes unter heutigem Tage unbedenklich ertheilt worden ist.

Nach vorgängiger Angelobung von seiner Seite, das seiner Leitung anvertraute Holzfloß mit aller Sorgfalt und Umsicht zu führen, von demselben Schaden, Unglück oder Gefahr, in welche es nebst den darauf befindlichen Personen und Gegenständen gerathen könnte, nach allen Kräften und besten Fleißes, soweit möglich, abzuwenden, auch bei seinen Fahrten die Bestimmungen der Elbschifffahrts- und der Additionalacte, sowie die in den einzelnen Staaten geltenden schifffahrts- und strompolizeilichen Vorschriften genau zu befolgen, ist ihm hierüber gegenwärtiges Schifferpatent, gehörig vollzogen und besiegelt, ausgefertigt worden.

. . . . ., den . . . . . .

(Name der Behörde.)

(L. S.)

(Unterschrift.)

Abdruck der §§ 22 und 23 der vorstehenden Verordnung vom 9. Januar 1894.

D.

Muster eines **Dienstzeugnißbuches.**

Dienstbuch

für den

(Schiffsgesellen, Schiffsjungen u. s. w.)

Ausgefertigt zu . ., den .

(Unterschrift der ausfertigenden Behörde.)

Bezeichnung des Inhabers.

Name:

Geburtsort:

Alter:

Größe:

Haare:

Augen:

Besondere Zeichen:

Eigenhändige Unterschrift des Inhabers:

(Vor- und Zuname.)

Unterzeichnet in Gegenwart und attestirt von dem Beamten:

Abdruck der §§ 39 bis mit 49 der vorstehenden Verordnung vom 9. Januar 1894.
Außerdem ist am Fuße des Formulars zu bemerken:

„Für die Ausfertigung eines Dienstzeugnißbuches mit Inbegriff des Verlags für das Buch selbst ist eine Gebühr von 25 ₰ zu entrichten. Alle weiteren amtlichen Einträge in die Dienstzeugnißbücher sind gebührenfrei."

Zeugniß № . . . . . .

Name des Schiffseigners oder Schiffsführers (Floßführers) und des von ihm geführten Schiffes.

Angabe, unter welchem Datum und von welcher Behörde ihm das Patent ertheilt ist.

Tag des Dienstantritts.

Inhaber dient

als . .

auf die Zeit von

gegen einen Lohn von .

Tag der Dienstbeendigung.

Angabe des Entlassungsgrundes.

Eigenhändig mit vollem Namen zu unterschreibendes Zeugniß des Schiffseigners oder Schiffsführers (Floßführers) über Betragen und Tüchtigkeit des Dienstmanns.

Bemerkungen der Polizeibehörde.

Zeugniß № . . . .

Nr. 6. Verordnung,

die Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen an den Bahnlinien Zwickau-Falkenstein und Herlasgrün-Oelsnitz betreffend;

vom 11. Januar 1894.

Im Interesse der Sicherheit und Ordnung des Bahnbetriebes macht sich an den Bahnlinien Zwickau-Falkenstein und Herlasgrün-Oelsnitz die Herstellung von Schneeschutzanlagen dringend erforderlich.

Da die wegen freihändigen Erwerbs des zu den fraglichen Anlagen erforderlichen Areals mit den betreffenden Grundstücksbesitzern gepflogenen Verhandlungen zu einem Erfolge nicht geführt haben, so wird mit Allerhöchster Genehmigung von dem Ministerium des Innern auf Grund von § 2 des Gesetzes, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung bestehender Eisenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (G.- u. V.-Bl. S. 120) andurch verordnet wie folgt:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 des nurgedachten Gesetzes vom 21. Juli 1855 sind nach Maßgabe des von dem Ministerium des Innern genehmigten Planes auf die geplanten Schneeschutzanlagen an den Bahnlinien Zwickau-Falkenstein und Herlasgrün-Oelsnitz in Anwendung zu bringen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Expropriation für diese Anlagen zu beobachtenden Verfahrens und der diesfallsigen Instruktion der Behörde und der Taxatoren ist allenthalben den Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Von den im § 1 erwähnten Anlagen werden die Fluren

Niederplanitz,
Rebesgrün,
Rodewisch und
Auerbach

betroffen.

Dresden, den 11. Januar 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Gersdorf.

Nr. 7. Verordnung

zu weiterer Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betreffend;

vom 16. Januar 1894.

Mit Allerhöchster Genehmigung wird in weiterer Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 131), hierdurch bestimmt, daß der Direktor des Meteorologischen Instituts zu Chemnitz zu denjenigen Beamten gehört, mit deren Stellen das erwähnte Befugniß ein und für allemale verbunden ist.

Dresden, am 16. Januar 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Paulig.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen.
2. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 8. Gesetz, die Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 betr. S. 53.

Nr. 8. Gesetz,

die Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 betreffend;

vom 10. März 1894.

Wir, Albert, von Gottes Gnaden König von Sachsen
&c. &c. &c.

haben eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 beschlossen und verordnen demgemäß mit Zustimmung Unserer getreuen Stände was folgt:

Artikel I.

Die Bestimmungen in § 6 unter Ziffer 3, 8 und 9, in § 12, § 13 und § 66 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 werden aufgehoben. An deren Stelle treten folgende Vorschriften:

„§ 6 Ziffer 3.

Die am Königlichen Hofe beglaubigten Gesandten und Geschäftsträger sowie die Berufskonsuln anderer Staaten, dafern sie nicht sächsische Staatsangehörige sind, nebst den Personen, welche sie ausschließlich für die Geschäfte der Gesandtschaft beziehentlich des Konsulates, oder für ihre Familie in ihren Diensten haben, hinsichtlich ihres nicht aus sächsischem Grundbesitze oder aus Gewerbebetrieb innerhalb Sachsens herrührenden Einkommens."

„§ 6 Ziffer 8.

Diejenigen, deren Jahreseinkommen den Betrag von 400 ℳ nicht übersteigt, jedoch mit Ausschluß der außerhalb Sachsens wohnenden Besitzer sächsischer

Ausgegeben zu Dresden den 13. März 1894.

Grundstücke und Gewerbe-Etablissements, welche das Einkommen aus diesen, wenn dasselbe den Betrag von 400 ℳ nicht übersteigt, nach dem für die unterste Klasse bestimmten Satze zu versteuern haben."

„§ 12.

Die Steuer beträgt

in Klasse:	bei einem Einkommen:					
1a	von über	400	bis	500 ℳ	. . .	1 ℳ,
1	= =	500	=	600 =	. . .	2 =
2	= =	600	=	700 =	. . .	3 =
3	= =	700	=	800 =	. . .	4 =
4	= =	800	=	950 =	. . .	6 =
5	= =	950	=	1 100 =	. . .	8 =
6	= =	1 100	=	1 250 =	. . .	10 =
7	= =	1 250	=	1 400 =	. . .	13 =
8	= =	1 400	=	1 600 =	. .	16 =
9	= =	1 600	=	1 900 =	. . .	21 =
10	= =	1 900	=	2 200 =	. . .	29 =
11	= =	2 200	=	2 500 =	. . .	37 =
12	= =	2 500	=	2 800 =	. . .	45 =
13	= =	2 800	=	3 100 =	. . .	54 =
14	= =	3 100	=	3 400 =	. . .	63 =
15	= =	3 400	=	3 700 =	. . .	72 =
16	= =	3 700	=	4 000 =	. . .	82 =
17	= =	4 000	=	4 300 =	. . .	96 =
18	= =	4 300	=	4 800 =	. . .	112 =
19	= =	4 800		5 300 =	. . .	128 =
20	= =	5 300	=	5 800 =	. . .	144 =
21	= =	5 800	=	6 300 =	. . .	161 =
22	= =	6 300	=	6 800 =	. . .	178 =
23	= =	6 800	=	7 300 =	. . .	195 =
24	= =	7 300	=	7 800 =	. . .	212 =
25	= =	7 800	=	8 300 =	. . .	229 =
26	= =	8 300	=	8 800 =	. . .	246 =
27	= =	8 800	=	9 400 =	. . .	264 =
28	= =	9 400	=	10 000 =	. . .	282 =
29	= =	10 000	=	11 000 =	. . .	300 = .

Von da bis zu einem Einkommen von 100 000 ℳ steigen die Klassen um 1000 ℳ und bei Einkommen von über 100 000 ℳ um je 2000 ℳ. Die Steuersätze steigen bis zu 25 000 ℳ Einkommen, Klasse 43, um je 30 ℳ, von da bis zu 77 000 ℳ Einkommen, Klasse 95, um je 40 ℳ, von da bis zu 100 000 ℳ Einkommen, Klasse 118, um je 50 ℳ. Bei allen weiteren Steuerklassen beträgt die Steuer vier vom Hundert desjenigen Einkommens, mit welchem die vorausgehende Klasse endet."

„§ 13.

Bei denjenigen Beitragspflichtigen, deren Einkommen den Betrag von 5800 ℳ nicht übersteigt, können besondere, die Steuerfähigkeit wesentlich vermindernde wirthschaftliche Verhältnisse insoweit berücksichtigt werden, daß denselben eine Ermäßigung der in § 12 vorgeschriebenen Steuersätze um höchstens drei Klassen, oder, falls dieselben einer der drei untersten Steuerklassen angehören, gänzliche Steuerbefreiung gewährt wird.

Als Verhältnisse dieser Art kommen lediglich außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt von Kindern, durch Verpflichtung zur Unterhaltung armer Angehöriger, andauernde Krankheit und besondere Unglücksfälle in Betracht."

„§ 66.

In den Fällen der §§ 64 und 65 entscheidet das Finanzministerium in der in § 18 unter a des Gesetzes D vom 30. Januar 1835, das Verfahren in Administrativjustizsachen betreffend, vorgeschriebenen Zusammensetzung als oberste Verwaltungsgerichtsbehörde. Auf das Verfahren finden hierbei die in § 18 des letzteren Gesetzes unter b, c, d gegebenen Vorschriften Anwendung.

Wird die Beschwerde für begründet erachtet, so wird die angefochtene Entscheidung der Reklamationskommission abgeändert oder die betreffende Sache unter Aufhebung dieser Entscheidung an die Reklamationskommission zurückverwiesen. In dem letzteren Falle hat die Reklamationskommission die rechtliche Beurtheilung, welche der Aufhebung der Entscheidung zu Grunde gelegt ist, auch ihrer Entscheidung zu Grunde zu legen.

Gegen die Entscheidung der in Absatz 1 geordneten obersten Verwaltungsgerichtsbehörde findet kein weiteres Rechtsmittel und keine Beschwerdeführung statt."

Artikel II.

Die Bestimmungen im Artikel I des gegenwärtigen Gesetzes treten am 1. Januar 1895 in Kraft.

Für Diejenigen, welche bei dem Inkrafttreten des Gesetzes Mitglieder der Zweiten Kammer sind, tritt durch dasselbe eine Aenderung in Bezug auf ihre Wählbarkeit vor Ablauf ihres Mandats nicht ein.

Für das Jahr 1894 werden die nach § 12 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 sich ergebenden Steuersätze bei Einkommen von über 30 000 bis zu 100 000 ℳ um 10 vom Hundert, bei Einkommen von über 100 000 ℳ um 20 vom Hundert erhöht. Soweit sich für die betreffenden Beitragspflichtigen nach dem im Artikel I unter § 12 bestimmten Tarife ein die vorerwähnte Erhöhung nicht erreichender Steuersatz berechnet, hat die Erhöhung nur bis zu diesem letzteren Steuersatze einzutreten.

Mit Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes ist Unser Finanzministerium betraut.

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz eigenhändig vollzogen und Unser Königliches Siegel beidrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, den 10. März 1894.

LS

Albert.

Julius Hans von Thümmel.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen.
3. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 9. Verordnung, Befugnißertheilung zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen betr. S. 57. — Nr. 10. Bekanntmachung, die veränderte Amtsbezeichnung des Staatsschulden-Buchhalters betr. S. 58. — Nr. 11. Verordnung, die Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen betr. S. 58. — Nr. 12. Verordnung zu Ausführung der Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen. S. 74. — Nr. 13. Bekanntmachung, die Konzessionirung der Mobiliar-Brandversicherungskasse des Vereins sächsischer Gemeindebeamten zu Leipzig betr. S. 80. — Nr. 14. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen zwischen den Stationen Klingenberg und Niederbobritzsch betr. S. 80. — Nr. 15. Verordnung, die Sicherung des Betriebes auf den Nebeneisenbahnen betr. S. 81. — Nr. 16. Verordnung, die Abtretung von Grundeigenthum zu Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Löbau nach Weißenberg betr. S. 82. — Nr. 17. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung der Anlagen des Bayerischen Bahnhofes in Leipzig betr. S. 83. — Nr. 18. Bekanntmachung, den zwischen Sachsen und Preußen wegen Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes der preußischen Ortschaft Bunitz mit der sächsischen Gemeinde Thallwitz abgeschlossenen Staatsvertrag betr. S. 84. — Nr. 19. Bekanntmachung, die Gemeindeverfassung der Stadt Burgstädt betr. S. 86. — Nr. 20. Verordnung wegen Abänderung der Verordnung vom 1. Juli 1886, die ärztlichen Hausapotheken und die Krankenhaus-Apotheken betr. S. 87.

Nr. 9. Verordnung

zur weiteren Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zu Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betreffend;

vom 22. Januar 1894.

In weiterer Ausführung des Gesetzes, das Befugniß zu Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und bei Verwaltungsbehörden betreffend, vom 20. Mai 1867 (G.- u. V.-Bl. S. 131 flg.) wird mit Allerhöchster Genehmigung hierdurch bestimmt, daß

der Oberbuchhalter, der Hauptkassirer, der Hauptkontroleur, die Buchhalter und der Kassirer bei der Staatsschuldenverwaltung

zu denjenigen Personen gehören, mit deren Stellen das Befugniß zu Aufnahme von Protokollen ein für allemale verbunden ist.

Dresden, den 22. Januar 1894.

Finanz-Ministerium.
v. Thümmel.

Winkler.

Nr. 10. Bekanntmachung,

die veränderte Amtsbezeichnung des Staatsschulden-Buchhalters betreffend;

vom 26. Januar 1894.

Der Staatsschulden-Buchhalter führt von jetzt ab die Bezeichnung „Oberbuchhalter".

Dresden, den 26. Januar 1894.

Finanz-Ministerium.
v. Thümmel.

Winkler.

Nr. 11. Verordnung,

betreffend die Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen;

vom 26. Januar 1894.

Nachdem im Bundesrathe unter dem 15. Juni 1893 neue Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen vereinbart worden sind, werden diese „Bestimmungen" nebst einer unter dem 20. Juli 1893 vom Bundesrathe beschlossenen „Vorschrift über die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen," (Sprengstoff-Versendungsvorschrift) mit der Maßgabe bekannt gemacht, daß davon die internationalen Verabredungen über diesen Gegenstand nicht berührt werden.

Dresden, den 26. Januar 1894.

Ministerium des Innern.
v. Metzsch.

Gebhardt.

Bestimmungen,

betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen.

§ 1. Die nachstehenden Bestimmungen begreifen:

1. Die Versendung von Sprengstoffen auf Land- und Wasserwegen — mit Ausnahme des Eisenbahn- und Postverkehrs, und des Verkehrs mit Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung sowie der Versendung von Sprengstoffen in Kauffahrteischiffen —,
2. den Handel mit Sprengstoffen,
3. die Aufbewahrung und Verausgabung von Sprengstoffen innerhalb des Betriebes von Bergwerken, Steinbrüchen, Bauten und gewerblichen Anlagen,
4. die Lagerung von Sprengstoffen — mit Ausnahme der Lagerung in Niederlagen oder Magazinen der Militär- und Marineverwaltung —.

Zu den Sprengstoffen im Sinne dieser Bestimmungen gehören nicht:

a) die in dem Heer und in der Marine vorgeschriebenen, nicht sprengkräftigen Zündungen,
b) die für Feuerwaffen benutzten Zündhütchen, Zündspiegel und Patronen für Feuerwaffen,
c) Zündschnüre.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 2. Zum Verkehr im Sinne des § 1 Ziffer 1 bis 3 sind zugelassen:

1. Pulver — Sprengsalpeter, brennbarer Salpeter — (ein sehr inniges Gemisch aus neutral reagirenden Salpeterarten und Kohle oder Stoffen, deren wesentliche Bestandtheile Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff sind, mit oder ohne Schwefel);
2. folgende Nitroglycerin enthaltende Präparate:
   a) Dynamit I (ein bei mittlerer Temperatur plastisches, nicht abtropfbares Gemisch von Nitroglycerin mit pulverförmigen, an sich nicht sprengkräftigen und nicht selbstentzündlichen Stoffen),
   b) Dynamit II und III (Kohlendynamit, ein Gemisch von Nitroglycerin mit schießpulverähnlichen Gemengen),
   c) Sprenggelatine (ein bei mittlerer Temperatur zähelastisches Gemisch, bestehend aus Nitroglycerin, welches durch Nitrozellulose gelatinirt ist, mit oder ohne kohlensauren Alkalien [beziehungsweise alkalischen Erden] oder neutral reagirenden Salpeterarten),

d) Gelatinedynamit (ein bei mittlerer Temperatur plastisches Gemisch, bestehend aus Nitroglycerin, welches durch Nitrozellulose gelatinirt ist, und Holzmehl, Salpeter und kohlensauren Alkalien [beziehungsweise alkalischen Erden]),

e) Karbonit (ein Gemisch von Nitroglycerin mit schießpulverähnlichen Gemengen und mit flüssigen, an sich nicht sprengkräftigen oder nicht selbstentzündlichen Stoffen);

3. Nitrozellulose (lockere mit mindestens 20 Prozent Wassergehalt und gepreßte, nicht gelatinirte), insbesondere Schießbaumwolle und Collodiumwolle, sowie Gemische von Nitrozellulose mit neutral reagirenden Salpeterarten;

4. folgende Gemische, welche Nitroverbindungen von Stoffen der aromatischen Reihe enthalten:

a) Sekurit (ein Gemenge von Ammoniaksalpeter, Kalisalpeter und Dinitrobenzol oder ähnlichen Stoffen),

b) Roburit (ein Gemisch von Chlordinitrobenzol, Chlornitronaphtalin oder Nitrochlorbenzol und Ammoniaksalpeter);

5. Kartuschen, Petarden, Feuerwerkskörper, sprengkräftige Zündungen, welche zum Entzünden von Ladungen dienen (z. B. Sprengkapseln), Zündplättchen (amorces);

6. alle jeweilig zur Versendung auf den Eisenbahnen zugelassenen Sprengstoffe.

Zu Versuchszwecken kann die Versendung neuer, hier nicht aufgeführter Sprengstoffe auf bestimmten Wegen, sowie die Aufbewahrung und Verausgabung derselben von der Landespolizeibehörde gestattet werden.

§ 3. Vom Verkehr im Sinne des § 1 Ziffer 1 bis 3 sind ausgeschlossen die nicht nach § 2 zugelassenen Sprengstoffe, insbesondere:

1. Nitroglycerin als solches und in Lösungen;
2. Knallgold, trocken in fester oder Pulverform, Knallqueckſilber, Knallsilber und die damit dargestellten Präparate;
3. Nitrozuckerarten, Nitrostärkearten und die damit hergestellten Gemische;
4. Gemische, welche Nitroglycerin abtropfen lassen;
5. Sprengstoffe, welche entweder

a) sauer reagiren (mit Ausnahme des Pulvers, Sprengsalpeters und brennbaren Salpeters [§ 2 Nr. 1], des Sekurits [§ 2 Nr. 4a] und des Roburits [§ 2 Nr. 4b]), oder

b) bei einer Temperatur bis zu + 40° C zur Selbstzersetzung neigen, oder

c) welche enthalten:

aa) chlorsaure Salze (mit Ausnahme der Sprengkapseln und Zündplättchen [§ 2 Nr. 5]), oder

bb) pikrinsaure Salze, oder
cc) Phosphor (mit Ausnahme der Zündplättchen [§ 2 Nr. 5]), oder
dd) Schwefelkupfer;

6. Sprengstoffe in Patronenhüllen, sofern diese äußerlich mit Nitroglycerin (Ziffer 1) oder mit anderer Sprengflüssigkeit benetzt, oder äußerlich mit festen Sprengstoffen behaftet sind;

7. Sprengpräparate, bei welchen die einzelnen an und für sich nicht sprengkräftigen Bestandtheile in einem geschlossenen Behälter durch leicht brechbare Scheidewände oder Hahnvorrichtungen so lange getrennt gehalten werden, bis die Explosion, durch Zertrümmerung, Verschiebung der Scheidewände oder Oeffnen der Hahnvorrichtungen veranlaßt, stattfinden soll.

§ 4. Wer Sprengstoffe in Mengen von mehr als 35 kg Bruttogewicht versendet, muß unter Angabe der Bestimmungsorte der Ortspolizeibehörde des Versendungsortes den Frachtschein zur Visirung vorlegen. Der Empfang der Sendung ist vom Empfänger auf dem dem Frachtschein beigefügten Lieferschein zu bescheinigen. Die bescheinigten Lieferscheine sind der Ortspolizeibehörde des Versendungsortes jederzeit auf Verlangen vorzulegen.

§ 5. Wer an der Versendung von solchen Sprengstoffen, welche den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (R.-G.-Bl. S. 61) unterliegen, in der Weise theilnimmt, daß er dabei in den Besitz von Sprengstoffen gelangt (Spediteur, Transportführer, Transportbegleiter), muß den vorgeschriebenen Erlaubnißschein zum Besitz von Sprengstoffen oder beglaubigte Abschrift desselben während der Dauer seines Besitzes stets bei sich führen und auf Verlangen vorzeigen.

§ 6. Für die Versendung auf Land- und Wasserwegen sind Sprengstoffe in hölzerne, haltbare und dem Gewicht des Inhalts entsprechend starke Kisten oder Tonnen, deren Fugen so gedichtet sind, daß ein Ausstreuen nicht stattfinden kann, und welche nicht mit eisernen Reifen oder Bändern versehen sind, fest zu verpacken. Statt der hölzernen Kisten oder Tonnen können auch aus mehrfachen Lagen sehr starken und steifen, gefirnißten Pappdeckels gefertigte Fässer (sogenannte amerikanische Fässer) verwendet werden. Die zum Transport von Pulver, Sprengsalpeter und brennbarem Salpeter (§ 2 Ziffer 1) verwendeten Behälter dürfen keine eisernen Nägel, Schrauben oder sonstige eiserne Befestigungsmittel haben.

Pulver, Sprengsalpeter, brennbarer Salpeter (§ 2 Ziffer 1) und das aus gelatinirter Nitrozellulose mit oder ohne Salpeter hergestellte Pulver (§ 2 Ziffer 3) darf in metallene

Behälter, ausgenommen solche von Eisen, verpackt werden. Vor der Verpackung in Tonnen oder Kisten müssen diese Stoffe entweder in Packete (Blechbehälter) bis zu höchstens $2\frac{1}{2}$ kg Gewicht verpackt, oder in dichte, aus haltbaren Stoffen gefertigte Säcke, Mehlpulver in Säcke aus Leder oder dichtem Kautschukstoff geschüttet werden.

Die im § 2 Ziffer 2 und 4 aufgeführten Sprengstoffe dürfen nur in Patronen, nicht auch in loser Masse versendet werden. Diese Patronen sowie Patronen aus gepreßter Schießbaumwolle mit oder ohne Paraffinüberzug (§ 2 Ziffer 3) sind durch eine Umhüllung von Papier in Packete zu vereinigen. Das Gleiche gilt für die nach § 2 Ziffer 6 zugelassenen Sprengstoffe, soweit die Versendung auf Eisenbahnen nur in Patronenform erfolgen darf.

Gepreßte Schießwollkörper mit mindestens 15 Prozent Wassergehalt sowie Sekurit- und Roburit-Patronen (§ 2 Ziffer 4) dürfen auch in dichtschließende Blechbüchsen oder Pappschachteln verpackt werden.

Für die Versendung loser Nitrozellulose mit mindestens 20 Prozent Wassergehalt ist feste Verpackung in starkwandige, luftdichte Behälter erforderlich.

Sprengstoffe jeder Art dürfen weder mit Zündungen oder Zündschnüren versehen, noch mit solchen oder mit Patronen für Feuerwaffen (§ 1b) in dieselben Behälter verpackt werden.

Die zur Verpackung von Sprengstoffen dienenden Behälter müssen je nach ihrem Inhalt mit der Aufschrift: Pulver, Sprengsalpeter, brennbarer Salpeter, Pulver aus Nitrozellulose und Salpeter, Kartuschen, Petarden, Feuerwerkskörper, Zündungen, Dynamitpatronen, Kohlendynamitpatronen, Sprenggelatinepatronen, Gelatinedynamitpatronen, Karbonitpatronen, Schießbaumwolle u. s. w. versehen sein. Außerdem müssen dieselben mit der Firma oder der Marke der Fabrik, aus welcher die Sprengstoffe herrühren, bezeichnet sein, oder eine von der Zentralbehörde gebilligte und öffentlich bekannt gemachte Bezeichnung der Fabrik tragen.

Das Bruttogewicht der Versendungsstücke darf bei Pulver, Sprengsalpeter, brennbarem Salpeter (§ 2 Ziffer 1), bei Schießbaumwolle (§ 2 Ziffer 3), bei Kartuschen, Petarden, Feuerwerkskörpern oder Zündungen (§ 2 Ziffer 5) 90 kg, bei sonstigen Sprengstoffen 35 kg nicht übersteigen. Auf prismatisches Geschützpulver in Kartuschen finden diese Gewichtsbestimmungen keine Anwendung.

Die für den Eisenbahnverkehr jeweilig vorgeschriebene Verpackung genügt auch für die Versendung auf Land- und Wasserwegen.

II. Besondere Bestimmungen für den Landverkehr.

§ 7. Die Beförderung von Sprengstoffen auf Fuhrwerken, welche Personen befördern, ist verboten.

Eine Ausnahme findet nur statt, wenn in dringenden Fällen allgemeiner Gefahr, z. B. bei Eisstopfungen, die nöthigen Sprengbüchsen und das zu deren Füllung erforderliche Material unter zuverlässiger Begleitung in kürzester Frist nach dem Bestimmungsorte geschafft werden soll.

§ 8. Bei dem Verpacken und dem Verladen, sowie bei dem Abladen und Auspacken darf Feuer oder offenes Licht nicht gehalten, Taback nicht geraucht werden.

Das Verladen und Abladen hat unter sorgfältiger Vermeidung von Erschütterungen zu erfolgen. Die Versendungsstücke dürfen deshalb nie gerollt oder abgeworfen werden.

Soll das Verladen oder Abladen ausnahmsweise nicht vor der Fabrik oder dem Lagerraum oder innerhalb dieser Räume geschehen, so ist hierzu die Genehmigung der Ortspolizeibehörde einzuholen.

§ 9. Die Versendungsstücke müssen auf dem Fuhrwerke so fest verpackt werden, daß sie gegen Scheuern, Rütteln, Stoßen, Umkanten und Herabfallen aus ihrer Lage gesichert sind, insbesondere dürfen Tonnen nicht aufrecht gestellt, müssen vielmehr gelegt und durch Holzunterlagen unter Haar- oder Strohdecken gegen jede rollende Bewegung gesichert werden.

§ 10. Sprengstoffe dürfen nicht mit Zündhütchen, Zündpräparaten oder sonstigen leicht entzündlichen oder selbstentzündlichen Gegenständen zusammen verladen werden.

Die im § 2 Ziffer 2, 3 und 4 aufgeführten Stoffe dürfen nicht mit Pulver, Sprengsalpeter, brennbarem Salpeter (§ 2 Ziffer 1), Kartuschen, Petarden, Feuerwerkskörpern, Zündungen (§ 2 Ziffer 5), oder mit Patronen für Feuerwaffen (§ 1 b) zusammen verladen werden.

§ 11. Zur Beförderung von Sprengstoffen dienende Fuhrwerke müssen so dicht schließende Wagenkasten besitzen, daß die Sprengstoffe nicht verstreut werden können. Sind die Wagenkasten oben offen, so müssen sie mit einem dichtschließenden, feuersicheren Plantuche (z. B. imprägnirter Leinwand) überspannt sein.

Auch die Vorder- und Hinterseite der Fuhrwerke sind mit demselben Material zu schließen.

Zum Sperren der Räder dürfen nur hölzerne Radschuhe angewendet werden; bei Eisbahn ist eine eiserne Sperrvorrichtung (Krätzer) gestattet, sofern sie ganz vom Radschuh bedeckt ist.

Die Fuhrwerke müssen als Warnungszeichen eine von weitem erkennbare, stets ausgespannt gehaltene schwarze Flagge mit einem weißen P führen.

§ 12. Fuhrwerke, welche Sprengstoffe führen, dürfen niemals ohne Bewachung bleiben.

Auf denselben darf Feuer oder offenes Licht nicht gehalten, Taback nicht geraucht werden. Auch in der Nähe der Fuhrwerke ist das Anzünden von Feuer oder Licht sowie das Tabackrauchen verboten.

§ 13. Fuhrwerke, welche Sprengstoffe führen, dürfen nur im Schritt fahren und von Fuhrwerken sowie von Reitern nur im Schritt passirt werden.

Besteht ein Transport aus mehreren Fuhrwerken, so müssen diese während der Fahrt eine Entfernung von mindestens 50 m unter einander innehalten.

§ 14. Bei jedem Aufenthalt von mehr als einer halben Stunde ist eine Entfernung von mindestens 300 m von Fabriken, Werkstätten und bewohnten Gebäuden einzuhalten.

Die Ortspolizeibehörde darf, falls eine geeignete Haltestelle in solcher Entfernung nicht zu finden ist, gestatten, daß eine Haltestelle in einer geringeren, wenn aber nicht ein anderer Schutz geboten ist, mindestens 200 m betragenden Entfernung von Fabriken, Werkstätten und bewohnten Gebäuden gewählt wird.

Bei einem Aufenthalt von mehr als einer halben Stunde in der Nähe von Ortschaften ist überdies der Ortspolizeibehörde thunlichst schleunig Anzeige zu erstatten; die Ortspolizeibehörde hat darauf die ihr nothwendig erscheinenden Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

§ 15. Fuhrwerke, welche Sprengstoffe führen, müssen von Eisenbahnzügen oder geheizten Lokomotiven, Dampfwalzen, Dampfpflügen und ähnlichen Maschinen möglichst weit entfernt bleiben.

Neben der Eisenbahn herlaufende Wege, sowie Wege, auf welchen Dampfstraßenbahnen liegen, dürfen nur dann von solchen Fuhrwerken befahren werden, wenn der Bestimmungsort von Frachtfuhrwerk auf einem anderen gut fahrbaren Wege nicht zu erreichen ist.

§ 16. Der Transport durch zusammenhängend gebaute Ortschaften ist nur gestattet, wenn diese nicht von Frachtfuhrwerk auf gut fahrbaren Wegen umfahren werden können. Ist die Durchfahrt unvermeidlich, so hat der Transportführer der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten und deren Bestimmungen vor der Einfahrt in den Ort abzuwarten. Die Ortspolizeibehörde hat den zu nehmenden Straßenzug zu bestimmen und von anderen Fahrzeugen möglichst frei zu halten, auch Sorge zu tragen, daß die Durchfahrt ohne unnöthigen Aufenthalt und mit Vermeidung besonderer Gefahren erfolgt.

§ 17. Werden zur Beförderung von Sprengstoffen Fuhrwerke verwendet, welche mit festen, dicht schließenden und feuersicher hergestellten, während des Transportes unter Verschluß gehaltenen Wagenkasten versehen sind, so finden hinsichtlich der Beförderung solcher Transporte nur die Vorschriften im § 11 Absatz 3 und 4, § 12, § 13 Absatz 1

und § 14 Anwendung, und zwar die des § 14 mit der Maßgabe, daß die regelmäßig einzuhaltende Entfernung 200 m beträgt.

§ 18. Geräth eine Sprengstoffsendung unterwegs in einen Zustand, daß der weitere Versand bedenklich erscheint, so hat die Ortspolizeibehörde, welcher von dem Transportführer thunlichst schleunig Anzeige zu erstatten ist, die zur gefahrlosen weiteren Behandlung der Sendung nöthigen Anordnungen zu treffen, und zwar je nach den Umständen unter Zuziehung eines auf ihre Aufforderung von dem Absender zu entsendenden Sachverständigen.

Ist Gefahr im Verzuge, so erfolgt die Vernichtung der Sprengstoffe durch die Polizeibehörde auf Kosten des Absenders ohne vorherige Benachrichtigung desselben, wenn möglich nach der Angabe und unter Aufsicht eines Sachverständigen.

§ 19. Werden Sprengstoffe in Mengen von nicht mehr als 35 kg Bruttogewicht versendet, so finden auf dergleichen Sendungen von den Vorschriften dieses Abschnitts nur die §§ 7 bis 10 Anwendung.

III. Besondere Bestimmungen für den Wasserverkehr.

§ 20. Auf Dampfschiffen, welche Personen befördern, dürfen Sprengstoffe nicht transportirt, an Schießpulver oder Feuerwerkskörpern jedoch darf so viel mitgeführt werden, als zur Abgabe von Signalen nothwendig ist.

Die im § 7 enthaltene Ausnahmebestimmung findet auch hier Anwendung.

Fähren, welche Fuhrwerk mit Sprengstoffen übersetzen, dürfen nicht andere Fuhrwerke oder Personen befördern.

§ 21. Die §§ 7 bis 10, 11 Absatz 4, 12 Absatz 1, 13 Absatz 2, 14, 18 und 19 finden für den Schiffsverkehr sinngemäße Anwendung.

Werden zur Beförderung von Sprengstoffen eiserne oder stählerne Schiffe verwendet, welche mit dicht schließenden und feuersicher hergestellten, während des Transportes unter Verschluß gehaltenen Laderäumen versehen sind, so finden von den im Absatz 1 angezogenen Vorschriften nur die §§ 8, 11 Absatz 4, 12 Absatz 1, 14, 18 und 19 sinngemäße Anwendung, und zwar die des § 14 mit der Maßgabe, daß die regelmäßig einzuhaltende Entfernung 200 m beträgt.

Zur Versendung auf Schiffen sind Patronen der im § 2 Ziffer 2 aufgeführten Stoffe außerdem mit einer das Eindringen von Wasser oder Feuchtigkeit verhindernden Umhüllung (z. B. mit Gummilösung verklebtem Gummibeutel) zu versehen. Auf den Transport auf Fähren findet dies keine Anwendung.

Das Ein- und Ausladen darf nur an einer von der Ortspolizeibehörde dazu angewiesenen Stelle, welche mindestens 300 m von bewohnten Gebäuden entfernt sein muß, erfolgen.

Die Ladestelle darf während ihrer Benutzung dem Publikum nicht zugänglich sein und ist, wenn ausnahmsweise das Aus- oder Einladen bei Dunkelheit stattfindet, mit fest- und hochstehenden Laternen zu erleuchten. Die mit Sprengstoffen gefüllten Behälter dürfen nicht eher auf die Ladestelle gebracht oder zugelassen werden, bis die Verladung beginnen soll.

§ 22. Die Sprengstoffe müssen auf dem Schiffe in einem abgeschlossenen Raume, welcher bei Dampfschiffen möglichst weit von den Kesselräumen entfernt ist, unter Deck fest verstaut werden. Bei Verladung in offenen Booten müssen letztere mit einem dichtschließenden feuersicheren Plantuche (z. B. imprägnirte Leinwand) überspannt sein.

Weder in den so benutzten, noch in den unmittelbar daran stoßenden Räumen dürfen Zündhütchen und Zündschnüre verpackt sein.

Leicht entzündliche oder selbst entzündliche Stoffe, zu welchen Steinkohlen und Kokes nicht gerechnet werden, sind von der gleichzeitigen Beförderung überhaupt ausgeschlossen.

§ 23. Sind zu öffnende Brücken oder Schleusen zu passiren, so hat der Transportführer dem Brücken- oder Schleusenwärter Anzeige zu erstatten und vor der Durchfahrt dessen Bestimmungen abzuwarten. Der Brücken- oder Schleusenwärter hat Sorge zu tragen, daß die Durchfahrt ohne unnöthigen Aufenthalt und mit Vermeidung besonderer Gefahren erfolgt.

Das Anlegen darf nur an Orten geschehen, welche während des Aufenthalts dem Publikum nicht zugänglich sind.

Die Ortspolizeibehörde ist stets vorher in Kenntniß zu setzen und hat Vorschriften über Ort und Zeit zu geben und Vorsichtsmaßregeln im einzelnen zu treffen.

IV. Bestimmungen über den Handel mit Sprengstoffen, sowie über deren Aufbewahrung und Verausgabung.

§ 24. Wer Sprengstoffe feilhalten will, muß davon der Ortspolizeibehörde Anzeige machen. Wer Sprengstoffe feilhalten will, welche den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 unterliegen, bedarf dazu der polizeilichen Erlaubniß gemäß § 1 dieses Gesetzes.

Sprengpatronen dürfen von den Fabriken und Händlern und ihren Beauftragten nicht einzeln und lose, sondern nur in den nach § 6 dafür vorgesehenen Behältern abgegeben werden. Diese Behälter müssen mit der Jahreszahl der Abgabe aus der Fabrik und mit einer durch das Jahr der Abgabe fortlaufenden Nummer versehen sein.

Dieselbe Zahl und Nummer müssen auch an jeder in den Behältern verpackten Sprengpatrone angebracht sein. Außerdem muß an jeder Sprengpatrone der Name des Sprengstoffs, sowie die Firma oder Marke der Fabrik oder eine von der Zentralbehörde gebilligte und öffentlich bekannt gemachte Bezeichnung der Fabrik angebracht sein.

In dem gemäß § 1 Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 zu führenden Register sind Jahreszahl und Nummer der gekauften und abgegebenen Sprengpatronen zu vermerken.

§ 25. Wer sich mit der Anfertigung oder dem Verkaufe von Sprengstoffen befaßt, welche dem Reichsgesetz vom 9. Juni 1884 nicht unterliegen, ist verpflichtet, über alle An- und Verkäufe dieser Stoffe in Mengen von mehr als 1 kg ein Buch zu führen, welches den Namen der Verkäufer und der Abnehmer, den Zeitpunkt des Ankaufs und der Abgabe, die Mengen der gekauften und abgegebenen Stoffe, sowie bei Sprengpatronen deren Jahreszahl und Nummer angiebt. Dieses Buch ist auf Verlangen der Polizeibehörde zur Einsicht vorzulegen. Hinsichtlich der Buchführung greifen im übrigen die auf Grund des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 erlassenen Vorschriften Platz.

§ 26. Die Abgabe von Sprengstoffen an Personen, von welchen ein Mißbrauch derselben zu befürchten ist, insbesondere an Personen unter 16 Jahren ist verboten. Auf Spielwaaren, welche ganz geringe Mengen von Sprengstoffen enthalten, findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Die Abgabe von Sprengstoffen, welche den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 unterliegen, darf seitens der Fabriken und Händler und ihrer Beauftragten nur an solche Personen erfolgen, welche nach den gemäß § 2 dieses Gesetzes erlassenen Anordnungen zum Besitz von Sprengstoffen berechtigt sind. Bei Staatswerken, welche besonderer Erlaubniß zum Besitz von Sprengstoffen nicht bedürfen, kann die Abgabe an solche Personen erfolgen, welche von der Verwaltung des Werkes zu der Annahme ausdrücklich ermächtigt sind.

§ 27. Die Verausgabung von Sprengstoffen, welche den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 unterliegen, an die in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauten und gewerblichen Anlagen beschäftigten Bergleute, Arbeiter u. s. w. darf nur von denjenigen Betriebsleitern, Beamten oder Aufsehern bewirkt werden, welche nach den gemäß § 2 dieses Gesetzes erlassenen Anordnungen zum Besitz von Sprengstoffen berechtigt sind. Diese Personen sind verpflichtet, über die Verausgabung ein Buch zu führen, welches den Namen der Empfänger, den Zeitpunkt der Verausgabung, die Menge der verausgabten Stoffe, sowie bei Sprengpatronen deren Jahreszahl und Nummer angiebt. Bei Staatswerken, welche besonderer Erlaubniß zum Besitz von Sprengstoffen nicht bedürfen,

kann die Verausgabung von solchen Personen bewirkt werden, welche von der Verwaltung des Werkes zu der Verausgabung ausdrücklich ermächtigt sind.

Die Leiter der Bergwerke, Steinbrüche, Bauten und gewerblichen Anlagen sind verpflichtet, Maßregeln zu treffen, welche eine Verwendung der zum Verbrauch im Betriebe verausgabten Sprengstoffe durch die Bergleute, Arbeiter u. s. w. zu anderen Zwecken ausschließen.

V. Bestimmungen über die Lagerung von Sprengstoffen.

§ 28. Gerathen Sprengstoffe auf ihrem Lager in einen Zustand, daß die weitere Lagerung bedenklich erscheint, so finden die Vorschriften des § 18 entsprechende Anwendung.

§ 29. Wer mit Pulver, Sprengsalpeter, brennbarem Salpeter (§ 2 Ziffer 1), Feuerwerkskörpern und Zündplättchen — amorces — (§ 2 Ziffer 5) Handel treibt, darf:

1. im Kaufladen nicht mehr als $2\frac{1}{2}$ kg,
2. im Hause außerdem nicht mehr als 10 kg vorräthig halten.

Auf Nachweis eines besonderen Bedürfnisses kann die Erhöhung des Vorraths unter 2 zeitweilig bis auf 15 kg gestattet werden.

Die Aufbewahrung muß in einem auf dem Dachboden (Speicher) belegenen, mit keinem Schornsteinrohre in Verbindung stehenden abgesonderten Raume erfolgen, welcher beständig unter Verschluß gehalten und mit Licht nicht betreten wird. Die Behälter müssen den Bestimmungen im § 6 Absatz 1 und 2 entsprechen und mit stets fest geschlossenen Deckeln versehen sein.

§ 30. Personen, welche nicht unter die Bestimmung des § 29 fallen, bedürfen für die Aufbewahrung von mehr als $2\frac{1}{2}$ kg der daselbst genannten Sprengstoffe der polizeilichen Erlaubniß.

§ 31. Größere als die im § 29 angegebenen Mengen dieser Sprengstoffe sind außerhalb der Ortschaften in besonderen Magazinen aufzubewahren, von deren Sicherheit die Polizeibehörde sich überzeugt hat. Diese Magazine müssen sich, wenn sie über Tage liegen, im Wirkungsbereiche sachgemäß ausgeführter und unter Aufsicht stehender Blitzableiter befinden.

Handelt es sich um Magazine, welche zu einem der Aufsicht der Bergbehörde unterstehenden Werke gehören, so hat die Polizeibehörde die Prüfung in Gemeinschaft mit der Bergbehörde vorzunehmen.

Es kann angeordnet werden, daß die Schlüssel zu diesen Magazinen in den Händen der Behörde bleiben.

§ 32. Die Aufbewahrung der im § 29 genannten Sprengstoffe an der Herstellungsstätte sowie an der Verbrauchsstätte unterliegt den im § 33 gegebenen Vorschriften.

§ 33. Die im § 2 aufgeführten Sprengstoffe dürfen — abgesehen von den im § 29 vorgesehenen Ausnahmen — nur an der Herstellungsstätte oder an denjenigen Orten, wo sie innerhalb eines Betriebes zur unmittelbaren Verwendung gelangen, oder in besonderen Magazinen gelagert werden.

Für die Lagerung an der Herstellungsstätte sind, in Ermangelung besonderer, bei Genehmigung der Anlage gemäß § 16 der Gewerbeordnung vorgeschriebener Bedingungen, die Weisungen der Ortspolizeibehörde zu beachten.

Die Niederlagen an der Verbrauchsstätte sowie die besonderen Magazine bedürfen der polizeilichen Genehmigung und sind nach den von der Polizeibehörde zu ertheilenden Vorschriften einzurichten.

Für solche Niederlagen oder Magazine, welche zu einem der Aufsicht der Bergbehörde unterstehenden Werke gehören, tritt diese an die Stelle der Polizeibehörde.

Es kann angeordnet werden, daß die Schlüssel zu den Niederlagen oder Magazinen in den Händen der Behörde bleiben.

§ 34. Andere als die im § 2 aufgeführten, insbesondere die im § 3 genannten Sprengstoffe, dürfen nur an der Herstellungsstätte gelagert werden.

Zu Versuchszwecken kann die Lagerung neuer Sprengstoffe an anderen Orten von der Landespolizeibehörde gestattet werden.

VI. Strafbestimmungen.

§ 35. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Vorschriften werden nach § 367 Nr. 5 des Strafgesetzbuchs bestraft, soweit nicht härtere Strafen nach dem Reichsgesetz vom 9. Juni 1884 verwirkt sind.

Schlußbestimmung.

§ 36. Weitergehende bergpolizeiliche Vorschriften und Anordnungen über die Verwendung von Sprengstoffen beim Bergbau werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Vorschrift

über die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen.*)

(Sprengstoff-Versendungsvorschrift.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

Bei Versendungen von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen ohne militärische Begleitung sind die in Folge des Bundesrathsbeschlusses vom 15. Juni 1893 seitens der einzelnen Bundesregierungen erlassenen Bestimmungen, betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen (für das Königreich Sachsen bekannt gemacht durch die Verordnung vom 26. Januar 1894, s. o. S. 58), mit der Einschränkung maßgebend, daß die vorschriftsmäßige Einrichtung, Bezeichnung und Verpackung der Behälter durch den seitens der absendenden Behörde ausgefertigten Frachtschein als nachgewiesen anzusehen ist und nicht der polizeilichen Prüfung unterliegt.

Für alle unter militärischer Begleitung stattfindenden Versendungen von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen gelten die vorerwähnten Bestimmungen nach Maßgabe der nachstehend zu den einzelnen Paragraphen aufgeführten Zusatzvorschriften.

Welchen Sendungen ein militärisches Begleitkommando beizugeben ist, sowie die Zusammensetzung und Stärke des letzteren, bestimmt die Militär- beziehungsweise Marinebehörde.

Zu §§ 2 und 3.

a) Die Bestimmungen, betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen, und die nachstehenden Vorschriften kommen nur in Anwendung bei denjenigen Sprengstoffen und Munitionsgegenständen, welche in Ausführung des § 35 Ziffer 7 der Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Frieden (Friedens-Transport-Ordnung) vom 11. Februar 1888 (R.-G.-Bl. S. 23) von den vereinigten Ausschüssen des Bundesraths für das Landheer und die Festungen und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen jeweilig als „zur Gefahrklasse gehörig" bezeichnet sind, sowie bei allen von der Militär- und Marineverwaltung zu Versuchszwecken bestimmten, noch nicht eingeführten Sprengstoffen und Munitionsgegenständen; dieselben finden jedoch keine Anwendung bei den-

*) Die Bestimmungen über die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Eisenbahnen sind in den Militär-Transportordnungen für Eisenbahnen vom 26. Januar 1887 (R.-G.-Bl. S. 9) und vom 11. Februar 1888 (R.-G.-Bl. S. 23) enthalten.

jenigen der vorbezeichneten Sprengstoffe und Munitionsgegenstände, welche in Taschen oder Tornister der Mannschaften verpackt oder in Kriegsfahrzeuge oder auf Kriegsschiffe verladen sind. Diese, sowie alle übrigen in der Militär- und Marineverwaltung eingeführten Sprengstoffe und Munitionsgegenstände unterliegen bei der Versendung unter militärischer Begleitung weder dieser Vorschrift noch den Eingangs gedachten Bestimmungen.

b) Die Einholung der Genehmigung der Landespolizeibehörde zur Versendung, Aufbewahrung und Verausgabung von im § 2 nicht aufgeführten, zu Versuchszwecken bestimmten Sprengstoffen 2c. ist nicht erforderlich.

Zu § 4.

a) Jeder Bezirks- 2c. Regierung beziehungsweise jeder höheren Civilverwaltungsbehörde, durch deren Bereich die Sendung geht, ist von der absendenden Behörde die betreffende Marschroute und die Größe der Sendung mitzutheilen. Die Regierung 2c. hat die betheiligten Unterbehörden anzuweisen, die erforderlichen Anordnungen zum schnellen und sicheren Fortkommen der Sendung zu treffen.

Außer dieser Benachrichtigung erhalten die Polizeibehörden der Durchzugsorte kurz zuvor auch noch eine Mittheilung durch den Führer des Begleitkommandos über den Zeitpunkt des Eintreffens der Sendung am Orte.

Bei Versendungen, welche in einem Tage zur Ausführung kommen, sind seitens der absendenden Behörde nur die betheiligten Ortspolizeibehörden in Kenntniß zu setzen, worauf diese die für die Sicherung und ungehinderte Durchführung der Sendung erforderlichen Maßnahmen zu treffen haben.

Eine Benachrichtigung der Polizeibehörden erfolgt nicht, wenn das Gewicht der Sendung weniger als 250 kg beträgt, und ferner nicht bei allen Versendungen innerhalb der Garnisonen und der zu denselben gehörigen Anlagen. In diesen Fällen hat die Militärbehörde allein die nöthigen Sicherheitsmaßregeln zu treffen. Wenn unter besonderen Umständen auch hierbei die Hülfeleistung der Polizeibehörde erwünscht ist, so hat diese auf Ansuchen der Kommandantur beziehungsweise des Garnisonältesten die Unterstützung zu gewähren.

b) Der Vorlage des Frachtscheins an die Ortspolizeibehörde des Absendeortes zur Visirung bedarf es nicht, auch darf von dieser Behörde die Vorlage der bescheinigten Lieferscheine nicht verlangt werden.

Zu § 5.

Die Vorschrift dieses Paragraphen findet auf Sendungen der Militär- und Marineverwaltung nicht Anwendung.

Zu § 6.

a) Die in der Armee und Marine vorgeschriebenen Packgefäße für Sprengstoffe und Munitionsgegenstände, einschließlich der Geschoßkörper mit sicherndem Abschlusse der Sprengladung, sind nach ihrer Beschaffenheit, der Art ihrer Verpackung und Inhaltsbezeichnung und dem Gewichte als den Bestimmungen entsprechend zu erachten.

b) Das lose Kornpulver braucht vor der Verpackung in Tonnen oder Kisten nur dann in leinene Säcke geschüttet zu werden, wenn die Beförderung länger als einen Tag dauert.

II. Besondere Bestimmungen für den Landverkehr.

Zu § 8.

Wenn das Verladen oder Abladen ausnahmsweise an einer anderen Stelle als vor der Fabrik oder dem Lagerraum oder innerhalb dieser Räume geschehen soll, so ist seitens der Kommandantur beziehungsweise des Garnisonältesten die Genehmigung der Polizeibehörde hierzu einzuholen und von letzterer die zur Aufrechterhaltung der Ordnung an der Ladestelle erforderliche Polizeimannschaft zu stellen.

Zu § 9.

a) Das für die Verladung von Tonnen vorgeschriebene Zwischenlegen von Haar- oder Strohdecken kann durch ein Umwickeln der einzelnen Tonnen mit Strohbändern ersetzt werden.

b) Zwischen die Kasten und Körbe mit geladenen Geschossen brauchen Haardecken oder andere Mittel nicht gelegt zu werden, nur oberhalb ist die Ladung mit Haardecken zu bedecken.

Zu §§ 12 und 13.

a) Den von den Begleitkommandos militärischer Sendungen von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen behufs Verhütung der Gefährdung der Sendungen ergehenden Aufforderungen zu Handlungen oder Unterlassungen — insbesondere zum Anhalten, zum langsamen Vorbeifahren oder Vorbeireiten, zum Ausweichen, zum Unterlassen des Rauchens, zum Auslöschen von Feuer — haben Wagenführer, Reiter und andere Personen ungesäumt Folge zu leisten.

Zuwiderhandlungen werden, unbeschadet des nöthigenfalls von den Begleitkommandos zur Anwendung zu bringenden unmittelbaren Zwanges, nach § 367 Nr. 5 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich (R.-G.-Bl. von 1876 S. 115) bestraft.

b) Entgegenkommende oder den Transport einholende Fuhrwerke oder Reiter müssen den mit Sprengstoffen u. s. w. beladenen Wagen ganz ausweichen.

c) Dem Führer des Begleitkommandos ist es gestattet, erforderlichenfalls neben den mit Sprengstoffen u. s. w. beladenen Wagen in schneller Gangart zu reiten.

d) Besteht die Sendung aus einer größeren Anzahl von Wagen, so können Gruppen von 2 bis 3 Wagen gebildet werden, in welchen die einzelnen Wagen nur 10 m Abstand halten; die Gruppen müssen jedoch in mindestens 50 m Entfernung von einander bleiben.

Zu § 15.

Die Fuhrwerke müssen von Eisenbahnzügen oder geheizten Lokomotiven mindestens 300 m entfernt bleiben.

Bei Wegestrecken, auf welchen wegen der gleichlaufenden Richtung der Eisenbahn und des Weges oder wegen des Verkehrs auf der Bahn der vorstehenden Vorschrift nicht genügt werden kann, ist der Eisenbahnbehörde, der die unmittelbare Betriebsleitung der betreffenden Strecke obliegt, durch die absendende Behörde von dem beabsichtigten Transporte Mittheilung zu machen. Die Eisenbahnbehörde hat dann die zur Beseitigung der Gefahr geeigneten Anordnungen zu treffen.

Zu § 18.

Die Anzeige über eine Sendung, deren weitere Beförderung bedenklich scheint, ist seitens des Führers des Begleitkommandos in Garnisonorten der Kommandantur beziehungsweise dem Garnisonältesten und nur an anderen Orten der Polizeibehörde zu erstatten; diese Stellen haben dann das zur gefahrlosen weiteren Behandlung der Sendung Nöthige zu veranlassen.

Die Zuziehung eines von dem Absender zu entsendenden Sachverständigen zu fordern oder die Vernichtung der Sendung anzuordnen, ist die Polizeibehörde nicht befugt.

Zu § 19.

Bei der Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen von nicht mehr als 35 kg Bruttogewicht haben von den Vorschriften dieses Abschnittes nur die Zusatzvorschriften zu §§ 8 und 9 Gültigkeit.

III. Besondere Bestimmungen für den Wasserverkehr.

Zu § 21.

Die Zusatzvorschriften zu §§ 8, 9, 12 und 13 (Punkt a), 15, 18 und 19 finden auch für den Wasserverkehr Anwendung.

Zu § 23.

Die mit Sprengstoffen u. s. w. beladenen Kähne sind vor allen anderen Kähnen durch die Schleusen zu schaffen.

Ein gleichzeitiges Durchschleusen anderer Kähne mit den mit Sprengstoffen beladenen ist unstatthaft.

Nr. 12. Verordnung

zu Ausführung der Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen;

vom 27. Januar 1894.

A.

Aufhebung zeitheriger Bestimmungen.

§ 1. Infolge der durch Verordnung von 26. Januar 1894 (siehe oben S. 58) bekannt gemachten Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen werden hierdurch aufgehoben:

die Verordnung, den Verkehr mit Sprengstoffen betreffend, vom 3. November 1879 (G.- u. V.-Bl. S. 393 bis 401);

die Verordnung, eine Ergänzung der Verordnung vom 3. November 1879 über den Verkehr mit Sprengstoffen betreffend, vom 22. November 1884 (G.- u. V.-Bl. S. 341);

die Verordnung, die über Sprengstofflager zu führenden Register betreffend, vom 14. Oktober 1885 (G.- u. V.-Bl. S. 125);

die Verordnung, eine fernerweite Ergänzung der Verordnung vom 3. November 1879 über den Verkehr mit Sprengstoffen betreffend, vom 11. August 1888 (G.- u. V.-Bl. S. 190);

die Verordnung, die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Landwegen und auf Schiffen betreffend, vom 15. August 1888 (G.- u. V.-Bl. S. 191 bis 194);

die Verordnung über die Herstellung der Lagerräume zur Aufbewahrung von Sprengstoffen vom 30. September 1892 (G.- u. V.-Bl. S. 401 bis 403).

B.

Behörden.

§ 2. „Ortspolizeibehörde" im Sinne der Bundesbestimmungen sind in Städten mit Revidirter Städteordnung der Bürgermeister oder die etwa bestehende besondere

Sicherheitspolizeibehörde, in mittleren und kleinen Städten sowie in Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirken die Amtshauptmannschaften.

„Bergbehörde" ist das Bergamt zu Freiberg.

„Landespolizeibehörde" sind innerhalb ihres Bezirks die Kreishauptmannschaften.

„Zentralbehörde" ist das Ministerium des Innern.

Die Vorschriften in § 31 Absatz 2 und § 33 Absatz 4 der Bundesbestimmungen gelten auch in den Fällen des § 28 daselbst.

Durch dieselben wird die zeitherige Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen der Polizei- und der Bergbehörde, insbesondere was die Sprengstofflager über Tage anlangt, nicht abgeändert.

C.

Neues Registerformular.

§ 3. Das nach § 3 der Verordnung zu Ausführung des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 8. August 1884 zu führende Register des Sprengstofflagers ist von dem Inkrafttreten gegenwärtiger Verordnung an nach dem unter # beigefügten Formulare zu führen.

Das der Verordnung vom 8. August 1884 auf Seite 201 des Gesetz- und Verordnungsblattes beigegebene und durch die Verordnung vom 14. Oktober 1885 (G.- u. V.-Bl. S. 125) vervollständigte Formular ⊙ wird hierdurch aufgehoben.

D.

Vorschriften über die Beschaffenheit der zur Aufbewahrung von Sprengstoffen dienenden Niederlagen und Magazine.

§ 4. Unter „Sprengstoffen" im Sinne dieses Abschnitts D sind lediglich die in den Bundesbestimmungen laut § 2 unter 2, 3 und 4 aufgeführten brisanten Sprengstoffe zu verstehen.

§ 5. Niederlagen für mehr als 75 kg Sprengstoff, die über Tage liegen, dürfen nur in Gebäuden untergebracht werden, die nicht übersetzt sind und thunlichst leichte, mit feuersicherem Material gedeckte Dächer besitzen. Auch müssen sich diese Gebäude im Wirkungskreis sachgemäß ausgeführter und unter Aufsicht stehender Blitzableiter befinden.

§ 6. Der Lagerraum für Sprengstoffe muß nach unten durch eine mindestens 20 cm starke Steinschicht, die mit Holzdielen belegt werden kann, abgeschlossen sein.

§ 7. Der Lagerraum ist nach oben durch eine Decke aus Eisenblech von mindestens 3 mm Stärke, beziehentlich durch ein Eisengerippe mit Cementmörtel (Monierplatte),

sowie einer Deckschicht von Schlacken und Erde, oder durch ein in Cementmörtel ausgeführtes, mindestens 12, jedoch nicht über 25 cm starkes Gewölbe abzuschließen.

§ 8. Die Umfassungswände des Lagerraums haben entweder aus mindestens 40 cm starkem, in Cementmörtel ausgeführtem Mauerwerk oder aus einem Eisengerippe mit einer dasselbe umschließenden, mindestens 20 cm starken Platte von Cementmörtel (Monierplatte) zu bestehen.

§ 9. Besitzen die Umfassungswände Lüftungsschlitze, so dürfen dieselben nicht über 3 cm weit sein und müssen im Innern des Lagerraums dergestalt verblendet oder verwahrt werden, daß das Einschieben fremder Körper von außen unthunlich ist.

§ 10. Der Eingang zu dem Lagerraum ist durch zwei hintereinander liegende Thüren abzuschließen, von denen die äußere aus Eisen- oder Stahlplatten von mindestens 5 mm Stärke zu bestehen hat und im geschlossenen Zustande gegen das Ausheben gesichert ist.

§ 11. Die Eingangsthüren sind durch Sicherheits-Kombinationsschlösser, die mit mehr als zwei Zuhaltungen versehen sind und sich nicht mit demselben Schlüssel öffnen lassen, zu verwahren.

§ 12. Lagerräume für Sprengstoffe dürfen nicht zur Aufbewahrung von Pulver, Salpeter, Feuerwerkskörpern oder Zündplättchen — amorces — benutzt werden.

§ 13. In Magazinen für mehr als 75 kg Sprengstoff, die auch zur Aufbewahrung von Pulver, Salpeter, Feuerwerkskörpern oder Zündplättchen — amorces — dienen, ist der zur Aufbewahrung der Sprengstoffe bestimmte Raum von den übrigen Lagerräumen durch eine Wand abzutrennen, die weder Thür noch Fensteröffnungen besitzen darf.

§ 14. Bei bestehenden Magazinen oder Lagerräumen für mehr als 75 kg Sprengstoff, die über Tage liegen und den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, sind die Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung innerhalb Jahresfrist zu erfüllen.

§ 15. Die in Stollen befindlichen größeren Sprengstofflager, sowie kleinere, auf höchstens 75 kg Sprengstoff berechnete Lager in Steinbrüchen und dergleichen müssen hinreichend starke, massive Umfassungen besitzen und rücksichtlich des Verschlusses den Vorschriften in den §§ 10 und 11 entsprechen.

§ 16. Bei Lagerräumen der im § 15 erwähnten Art, die den Vorschriften des § 15 nicht entsprechen, sind die letzteren innerhalb Jahresfrist zu erfüllen.

§ 17. Bei über Tage liegenden Sprengstofflagern, die sich innerhalb stetig überwachter Grundstücke befinden, kann nach dem Gutachten der Gewerbe-Inspektion von den in den §§ 6, 8 und 10 vorgeschriebenen Maßen abgewichen werden.

§ 18. Die Bestimmungen dieses Abschnitts D finden auf die zu Bergwerksbetrieben gehörigen unterirdischen Sprengstofflager, hinsichtlich deren es bei den Bestimmungen der Bergpolizeivorschriften sein Verbleiben hat, keine Anwendung.

E.

Schlußbestimmungen.

§ 19. Die mit der Verordnung vom 26. Januar 1894 bekannt gemachten Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen treten vom 1. April 1894 an in Kraft.

§ 20. Unter dem Ausdrucke „Abgabe aus der Fabrik" in § 24 der Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen (siehe oben S. 66), ist die Abgabe aus der Fabrikationsstätte zu verstehen. Die in dem erwähnten § 24 vorgeschriebene Angabe der Jahreszahl und Nummer auf Behältern und Patronen kann auch in chiffrirter Form geschehen, welche vor der Anwendung dem Ministerium des Innern zur Genehmigung vorzulegen ist.

Das Ausverkaufen der nach den bisherigen Vorschriften hergestellten Sprengstoffe ist nur noch bis zum 1. Juli 1894 gestattet. Wer nach diesem Zeitpunkte noch Patronen und Kisten ohne die in § 24 der Bundesbestimmungen vorgeschriebenen Jahreszahlen und Nummern in den Handel bringt, unterliegt den in § 9 Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 (R.-G.-Bl. S. 61) und den in § 35 der Bundesbestimmungen angedrohten Strafen.

Dresden, den 27. Januar 1894.

Die Ministerien der Finanzen, des Innern und des Kriegs.

v. Thümmel. v. Metzsch. v. d. Planitz.

Gebhardt.

Re

des Spreng

von . . . . . .

Ausstellungsbehörde des polizeilichen Erlaubnißscheins:

Monat . . . . . .

Zugang zum Lagerbestand während des Monats . . . . . .

kg	Jahr und Tag.	Name und Sorte des Sprengstoffs.	Bezugsquelle.*)	Der Sprengpatronen Jahreszahl.	Nummer.

*) Bei der Einführung aus dem Auslande ist die Zollabfertigungsstelle mit anzugeben.

NB. Die Posten sind einzeln in der Reihenfolge

. . . . . .

. . kg zusammen

. . . kg ab nebenstehender Abgang.

. . kg Rest. Hierzu

. . . kg Vortrag des Lagerbestandes vom vorigen Monatsabschluß.

. . . kg Lagerbestand am Schlusse des Monats .

und zwar:

kg	Name und Sorte des Sprengstoffs
. . .	. . .

. . . . . .

. . . . . den . . . . . 18 . .

gister
stofflagers

zu . . . .
. Jahr und Tag der Ausstellung:
18 . .

Abgang vom Lagerbestand während des Monats . . . . . .

kg	Jahr und Tag	Name und Sorte des Sprengstoffs.	Name und Geschäfts- bez. Wohnsitz des Empfängers.	Bestimmungsort des Sprengstoffs	Der Sprengpatronen	
					Jahreszahl.	Nummer.

der Zu- oder Abgangszeiten einzutragen.

. . . . kg zusammen.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Angaben:
Der Inhaber des Sprengstofflagers

Nr. 13. Bekanntmachung,

die Konzessionirung der Mobiliar-Brandversicherungskasse des Vereins sächsischer Gemeindebeamten zu Leipzig betreffend;

vom 28. Januar 1894.

Das Ministerium des Innern hat der Mobiliar-Brandversicherungskasse des Vereins sächsischer Gemeindebeamten zu Leipzig, auf Grund der eingereichten, der Vorschrift in § 1 A der Ausführungsverordnung vom 20. November 1876 entsprechenden Unterlagen, die nachgesuchte Genehmigung zum Betriebe der Mobiliar-Feuerversicherung im Königreiche Sachsen nach § 2 a des Gesetzes vom 28. August 1876 mit Vorbehalt des Widerrufs ertheilt, und wird Solches in Gemäßheit § 2 der obgedachten Ausführungsverordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, den 28. Januar 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Münchner.

Nr. 14. Verordnung,

die Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen zwischen den Stationen Klingenberg und Niederbobritzsch der Staatseisenbahnlinie Dresden-Werdau betreffend;

vom 1. Februar 1894.

Im Interesse der Sicherheit und Ordnung des Bahnbetriebes macht sich an der Staatseisenbahnlinie Dresden-Werdau innerhalb der zwischen den Stationen Klingenberg und Niederbobritzsch gelegenen Strecke rechts von Station N. 271 bis 273+50 die Herstellung von Schneeschutzanlagen dringend erforderlich. Da die wegen Abtretung des hierzu erforderlichen Areals gepflogenen Verhandlungen zu einem Ergebnisse nicht geführt haben, so wird mit Allerhöchster Genehmigung von dem Ministerium des Innern auf Grund von § 2 des Gesetzes, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung bestehender Eisenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (G.- u. V.-Bl. S. 120) andurch verordnet, wie folgt:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 des nurgedachten Gesetzes vom 21. Juli 1855 sind nach Maßgabe des von dem Ministerium des Innern genehmigten Planes auf die obenerwähnten Schneeschutzanlagen in Anwendung zu bringen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Expropriation für diese Anlage zu beobachtenden Verfahrens und der diesfallsigen Instruktion der Behörde und der Taxatoren ist allenthalben den Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Von der in § 1 erwähnten Anlage wird die Flur

Colmnitz

betroffen.

Dresden, den 1. Februar 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Edelmann.

Nr. 15. Verordnung,

die Sicherung des Betriebes auf den Nebeneisenbahnen betreffend;

vom 13. Februar 1894.

Im Anschluß an die Bestimmungen in § 44 der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 (Verordnung vom 16. November 1892 — G.- u. V.-Bl. S. 423 —) wird im Interesse der Sicherheit des Bahnbetriebes sowie des Straßenverkehres hierdurch Folgendes verordnet:

Die Führer von Dampfpflügen, Dampfstraßenwalzen, Dampfdreschmaschinen, Lokomobilen sowie überhaupt von allen solchen Fahrzeugen, welche infolge ihrer Bauart oder ihrer Ladung ein ungewöhnliches Geräusch verursachen und dadurch dem Geschirrführer die rechtzeitige und zuverlässige Wahrnehmung der von den Zügen ausgehenden Pfeifen- und Glockensignale erschweren, haben in angemessener Entfernung von unbewachten Bahnübergängen kurze Zeit anzuhalten und die Fahrt über den Uebergang erst dann fortzusetzen, wenn keinerlei Anzeichen das Herannahen eines Zuges oder einer Lokomotive ankündigen.

Zuwiderhandelnde werden nach Maßgabe der Bestimmung in § 45 der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands bestraft.

Dresden, den 13. Februar 1894.

Die Ministerien der Finanzen und des Innern.

v. Thümmel. v. Metzsch.

Müller.

Nr. 16. Verordnung,

die Abtretung von Grundeigenthum zu Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Löbau nach Weißenberg betreffend;

vom 12. Februar 1894.

Mit Allerhöchster Genehmigung und auf Grund der ertheilten ständischen Ermächtigung wird von dem Ministerium des Innern behufs Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Löbau nach Weißenberg andurch verordnet wie folgt:

§ 1. Die Vorschriften des Gesetzes vom 3. Juli 1835, die Abtretung des zu Erbauung einer von Leipzig nach Dresden anzulegenden und nach Befinden bis zur Grenze zu verlängernden Eisenbahn erforderlichen Grundeigenthums betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 371 flg.) und beziehentlich soweit dieses Gesetz durch spätere Bestimmungen Abänderungen erlitten hat, die einschlagenden späteren Vorschriften leiden auch Anwendung auf den Bau der obengedachten Bahn nebst Anschlußgleisen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Abtretung von Grundeigenthum für diese Eisenbahn zu beobachtenden Verfahrens ist allenthalben denjenigen Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie beziehentlich in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Die Vorschriften gegenwärtiger mit Gesetzeskraft versehenen Verordnung treten sofort mit deren Publikation in Wirksamkeit.

§ 4. Bei dem Baue der gedachten Eisenbahn werden nach Maßgabe der genehmigten Detailpläne die Fluren von

Löbau,
Unwürde,
Kittlitz,
Oppeln,
Kleinradmeritz,
Gloſſen,
Trauſchwitz mit Grube,
Lautitz,
Noſtitz,
Maltitz,
Weißenberg und
Kotitz

betroffen.

Dresden, den 12. Februar 1894.

Miniſterium des Innern.

v. Metzſch.

Kreher.

Nr. 17. Verordnung,

die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung der Anlagen des Bayeriſchen Bahnhofes in Leipzig betreffend;

vom 20. Februar 1894.

Im Intereſſe der Sicherheit und Ordnung des Eiſenbahnbetriebes macht ſich eine Erweiterung der Anlagen des Bayeriſchen Bahnhofes in Leipzig behufs Errichtung einer zweiten Lokomotiv-Rotunde daſelbſt erforderlich.

Da die wegen Abtretung des hierzu nöthigen Areals gepflogenen Verhandlungen nicht allenthalben zu einem Ergebniſſe geführt haben, ſo wird mit Allerhöchſter Genehmigung von dem Miniſterium des Innern auf Grund von § 2 des Geſetzes, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung beſtehender Eiſenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (G.- u. V.-Bl. S. 120) andurch verordnet, wie folgt:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 des angedachten Gesetzes vom 21. Juli 1855 sind nach Maßgabe des von dem Ministerium des Innern genehmigten Planes auf die Erweiterung der Anlagen des Bayerischen Bahnhofes zu Leipzig behufs Errichtung einer zweiten Lokomotiv-Rotunde daselbst in Anwendung zu bringen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Expropriation für diese Anlage zu beobachtenden Verfahrens und der diesfallsigen Instruktion der Behörde und der Taxatoren ist allenthalben den Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Von der in § 1 erwähnten Anlage wird die Flur

Leipzig

betroffen.

Dresden, den 20. Februar 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Kreher.

Nr. 18. Bekanntmachung,

den zwischen dem Königreiche Sachsen und dem Königreiche Preußen wegen Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes der im Königreich Preußen gelegenen Ortschaft Bunitz mit der im Königreich Sachsen gelegenen Kirchen- und Schulgemeinde Thallwitz abgeschlossenen Vertrag betreffend;

vom 22. Februar 1894.

Die Königlich Sächsische und die Königlich Preußische Regierung hatten auf Anregung der Betheiligten beschlossen, den Kirchen- und Schulverband der Königlich Preußischen Gemeinde sammt Gutsbezirk Bunitz, Kreis Delitzsch, mit der Königlich Sächsischen Kirchen- und Schulgemeinde Thallwitz, Amtshauptmannschaft Grimma, aufheben zu lassen. Nachdem durch die beiderseits ernannten Kommissare unter dem 30. März vorigen Jahres der angefügte Staatsvertrag abgeschlossen und unter Genehmigung Seiner Majestät des Königs durch Ministerialerklärung ratifizirt, auch die bezügliche Urkunde gegen die Königlich Preu-

ßischerseits erfolgte Ratifikation unterm 16. dieses Monats ausgewechselt worden ist, wird dieser Staatsvertrag hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht.

Dresden, den 22. Februar 1894.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

v. Seydewitz.

v. Welck.

Staatsvertrag

zwischen

der Königlich Preußischen und der Königlich Sächsischen Regierung wegen Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes der Königlich Preußischen Gemeinde sammt Gutsbezirk Bunitz, Kreis Delitzsch, mit der Königlich Sächsischen Kirchen- und Schulgemeinde Thallwitz, Amtshauptmannschaft Grimma.

Behufs Aufhebung der vorberegten Verbindung ist durch die von den beiden hohen Staatsregierungen beauftragten Kommissarien, und zwar

sächsischerseits

den Geheimen Regierungsrath Dr. Karl Heinrich Moritz Wäntig zu Dresden,

preußischerseits

den Königlichen Landrath Wilhelm von Rauchhaupt zu Delitzsch

vorbehältlich der landesherrlichen Genehmigung folgender Staatsvertrag abgeschlossen worden:

Artikel 1.

Der bisherige Kirchen- und Schulverband der preußischen Ortschaft Bunitz mit der sächsischen Kirchen- und Schulgemeinde Thallwitz hört vom 1. April 1893 ab auf.

Artikel 2.

Alle auf diesem Verbande beruhenden Rechte und Pflichten der Bewohner von Bunitz gegenüber der Kirchen- und Schulgemeinde Thallwitz, den Kirchen- und Schulbeamten sowie den Kirchen- und Schulinstituten daselbst werden mit dem gedachten Zeitpunkte aufgehoben.

Insbesondere erlischt jeder Mitanspruch der Bewohner von Bunitz auf die Königlich Sächsische Staatsentschädigung für den Wegfall gewisser Stolgebühren sowie auf das Vermögen der in Thallwitz für Kirchen- und Schulzwecke bestehenden Lehne und Stiftungen.

Artikel 3.

Andererseits hört von dem gedachten Zeitpunkte an jede Verpflichtung der Bewohner von Bunitz zu den Bedürfnissen des Kirchen- und Schulverbandes von Thallwitz beizutragen auf.

Eine Rückerstattung der auf Grund des Rezesses vom 14. November 1861 von der Gemeinde und dem Gutsbezirke Bunitz an die Schulgemeinde Thallwitz gezahlten Abfindungssumme von 495 ℳ findet nicht statt.

Dagegen erhalten die evangelischen Bewohner von Bunitz zu dem gedachten Zeitpunkte herausgezahlt:

1. die auf Grund der Ablösungsrezesse vom 31. August 1870 und 29. Oktober 1886 bei der Kultusministerialkasse zu Dresden verwalteten Ablösungskapitalien von 1167 ℳ 80 ₰ und zwar
   a) an die Pfarre zu Sprotta 1012 ℳ 22 ₰,
   b) an die Küsterei zu Paschwitz 155 ℳ 58 ₰ und
2. den Antheil an dem von der Kirchengemeinde Thallwitz gesammelten Kirchenbaufonds mit 92 ℳ 12 ₰ an die Kirchenkasse zu Paschwitz.

Dresden, den 30. März 1893.

Dr. Karl Heinrich Moritz Wäntig,
Geheimer Regierungsrath.

Delitzsch, den 30. März 1893.

von Rauchhaupt,
Königlicher Landrath.

Nr. 19. Bekanntmachung,

die Gemeindeverfassung der Stadt Burgstädt betreffend;

vom 26. Februar 1894.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern hat der Stadtgemeinderath zu Burgstädt beschlossen, daß diese Stadt aus der Reihe derer, welche ihre Verfassung nach der Städteordnung für mittlere und kleine Städte vom 24. April 1873 ordnen, ausscheide und fortan der Revidirten Städteordnung von demselben Tage sich unterstelle. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 22. September 1874, die Verfassungs-

verhältnisse der Städte betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 325) wird dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, am 26. Februar 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Münckner.

Nr. 20. Verordnung

wegen Abänderung der Verordnung vom 1. Juli 1886, die ärztlichen Hausapotheken und die Krankenhaus-Apotheken betreffend;

vom 2. März 1894.

Das Ministerium des Innern hat Sich veranlaßt gesehen die Verordnung vom 1. Juli 1886 (G.- u. V.-Bl. S. 144 flg.) die ärztlichen Hausapotheken und die Krankenhaus-Apotheken betreffend, soweit darin die Haltung der ärztlichen Hausapotheken geregelt wird, in einigen Punkten abzuändern und verordnet demgemäß was folgt:

§ 2 der Verordnung hat künftig zu lauten:

Des Ausgebens von Arzneien in anderen als den vorstehend bezeichneten Fällen haben sich die Aerzte strengstens zu enthalten. Um aber unter den in § 1 angegebenen Voraussetzungen die von ihnen verordneten Arzneien ausgeben zu können, sind dieselben berechtigt, nicht nur einen aus Apotheken bezogenen Vorrath derjenigen gebrauchsfertigen Arzneien zu halten, welche zum Gebrauche für dringende Fälle erforderlich sind — Nothapotheken —, sondern auch vorbehältlich der Bestimmung in § 3 — einen Vorrath von Arzneimitteln und Arzneistoffen zu führen, und daraus selbst Arzneien zuzubereiten — Hausapotheken.

§ 3. Jeder Arzt, welcher eine Hausapotheke zu halten beabsichtigt, hat hierzu die Genehmigung der Medizinalpolizeibehörde einzuholen. Dieselbe ist im Einvernehmen mit dem Bezirksarzte zu ertheilen, falls das Vorhandensein der im § 1 bezeichneten Voraussetzungen nachgewiesen worden ist und der Nachsuchende nicht infolge von Gebrechen, z. B. Blindheit, unfähig erscheint die Bereitung von Arzneien zu bewirken und genügend zu überwachen.

§ 12. Die ertheilte Genehmigung zur Haltung einer Hausapotheke und das Verabreichen von Arzneien aus derselben kann von der zuständigen Medizinalbehörde im Ein-

vernehmen mit dem Bezirksarzte dann zurückgezogen werden, wenn die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung ertheilt worden ist, inzwischen ganz oder zum Theil weggefallen sind oder wenn sich der betreffende Inhaber der Hausapotheke wiederholter Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften oder einer fortgesetzt an den Tag gelegten Unzuverlässigkeit bezüglich der Bereitung und Verabreichung von Arzneien schuldig gemacht hat.

Die übrigen Paragraphen der Verordnung bleiben unverändert.

Dresden, am 2. März 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Körner.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen.

4. Stück vom Jahre 1894.

BIBLIOTHEK

Inhalt: Nr. 21. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum zur Verbreiterung der Stollberg-St. Egidiener Eisenbahnlinie betr. S. 89. — Nr. 22. Bekanntmachung, eine Anleihe des Stadtvereins für innere Mission zu Dresden betr. S. 90. — Nr. 23. Landtagsabschied für die Ständeversammlung der Jahre 1893 und 1894. S. 91. — Nr. 24. Finanzgesetz auf die Jahre 1894 und 1895. S. 94. — Nr. 25. Bekanntmachung, die Betriebseröffnung der Pirna-Großcottaer Eisenbahn betr. S. 96. — Nr. 26. Verordnung, die Abtretung von Grundeigenthum zu Erbauung der Olbernhau-Neuhausener Eisenbahn ꝛc. betr. S. 97. — Nr. 27. Gesetz, die Unterstützung der in den Ruhestand versetzten Bezirkshebammen betr. S. 98. — Nr. 28. Bekanntmachung, die Ernennung von Kommissaren für den Bau mehrerer Nebeneisenbahnen betr. S. 100. — Nr. 29. Bekanntmachung, die Regulirung der Militärpensionen bei Anstellungen im Civildienste betr. S. 101.

Nr. 21. Verordnung,

die Enteignung von Grundeigenthum zur Verbreiterung der Eisenbahnlinie Stollberg-St. Egidien behufs Fortsetzung der Linie Chemnitz-Stollberg bis Bahnhof Stollberg betreffend;

vom 3. März 1894.

Im Interesse der Ordnung und Sicherheit des Bahnbetriebes auf der Bahnlinie Stollberg-St. Egidien hat es sich als nothwendig erwiesen, von dem Punkte der Einmündung der normalspurigen Eisenbahn Chemnitz-Würschnitzthal-Stollberg in die eingleisige Bahnlinie Stollberg-St. Egidien bis zum Bahnhof Stollberg ein zweigleisiges Planum herzustellen.

Mit Allerhöchster Genehmigung wird daher von dem Ministerium des Innern auf Grund von § 2 des Gesetzes, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung bestehender Eisenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (G.- u. V.-Bl. S. 120) andurch verordnet wie folgt:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 des nurgedachten Gesetzes vom 21. Juli 1855 sind nach Maßgabe des von dem Ministerium des Innern genehmigten Planes auf die

obenerwähnte Verbreiterung der Bahnlinie Stollberg-St. Egidien in Anwendung zu bringen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Expropriation für diese Anlage zu beobachtenden Verfahrens und der diesfallsigen Instruktion der Behörde und der Taxatoren ist allenthalben den Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Von der in § 1 erwähnten Anlage wird die Flur

Stollberg

betroffen.

Dresden, den 3. März 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Gersdorf.

Nr. 22. Bekanntmachung,

eine Anleihe des Stadtvereins für innere Mission zu Dresden betreffend;

vom 13. März 1894.

Die Ministerien der Finanzen und des Innern haben zu der von dem Stadtverein für innere Mission zu Dresden beschlossenen Ausgabe von auf den Inhaber lautenden, seiten des letzteren unkündbaren Schuldscheinen in Abschnitten von 1000 und 500 ℳ behufs Aufnahme einer mit vier vom Hundert jährlich zu verzinsenden, sowie auf dem Grundbesitze des Vereins in Dresden, Folien 477 und 597 des Grund- und Hypothekenbuchs des vormaligen Königlichen Stadtgerichts zu Dresden und 1040 des Grund- und Hypothekenbuchs des vormaligen Munizipalstadtgerichts zu Dresden hypothekarisch sicher zu stellenden Anleihe von

achthunderttausend Mark

nach Maßgabe des vorgelegten Anleihe- und Tilgungsplanes die nach § 1040 des

Bürgerlichen Gesetzbuches erforderliche Genehmigung ertheilt, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Dresden, am 13. März 1894.

Die Ministerien der Finanzen und des Innern.

v. Thümmel. Für den Minister.
Vodel.
v. Kirchbach.

Nr. 23. Landtagsabschied

für die Ständeversammlung der Jahre 1893 und 1894;

vom 16. März 1894.

Wir, Albert, von Gottes Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

urkunden und fügen hiermit zu wissen:

Bei dem Schlusse des von Uns nach Maßgabe von § 115 der Verfassungsurkunde zusammenberufenen fünfundzwanzigsten ordentlichen Landtags eröffnen Wir, der Zusage in § 119 der Verfassungsurkunde entsprechend, den getreuen Ständen Unsere Entschließungen und Erklärungen in Bezug auf die bei dem gegenwärtigen Landtage stattgefundenen ständischen Berathungen in Folgendem:

Was

I. die Vorlagen an die getreuen Stände

anlangt, so sind dieselben zum Theil

A. als erledigt zu erachten,

und zwar:

a) durch den, den ständischen Anträgen gemäß erfolgten Erlaß der betreffenden Gesetze und Verordnungen.

Namentlich ist dies geschehen:

1. wegen der provisorischen Forterhebung der Steuern und Abgaben im Jahre 1894, durch das Gesetz vom 12. Dezember 1893,

2. wegen der dermaligen Zusammensetzung des Landtagsausschusses zu Verwaltung der Staatsschulden, durch die der ständischen Schrift vom 1. Dezember 1893 entsprechend erlassene Bekanntmachung vom 13. Dezember 1893,

3. wegen der Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878, durch das Gesetz vom 10. März 1894;

b) durch besonderes Dekret, in welchem Unsere Entschließungen auf die Erklärungen und Anträge der getreuen Stände bereits ergangen sind:

in Betreff des Staatshaushalts-Etats auf die Jahre 1894 und 1895 nebst Nachtrag durch das Dekret vom 15. März 1894, in dessen Gemäßheit das mit den getreuen Ständen vereinbarte Finanzgesetz auf die erwähnten beiden Jahre unverweilt erlassen werden wird;

c) durch Entgegennahme der ständischen Erklärungen und Anträge:

1. wegen des Rechenschaftsberichts auf die Jahre 1890 und 1891,

2. wegen eines Nachtrags zum ordentlichen Staatshaushalts-Etat auf die Jahre 1892 und 1893,

3. wegen des Standes der Altersrentenbank,

4. wegen der mittels des Dekrets vom 13. November 1893 in Bezug auf den Domänenfonds und die Veränderungen rücksichtlich des Staatsguts während der Jahre 1891 und 1892 gegebenen Nachweisungen,

5. wegen der auf Grund von § 88 der Verfassungsurkunde erlassenen Verordnung vom 23. September 1892, die auf die Leipziger Michaelismesse 1892 gestellten Meßwechsel betreffend,

6. wegen der Zusammenstellung der von den Amtsgerichten im Jahre 1892 auf Grund des Gesetzes vom 6. November 1890 eingehobenen Gerichtskosten;

B. Vorlagen an die getreuen Stände, rücksichtlich deren es Unserer Entschließung noch bedarf:

Den ständischen Anträgen entsprechend werden zur Publikation gelangen:

1. das Gesetz wegen Ergänzung und Aenderung des Forststrafgesetzes und der Gesetze, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend,

2. das Gesetz, die Unterstützung der in den Ruhestand versetzten Bezirkshebammen betreffend,

3. das Gesetz, die Aufnahme einer 3prozentigen Rentenanleihe betreffend.

Zu den Erklärungen der getreuen Stände auf die Dekrete, welche den Bau mehrerer Nebeneisenbahnen betreffen, geben Wir Unsere Zustimmung. Wir werden das zur Ausführung Erforderliche anordnen, auch von der ausgesprochenen Ermächtigung zur Ertheilung des Expropriationsbefugnisses an den Preußischen Staat für den Bau einer Eisenbahn von Rippach-Poserna einerseits nach Plagwitz andererseits nach Markranstädt eintretenden Falls Gebrauch machen.

Was ferner die von den getreuen Ständen an Uns gebrachten

II. Anträge, Beschwerden und Petitionen

anlangt, so wird

1. dem Antrage der getreuen Stände zu dem Dekrete Nr. 12 vom 13. November 1893 entsprechend die Frage wegen Einführung der Berufung gegen Urtheile der Bergschiedsgerichte fortgesetzt in Erwägung gezogen und eventuell einem der folgenden Landtage eine darauf bezügliche Vorlage gemacht werden,

ebenso wird

2. dem zu der obenerwähnten Zusammenstellung von Gerichtskosten gestellten Antrage, die statistischen Erhebungen über die Ergebnisse des Gerichtskostengesetzes vom 6. November 1890 auch für die Folgejahre fortzusetzen und dem übernächsten Landtage eine anderweite Zusammenstellung dieser Ergebnisse vorzulegen, entsprochen werden.

Was endlich

3. die Petitionen des Landesvereins für innere Mission anlangt, welche Unsere getreuen Stände nur mit Rücksicht auf die gegenwärtige minder günstige Finanzlage des Landes haben zur Zeit auf sich beruhen lassen, so wird Unsere Regierung die Entwickelung der in dieser Petition genannten Anstalt für Epileptische zu Kleinwachau fortgesetzt im Auge behalten.

Was die sonst noch von den getreuen Ständen gefaßten Beschlüsse anlangt, so behalten Wir Uns vor, solche in weitere Erwägung zu nehmen und nach Befinden das Erforderliche darauf zu verfügen.

Wir verbleiben Unseren getreuen Ständen in Huld und Gnaden jederzeit wohl beigethan und haben zu Urkund alles dessen gegenwärtigen, in das Gesetz- und Verordnungs-

blatt aufzunehmenden Landtagsabschied eigenhändig unterschrieben und mit Unserem Königlichen Siegel bedrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, den 16. März 1894.

LS

Albert.

Julius Hans von Thümmel.
Heinrich Rudolph Schurig.
Karl Georg Levin von Metzsch.
Karl Paul Edler von der Planitz.
Kurt Damm Paul von Seydewitz.

Nr. 24. Finanzgesetz

auf die Jahre 1894 und 1895;

vom 15. März 1894.

Wir, Albert, von Gottes Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

finden uns mit Zustimmung Unserer getreuen Stände bewogen, das Finanzgesetz auf die Jahre 1894 und 1895 zu erlassen wie folgt:

§ 1. Auf Grund des verabschiedeten Staatshaushalts-Etats werden die Ueberschüsse und Zuschüsse des ordentlichen Staatshaushalts für jedes der Jahre 1894 und 1895 auf die Summe von

100 684 389 ℳ

festgestellt und wird zu außerordentlichen Staatszwecken für diese beiden Jahre überdies noch ein Gesammtbetrag von

48 926 600 ℳ

hiermit ausgesetzt.

§ 2. In jedem der beiden Jahre der Finanzperiode wird den Schulgemeinden ein Theil der Einnahmen an Grundsteuer zur Abminderung der Schullasten nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen überwiesen:

a) Die zu überweisenden Beträge werden für jeden Steuerflurbezirk nach 2 Pfennigen von jeder der beim Rechnungsabschlusse auf das letztvorausgegangene Jahr vor-

handen gewesenen Steuereinheiten berechnet und jedesmal im Monate August durch die Bezirkssteuereinnahmen an die Steuergemeinden gezahlt, welche dieselben unverkürzt an die Schulgemeinden abzuliefern haben.

b) Gehören die Grundstücke eines Steuerflurbezirks nicht sämmtlich zu einem und demselben Schulbezirke, so ist die für die Steuergemeinde im ganzen ausfallende Summe unter die betheiligten mehreren Schulgemeinden nach Verhältniß der beim letzten Rechnungsabschlusse über die Grundsteuer vorhanden gewesenen Steuereinheiten der in dem betreffenden Steuerflurbezirke gelegenen grundsteuerpflichtigen Grundstücke ihrer Schulbezirke zu vertheilen.

c) Empfangsberechtigt für die zur Vertheilung gelangenden Beträge sind die Schulgemeinden der konfessionellen Mehrheit. Dafern innerhalb des Schulbezirks der konfessionellen Mehrheit eine oder mehrere öffentliche Volksschulen für die Angehörigen einer konfessionellen Minderheit bestehen, hat die Schulgemeinde der konfessionellen Mehrheit einen Theil des erhaltenen Betrages an die Schulgemeinde der konfessionellen Minderheit abzugeben, welcher durch das Zahlenverhältniß bestimmt wird, in dem die, die öffentlichen Volksschulen besuchenden Kinder der Mehrheit und der Minderheit zu Beginn des laufenden Schuljahres zu einander gestanden haben.

d) Differenzen über die Vertheilung der an die Steuergemeinden gezahlten Summen sind von den Schulaufsichtsbehörden zu entscheiden.

§ 3. Zu Deckung des Aufwandes für den ordentlichen Staatshaushalt und der auf die Spezialkassen gewiesenen Verwaltungs- und sonstigen Ausgaben desselben sind, außer den den Staatskassen im übrigen in Gemäßheit des Staatshaushalts-Etats zugewiesenen Einnahmen, auf jedes der Jahre 1894 und 1895 zu erheben:

a) die Grundsteuer nach 4 Pfennigen von jeder Steuereinheit,
b) die Einkommensteuer,
c) die Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen,
d) die Schlachtsteuer, ingleichen die Uebergangsabgabe vom vereinsländischen und die Verbrauchsabgabe vom vereinsausländischen Fleischwerke,
e) die Erbschaftssteuer,
f) der Urkundenstempel.

Ueberdies wird Unser Finanz-Ministerium ermächtigt, für den Fall, daß Sachsen infolge seiner finanziellen Beziehungen zum Deutschen Reiche an letzteres mehr herauszuzahlen haben sollte, als im Staatshaushalts-Etat angenommen ist, im Jahre 1895 einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer bis zu 20 Prozent des ganzen Jahres-

betrages zu erheben. Die bei dem Zuschlage sich ergebenden Steuerbeträge sind dergestalt abzurunden, daß Beträge von 5 Pfennigen und darunter in der letzten Stelle außer Ansatz gelassen, höhere in dieser Stelle sich ergebende Pfennigbeträge dagegen für 10 Pfennige gerechnet werden.

§ 4. Alle sonstigen Abgaben, Natural- und Geldleistungen, die nicht ausdrücklich aufgehoben sind, oder noch aufgehoben werden, bestehen vorschriftsmäßig fort.

§ 5. Die zu außerordentlichen Staatszwecken bewilligte Summe ist, soweit sie nicht aus dem Verwaltungsüberschusse der Finanzperiode $18\frac{9}{9}\frac{0}{1}$ gedeckt wird, aus den übrigen mobilen Beständen des Staatsvermögens zu entnehmen.

§ 6. Durch das gegenwärtige Gesetz erledigt sich das Gesetz, die provisorische Forterhebung der Steuern und Abgaben im Jahre 1894 betreffend, vom 12. Dezember 1893 (G.- u. V.-Bl. S. 264).

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz, mit dessen Ausführung Unser Finanz-Ministerium beauftragt ist, eigenhändig vollzogen und Unser Königliches Siegel beidrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, den 15. März 1894.

LS

Albert.

Julius Hans von Thümmel.

Nr. 25. Bekanntmachung,

die Eröffnung des Betriebes auf der normalspurigen Nebeneisenbahn von Pirna über Dohma nach Großcotta betreffend;

vom 17. März 1894.

Das Finanz-Ministerium hat beschlossen, die normalspurige Nebeneisenbahn Pirna-Großcotta

am 21. März 1894

dem allgemeinen Verkehre zu übergeben.

Die Leitung des Betriebes der genannten neuen Eisenbahnlinie, sowie die Bekanntmachung der Tarife und Fahrpläne erfolgt durch die Generaldirektion der Staatseisen-

bahnen, welcher auch die Erledigung der Bauangelegenheiten und die Regelung der Besitzverhältnisse im Bereiche der neuen Bahnstrecke verbleibt.

Dresden, am 17. März 1894.

Finanz-Ministerium.

v. Thümmel.

Müller.

Nr. 26. Verordnung,

die Abtretung von Grundeigenthum zu Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Olbernhau nach Neuhausen, sowie zur Anlegung einer Wasserleitung für Bahnhof Neuhausen betreffend;

vom 17. März 1894.

Mit Allerhöchster Genehmigung und auf Grund der ertheilten ständischen Ermächtigung wird von dem Ministerium des Innern behufs Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Olbernhau nach Neuhausen, sowie behufs Anlegung einer Wasserleitung für Bahnhof Neuhausen andurch verordnet wie folgt:

§ 1. Die Vorschriften des Gesetzes vom 3. Juli 1835, die Abtretung des zu Erbauung einer von Leipzig nach Dresden anzulegenden und nach Befinden bis zur Grenze zu verlängernden Eisenbahn erforderlichen Grundeigenthums betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 371 flg.) und beziehentlich soweit dieses Gesetz durch spätere Bestimmungen Abänderungen erlitten hat, die einschlagenden späteren Vorschriften finden auch Anwendung auf den Bau der obenerwähnten Bahn nebst Anschlußgleisen und die Anlegung einer Wasserleitung für Bahnhof Neuhausen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Abtretung von Grundeigenthum für diese Eisenbahn zu beobachtenden Verfahrens ist allenthalben denjenigen Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374), sowie beziehentlich in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Die Vorschriften gegenwärtiger mit Gesetzeskraft versehenen Verordnung treten sofort mit deren Publikation in Wirksamkeit.

§ 4. Bei dem Baue der gedachten Eisenbahn werden nach Maßgabe der genehmigten Detailpläne die Fluren von

Olbernhau,
Grünthal-Kupferhammer,
Oberneuschönberg,
Hirschberg,
Forstrevier Hirschberg,
Pfaffroda Rittergut,
Heidersdorf,
Niederseiffenbach,
Dittersbach,
Purschenstein,
Purschensteiner Waldung (Abtheilung Wasserwand) und
Neuhausen

betroffen.

Dresden, den 17. März 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Gersdorf.

Nr. 27. Gesetz,

die Unterstützung der in den Ruhestand versetzten Bezirkshebammen betreffend;

vom 20. März 1894.

Wir, Albert, von Gottes Gnaden König von Sachsen
2c. 2c. 2c.

haben Bestimmungen wegen Inruhestandsversetzung der Bezirkshebammen für nöthig befunden und verordnen daher mit Zustimmung Unserer getreuen Stände wie folgt:

§ 1. Den Bezirkshebammen ist durch die Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke, für welche sie angestellt sind, eine jährliche Unterstützung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu gewähren.

§ 2. Die Versetzung in den Ruhestand wird in den Städten mit Revidirter Städteordnung durch den Stadtrath, im übrigen durch die Amtshauptmannschaft nach Gehör der Vertretungen der betheiligten Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke, in allen Fällen im Einvernehmen mit dem Bezirksarzte verfügt. In Hebammenbezirken, welche aus einer Stadt mit Revidirter Städteordnung und einer oder mehreren Landgemeinden beziehentlich selbständigen Gutsbezirken zusammengesetzt sind, ist zur Versetzung in den Ruhestand der Stadtrath nach Gehör dieser Gemeinden beziehentlich Gutsbesitzer und im Einvernehmen mit der Amtshauptmannschaft sowie mit dem Bezirksarzte zuständig.

Die zur Versetzung in den Ruhestand zuständigen Behörden haben auch über etwaige Entziehung der Unterstützung zu beschließen, insoweit eine solche Maßnahme statutarisch (zu vergl. § 3) vorgesehen ist.

§ 3. Durch Ortsstatut oder in zusammengesetzten Hebammenbezirken durch ein Statut, bei dessen Aufstellung die in den Gemeindeordnungen hinsichtlich einzelner Gemeinden gegebenen Vorschriften sinngemäß in Anwendung zu bringen sind, ist insbesondere zu regeln:

a) unter welchen Voraussetzungen die Versetzung in den Ruhestand sowie die Entziehung einer zugebilligten Unterstützung einzutreten hat,
b) in welcher Höhe den Hebammen die Unterstützung zu gewähren ist,
c) ob und in welchem Umfange die Bezirkshebammen jährliche Beiträge an die Gemeinden und Gutsbezirke oder an die etwa zu gründenden besonderen Unterstützungskassen zu entrichten haben.

§ 4. Unterlassen die betheiligten Gemeindevertretungen und Gutsbesitzer trotz wiederholter Aufforderung durch die Aufsichtsbehörde das Statut überhaupt oder in ausreichender Weise aufzustellen, so ist das Nöthige bei Städten mit Revidirter Städteordnung durch das Ministerium des Innern nach vorgängiger Begutachtung des Kreishauptmanns mit dem Kreisausschusse, bei mittleren und kleinen Städten ebenfalls durch das Ministerium des Innern nach vorheriger Begutachtung des Amtshauptmanns mit dem Bezirksausschusse, bei Landgemeinden durch den Amtshauptmann mit dem Bezirksausschusse vorläufig festzusetzen.

In ausreichender Weise aufgestellt ist ein Statut jedenfalls dann anzusehen, wenn dasselbe als Höchstbetrag der einer Bezirkshebamme zu gewährenden Unterstützung zwei Drittheile des von ihr in ihrem Gewerbe während der letzten fünf Jahre vor ihrer Versetzung in den Ruhestand durchschnittlich bezogenen Jahreseinkommens, oder, sofern dieser Betrag die Summe von 300 ℳ übersteigt, diese Summe festsetzt.

§ 5. Die nach vorstehenden Bestimmungen den Bezirkshebammen zu gewährenden jährlichen Unterstützungen sind den betheiligten Gemeinden oder Gutsbezirken zur Hälfte,

jedoch in keinem Falle mit einem höheren Betrage als von 150 ℳ, aus der Staatskasse zu erstatten.

§ 6. Ein vor der Anstellung oder vor Ablauf der Funktionirung erfolgter Verzicht der Hebamme auf Ruhestandsunterstützung ist ungültig.

§ 7. In denjenigen Gemeinden, in denen in Ruhestand versetzten Hebammen bereits durch örtliche Einrichtungen Unterstützung gesichert ist, hat es bei letzteren zu bewenden, sobald seiten der in § 4 bezeichneten Behörden diese Einrichtungen als ausreichend und mit den vorstehenden Bestimmungen nicht im Widerspruche stehend befunden werden.

Dresden, den 20. März 1894.

LS

Albert.

Georg von Metzsch.

Nr. 28. Bekanntmachung,

die Ernennung von Kommissaren für den Bau mehrerer Nebeneisenbahnen betreffend;

vom 22. März 1894.

Das Finanz-Ministerium hat die Geschäfte eines Kommissars für den Bau

I.

der schmalspurigen Nebenbahnen

von Kohlmühle nach Hohnstein,
von Cranzahl nach Oberwiesenthal und
von Wilzschhaus nach Carlsfeld

dem Mitgliede der Generaldirektion der Staatseisenbahnen

Finanzrathe Dr. jur. Walther Friedrich Ernst Schelcher in Dresden

und

II.

der schmalspurigen Nebenbahn

von Mulda nach Sayda

sowie

der normalspurigen Nebenbahnen

von Wüstenbrand nach Limbach und
von Waldheim nach Kriebethal

dem Mitgliede der Generaldirektion der Staatseisenbahnen

Finanzrathe Dr. jur. Carl Arthur Kürsten in Dresden

übertragen.

Den genannten Kommissaren ist die Befugniß ertheilt worden, sich in Behinderungsfällen gegenseitig zu vertreten oder sich durch den Hülfsarbeiter in der genannten Generaldirektion

Finanzassessor Friedrich Johannes Elterich

vertreten zu lassen.

Dresden, den 22. März 1894.

Finanz-Ministerium.

v. Thümmel.

Müller.

Nr. 29. Bekanntmachung,

Regulirung der Militärpensionen bei Anstellungen im Civildienste betreffend;

vom 22. März 1894.

Die Regulirung des Bezugs der Militärpensionen bei Anstellungen von Invaliden im Civildienste und beim Ausscheiden aus demselben, erfolgt vom 1. April 1894 ab durch die Intendantur des 12. (Königlich Sächsischen) Armeekorps in Dresden.

Dieselbe gilt für das Königreich Sachsen als die in der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 22. Februar 1875 (G.- u. V.-Bl. S. 221 flg.) II. zu § 102, C 1 am Schlusse gedachte Behörde, der fortan die Pensions-Quittungsbücher behufs der Pensions-Regulirung zu übersenden sind.

Für die im Civildienste angestellten Offiziere und Beamten der Militärverwaltung erfolgt die Pensions-Regulirung nach wie vor durch das Kriegs-Ministerium (Abtheilung für das Invalidenwesen).

Dresden, den 22. März 1894.

Kriegs-Ministerium.

v. d. Planitz.

Puschner.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen.

5. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 30. Verordnung, den Nachrichtendienst in Viehseuchenangelegenheiten betr. S. 103. — Nr. 31. Ausführungs-Verordnung zur Bekanntmachung vom 1. März 1894, die Invaliditäts- und Altersversicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie betr. S. 104. — Nr. 32. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum für Verbesserung der Bahnstrecke beim Haltepunkt Plauen bei Dresden betr. S. 105. — Nr. 33. Gesetz, die Aufnahme einer 3prozentigen Rentenanleihe betr. S. 106. — Nr. 34. Verordnung, das Formular C zu den Anzeigen über Unglücksfälle und Selbstmorde betr. S. 108.

Nr. 30. Verordnung,

den Nachrichtendienst in Viehseuchenangelegenheiten betreffend;

vom 27. März 1894.

In Gemäßheit eines von dem Bundesrathe zu gleichmäßiger Regelung des Nachrichtendienstes in Viehseuchenangelegenheiten gefaßten Beschlusses findet das Ministerium des Innern sich veranlaßt, Nachstehendes zu verordnen:

1. Die Ortspolizeibehörde hat jeden in ihrem Bezirke festgestellten ersten Ausbruch von

Rotz (Wurm) der Pferde, Esel, Maulthiere und Maulesel,
Maul- und Klauenseuche des Rindviehs, der Schafe, Ziegen und Schweine, und Lungenseuche des Rindviehs
(§ 10 Ziffer 3, 4 und 5 des Viehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880 (R.-G.-Bl. S. 153)

sofort den Polizeibehörden aller dem Seuchenorte benachbarten deutschen Gemeinden auf mündlichem oder schriftlichem Wege mitzutheilen, welche ihrerseits den Seuchenausbruch auf ortsübliche Weise zur Kenntniß der Ortseinwohner zu bringen haben.

2. Jeder Bezirksthierarzt und jeder mit den bezirksthierärztlichen Funktionen für einen Schlachthof beauftragte Amtsthierarzt hat am letzten Tage jeden Monats, und zwar zum ersten Male am 30. April dieses Jahres für seinen Dienstbezirk auf einer Postkarte

Ausgegeben zu Dresden den 30. April 1894.

eine Mittheilung an das Kaiserliche Gesundheitsamt in Berlin abzusenden, aus welcher sich ergiebt, in wieviel Gemeinden (Stadtgemeinden, Landgemeinden, Gutsbezirken) und Gehöften des Dienstbezirks an jenem Tage die oben unter 1 bezeichneten drei Seuchen herrschten, d. h. nach den geltenden Vorschriften noch nicht für erloschen erklärt werden konnten. Das Nichtvorhandensein einer Seuche ist durch eine Null kenntlich zu machen.

Bei der Stellvertretung eines Bezirksthierarztes hat der stellvertretende Bezirksthierarzt auch für den von ihm einstweilen vertretenen Bezirk eine besondere Postkarte auszufüllen und abzusenden.

Der erforderliche Bedarf an zu diesen Zwecken zu verwendenden Postkarten wird den Bezirksthierärzten beziehentlich mit den bezirksthierärztlichen Funktionen für einen Schlachthof beauftragten Amtsthierärzten demnächst zugehen.

Dresden, am 27. März 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Körner.

Nr. 31. Verordnung

zur Ausführung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. März 1894, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie;

vom 28. März 1894.

Zufolge Ziffer 5 der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie, vom 1. März 1894 (R.-G.-Bl. S. 324) wird hiermit Folgendes angeordnet:

a) Die Versicherungsbeiträge für die Hausgewerbetreibenden werden von diesen nach den Bestimmungen des § 10 der Verordnung zur Ausführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes vom 2. Mai 1890 (G.- u. V.-Bl. S. 69) zum Einzuge gebracht. Sie sind daher von den Hausgewerbetreibenden an die einziehenden Stellen zu leisten, welche die Marken für die Beiträge einzukleben und vorschriftsmäßig zu entwerthen haben.

b) Auf die mit dem Einzuge ꝛc. beauftragten Kassenorgane, Gemeindebehörden und sonstigen Stellen finden die §§ 9 und 12 der angezogenen Ausführungsverordnung auch hinsichtlich der erwähnten Hausgewerbetreibenden Anwendung.

c) Die Hausgewerbetreibenden, welche keiner der in § 135 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes aufgeführten Krankenkassen einschließlich der Gemeindekrankenversicherung angehören, haben wegen der Invaliditäts- und Altersversicherung spätestens am dritten Tage nach Beginn der die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigung sich anzumelden und spätestens am dritten Tage nach deren Beendigung sich abzumelden, desgleichen jede während der Dauer der Beschäftigung eintretende Veränderung, welche auf ihre Invaliditäts- und Altersversicherung von Einfluß ist, binnen drei Tagen nach deren Eintritt zu melden. Die näheren Bestimmungen über Form und Inhalt der Meldung, sowie über die Meldestelle trifft die Gemeindebehörde nach Gehör der etwa betheiligten Krankenkassen. Hierbei ist thunlichst darauf Rücksicht zu nehmen, daß die erforderlichen Meldungen mit anderen den Hausgewerbetreibenden obliegenden polizeilichen und sonstigen Meldungen verbunden werden können.

Zuwiderhandlungen gegen die in Absatz 1 ausgesprochene Meldepflicht oder gegen die auf Grund von Absatz 2 erlassenen Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 Mark bestraft.

d) Der Hausgewerbetreibende ist von der unter c geordneten Meldepflicht frei, wenn und so lange zufolge Ziffer 9 der Bekanntmachung vom 1. März 1894 die Verpflichtungen des Arbeitgebers von dem Fabrikanten ꝛc. übernommen oder diesem von der Verwaltungsbehörde auferlegt sind. Solchenfalls findet auf den Fabrikanten ꝛc. § 11 der oben angezogenen Ausführungsverordnung vom 2. Mai 1890 Anwendung.

Dresden, am 28. März 1894.

Ministerium des Innern.

Für den Minister:

v. Charpentier.

Lippmann.

Nr. 32. Verordnung,

die Enteignung von Grundeigenthum für Verbesserung der Bahnstrecke beim Haltepunkt Plauen bei Dresden betreffend;

vom 30. März 1894.

Im Interesse der Sicherheit und Ordnung des Betriebs macht sich eine Verbesserung der Bahnstrecke beim Haltepunkte Plauen bei Dresden erforderlich.

Da die wegen Abtretung des hierzu nöthigen Areals gepflogenen Verhandlungen nicht allenthalben zu einem Ergebnisse geführt haben, so wird mit Allerhöchster Genehmigung von dem Ministerium des Innern auf Grund von § 2 des Gesetzes, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung bestehender Eisenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (G.- u. V.-Bl. S. 120) andurch verordnet, wie folgt:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 des nurgedachten Gesetzes vom 21. Juli 1855 sind nach Maßgabe des von dem Ministerium des Innern genehmigten Planes auf die Verbesserung der Bahnstrecke beim Haltepunkte Plauen bei Dresden in Anwendung zu bringen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Expropriation für diese Anlage zu beobachtenden Verfahrens und der diesfallsigen Instruktion der Behörde und der Taxatoren ist allenthalben den Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Von der in § 1 erwähnten Anlage wird die Flur

Dölitzschen

betroffen.

Dresden, den 30. März 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Gersdorf.

Nr. 33. Gesetz,

die Aufnahme einer 3prozentigen Rentenanleihe betreffend;

vom 2. April 1894.

Wir, Albert, von Gottes Gnaden König von Sachsen

2c. 2c. 2c.

erachten im Hinblick auf die bevorstehende Ausführung weiterer Eisenbahnbauten sowie zur Deckung anderer außerordentlicher Staatsbedürfnisse die Verstärkung der Baarbestände Unserer Staatskasse durch fernerweite Ausgabe von Schuldverschreibungen über 3prozentige

jährliche Renten für erforderlich und verordnen demgemäß mit Zustimmung Unserer getreuen Stände andurch wie folgt:

§ 1. Von dem Landtagsausschusse zu Verwaltung der Staatsschulden sind Schuldverschreibungen über 3prozentige jährliche Renten im Nominalbetrage von überhaupt

sechsundsiebzig Millionen Mark

Kapital in Abschnitten über

3 ℳ	jährliche	Rente	auf	100 ℳ	Kapital,
6	=	=	=	200	=
9	=	=	=	300	=
15	=	=	=	500	=
30	=	=	=	1000	=
90	=	=	=	3000	=
150	=	=	=	5000	=

auszufertigen und an Unser Finanz-Ministerium zur weiteren Verfügung abzugeben.

§ 2. Die Schuldverschreibungen sind unter dem 1. April 1894 auszufertigen und mit Zinsleisten, sowie mit Zinsscheinen über die vom 1. April 1894 ab laufenden Renten zu versehen.

§ 3. Die Auszahlung der Renten erfolgt in halbjährlichen Raten am 30. September und 31. März bei der Staatsschuldenkasse.

§ 4. Die zur Zahlung der Renten erforderlichen Geldmittel sind der Staatsschuldenkasse zur gehörigen Zeit anzuweisen.

§ 5. Für die pünktliche Einzahlung dieser Geldmittel ist Unser Finanz-Ministerium, für die der Bestimmung entsprechende Verwendung derselben der Landtagsausschuß zu Verwaltung der Staatsschulden verantwortlich.

§ 6. Die Renten verjähren mit dem Ablaufe von 3 Jahren nach der Verfallzeit. Die verjährten Renten fallen der Staatskasse anheim.

§ 7. Vom 1. Januar 1898 ab ist bis auf weiteres alljährlich mindestens ein Prozent des Kapitalbetrags der auf Grund dieses Gesetzes ausgegebenen Rente in den Staatshaushalts-Etat einzustellen und entweder zum Ankaufe eines entsprechenden Betrags von Schuldverschreibungen über dreiprozentige jährliche Renten oder zur Tilgung anderer Staatsschulden über die in den bezüglichen Tilgungsplänen vorgesehene Höhe hinaus oder zu Bestreitung solcher Staatsausgaben zu verwenden, welche anderenfalls durch Aufnahme neuer Anleihen gedeckt werden müßten.

Im Falle der Verwendung des Tilgungsbetrags zur Bestreitung von Ausgaben der zuletzt erwähnten Art ist von der nächstfolgenden Finanzperiode ab der jährliche Tilgungsbetrag der Anleihe um mindestens 1 vom Hundert des in dieser Weise verwendeten Betrags zu erhöhen.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes sind Unser Finanz-Ministerium und der Landtagsausschuß zu Verwaltung der Staatsschulden beauftragt.

Urkundlich haben Wir dasselbe eigenhändig vollzogen und Unser Königliches Siegel beidrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, am 2. April 1894.

LS

Albert.

Julius Hans von Thümmel.

Nr. 34. Verordnung,

das Formular C zu den Anzeigen über Unglücksfälle und Selbstmorde betreffend;

vom 18. April 1894.

Zu den Anzeigen über Unglücksfälle und Selbstmorde ist künftig anstatt des mit der Verordnung vom 25. August 1877 (G.- u. V.-Bl. S. 284 und 285) eingeführten Formulars C das hier beigefügte vervollständigte Formular C zu verwenden.

Es ist jedoch nachgelassen, vor der Anschaffung dieser neuen Formulare die etwa noch vorräthigen bisherigen aufzubrauchen.

Dresden, den 18. April 1894.

Die Ministerien der Justiz und des Innern.

Schurig. **v. Metzsch.**

Gebhardt.

C.

Anzeige

über nachbemerkten Unglücksfall, bez. Selbstmord.

1) Ort der Auffindung (mit Angabe des Gemeindebezirks oder Gutsbezirks):

2) Jahr, Tag und Stunde der Auffindung: (Diese Zahlen sind mit Buchstaben zu schreiben.)

3) Ort (mit Hinzufügung des Gemeindebezirks oder Gutsbezirks) wo sich der Unglücksfall oder die Entleibung zugetragen hat:

4) Jahr, Tag und Stunde des Unglücksfalles oder der Entleibungshandlung: (Diese Zahlen sind mit Buchstaben zu schreiben.)

5) Ort des Ablebens des Verstorbenen:

6) Jahr, Tag und Stunde des Ablebens:

7) Vor- und Familienname des Verunglückten oder Selbstmörders:

8) Geburtsjahr und Geburtstag:
(Ist weder Tag noch Jahr der Geburt bekannt, so ist das ungefähre Alter anzugeben.)

9) Stand, Beruf, Gewerbe, Arbeits- oder Dienstverhältniß:

10) Religion:

11) Wohnort:

12) Geburtsort:

13) Ob ledig? verheirathet? verwittwet? geschieden?

14) Vor- und Familienname des Ehegatten:

15) Ob Kinder und wie viel?

16) Der Eltern des Verunglückten oder Selbstmörders:

a. Vor- und Familienname:

b. Stand, Beruf, Gewerbe, Arbeits- oder Dienstverhältniß:

c. Wohnort:

17) Art und Weise der Verunglückung oder des Selbstmordes (ob ertrunken, erhängt, erschossen, erstickt, verbrannt u. s. w.):

18) a. Angebliche oder muthmaßliche Ursache der Verunglückung:

b. Angeblicher oder muthmaßlicher Beweggrund des Selbstmordes:

19) a. Ist der Selbstmord unzweifelhaft?

b. Oder liegt die Möglichkeit einer Verunglückung vor?

c. Oder liegt der Verdacht einer fahrlässigen Tödtung durch fremde Hand vor?

d. Oder liegt der Verdacht einer absichtlichen Tödtung durch fremde Hand vor?

20) Ob der Leichnam an die Anatomie abgeliefert worden, oder aus welchem Grunde dies nicht geschehen:

21) Zeit der amtlichen Aufhebung nach Jahr, Tag und Stunde: (Die Zahlen sind in Buchstaben zu schreiben.)

(Sitz der Behörde.) (Unterschrift der Behörde.)

, den 189

Anmerkungen:

Soweit einzelne der unter Nr. 3 bis 20 anzuzeigenden Verhältnisse unbekannt sind, ist dies an der betreffenden Stelle anzumerken.

Entleibungsversuche oder Verunglückungen, durch welche die betreffende Person nicht auf der Stelle, jedoch späterhin verstorben ist, sind ebenfalls anzugeben.

Auf der Außenseite ist die Behörde anzugeben, an welche die Anzeige gerichtet ist.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen.
6. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 35. Gesetz wegen Ergänzung und Aenderung des Forststrafgesetzes und der Gesetze, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betr. S. 111. — Nr. 36. Verordnung, das Inkrafttreten der vorerwähnten Gesetze, sowie die neue Fassung derselben betr. S. 115.

Nr. 35. Gesetz

wegen Ergänzung und Aenderung des Forststrafgesetzes und der Gesetze, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend;

vom 24. April 1894.

Wir, Albert, von Gottes Gnaden König von Sachsen

&c. &c. &c.

verfügen mit Zustimmung Unserer getreuen Stände folgende Ergänzungen und Aenderungen des Forststrafgesetzes vom 30. April 1873 (G.- u. V.-Bl. S. 401), des Gesetzes, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend, vom 10. März 1879 (G.- u. V.-Bl. S. 89), sowie des Gesetzes, einige Zusatzbestimmungen zu dem Gesetze vom 10. März 1879, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend, vom 27. Februar 1882 (G.- u. V.-Bl. S. 71).

A. Das **Forststrafgesetz** betreffend.

§ 1.

Die Ueberschrift des Gesetzes lautet:

Forst- und Feldstrafgesetz.

§ 2.

Art. 1 erhält die Ueberschrift:

Forst- und Felddiebstahl.

§ 3.

In Art. 1 Absatz 1 wird hinter den Worten „sich schuldig macht" eingefügt:

oder wer Feld- oder Gartenfrüchte oder Obst oder andere Bodenerzeugnisse oder Düngemittel von Feldern, Wiesen, Rainen, Weiden, Plätzen, Wegen, Dämmen, Gräben oder Böschungen oder aus Waldungen, Gehölzen, Gewässern, Gärten, Obst-, Wein-, Park- oder Kirchhofsanlagen oder von Orten ähnlicher Art entwendet,

§ 4.

In Art. 2 Absatz 1 treten an Stelle der Worte: „Ausziehen von Holzpflanzen wird nach Verhältniß des dem Eigenthümer" die Worte:

Ausziehen von Holz-, Feld- oder Gartenpflanzen, Ausnehmen von gelegten Kartoffeln oder Knollengewächsen anderer Art, Abschneiden oder Abreißen noch unreifer Feldfrüchte, wird nach Verhältniß des dem Verletzten

§ 5.

In Art. 4 Ziffer 1 unter a treten an Stelle der Worte: „Entwendung von Holz eines zu diesem Zwecke mitgebrachten, das Abmachen fördernden eisernen Werkzeugs" die Worte:

der Entwendung eines zu diesem Zwecke mitgebrachten, das Abmachen oder Ausgraben oder Ausnehmen fördernden Werkzeugs

§ 6.

Die Bestimmung in Art. 4 Ziffer 2 unter a lautet:

wenn bereits gefälltes Holz oder bereits vom Boden getrennte Erzeugnisse oder bereits abgebrachtes Obst entwendet worden, vorausgesetzt, daß das Entwendete noch nicht in den Gewahrsam des Berechtigten gebracht war,

§ 7.

In Art. 4 Ziffer 3 unter c treten an Stelle der Worte: „von dem Eigenthümer oder den zum Forstschutz verpflichteten oder beauftragten Personen auf der That betroffen ward, auf deren Geheiß nicht stehen geblieben ist oder sich gegen dieselben" die Worte:

von dem Verletzten oder dessen Beauftragten oder von einem zuständigen Beamten auf der That betroffen ward, auf dessen Geheiß nicht stehen geblieben ist oder sich gegen ihn

§ 8.

In Art. 4 Ziffer 3 unter d wird zwischen die Worte „wenn" und „junge" eingefügt:

Weinstöcke oder

§ 9.

In Art. 4 unter Ziffer 3 wird am Schluß das Punktum mit einem Komma vertauscht und als neuer, selbständiger Absatz hinzugefügt:

e) wenn bei der Entwendung die Voraussetzungen von § 243 Ziffer 2 und 3 des Reichsstrafgesetzbuchs vorliegen.

§ 10.

In Art. 16 tritt an Stelle des Wortes „Eigenthümer" das Wort

Verletzten

§ 11.

Art. 18 wird in seiner gegenwärtigen Fassung aufgehoben und durch folgenden Artikel ersetzt:

Art. 18.

Voraussetzung des Verfahrens.

Auf die Forst- und Felddiebstähle (Art. 1 und 2) finden die Bestimmungen in § 247 des Reichsstrafgesetzbuchs entsprechende Anwendung.

Bei den in Art. 7 bis mit 12 erwähnten Vergehungen findet ein Strafverfahren nur auf Antrag statt. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

§ 12.

Art. 20 fällt weg.

§ 13.

In Art. 21 Absatz 1 treten an Stelle der Worte: „Erläßt der Richter eine Strafverfügung nach Maßgabe von Art. 368 der Revidirten Strafprozeßordnung, so hat er in dieser Verfügung" die Worte:

Erläßt der Richter einen Strafbefehl, so hat er darin

§ 14.

Die Ueberschrift des Art. 24 lautet:

Anwendung des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich.

§ 15.

In Art. 24 Absatz 1 kommen die Worte: „die Revidirte Strafprozeßordnung vom 1. Oktober 1868 und“ in Wegfall und treten an Stelle der Worte: „dieser Gesetze“ die Worte:

dieses Gesetzbuchs

§ 16.

In Art. 24 treten an Stelle des Wortes „Forstdiebstähle“ in Absatz 2 die Worte:

Forst- und Felddiebstähle

und an Stelle des Wortes „Forstdiebstahl“ in Absatz 3 die Worte:

Forst- oder Felddiebstahl

§ 17.

In Art. 24 in Absatz 2 sind

a) hinter die Paragraphenziffer „243“ die Worte:

Ziffer 5 und 6

einzuschalten, und sodann

b) die Paragraphenziffer 247 in Wegfall zu bringen und zu streichen, sowie

c) zwischen die Worte „370 Ziffer“ und „6“ die Worte

5 und

einzuschalten.

B. Das **Gesetz über das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen vom 10. März 1879** betreffend.

§ 18.

In § 1 Absatz 2 wird an Stelle der Worte „Forststrafgesetz vom 30. April 1873“ gesetzt

Forst- und Feldstrafgesetz vom 30. April 1873 und 24. April 1894

§ 19.

In § 12 tritt an Stelle des Wortes „Eigenthümer“ das Wort

Verletzten

C. Zu dem **Gesetze vom 27. Februar 1882.**

§ 20.

In § 1 wird den Worten: „In dem durch das Gesetz vom 10. März 1879 (G.- u. V.-Bl. S. 89)“ hinzugefügt:

sowie durch das Gesetz vom 24. April 1894

Unser Justiz-Ministerium hat den Tag zu bestimmen, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt. Auch wird Unser Justiz-Ministerium ermächtigt, den Text der im Eingange bezeichneten drei Gesetze, wie er sich nach den vorstehenden Aenderungen sowie nach Vertauschung der in der Thalerwährung ausgedrückten Beträge mit den entsprechenden Beträgen in Reichswährung ergiebt, im Gesetz- und Verordnungsblatte bekannt zu machen.

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz eigenhändig vollzogen und Unser Königliches Siegel beidrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, am 24. April 1894.

LS

Albert.

Heinrich Rudolph Schurig.

Nr. 36. Verordnung,

das Inkrafttreten des Gesetzes wegen Ergänzung und Aenderung des Forststrafgesetzes und der Gesetze über das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen vom 24. April 1894 sowie die neue Fassung der erwähnten Gesetze betreffend;

vom 25. April 1894.

Mit Allerhöchster Genehmigung wird hierdurch bestimmt:

Das Gesetz wegen Ergänzung und Aenderung des Forststrafgesetzes und der Gesetze, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend, vom 24. April 1894 tritt

am 15. Mai 1894

in Kraft.

Gleichzeitig wird auf Grund der in dem Gesetze vom 24. April 1894 enthaltenen Ermächtigung die neue Fassung des Forst- und Feldstrafgesetzes und der beiden Gesetze, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend, im Nachstehenden bekannt gemacht.

Dresden, am 25. April 1894.

Ministerium der Justiz.

Schurig.

Böhm.

Forst- und Feldstrafgesetz

(vom 30. April 1873 und 24. April 1894).

I.

Entwendungen.

Art. 1.

Forst- und Felddiebstahl.

Wer Holz, Moos oder Streu irgend einer Art in fremden Waldungen oder Gehölzen entwendet, oder einer Holzentwendung an einzeln stehenden Bäumen, Sträuchern oder Gebüschen sich schuldig macht, oder wer Feld- oder Gartenfrüchte oder Obst oder andere Bodenerzeugnisse oder Düngemittel von Feldern, Wiesen, Rainen, Weiden, Plätzen, Wegen, Dämmen, Gräben oder Böschungen oder aus Waldungen, Gehölzen, Gewässern, Gärten, Obst-, Wein-, Park- oder Kirchhofsanlagen oder von Orten ähnlicher Art entwendet, wird bei einem Werthsbetrage

bis mit 50 Pfennigen zwei Tage,
über 50 Pfennige bis mit 1 Mark vier Tage,
über 1 Mark bis mit 2 Mark sechs Tage,
über 2 Mark bis mit 3 Mark acht Tage,
über 3 Mark bis mit 6 Mark vierzehn Tage,
über 6 Mark bis mit 9 Mark drei Wochen

lang mit Gefängniß bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Bei einem Werthsbetrage von mehr als neun Mark ist die Entwendung nach dem Strafgesetzbuche für das Deutsche Reich zu beurtheilen.

Art. 2.

Abstreifeln von Laub ꝛc.

Das Abstreifeln von Laub, Kienaushauen aus stehenden Hölzern, Anreißen von Stämmen, um Harz daraus zu gewinnen, Rinden- und Bastschälen in Laub- oder Nadelholz, Ausbrechen der Wurzeln noch stehender Bäume, Saftabzapfen von Bäumen, Eichel- und Bucheckerschlagen, Sammeln von Holzsämereien, Ausziehen von Holz-, Feld- oder Gartenpflanzen, Ausnehmen von gelegten Kartoffeln oder Knollengewächsen anderer Art, Abschneiden oder Abreißen noch unreifer Feldfrüchte wird nach Verhältniß des dem Ver-

letzten dadurch verursachten Schadens mit Gefängniß bis zu drei Wochen bestraft, insofern nicht nach dem Werthsbetrage des Entwendeten (Art. 1, Schlußsatz) oder wegen erschwerender Umstände (vergl. Art. 4) eine höhere Strafe eintritt.

Der Versuch ist strafbar.

Art. 3.

Vollendung.

Alle in den vorstehenden Artikeln erwähnten Entwendungen sind für vollendet zu achten, sobald der Thäter in diebischer Absicht den Gegenstand an sich genommen oder wenigstens so beschädigt hat, daß das Fortwachsen desselben verhindert oder zurückgehalten wird.

Die Entwendung von Moos und Streu ist mit dem Abkratzen oder Zusammenrechen für vollendet zu achten.

Art. 4.

Erschwerungsgründe.

Die Dauer der nach Art. 1, Absatz 1 und 2 verwirkten Gefängnißstrafen ist zu verlängern:

1. um die Hälfte,
   a) wenn der Dieb bei der Entwendung eines zu diesem Zwecke mitgebrachten, das Abmachen oder Ausgraben oder Ausnehmen fördernden Werkzeugs sich bedient hat,
   b) wenn die Entwendung an einem Sonn- oder Feiertage begangen worden ist,
   c) wenn der Dieb zur Fortschaffung des Gestohlenen sich eines Handwagens, eines Handschlittens, eines Schiebebocks oder eines Karrens bedient hat,
   d) wenn drei oder mehrere Personen zu gemeinschaftlicher Verübung des Vergehens sich verabredet und dasselbe gemeinschaftlich ausgeführt haben;
2. nach richterlichem Ermessen von der Hälfte bis auf das Doppelte,
   a) wenn bereits gefälltes Holz oder bereits vom Boden getrennte Erzeugnisse oder bereits abgebrachtes Obst entwendet worden, vorausgesetzt, daß das Entwendete noch nicht in den Gewahrsam des Berechtigten gebracht war,
   b) wenn der Diebstahl vor Aufgang oder nach Untergang der Sonne verübt worden ist,
   c) wenn der Dieb zur Fortschaffung des Gestohlenen sich eines Spannfuhrwerks bedient hat;
3. nach richterlichem Ermessen von der Hälfte bis auf das Vierfache,
   a) wenn die Entwendung von den zur Aufsicht angestellten Personen verübt worden ist,

b) wenn der Dieb die fraglichen Gegenstände zum Verkaufe gestohlen hat, sei es auch, daß er erst ihre vorherige Verarbeitung zu diesem Zwecke beabsichtigte,

c) wenn der Dieb, dafern er von dem Verletzten oder dessen Beauftragten oder von einem zuständigen Beamten auf der That betroffen ward, auf dessen Geheiß nicht stehen geblieben ist oder sich gegen ihn einen falschen Namen gegeben oder sonst unkenntlich zu machen gesucht, oder sich geweigert hat, dem Anhaltenden vor einen Gerichts- oder Polizeibeamten zu folgen,

d) wenn Weinstöcke oder junge stehende Bäume entwendet worden sind, oder wenn der Holzdiebstahl an jungen Holzkulturen, an Frucht- oder Zierbäumen oder Ziersträuchern aus Gärten, Anlagen, Alleen oder Baumschulen verübt worden ist,

e) wenn bei der Entwendung die Voraussetzungen von § 243 Ziffer 2 und 3 des Reichsstrafgesetzbuchs vorliegen.

Treffen mehrere dieser erschwerenden Umstände bei demselben Diebstahle zusammen, so ist bei der Bestrafung der schwerste derselben zu Grunde zu legen und die übrigen sind als Strafabmessungsgründe innerhalb des durch jenen bedingten Strafmaßes zu berücksichtigen.

Bei den im Art. 2 erwähnten Vergehen kann wegen Hinzutritts eines oder mehrerer der obigen erschwerenden Umstände die Strafe nach richterlichem Ermessen, jedoch nicht bis über die Hälfte, verlängert werden.

Art. 5.

Rückfall.

Ist Jemand wegen Raubes, Diebstahls oder wegen einer der im Art. 1, Absatz 1 und 2 und Art. 2 erwähnten Entwendungen bestraft worden und hat er nach völliger oder theilweiser Verbüßung der Strafe binnen Jahresfrist eine nach Art. 1, Absatz 1 und 2 oder Art. 2 zu beurtheilende Entwendung begangen, so ist die wegen der letzteren verwirkte Strafe angemessen, jedoch nicht über das Doppelte, zu erhöhen.

Art. 6.

Zusammentreffen erschwerender Umstände und des Rückfalls.

Liegen bei den im Rückfalle verübten Entwendungen erschwerende Umstände (Art. 4) vor, so ist sowohl bei der nach Art. 4, als bei der wegen des Rückfalls nach Art. 5 eintretenden Straferhöhung nur die einfache Strafe (Art. 1, Absatz 1 und 2 und Art. 2) zum Grunde zu legen, und sind derselben sodann beide Erhöhungen (wegen des Rückfalls und wegen der erschwerenden Umstände) hinzuzufügen.

II.

Andere Vergehungen, welche sich auf Forst-, Feld-, Garten-, Jagd- und Wassernutzung beziehen.

Art. 7.

Forstvergehungen.

1. Wer mit einem zum Fällen, Roden oder Beschädigen des Holzes, zum Streurechen, zum Abbringen von Moos oder Gras oder zum Harzreißen dienenden Werkzeuge in einem fremden Walde außerhalb eines gestatteten Weges sich betreffen läßt, ohne einen erlaubten Zweck nachweisen zu können, wird mit Haft bestraft bis zwei Tage.

2. Wer das Recht oder die Erlaubniß hat, dürres in den Waldungen liegendes Holz, nebst solchen dürren Aesten, welche ohne Schaden der Bäume abgebrochen werden können (Leseholz), zu erholen, und zu diesem Zwecke Bäume besteigt oder eiserne Werkzeuge anwendet oder die ihm hierbei sonst in Hinsicht auf Zeit, Ort oder Maß der Erholung auferlegte Beschränkung überschreitet, bis vier Tage.

3. Wer aus fremder Waldung erholte Streu, zu deren Entnehmung er nur für seinen Wirthschaftsbedarf berechtigt ist, oder Leseholz an Andere verkauft oder abläßt, mit drei Mark bis neun Mark.

4. Wer eine Anweisung zur Erholung von Leseholz oder Streu erhalten hat und solche an Andere abtritt, mit einer Mark.

5. Wer bei dem Streurechen eiserner Werkzeuge sich bedient, mit drei Mark.

6. Wer an stehendem oder gefälltem Holze das Waldzeichen, die Nummer oder sonstige Bezeichnung beseitigt oder auf irgend eine Weise unkenntlich macht, mit einer Mark bis drei Mark.

7. Wer aufgesetzte Klaftern oder Schocke, sowie Holz- oder Torfhaufen einreißt oder umwirft, mit einer Mark bis drei Mark.

Art. 8.

Sonstige Vergehungen in Hinsicht auf Forst-, Feld- und Gartenkultur.

1. Wer ohne Befugniß über fremde Grundstücke reitet oder fährt oder den Pflug daselbst wendet, mit einer Mark bis drei Mark.

2. Ist durch Handlungen der vorstehenden Art oder durch unbefugtes Betreten solcher Grundstücke ein Schaden angerichtet worden, so kann die Strafe ansteigen bis dreißig Mark.

3. Wer unbefugt auf fremden Grundstücken Schutt, Steine, Unkraut oder Abfälle anderer Art abwirft oder ausschüttet, mit einer Mark bis fünfzehn Mark.

4. Wer eine Anweisung zum Aehrenlesen erhalten hat und solche an Andere abtritt, mit einer Mark.

5. Wer sich mit Geräthschaften, welche zur Abbringung oder Fortschaffung von Feld- oder Gartenerzeugnissen, von Obst oder Gras geeignet sind, auf fremden Feld- oder Gartengrundstücken betreffen läßt, ohne einen erlaubten Zweck nachweisen zu können, mit Haft bis zwei Tage.

Vorstehende Bestimmungen unter 1 und 2 kommen nur insoweit in Anwendung, als die Vergehungen nicht nach § 303 oder 368 Ziffer 9 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich zu beurtheilen sind.

Art. 9.

Hutungsvergehungen.

1. Wer unbefugter Weise Pferde, Rindvieh, Schweine oder Schafe auf fremden Grundstücken hütet, treibt oder laufen läßt, nach Maßgabe der Stückzahl des eingehüteten Viehes und des angerichteten Schadens mit einer Mark bis einhundertfünfzig Mark.

2. Wer unbefugter Weise auf fremden Grundstücken Gänse oder anderes Federvieh hütet, treibt oder laufen läßt, nach Maßgabe der Stückzahl und des angerichteten Schadens mit einer Mark bis fünfzehn Mark.

3. Wer Ziegen in fremder Waldung oder sonst auf fremden Grundstücken, wo durch diese Viehgattung ein besonderer Schaden angerichtet werden kann, hütet, treibt oder laufen läßt, für jedes Stück mit drei Mark.

Außer den hier erwähnten Fällen wird das unbefugte Hüten, Treiben oder Laufenlassen von Ziegen nach Nr. 1 dieses Artikels bestraft.

4. Der Hutungsberechtigte, welcher zugleich mit seiner Heerde fremdes Vieh auftreibt, wird wegen des letzteren nach den unter 1, 2 und 3 enthaltenen Bestimmungen bestraft.

5. Die unter 1 bis mit 4 getroffenen Bestimmungen leiden auf Hirten nicht Anwendung, vielmehr wird jeder Hirt, der sich eines Hutungsvergehens schuldig oder theilhaftig macht, bestraft mit Haft bis fünf Tage.

6. Wer eine unzurechnungsfähige Person zum Hirten bestellt, wird wegen der von derselben verübten Hutungsvergehen bestraft, als ob er sie selbst verübt hätte (vergl. Nr. 1, 2 und 3 dieses Artikels).

7. Wer an einer ansteckenden Krankheit leidendes Vieh unbefugt auf fremde Grundstücke oder auf nicht erlaubten Wegen über selbige treibt, über die etwa zugleich nach Nr. 1, 2, 3, 4, 5 verwirkte Strafe mit Haft bis achtundzwanzig Tage.

Vorstehende Bestimmungen unter 1 bis mit 7 kommen nur insoweit zur Anwendung, als die Vergehungen nicht nach § 328 oder nach § 368 Ziffer 9 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich zu beurtheilen sind.

Art. 10.

Jagdvergehung.

Wer unter den im § 368 Ziffer 10 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich bezeichneten Verhältnissen mit einem Schießgewehre auf fremdem Jagdreviere von dem Jagdberechtigten oder einem Aufseher des Reviers betroffen, auf deren Verlangen das Gewehr nicht vorzeigt, oder nicht niederlegt, oder nicht abgiebt, hat Gefängnißstrafe bis zu drei Monaten verwirkt.

Das Betreten des fremden Jagdreviers ist als ein unbefugtes im Sinne dieser und der angezogenen Bestimmung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich nicht anzusehen bei Jagdberechtigten, welche den Weg nach ihren Jagdrevieren über eine fremde Wildbahn nehmen müssen und dabei entweder das Schloß verbunden halten, oder das Gewehr in einem Ueberzuge führen, bei Reisenden, welche nicht von der gewöhnlichen Straße abweichen, sowie bei Militärpersonen, Gendarmen und anderen, zum öffentlichen Dienste bewaffneten Personen bei Ausübung desselben, und soweit sie die zu ihrer Ausrüstung gehörigen Gewehre führen.

Art. 11.

Fortsetzung.

Personen, welche nicht selbst zur Ausübung der Jagd berechtigt sind und bei der Abwehr oder Vertreibung des Wildes von ihren Grundstücken ein jagdbares Thier zufällig erlegen oder fangen, sind schuldig, hiervon binnen zwölf Stunden dem Jagdberechtigten behufs der Abholung Anzeige zu machen. Bei dessen Unterlassung werden sie mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

Art. 12.

Vergehungen in Beziehung auf Wasserlauf und Gewässer.

Wer außer den Fällen der §§ 321 und 322 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich unbefugter Weise den natürlichen oder durch Kunst geregelten Lauf des Wassers zum Nachtheile für Andere ändert oder unterbricht, die auf den Lauf oder den Gebrauch des Wassers bezüglichen Merkzeichen wegnimmt, abändert, beschädigt oder zerstört, oder an Dämmen, Wehren, Röhrenlagern, Kanälen, Abzugsgräben, Be- oder Entwässerungsanlagen, oder anderen, auf die Benutzung des Wassers und den Schutz gegen dasselbe

abzweckenden Vorrichtungen, Abänderungen oder Beschädigungen vornimmt, wird mit Gefängniß bis zu sechs Wochen oder Geldstrafe bis zu vierhundertfünfzig Mark belegt.

Die Ueberschreitung der für den Gebrauch des Wassers festgesetzten Grenzen wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark belegt.

Art. 13.

Erschwerende Umstände.

Rücksichtlich der in Art. 7, 8 und 12 erwähnten Vergehungen kann bei dem Hinzutritte der Art. 4 unter 1b, 2b und 3c angegebenen Erschwerungsgründe nach den vorwaltenden Umständen die Strafe angemessen erhöht, auch statt der vorgeschriebenen Geldstrafe auf Haft beziehentlich Gefängnißstrafe erkannt werden, und ist letzteren Falles eine Geldstrafe von einer Mark einem Tage Freiheitsstrafe gleich zu achten.

Art. 14.

Rückfall.

Wenn Jemand wegen einer der in Art. 7 bis mit Art. 12 aufgeführten Vergehungen bestraft worden ist und innerhalb eines Jahres, nachdem er die Strafe ganz oder theilweise verbüßt hat, anderweit einer dieser Vergehungen sich schuldig macht, so ist die wegen derselben verwirkte Strafe angemessen, jedoch nicht über das Doppelte zu erhöhen.

Die im Art. 13 wegen Verwandlung der Geldstrafe in Freiheitsstrafe getroffenen Bestimmungen finden auch bei der wegen Rückfalls eintretenden Straferhöhung statt.

Art. 15.

Zusammentreffen erschwerender Umstände und des Rückfalls.

Wegen des Zusammentreffens der im Art. 13 gedachten Erschwerungsgründe und des Rückfalls gilt die Bestimmung im Art. 6.

III.

Ergänzende Bestimmungen.

Art. 16.

Berücksichtigung des Schadens bei der Strafabmessung.

Bei allen, nach diesem Gesetze zu beurtheilenden strafbaren Handlungen, soweit sie nicht mit absoluten Strafen bedroht sind, hat der Richter bei der Abmessung der Strafe innerhalb des Strafmaßes den Schaden, welcher dadurch dem Verletzten zugefügt worden ist, hauptsächlich in Betracht zu ziehen.

Art. 17.

Zusammentreffen mehrerer Vergehungen.

Treffen mehrere, nach Art. 1 Absatz 1 und 2, Art. 2, 7 oder 8 dieses Gesetzes zu bestrafende Vergehungen mit einander zusammen, so sind die wegen jeder einzelnen dieser Vergehungen verwirkten Strafen besonders auszuwerfen, und zwar in der Weise, daß, soweit bei der einen oder der anderen derselben Straferschwerungs- oder Straferhöhungsgründe vorliegen, Solches bei Bildung der betreffenden Einzelstrafe in der in Art. 4, 5, 6, 13, 14, 15 dieses Gesetzes bestimmten Maße zu berücksichtigen ist. Es sind sodann sämmtliche ausgeworfene Geldstrafen einer- und Gefängnißstrafen andererseits zusammenzurechnen, und ebenso ist mit mehrfach verwirkter Haft zu verfahren, wenn sie mit Geld- oder Gefängnißstrafen zusammentrifft.

Es darf jedoch das Maß der zusammengerechneten Freiheitsstrafen die Dauer von zehn Jahren Gefängniß oder drei Monaten Haft nicht übersteigen, wogegen auf die Geldstrafen nach ihrem vollen Betrage zu erkennen ist.

Treffen eine oder mehrere Handlungen der Eingangs gedachten Art mit einer oder mehreren Handlungen zusammen, welche nach anderen strafgesetzlichen Bestimmungen, als denen des gegenwärtigen Gesetzes, zu beurtheilen sind, so leidet auf die Strafe der ersteren die obige Bestimmung gleichfalls Anwendung und ist sodann nach § 74 flg. des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich dergestalt die Gesammtstrafe zu bestimmen, daß hierbei die nach Absatz 1 dieses Artikels ermittelte Strafe, gegenüber den Strafen der zusammentreffenden übrigen Handlungen, als eine Strafe zu behandeln ist.

Art. 18.

Voraussetzung des Verfahrens.

Auf die Forst- und Felddiebstähle (Art. 1 und 2) finden die Bestimmungen in § 247 des Reichsstrafgesetzbuchs entsprechende Anwendung.

Bei den in Art. 7 bis mit 12 erwähnten Vergehungen findet ein Strafverfahren nur auf Antrag statt. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

Art. 19.

Verjährung.

Entwendungen, welche mit den im Art. 1 Absatz 1 und 2 oder im Art. 2 angedrohten Strafen zu ahnden sind, verjähren binnen einer einjährigen, die in Art. 7 bis mit 12 erwähnten Vergehungen binnen einer dreimonatigen, von der begangenen Handlung an zu berechnenden Frist.

Diese Verjährung findet auch dann statt, wenn bei den gedachten Entwendungen und Vergehungen nach Art. 4, 5, 6, 13, 14, 15 eine Straferhöhung eintritt.

Art. 20.

Fällt weg.

Art. 21.

Verwandlung von Freiheitsstrafe in Geld.

Erläßt der Richter einen Strafbefehl, so hat er darin, wenn eine Freiheitsstrafe verwirkt ist, welche die Dauer von drei Wochen nicht übersteigt, statt derselben eine Geldstrafe festzusetzen. Es ist hierbei statt eines Tages Gefängniß oder Haft eine Mark in Ansatz zu bringen.

Diese Strafverwandlung tritt auch in dem Falle ein, wenn der Angeschuldigte, auf der That oder auf der Flucht betroffen und vor Gericht geführt, des ihm Beigemessenen bei seiner ersten Vernehmung geständig ist, vorausgesetzt, daß die verwirkte Freiheitsstrafe die Dauer von drei Wochen nicht übersteigt und der Verurtheilte entweder die Geldstrafe sofort erlegt oder hierunter genügende Sicherheit leistet.

Art. 22.

Ausnahmen.

Die im vorigen Artikel angeordnete Strafverwandlung findet nicht statt:

1. in Fällen, wo Art. 4, 5, 6, 13, 14 oder 15 zur Anwendung kommen, dafern es der Richter für angemessener erachtet, von der Freiheitsstrafe Gebrauch zu machen,
2. wenn gleichzeitig der Frevler noch wegen anderer, nicht unter dieses Gesetz gehöriger, oder nach Art. 21 wegen der Strafhöhe nicht zur Strafverwandlung geeigneter Vergehungen zur Untersuchung zu ziehen ist.

Dagegen wird durch das gleichzeitige Vorliegen mehrerer, nach diesem Gesetze zu beurtheilender Vergehungen, dafern nur bei keiner derselben die verwirkte Freiheitsstrafe mehr als drei Wochen beträgt, diese Verwandlung nicht ausgeschlossen.

Art. 23.

Besondere Bestimmung.

Werkzeuge und Waffen, welche zur Verübung von Vergehungen der in diesem Gesetze gedachten Art, oder zur Widersetzung bei selbigen gebraucht oder mitgebracht worden sind, unterliegen unter allen Umständen der Einziehung.

Der Erlös aus denselben ist vor allen Dingen zum Ersatze des durch die strafbare Handlung verursachten Schadens, dafern derselbe von dem Thäter nicht erlangt werden kann, zu verwenden.

Art. 24.

Anwendung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich.

Die einleitenden Bestimmungen und der erste Theil des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich, sowie die zur Ausführung dieses Gesetzbuchs erlassenen Verordnungen leiden auf die unter Art. 1, 2, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 fallenden Vergehungen Anwendung, soweit nicht in gegenwärtigem Gesetze abweichende Bestimmungen getroffen sind.

Für Forst- und Felddiebstähle (Art. 1 und 2), auf welche die Voraussetzungen der §§ 243 Ziffer 5 und 6, 252, 370 Ziffer 5 und 6 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich zutreffen, ingleichen für Begünstigung, Hehlerei und Partiererei, wenn sie in Beziehung auf Forst- und Felddiebstähle begangen worden sind, gelten lediglich die einschlagenden Bestimmungen des erwähnten Strafgesetzbuchs.

Jedoch darf die Strafe des Hehlens auf Grund von § 258, Nr. 1 und § 259 des Reichsstrafgesetzbuchs nicht schwerer sein, als die auf den betreffenden Forst- oder Felddiebstahl selbst gesetzte.

Art. 25.

Bei der Vollstreckung einer Gefängnißstrafe durch Forst- oder Gemeindearbeit ist den Bestimmungen im Art. 23 des Revidirten Strafgesetzbuchs vom 1. Oktober 1868 nachzugehen; jedoch ist der Richter an die im 2. Absatze dieses Artikels enthaltene Beschränkung, daß in jedem einzelnen Falle die Strafarbeit nicht über die Dauer von vier Wochen sich erstrecken darf, nicht gebunden.

Art. 26.

Aufhebung des Forststrafgesetzes.

Das Gesetz, die Forst-, Feld-, Garten-, Wild- und Fischdiebstähle, sowie einige damit zusammenhängende Vergehen betreffend, vom 11. August 1855 ist aufgehoben.

Gesetz,

das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend

(vom 10. März 1879 und 24. April 1894).

§ 1. Für das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen gelten die nachstehenden Bestimmungen und, soweit diese nicht Platz ergreifen, die Bestimmungen der Strafprozeßordnung.

Forst- und Feldrügesachen im Sinne dieses Gesetzes sind die nach dem Forst- und Feldstrafgesetz vom 30. April 1873 und 24. April 1894 zu behandelnden Sachen mit Ausschluß der Jagdvergehungen, Art. 10 und 11, und der Vergehungen in Beziehung auf Wasserlauf und Gewässer, Art. 12.

§ 2. Zuständig zur Untersuchung und Entscheidung sind die Amtsgerichte.

Anzeigen strafbarer Handlungen und Anträge auf Strafverfolgung sind an die Amtsgerichte zu richten. Die Staatsanwaltschaft hat die ihr zugehenden Anzeigen und Anträge dahin abzugeben, sofern nicht die Erlassung eines amtsrichterlichen Strafbefehls gesetzlich unzulässig, oder ein Zusammenhang mit einer Strafsache anderer Art vorhanden und die Verbindung beider Sachen zweckmäßig erscheint.

§ 3. Der amtsrichterliche Strafbefehl wird ohne Mitwirkung der Staatsanwaltschaft erlassen. Es bedarf hierzu weder eines Antrags der Staatsanwaltschaft, noch eines Einverständnisses derselben bezüglich der Art und des Maßes der zu verhängenden Strafe. Eine Mittheilung des erlassenen Strafbefehls an die Staatsanwaltschaft findet nicht statt.

Zur Vorbereitung seiner Entschließung wegen Erlasses eines Strafbefehls kann der Amtsrichter Ermittelungen vornehmen.

§ 4. Findet der Amtsrichter Bedenken, einen Strafbefehl zu erlassen, so hat er die Sache zur Entschließung an die Staatsanwaltschaft abzugeben.

§ 5. In Forst- und Feldrügesachen kann auch in anderen als den in § 211 Absatz 1 der Strafprozeßordnung bezeichneten Fällen ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne eine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zur Hauptverhandlung geschritten werden.

§ 6. Zwischen der Zustellung der Ladung (§ 215 der Strafprozeßordnung) und dem Tage der Hauptverhandlung muß eine Frist von mindestens drei Tagen liegen.

§ 7. Die Hauptverhandlung erfolgt ohne Zuziehung von Schöffen.

Gegen die im Laufe der Hauptverhandlung ergehenden Entscheidungen und Urtheile des Amtsrichters finden dieselben Rechtsmittel statt, wie gegen die Entscheidungen und Urtheile des Schöffengerichts.

§ 8. Ist gegen einen Strafbefehl rechtzeitig Einspruch erhoben, so wird ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zur Hauptverhandlung geschritten, sofern nicht bis zum Beginn derselben der Amtsrichter mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft den Strafbefehl oder der Beschuldigte den Einspruch zurücknimmt.

Das Verfahren vor dem Amtsrichter ist dasselbe, wie im Falle einer von der Staatsanwaltschaft erhobenen und zur Hauptverhandlung verwiesenen Anklage.

Die Bestimmungen in § 451 Absatz 2 und 3 und in § 452 der Strafprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

§ 9. Das Justiz-Ministerium kann im allgemeinen oder für einzelne Amtsgerichte anordnen, daß bestimmte Tage des Monats als Termine zur Verhandlung der Forst- und Feldrügesachen festgesetzt werden.

§ 10. Ist ein Zeuge in mehreren Forst- oder Feldrügesachen, welche an einem und demselben Tage verhandelt werden, zu vernehmen, so kann seine Vereidung durch einen auf die mehreren Strafsachen gemeinschaftlich zu richtenden Eid erfolgen.

§ 11. Die Vorschriften in Art. 21 und 22 des Forststrafgesetzes kommen fernerhin mit der Maßgabe zur Anwendung, daß dasjenige, was darin über Strafverfügungen bestimmt ist, von den amtsrichterlichen Strafbefehlen zu gelten hat.

§ 12. Zur Ausmittelung des Werths des Entwendeten oder des Betrags des verursachten Schadens ist das Geständniß des Thäters, oder die an Eidesstatt abgegebene Versicherung des Verletzten, oder die von dem verpflichteten Aufsichtsbeamten auf seine Amtspflicht erstattete Angabe ausreichend.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der Strafprozeßordnung in Kraft.

Gesetz,

einige Zusatzbestimmungen zu dem Gesetz vom 10. März 1879 und 24. April 1894 über das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend

(vom 27. Februar 1882 und 24. April 1894).

§ 1. In dem durch das Gesetz vom 10. März 1879 (G.- u. V.-Bl. S. 89), sowie durch das Gesetz vom 24. April 1894 geordneten Verfahren in Forst- und Feldrügesachen ist in dem Strafbefehl und in dem Strafurtheile zugleich die Verurtheilung des Angeklagten zum Ersatze des Werths des Entwendeten und des Betrags des angerichteten Schadens auszusprechen, sofern und insoweit der Verletzte nicht auf diesen Anspruch verzichtet hat und nicht hierzu besondere das Strafverfahren verzögernde Erörterungen erforderlich sind.

§ 2. Der Verurtheilte kann auch in den Fällen des § 1 gegen den Strafbefehl Einspruch erheben und das Strafurtheil mit der Berufung anfechten. Von dem Verletzten können der Strafbefehl und das Strafurtheil nicht angefochten werden, wohl aber bleibt demselben der Civilrechtsweg offen, wenn er einen im Strafverfahren nicht festgesetzten oder einen höheren, als den im Strafverfahren festgesetzten Ersatz in Anspruch nehmen will.

§ 3. Die Beitreibung des Ersatzes erfolgt durch die Strafvollstreckungsbehörde von Amtswegen.

§ 4. Das im Strafverfahren vom Angeklagten Erlangte ist zuerst auf die Kosten der Zwangsvollstreckung, dann auf den zu gewährenden Ersatz, hiernächst auf die zu entrichtende Geldstrafe und endlich auf die Untersuchungskosten zu verrechnen.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen.
7. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 37. Bekanntmachung, den zwischen Sachsen und Preußen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Rippach-Poserna einerseits nach Plagwitz-Lindenau, andererseits nach Markranstädt abgeschlossenen Staatsvertrag betr. S. 129. — Nr. 38. Verordnung, die Gebühren für Erhebung der Einkommensteuer im Jahre 1894 betr. S. 134. — Nr. 39. Bekanntmachung, Regulirung des Bezugs der Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungs-Scheines für Militär-Invaliden bei ihrer Beschäftigung beziehungsweise Anstellung im Kommunaldienst ꝛc. betr. S. 135. — Nr. 40. Bekanntmachung, eine Anleihe der Kirchengemeinde zu Riesa betr. S. 136. — Nr. 41. Dekret wegen Bestätigung der Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für Berichtigung des Mandaufusses in der Stadtflur Zittau. S. 136. — Nr. 42. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung des Bahnhofs Chemnitz betr. S. 137.

Nr. 37. Bekanntmachung,

den zwischen Sachsen und Preußen am 18. November 1892 wegen Herstellung einer Eisenbahn von Rippach-Poserna einerseits nach Plagwitz-Lindenau, andererseits nach Markranstädt abgeschlossenen Staatsvertrag betreffend;

vom 25. April 1894.

Nachdem zwischen der Königlich Sächsischen und der Königlich Preußischen Regierung wegen Herstellung einer Eisenbahn von Rippach-Poserna einerseits nach Plagwitz-Lindenau, andererseits nach Markranstädt am 18. November 1892 ein Staatsvertrag abgeschlossen worden ist, so wird derselbe nach erfolgter beiderseitiger Allerhöchster Ratifikation in der Anlage ⊙ hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, den 25. April 1894.

Die Ministerien der Finanzen, des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten.

Für den Minister:
Meusel.

v. Metzsch.

Schubert.

Ausgegeben zu Dresden den 9. Juni 1894.

Seine Majestät der König von Sachsen und Seine Majestät der König von Preußen haben zum Zwecke einer Vereinbarung über die Herstellung einer Eisenbahn von Rippach-Poserna einerseits nach Plagwitz-Lindenau, andererseits nach Markranstädt zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Sachsen:
Allerhöchstihren Geheimen Finanzrath Dr. Paul Hermann Ritterstädt,

Seine Majestät der König von Preußen:
Allerhöchstihren Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. Paul Micke,

welche unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation nachstehenden Staatsvertrag abgeschlossen haben:

Artikel I.

Die Königlich Preußische Regierung beabsichtigt, eine Eisenbahn von Rippach-Poserna oder einem in der Nähe gelegenen Punkte der zur Ausführung genehmigten Preußischen Staatsbahnlinie Deuben-Corbetha über Lützen einerseits nach Plagwitz-Lindenau an der Linie Leutzsch-Zeitz, andererseits nach Markranstädt an der Strecke Leipzig-Weißenfels nach einem der Königlich Sächsischen Regierung vorgelegten allgemeinen Plane für eigene Rechnung auszuführen, sobald sie die gesetzliche Ermächtigung hierzu erhalten haben wird.

Die Königlich Sächsische Regierung gestattet der Königlich Preußischen Regierung den Bau und Betrieb dieser Bahn innerhalb ihres Staatsgebietes und wird derselben nach hierzu eingeholter Genehmigung der Ständeversammlung des Königreichs Sachsen das Enteignungsrecht ertheilen.

Artikel II.

Die Feststellung der speziellen Bauentwürfe für die den Gegenstand dieses Vertrages bildende Eisenbahn, bei denen die im Königreich Sachsen geltenden baupolizeilichen Vorschriften in gleicher Weise zu beachten sind, wie solches von der sächsischen Staatseisenbahnverwaltung gefordert wird, soll ebenso, wie die Prüfung der anzuwendenden Fahrzeuge, einschließlich der Dampfwagen, lediglich der Königlich Preußischen Regierung zustehen, welche indeß sowohl bezüglich der Führung der Bahn, wie bezüglich der Anlegung von Stationen in dem sächsischen Staatsgebiete etwaige besondere Wünsche der Königlich

Sächsischen Regierung thunlichst berücksichtigen will. Jedoch werden die Bauentwürfe für die in das Königreich Sachsen entfallenden Strecken der Königlich Sächsischen Regierung zur Prüfung vom Standpunkte der landespolizeilichen Interessen vorgelegt werden.

Sollte demnächst nach Fertigstellung der Bahn infolge eintretenden Bedürfnisses die Anlage neuer Wasserdurchlässe, Staats- oder Vizinalstraßen oder sonstiger öffentlicher Anlagen, welche die geplante Eisenbahn kreuzen, von der Königlich Sächsischen Regierung angeordnet oder genehmigt werden, so wird preußischerseits gegen die Ausführung derartiger Anlagen keine Einsprache erhoben werden; es soll jedoch durch die neue Anlage weder der Betrieb der Eisenbahn gestört werden, noch auch daraus der Eisenbahnverwaltung ein Kostenaufwand erwachsen.

Artikel III.

Die Spurweite der Gleise soll 1,435 m im Lichten der Schienen betragen. Die Königlich Preußische Regierung ist berechtigt, die im Artikel I benannte Bahn nach den Bestimmungen der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 und den dazu etwa künftig ergehenden ergänzenden oder abändernden Bestimmungen herzustellen und demnächst zu betreiben.

Artikel IV.

Sollte die Königlich Preußische Regierung sich künftig zu Ergänzungen oder Erweiterungen der ursprünglichen Bahnanlagen innerhalb des Königlich Sächsischen Gebiets entschließen, welche im Interesse der Sicherheit und Ordnung des Betriebes nach ihrem Ermessen geboten sind oder bei welchen es sich um die Anlage von Anschlußgleisen außerhalb der gegenwärtigen Stadtflur Leipzig handelt, so wird die Königlich Sächsische Regierung nach Prüfung der Bauentwürfe vom Standpunkt der landespolizeilichen Interessen auch zur Erwerbung des zur Ausführung dieser Anlagen erforderlichen Grund und Bodens für ihr Gebiet das Enteignungsrecht, soweit nöthig, ertheilen. Insoweit es sich jedoch bei den Ergänzungen oder Erweiterungen um die Anlage von neuen, im generellen Projekt nicht vorgesehenen Seitenlinien oder von solchen Anschlußgleisen handelt, welche in die gegenwärtige Stadtflur Leipzig fallen, bleibt der Königlich Sächsischen Regierung die Prüfung und Genehmigung im allgemeinen vorbehalten. Im Falle der Genehmigung wird auch, soweit nöthig, das Enteignungsrecht ertheilt werden.

Bei Enteignungen werden für die Ermittelung und Feststellung der Entschädigungen der Königlich Preußischen Staatseisenbahnverwaltung gegenüber keine ungünstigeren Bestimmungen in Anwendung kommen, als diejenigen, welche bei den Enteignungen zu Eisenbahnanlagen in dem Königlich Sächsischen Gebiete sonst Geltung haben und in

Uebung sind. Für die Verhandlungen, welche im Verwaltungs- und gerichtlichen Verfahren zur Uebertragung des Eigenthums oder zur Ueberlassung in die Benutzung an den preußischen Staat sowohl zur ursprünglichen Bahnanlage, als auch zu etwaigen demnächstigen Ergänzungen und Erweiterungen derselben innerhalb des Königreichs Sachsen erforderlich sind, namentlich auch für die Verlautbarung in den Grundbüchern, sollen keine höheren Gebühren und sonstigen Kosten berechnet werden, als sie in gleichen Fällen gegenüber dem Königlich Sächsischen Eisenbahnfiskus zur Anwendung gelangen.

Artikel V.

Die Feststellung der Tarife, sowie die Feststellung und Abänderung der Fahrpläne erfolgt — unbeschadet der Zuständigkeit des Reichs — durch die Königlich Preußische Regierung unter thunlichster Berücksichtigung der Wünsche der Königlich Sächsischen Regierung. Es sollen übrigens in den Tarifen für die Strecken in dem Königlich Sächsischen Gebiete keine höheren Einheitssätze in Anwendung kommen, als für die Strecke auf Königlich Preußischem Staatsgebiete.

Artikel VI.

Die Landeshoheit bleibt in Ansehung der in das Königreich Sachsen entfallenden Bahnstrecken der Königlich Sächsischen Regierung vorbehalten. Auch sollen die an den Bahnstrecken im Königreich Sachsen zu errichtenden Hoheitszeichen nur die der Königlich Sächsischen Regierung sein.

Die Königlich Preußische Regierung wird für die auf Königlich Sächsischem Staatsgebiete gelegenen Strecken der neuen Bahn einen auf diesem Gebiete wohnenden Beamten oder eine auf demselben befindliche Eisenbahnverwaltungsstelle bezeichnen, welchen die für die Königlich Preußische Staatseisenbahnverwaltung bestimmten amtlichen Verfügungen und Erlasse mit rechtlicher Wirkung behändigt werden können.

Die Handhabung der Bahnpolizei auf den im Königlich Sächsischen Gebiet gelegenen Bahnstrecken erfolgt durch die Königlich Preußischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preußischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Königlich Sächsischen Behörden in Pflicht zu nehmen sind. Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich dieser Bahnstrecken den betreffenden Königlich Sächsischen Organen ob. Dieselben werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.

Artikel VII.

Preußische Staatsangehörige, welche in dem Königlich Sächsischen Gebiete stationirt sind, erleiden dadurch keine Aenderung ihres Staatsangehörigkeitsverhältnisses.

Die Beamten der Bahn sind ohne Unterschied des Orts der Anstellung rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten beziehungsweise den Aufsichtsorganen der Königlich Preußischen Staatsregierung, im übrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Königlich Sächsischen Staatsgebiets soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die sächsischen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artikel VIII.

Entschädigungsansprüche, welche aus Anlaß des Baues oder Betriebes der im Königlich Sächsischen Gebiet gelegenen Bahnstrecken gegen die Eisenbahnverwaltung geltend gemacht werden möchten, sollen von den zuständigen Königlich Sächsischen Behörden und — insoweit nicht Reichsgesetze Platz greifen — auch nach den sächsischen Landesgesetzen beurtheilt werden.

Artikel IX.

Der zu dem neuen Eisenbahnunternehmen gehörende Grund und Boden soll von der staatlichen Grundsteuer in Sachsen so lange befreit sein, als auch der sächsische Eisenbahnfiskus in Preußen dieselbe Steuerbefreiung genießt.

Artikel X.

Die Königlich Sächsische Regierung behält sich das Recht vor, die innerhalb des Königlich Sächsischen Gebiets gelegenen Theile der Bahn gegen Erstattung der bis zum Tage der Erwerbung auf dieselben verwendeten Baukosten käuflich zu erwerben. Sie wird jedoch dieses Recht auf so lange, als die Bahn sich im Besitze oder Betriebe der Königlich Preußischen Regierung befindet, nicht in Anspruch nehmen. Im übrigen bedarf der Verkauf der gedachten Bahn, soweit sie auf Königlich Sächsischem Gebiet gelegen ist, ebenso die Uebertragung des Betriebes auf einen anderen Betriebsunternehmer der Zustimmung der Königlich Sächsischen Regierung.

Artikel XI.

Gegenwärtiger Vertrag soll Beiderseits zur landesherrlichen Genehmigung vorgelegt werden, die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden soll in Berlin erfolgen.

Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Berlin, den 18. November 1892.

(LS) Dr. Paul Hermann Ritterstädt.

(LS) Dr. Micke.

Nr. 38. Verordnung,

die Gebühren für Erhebung der Einkommensteuer und Besorgung der übrigen den Gemeindebehörden bei der Einkommensteuer obliegenden Geschäfte im Jahre 1894 betreffend;

vom 2. Mai 1894.

Auf Grund von § 78 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 wird für das Jahr 1894

die Gebühr für Erhebung der Einkommensteuer

bei einer Isteinnahme bis zu 2000 ℳ
auf 2 Prozent dieser Einnahme;

bei einer Isteinnahme von über 2000 ℳ
auf 1,8 Prozent dieser Einnahme, mindestens aber auf 40 ℳ;

und

die Gebühr für die Besorgung der übrigen den Gemeindebehörden nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes und der dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen obliegenden Geschäfte

für die Gemeinden, welchen die Anlegung der Kataster übertragen ist,
auf 0,75 Prozent der Isteinnahme

und

für die übrigen Gemeinden
auf 0,5 Prozent dieser Einnahme

hiermit festgesetzt.

Dresden, am 2. Mai 1894.

Finanz-Ministerium.

v. Thümmel.

Liebert.

Nr. 39. Bekanntmachung,

Regulirung des Bezugs der Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungs-Scheines für Militär-Invaliden bei ihrer Beschäftigung beziehungsweise Anstellung im Kommunaldienst ꝛc. betreffend;

vom 11. Mai 1894.

Nach der Novelle vom 22. Mai 1893 zum Militär-Pensionsgesetz vom 27. Juni 1871 bleibt das Civildiensteinkommen, welches Militär-Invaliden im Kommunaldienste oder im Dienste der nur theilweise aus Reichs- oder Staatsmitteln unterhaltenen Institute beziehen, auf die Zahlung ihrer Invaliden-Pensionen ohne Einfluß.

Diese gesetzliche Vergünstigung bezieht sich jedoch nicht auf die Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungs-Scheines; denn diese Zulage verlieren — ausgenommen in solchen Dienstverhältnissen, die nach Umfang und Ertrag eine ausreichende Versorgung nicht abgeben beziehungsweise unter die Bestimmung des § 11 des Civilversorgungs-Reglements vom 13. August 1870 (G.- u. V.-Bl. S. 288 flg.) fallen — die betreffenden Invaliden mit Ablauf des Monats, in welchem ihre Anstellung erfolgt oder ihre Beschäftigung begonnen hat, da alsdann die Voraussetzung, welche bei der Bewilligung maßgebend war, nicht mehr vorhanden ist.

Es haben daher auch die Kommunalbehörden ꝛc. die Pensionsquittungs-Bücher derjenigen Invaliden, welche zur Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungs-Scheines anerkannt sind, behufs Regulirung derselben, mit der erforderlichen Eintragung über Art und Beginn der Beschäftigung beziehungsweise Anstellung zu versehen und der die Pension regelnden Behörde, das ist die Intendantur des XII. (Königlich Sächsischen) Armeekorps, vorzulegen.

Dresden, den 11. Mai 1894.

Kriegs-Ministerium.

v. d. Planitz.

Puschner.

Nr. 40. Bekanntmachung,

eine Anleihe der Kirchengemeinde zu Riesa betreffend;

vom 12. Mai 1894.

Die Ministerien der Finanzen und des Innern haben zu der von dem Kirchenvorstand zu Riesa mit Zustimmung der betheiligten politischen Gemeindevertretungen und Genehmigung der Kircheninspektion beschlossenen Ausgabe von auf den Inhaber lautenden und seiten desselben unkündbaren $3\frac{1}{2}$ prozentigen Schuldscheinen im Betrage von

dreihundert tausend Mark

nach Maßgabe des vorgelegten Anleihe- und Tilgungsplans die nach § 1040 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erforderliche Genehmigung ertheilt, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Dresden, den 12. Mai 1894.

Die Ministerien der Finanzen und des Innern.

Für den Minister:
Dr. Diller.

v. Metzsch.

Münckner.

Nr. 41. Dekret

wegen Bestätigung der Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für Berichtigung des Mandaufluſſes in der Stadtflur Zittau unterhalb der Olbersdorfer Brücke;

vom 26. Mai 1894.

Das Ministerium des Innern hat auf Grund von § 12 des Gesetzes vom 15. August 1855 über die Berichtigung von Wasserläufen ꝛc. die Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für Berichtigung des Mandaufluſſes in der Stadtflur Zittau unterhalb der Olbersdorfer Brücke unter Verleihung der Rechte einer juristischen Person an dieselbe und mit der Wirkung bestätigt, daß den Bestimmungen dieser Genossenschaftsordnung allenthalben nachgegangen werde.

Zu dessen Urkund ist gegenwärtiges

Dekret

unter Siegel und Unterschrift des Ministeriums des Innern ausgefertigt worden.

Dresden, am 26. Mai 1894.

LS

Ministerium des Innern.

Für den Minister:

Vodel.

Edelmann.

Nr. 42. Verordnung,

die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung des Bahnhofs Chemnitz durch Herstellung eines Rangirbahnhofs mit Stationsanlage am Küchwalde bei Chemnitz betreffend;

vom 29. Mai 1894.

Im Interesse der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs auf dem Bahnhofe Chemnitz macht sich die Herstellung eines Rangirbahnhofs mit Stationsanlage am Küchwalde bei Chemnitz nebst den erforderlichen Anschlußkurven nothwendig. Da das zu diesen Anlagen erforderliche Areal nicht allenthalben freihändig zu erlangen gewesen ist, so wird mit Allerhöchster Genehmigung von dem Ministerium des Innern auf Grund von § 2 des Gesetzes, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung bestehender Eisenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (G.- u. V.-Bl. S. 120) andurch verordnet, wie folgt:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 des nurgedachten Gesetzes vom 21. Juli 1855 sind nach Maßgabe des von dem Ministerium des Innern genehmigten Plans auf die Erweiterung des Bahnhofs Chemnitz durch Herstellung eines Rangirbahnhofs mit Stationsanlage am Küchwalde bei Chemnitz nebst den erforderlichen Anschlußkurven in Anwendung zu bringen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Expropriation für diese Anlage zu beobachtenden Verfahrens und der diesfallsigen Instruktion der Behörde und der Taxatoren ist allenthalben den Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Von der in § 1 erwähnten Anlage werden die Fluren

Chemnitz mit Schloß Chemnitz,
Hilbersdorf,
Furth und
Borna

betroffen.

Dresden, den 29. Mai 1894.

Ministerium des Innern.

Für den Minister:

Vodel.

Gersdorf.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen.

8. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 43. Verordnung, die Unterbringung von Kranken in Privat-Irrenanstalten betr. S. 139. — Nr. 44. Bekanntmachung, eine Anleihe der Oelsnitzer Bergbau-Gewerkschaft betr. S. 141. — Nr. 45. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung der Bahnhofsanlagen zu Freiberg betr. S. 142. — Nr. 46. Verordnung, die Errichtung einer Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler betr. S. 143. — Nr. 47. Verordnung, die weitere Ausführung des Einkommensteuergesetzes betr. S. 144. — Nr. 48. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen an der Bahnlinie Kieritzsch-Chemnitz betr. S. 155.

Nr. 43. Verordnung,

die Unterbringung von Kranken in Privat-Irrenanstalten betreffend;

vom 30. Mai 1894.

Das Ministerium des Innern hat sich veranlaßt gesehen, über die Unterbringung von Kranken, insbesondere von Geisteskranken, in Privat-Irrenanstalten besondere Bestimmungen zu treffen und verordnet daher unter Aufhebung der früher deshalb erlassenen Verordnungen wie folgt:

1. Die Aufnahme Geisteskranker in eine nach § 30 der Gewerbeordnung konzessionirte Privat-Irrenanstalt darf nur auf von den Angehörigen, dem gesetzlichen Vertreter oder der Polizeibehörde gestellten Antrag, sowie auf Grund eines mit ausführlicher Krankengeschichte versehenen Zeugnisses eines approbirten Arztes erfolgen, durch welches bescheinigt wird, daß der Aufzunehmende an einer Geisteskrankheit leidet und der Pflege in einer Irren-Heilanstalt bedarf.

Wohnt der Aussteller des ärztlichen Zeugnisses nicht im Königreiche Sachsen, so ist der Approbationsnachweis beizufügen. Andernfalls ist zu verlangen, daß das Zeugniß von einem Bezirks- oder Gerichtsarzte des Königreichs Sachsen geprüft und durch die beizufügende Bescheinigung vervollständigt werde, daß oder inwieweit der Inhalt mit den eigenen auf persönlicher Prüfung des Aufzunehmenden beruhenden Ansichten dieses Arztes übereinstimmt.

Ausgegeben zu Dresden den 31. Juli 1894.

Die auf die Kranken bezüglichen zur Aufnahme in die ärztlichen Zeugnisse nicht geeigneten Familienverhältnisse sind dem Leiter der Privat-Irrenanstalt, welcher darüber die strengste Verschwiegenheit zu beobachten hat, besonders mitzutheilen.

2. In ganz besonderen Ausnahmefällen, in denen die Zurückweisung eines der Anstalt unangemeldet zugeführten Geisteskranken offenbar nicht ohne dringende Gefahr für ihn selbst oder seine Begleitung thunlich sein sollte, darf die Aufnahme vorläufig ohne ärztliches Zeugniß erfolgen. Doch ist solchenfalls letzteres binnen 24 Stunden nachträglich zu beschaffen, sofern dies aber unthunlich ist, die aufgenommene Person längstens innerhalb dreier Tage von dem zuständigen Bezirksarzte zu untersuchen und die Nothwendigkeit ihrer Aufnahme in die Anstalt zu bescheinigen.

3. Bei Aufnahme beziehentlich Beibehaltung zu einer über vier Wochen andauernden Verpflegung Geisteskranker ist vormundschaftliche Zustimmung, im Falle bestehender väterlicher Gewalt väterliche Zustimmung zu erfordern.

4. Ist festgestellt worden, daß der in die Anstalt aufgenommene Kranke in der That geisteskrank ist, so hat der Leiter der Anstalt alsbald der Gerichtsbehörde des letzten Wohnorts und in dessen Ermangelung des letzten Aufenthaltsortes des Aufgenommenen von dessen geistigen Erkrankung Anzeige zu erstatten.

5. Die Entlassung des Geisteskranken aus der Anstalt hat zu erfolgen, wenn derselbe genesen ist oder sobald dessen gesetzlicher Vertreter beziehentlich unter Beitritt der Vormundschaftsbehörde die Entlassung verlangt.

Gemeingefährliche Geisteskranke dürfen nur dann entlassen werden, wenn die Polizeibehörde seines künftigen Wohnorts bescheinigt, daß für genügende Beaufsichtigung und Sicherung des zu Entlassenden Sorge getragen sei.

6. Sowohl über die Aufnahme jedes Kranken und zu Verpflegenden, also auch der nicht an eigentlicher Geisteskrankheit Leidenden, in die Anstalt als über die erfolgte Entlassung aus derselben ist der Polizeibehörde (Stadtrath, Bürgermeister, Gemeindevorstand, Gutsvorsteher) des Ortes, in welchem die Anstalt gelegen ist, binnen 24 Stunden schriftliche Anzeige zu erstatten.

7. Ueber jeden in der Anstalt verpflegten Kranken sind gesonderte Personalakten, die den Aufnahmeantrag, das Aufnahmezeugniß, den Nachweis über erfolgte An- und Abmeldung sowie über etwaige Entmündigung zu enthalten haben, ebenso ein Krankenjournal mit vollständiger Krankengeschichte zu halten. Auch ist ein Hauptjournal über sämmtliche in der Anstalt aufgenommene und verpflegte Kranke zu führen.

8. Die Beaufsichtigung der Privat-Irrenanstalten, sowie die erstinstanzliche Entschließung über Beschwerden, welche vom Betheiligten über die Leitungen dieser Anstalten erhoben werden, liegt der zuständigen Amtshauptmannschaft beziehentlich dem Stadtrathe

im Einvernehmen mit dem Bezirksarzte ob. Letzterer hat übrigens wegen regelmäßiger Revision dieser Anstalten dem § 19 der unter dem 10. Juli 1884 (G.- u. V.-Bl. S. 209) veröffentlichten neuen Instruktion für die Bezirksärzte nachzugehen.

9. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unter 1 bis 7 werden an den Leitern der Privat-Irrenanstalten mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder mit Haft bestraft.

Dresden, am 30. Mai 1894.

Ministerium des Innern.

Für den Minister:

v. Charpentier.

Kreher.

Nr. 44. Bekanntmachung,

eine Anleihe der Oelsnitzer Bergbau-Gewerkschaft betreffend;

vom 18. Juni 1894.

Nachdem der Oelsnitzer Bergbau-Gewerkschaft zu Oelsnitz i. E. behufs Aufnahme einer Anleihe von

einer Million Mark

zur Ausgabe von auf den Inhaber lautenden, mit $4\frac{1}{2}$ vom Hundert zu verzinsenden und planmäßig vom Jahre 1900 ab mit vier vom Hundert zu tilgenden Schuldscheinen in 2000 Abschnitten zu je 300 ℳ und 800 Abschnitten zu je 500 ℳ sammt Zinsleisten und Zinsscheinen nach Maßgabe der vorgelegten Hauptschuldverschreibung die nachgesuchte Genehmigung ertheilt worden ist, so wird solches andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, den 18. Juni 1894.

Die Ministerien der Finanzen und des Innern.

Für den Minister: v. Metzsch.

Dr. Diller.

Gersdorf.

Nr. 45. Verordnung,

die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung der Bahnhofsanlagen zu Freiberg betreffend;

vom 19. Juni 1894.

Im Interesse der Sicherheit und Ordnung des Bahnbetriebs macht sich eine Erweiterung der Bahnhofsanlagen zu Freiberg dringend erforderlich.

Da das hierzu erforderliche Areal nicht allenthalben freihändig zu erwerben gewesen ist, so wird mit Allerhöchster Genehmigung von dem Ministerium des Innern auf Grund von § 2 des Gesetzes, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung bestehender Eisenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (G.- u. V.-Bl. S. 120) andurch verordnet, wie folgt:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 des nurgedachten Gesetzes vom 21. Juli 1855 sind nach Maßgabe des von dem Ministerium des Innern genehmigten Planes auf die Erweiterung der Bahnhofsanlagen in Freiberg in Anwendung zu bringen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Expropriation für diese Anlage zu beobachtenden Verfahrens und der diesfallsigen Instruktion der Behörde und der Taxatoren ist allenthalben den Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Von den in § 1 erwähnten Anlagen werden die Fluren

Freiberg und
Freibergsdorf

betroffen.

Dresden, am 19. Juni 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Gersdorf.

Nr. 46. Verordnung,

die Errichtung einer Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler betreffend;

vom 29. Juni 1894.

Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Königs ist die Errichtung einer besonderen Behörde unter der Benennung:

„Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler"

beschlossen worden, über deren Zusammensetzung, Stellung und Wirkungskreis hierdurch Folgendes bestimmt wird:

§ 1. Die Kommission besteht aus

1. einem Rathe des Ministeriums des Innern, welchem der Vorsitz und die Geschäftsleitung zusteht,
2. zwei von dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium zu ernennenden Mitgliedern,
3. dem von dem Ministerium des Innern mit der Inventarisation der Kunstdenkmäler beauftragten Sachverständigen und
4. einem von dem Sächsischen Alterthumsvereine zu wählenden Mitgliede.

§ 2. Die Kommission steht mit den Kreishauptmannschaften im Kommunikationsverhältnisse und hat das Recht, an die Verwaltungsbehörden erster Instanz unmittelbar zu verfügen.

§ 3. Der Geschäftsgang innerhalb der Kommission ist kollegialisch. Sie tritt nach Bedürfniß auf besondere Berufung des Vorsitzenden zusammen. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt; bei etwaiger Stimmengleichheit giebt die Ansicht des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 4. Der Wirkungskreis der Kommission umfaßt:

1. Die Begutachtung der von den Ministerien und dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium an sie gerichteten Fragen, welche die Beseitigung von Kunstdenkmälern oder die Art ihrer Erhaltung und Wiederherstellung betreffen;
2. die Begutachtung von Gesuchen um Staatsbeihülfen zur Erhaltung und Wiederherstellung von Kunstdenkmälern;

3. die Aufsicht über die im Lande vorhandenen Kunstdenkmäler und die Ertheilung von Rathschlägen zum Schutze der letzteren;
4. den Erlaß von Direktiven für die Fortsetzung des Inventarisationswerks.

§ 5. Die Bestimmungen gegenwärtiger Verordnung treten mit dem 1. Oktober 1894 in Wirksamkeit.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, gebührend zu richten.

Dresden, am 29. Juni 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Heschke.

Nr. 47. Verordnung,

die weitere Ausführung des Einkommensteuergesetzes betreffend;

vom 30. Juni 1894.

Auf Grund des Gesetzes, die Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 betreffend, vom 10. März 1894 (G.- u. V.-Bl. S. 53 flg.) wird hiermit Folgendes verordnet:

Artikel I.

Die Vorschriften in § 7, § 17 Absatz 2, § 23 Absatz 3, § 26 Absatz 3, § 42 Absatz 2, § 48 Absatz 1 und § 52 der zu dem Einkommensteuergesetze erlassenen Ausführungsverordnung vom 11. Oktober 1878 (G.- u. V.-Bl. S. 225 flg.) werden durch nachstehende Bestimmungen ersetzt:

§ 7.

Die unter ⊙ angefügte Hülfstafel weist die Steuerklassen bis zu einem Einkommen von 1 000 000 ℳ und die für dieselben sich ergebenden Steuersätze nach. Bei höheren Einkommen steigen die Steuerklassen um je 2000 ℳ und beträgt für jede Steuerklasse der Steuersatz 4 vom Hundert derjenigen Summe, mit welcher die vorhergehende Klasse endet.

§ 17 Absatz 2.

Wird ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied der Einschätzungskommission bei der Einschätzung von der Kommission nicht mit Einkommensteuer veranlagt, weil

entweder das Einkommen desselben die Grenze von 400 ℳ nicht übersteigt oder ein anderer seine Beiziehung zur Einkommensteuer ausschließender Befreiungsgrund vorliegt (zu vergleichen auch § 13 des Gesetzes), so erlischt sofort dessen Mitgliedschaft. Dieselbe lebt jedoch wieder auf, wenn entweder die Einschätzungskommission selbst vor Abschluß des Katasters in Abänderung des von ihr gefaßten Beschlusses zur Belegung des betreffenden Mitgliedes mit Einkommensteuer gelangt oder dies als Folge einer vom Bezirkssteuerinspektor eingewendeten Berufung eintritt.

§ 23 Absatz 3.

Wegzulassen sind nur:

1. Die nach § 6 Ziffer 1 und 2 des Gesetzes von der Einkommensteuer Befreiten;
2. die in § 6 Ziffer 3 des Gesetzes bezeichneten Personen, dafern sie innerhalb des Landes weder ein Grundstück besitzen noch ein Gewerbe betreiben;
3. Ehefrauen, außer wenn sie selbst einen Erwerb haben oder Vermögen besitzen, über dessen Nutzung ihnen die freie Verfügung zusteht;
4. die im Hause der Eltern lebenden Kinder, welche kein eigenes Vermögen und keinen eigenen Erwerb haben, auch nicht im Geschäfts- oder Gewerbebetriebe ihrer Eltern als Gehülfen thätig sind, sondern ihren Unterhalt ausschließlich von ihren Eltern und zwar ohne Gegenleistung beziehen, sowie die unter gleichen Voraussetzungen im Hause von Verwandten lebenden, nicht selbständigen Personen;
5. aktive Militärs bis mit dem Unteroffizier aufwärts, insofern sie außer ihrem Militärdiensteinkommen kein weiteres Einkommen haben;
6. die in Armenversorgungs-, in Korrektions-, Heil-, Versorgungs- und Besserungsanstalten untergebrachten, ingleichen die in Schul- und Bildungsanstalten zum Zwecke ihrer Ausbildung wohnenden Personen, sofern dieselben kein eigenes Einkommen haben.

§ 26 Absatz 3.

Wegzulassen sind aus diesen nach Schema D und E anzulegenden Verzeichnissen die Grundstücke, Gewerbe-Etablissements, Geschäftsniederlassungen oder Gewerbsanlagen, welche sich im alleinigen Besitze von Personen, die nach § 6 unter 1 und 2 des Gesetzes von der Einkommensteuer befreit sind, im Besitze außersächsischer Eisenbahnen oder im Besitze von inländischen Gemeinden oder Aktiengesellschaften befinden.

§ 42 Absatz 2.

Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern wird auf deren Wunsch die eigene Beschaffung dieser Formulare überlassen werden, und erhalten dieselben solchenfalls den ihnen dadurch erwachsenden Aufwand aus der Staatskasse nach denselben Einheitssätzen

vergütet, welche sich für die vom Finanz-Ministerium auf das betreffende Jahr selbst beschafften Formulare berechnen.

§ 48 Absatz 1.

In den Fällen von § 62 Absatz 4 und § 64 Absatz 2 des Gesetzes sind die Kosten nach einem Bauschalsatze zu bemessen, welcher, wenn der Beitragspflichtige in eine der Klassen 1a bis mit 5 eingeschätzt war, 1 ℳ, wenn der Beitragspflichtige in eine höhere Klasse eingeschätzt war, 3 ℳ beträgt.

§ 52.

Die Gebühren für die Erhebung der Einkommensteuer und die Besorgung der übrigen, den Gemeindebehörden nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes und der dazu gehörigen Ausführungsverordnungen obliegenden Geschäfte werden durch besondere Verordnung festgesetzt.

Artikel II.

Die bereits durch Verordnung vom 4. November 1893 (G.- u. V.-Bl. S. 245 flg.) abgeänderte Bestimmung in § 22 der Instruktion für die Einschätzungskommissionen und Reklamationskommissionen vom 7. Dezember 1878 (G.- u. V.-Bl. S. 522 flg.) erhält folgende anderweit veränderte Fassung:

§ 22.

Die in § 13 des Gesetzes nachgelassene Berücksichtigung besonderer, die Steuerfähigkeit wesentlich vermindernder wirthschaftlicher Verhältnisse bei solchen Beitragspflichtigen, deren Einkommen den Betrag von 5800 ℳ nicht übersteigt, kann erst nach vollständiger Ermittelung des gesammten Einkommens derselben in Erwägung gezogen werden.

Als Verhältnisse dieser Art kommen nur in Betracht:

a) außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt von Kindern oder durch Verpflichtung zur Unterhaltung armer Angehöriger;
b) andauernde Krankheit und
c) besondere Unglücksfälle.

Verhältnisse anderer Art begründen eine Berücksichtigung niemals, und auch die vorgedachten Verhältnisse können nur berücksichtigt werden, wenn sie zur Zeit der Veranlagung beziehentlich in ihren Wirkungen noch fortbestehen, und müssen stets in richtiger Erwägung ihres Einflusses auf die Steuerfähigkeit des Beitragspflichtigen beurtheilt werden.

Von einer Beeinträchtigung der letzteren kann nicht schon dann, wenn die Erfüllung der Steuerpflicht gewisse Schwierigkeiten verursacht, sondern vielmehr erst dann die Rede sein, wenn die Abforderung der dem festgestellten Einkommen entsprechenden vollen

Steuer geeignet sein würde, die wirthschaftliche Lage des Beitragspflichtigen in empfindlicher Weise nachtheilig zu beeinflussen. Obschon die Steuerfähigkeit sich nicht ausschließlich nach der ziffermäßigen Höhe eines Einkommens bestimmt und bei gleicher Einkommenshöhe je nach der sonstigen wirthschaftlichen Lage der Beitragspflichtigen sehr verschieden sein kann, so darf doch im allgemeinen davon ausgegangen werden, daß zur Annahme verminderter Steuerfähigkeit im Sinne von § 13 des Gesetzes bei den geringeren Einkommen eher und in vermehrtem Grade ein Bedürfniß vorliegen wird, als bei höheren Einkommen, und daß dieses Bedürfniß sich mehr und mehr abschwächt, je mehr sich das Einkommen der Grenze von 5800 ℳ nähert. Der Umfang einer für geboten erachteten Steuererleichterung ist innerhalb der vom Gesetze gezogenen Grenzen nach dem Grade zu bemessen, in welchem die Steuerfähigkeit durch Verhältnisse der oben erwähnten Art beeinträchtigt wird. In Bezug auf die Beurtheilung dieser Verhältnisse ist im einzelnen noch Folgendes zu bemerken:

Zu a. Eine außergewöhnliche Belastung durch den Unterhalt von Kindern und die Verpflichtung zur Unterhaltung armer Angehöriger kann nur angenommen werden, wenn an den Beitragspflichtigen durch die Erfüllung der Unterhaltsverbindlichkeit, auch wenn sie sich in angemessenen Grenzen hält und nicht über das den Verhältnissen des Beitragspflichtigen entsprechende Maß hinausgeht, im Vergleiche zu seinem Einkommen erhebliche Anforderungen gestellt werden, denen er nur durch außergewöhnliche Entbehrungen und Einschränkungen in seiner Lebenshaltung zu genügen vermag.

Unzulässig ist es, den § 13 des Gesetzes schablonenhaft beim Vorhandensein einer gewissen Anzahl von Kindern anzuwenden; denn wenn auch eine verhältnißmäßig große Zahl von Kindern unter 14 Jahren oder von hülfsbedürftigen älteren Kindern vielfach eine besondere Belastung zur Folge haben wird, so braucht dies doch nicht nothwendig der Fall zu sein, und es ist solche besondere Belastung nach Befinden dann nicht anzunehmen, wenn die Ehefrau oder die Kinder oder sonstige Hausgenossen des Steuerpflichtigen zu den Kosten seines Haushalts beitragen oder ihn in seiner Erwerbsthätigkeit unterstützen.

Um eine Berücksichtigung wegen der Unterhaltung armer Angehöriger zu begründen, ist nicht erforderlich, daß eine rechtliche Verpflichtung hierzu vorliegt; es genügt vielmehr eine zweifellose moralische Verpflichtung.

Zu b. Andauernde Krankheit kommt nur unter der Voraussetzung in Betracht, daß sie den Beitragspflichtigen zu besonderen außergewöhnlichen Aufwendungen genöthigt oder ihn in seinen Erwerbs- und Wirthschaftsverhältnissen zeitweise zurückgebracht hat. Ob die Krankheit den Beitragspflichtigen selbst oder Familienglieder betroffen hat, ist für die Berücksichtigung dieses Umstands gleichgültig.

Zu c. Unter den besonderen Unglücksfällen sind solche zu verstehen, welche auf die Erwerbs- und Wirthschaftsverhältnisse des Beitragspflichtigen einen wesentlich nachtheiligen Einfluß geäußert und ihn in denselben mindestens vorübergehend zurückgebracht haben. Unter dieser Voraussetzung können dieselben berücksichtigt werden, gleichviel welcher Art sie gewesen sind.

Wird die Annahme verminderter Steuerfähigkeit beschlossen, so ist dessen ungeachtet das Einkommen in dem von der Kommission wirklich ermittelten Betrage in das Kataster einzustellen und nur die Steuerklasse entsprechend (höchstens um drei Klassen) niedriger auszuwerfen. Wenn das Einkommen des Beitragspflichtigen einer der untersten drei Klassen angehört, so kann von der Auswerfung eines Steuersatzes ganz abgesehen werden.

In jedem Falle der Annahme verminderter Steuerfähigkeit ist dies in der Anmerkungsspalte des Katasters bei dem Namen des betreffenden Beitragspflichtigen durch ausdrückliche Bezugnahme auf § 13 des Gesetzes kenntlich zu machen.

Artikel III.

Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1895 in Kraft, dergestalt jedoch, daß die auf die Vorbereitung für die Einschätzung bezüglichen Bestimmungen bereits bei der Vorbereitung für die Einschätzung auf das Jahr 1895 anzuwenden sind.

Dresden, am 30. Juni 1894.

Finanz-Ministerium.

v. Thümmel.

Liebert.



Hülfstafel

zur

Berechnung der Einkommensteuersätze

für

Einkommen bis zu 1 000 000 Mark.

Einkommensteuerklasse	Jährliches Einkommen	Steuersatz ℳ	Einkommensteuerklasse	Jährliches Einkommen	Steuersatz ℳ
1a	über 400 bis 500 ℳ	1	58	über 39 000 bis 40 000 ℳ	1 320
1	" 500 " 600 "	2	59	" 40 000 " 41 000 "	1 360
2	" 600 " 700 "	3	60	" 41 000 " 42 000 "	1 400
3	" 700 " 800 "	4	61	" 42 000 " 43 000 "	1 440
4	" 800 " 950 "	6	62	" 43 000 " 44 000 "	1 480
5	" 950 " 1 100 "	8	63	" 44 000 " 45 000 "	1 520
6	" 1 100 " 1 250 "	10	64	" 45 000 " 46 000 "	1 560
7	" 1 250 " 1 400 "	13	65	" 46 000 " 47 000 "	1 600
8	" 1 400 " 1 600 "	16	66	" 47 000 " 48 000 "	1 640
9	" 1 600 " 1 900 "	21	67	" 48 000 " 49 000 "	1 680
10	" 1 900 " 2 200 "	29	68	" 49 000 " 50 000 "	1 720
11	" 2 200 " 2 500 "	37	69	" 50 000 " 51 000 "	1 760
12	" 2 500 " 2 800 "	45	70	" 51 000 " 52 000 "	1 800
13	" 2 800 " 3 100 "	54	71	" 52 000 " 53 000 "	1 840
14	" 3 100 " 3 400 "	63	72	" 53 000 " 54 000 "	1 880
15	" 3 400 " 3 700 "	72	73	" 54 000 " 55 000 "	1 920
16	" 3 700 " 4 000 "	82	74	" 55 000 " 56 000 "	1 960
17	" 4 000 " 4 300 "	96	75	" 56 000 " 57 000 "	2 000
18	" 4 300 " 4 800 "	112	76	" 57 000 " 58 000 "	2 040
19	" 4 800 " 5 300 "	128	77	" 58 000 " 59 000 "	2 080
20	" 5 300 " 5 800 "	144	78	" 59 000 " 60 000 "	2 120
21	" 5 800 " 6 300 "	161	79	" 60 000 " 61 000 "	2 160
22	" 6 300 " 6 800 "	178	80	" 61 000 " 62 000 "	2 200
23	" 6 800 " 7 300 "	195	81	" 62 000 " 63 000 "	2 240
24	" 7 300 " 7 800 "	212	82	" 63 000 " 64 000 "	2 280
25	" 7 800 " 8 300 "	229	83	" 64 000 " 65 000 "	2 320
26	" 8 300 " 8 800 "	246	84	" 65 000 " 66 000 "	2 360
27	" 8 800 " 9 400 "	264	85	" 66 000 " 67 000 "	2 400
28	" 9 400 " 10 000 "	282	86	" 67 000 " 68 000 "	2 440
29	" 10 000 " 11 000 "	300	87	" 68 000 " 69 000 "	2 480
30	" 11 000 " 12 000 "	330	88	" 69 000 " 70 000 "	2 520
31	" 12 000 " 13 000 "	360	89	" 70 000 " 71 000 "	2 560
32	" 13 000 " 14 000 "	390	90	" 71 000 " 72 000 "	2 600
33	" 14 000 " 15 000 "	420	91	" 72 000 " 73 000 "	2 640
34	" 15 000 " 16 000 "	450	92	" 73 000 " 74 000 "	2 680
35	" 16 000 " 17 000 "	480	93	" 74 000 " 75 000 "	2 720
36	" 17 000 " 18 000 "	510	94	" 75 000 " 76 000 "	2 760
37	" 18 000 " 19 000 "	540	95	" 76 000 " 77 000 "	2 800
38	" 19 000 " 20 000 "	570	96	" 77 000 " 78 000 "	2 850
39	" 20 000 " 21 000 "	600	97	" 78 000 " 79 000 "	2 900
40	" 21 000 " 22 000 "	630	98	" 79 000 " 80 000 "	2 950
41	" 22 000 " 23 000 "	660	99	" 80 000 " 81 000 "	3 000
42	" 23 000 " 24 000 "	690	100	" 81 000 " 82 000 "	3 050
43	" 24 000 " 25 000 "	720	101	" 82 000 " 83 000 "	3 100
44	" 25 000 " 26 000 "	760	102	" 83 000 " 84 000 "	3 150
45	" 26 000 " 27 000 "	800	103	" 84 000 " 85 000 "	3 200
46	" 27 000 " 28 000 "	840	104	" 85 000 " 86 000 "	3 250
47	" 28 000 " 29 000 "	880	105	" 86 000 " 87 000 "	3 300
48	" 29 000 " 30 000 "	920	106	" 87 000 " 88 000 "	3 350
49	" 30 000 " 31 000 "	960	107	" 88 000 " 89 000 "	3 400
50	" 31 000 " 32 000 "	1 000	108	" 89 000 " 90 000 "	3 450
51	" 32 000 " 33 000 "	1 040	109	" 90 000 " 91 000 "	3 500
52	" 33 000 " 34 000 "	1 080	110	" 91 000 " 92 000 "	3 550
53	" 34 000 " 35 000 "	1 120	111	" 92 000 " 93 000 "	3 600
54	" 35 000 " 36 000 "	1 160	112	" 93 000 " 94 000 "	3 650
55	" 36 000 " 37 000 "	1 200	113	" 94 000 " 95 000 "	3 700
56	" 37 000 " 38 000 "	1 240	114	" 95 000 " 96 000 "	3 750
57	" 38 000 " 39 000 "	1 280	115	" 96 000 " 97 000 "	3 800

Einkommensteuerklasse	Jährliches Einkommen	Steuersatz ℳ
116	über 97 000 bis 98 000 ℳ	3 850
117	" 98 000 " 99 000 "	3 900
118	" 99 000 " 100 000 "	3 950
119	" 100 000 " 102 000 "	4 000
120	" 102 000 " 104 000 "	4 080
121	" 104 000 " 106 000 "	4 160
122	" 106 000 " 108 000 "	4 240
123	" 108 000 " 110 000 "	4 320
124	" 110 000 " 112 000 "	4 400
125	" 112 000 " 114 000 "	4 480
126	" 114 000 " 116 000 "	4 560
127	" 116 000 " 118 000 "	4 640
128	" 118 000 " 120 000 "	4 720
129	" 120 000 " 122 000 "	4 800
130	" 122 000 " 124 000 "	4 880
131	" 124 000 " 126 000 "	4 960
132	" 126 000 " 128 000 "	5 040
133	" 128 000 " 130 000 "	5 120
134	" 130 000 " 132 000 "	5 200
135	" 132 000 " 134 000 "	5 280
136	" 134 000 " 136 000 "	5 360
137	" 136 000 " 138 000 "	5 440
138	" 138 000 " 140 000 "	5 520
139	" 140 000 " 142 000 "	5 600
140	" 142 000 " 144 000 "	5 680
141	" 144 000 " 146 000 "	5 760
142	" 146 000 " 148 000 "	5 840
143	" 148 000 " 150 000 "	5 920
144	" 150 000 " 152 000 "	6 000
145	" 152 000 " 154 000 "	6 080
146	" 154 000 " 156 000 "	6 160
147	" 156 000 " 158 000 "	6 240
148	" 158 000 " 160 000 "	6 320
149	" 160 000 " 162 000 "	6 400
150	" 162 000 " 164 000 "	6 480
151	" 164 000 " 166 000 "	6 560
152	" 166 000 " 168 000 "	6 640
153	" 168 000 " 170 000 "	6 720
154	" 170 000 " 172 000 "	6 800
155	" 172 000 " 174 000 "	6 880
156	" 174 000 " 176 000 "	6 960
157	" 176 000 " 178 000 "	7 040
158	" 178 000 " 180 000 "	7 120
159	" 180 000 " 182 000 "	7 200
160	" 182 000 " 184 000	7 280
161	" 184 000 " 186 000 "	7 360
162	" 186 000 188 000 "	7 440
163	" 188 000 190 000 "	7 520
164	" 190 000 192 000 "	7 600
165	" 192 000 194 000 "	7 680
166	" 194 000 196 000 "	7 760
167	" 196 000 198 000 "	7 840
168	" 198 000 200 000	7 920
169	" 200 000 202 000	8 000
170	" 202 000 204 000	8 080
171	" 204 000 206 000 "	8 160
172	" 206 000 208 000 "	8 240
173	" 208 000 210 000 "	8 320
174	über 210 000 bis 212 000 ℳ	8 400
175	" 212 000 " 214 000 "	8 480
176	" 214 000 " 216 000 "	8 560
177	" 216 000 " 218 000 "	8 640
178	" 218 000 " 220 000 "	8 720
179	" 220 000 " 222 000 "	8 800
180	" 222 000 " 224 000 "	8 880
181	" 224 000 " 226 000 "	8 960
182	" 226 000 " 228 000 "	9 040
183	" 228 000 " 230 000 "	9 120
184	" 230 000 " 232 000 "	9 200
185	" 232 000 " 234 000 "	9 280
186	" 234 000 " 236 000 "	9 360
187	" 236 000 " 238 000 "	9 440
188	" 238 000 " 240 000 "	9 520
189	" 240 000 " 242 000 "	9 600
190	" 242 000 " 244 000 "	9 680
191	" 244 000 " 246 000 "	9 760
192	" 246 000 " 248 000 "	9 840
193	" 248 000 " 250 000 "	9 920
194	" 250 000 " 252 000 "	10 000
195	" 252 000 " 254 000 "	10 080
196	" 254 000 " 256 000 "	10 160
197	" 256 000 " 258 000 "	10 240
198	" 258 000 " 260 000 "	10 320
199	" 260 000 " 262 000 "	10 400
200	" 262 000 " 264 000 "	10 480
201	" 264 000 " 266 000 "	10 560
202	" 266 000 " 268 000 "	10 640
203	" 268 000 " 270 000 "	10 720
204	" 270 000 " 272 000 "	10 800
205	" 272 000 " 274 000 "	10 880
206	" 274 000 " 276 000 "	10 960
207	" 276 000 " 278 000 "	11 040
208	" 278 000 " 280 000 "	11 120
209	" 280 000 " 282 000 "	11 200
210	" 282 000 " 284 000 "	11 280
211	" 284 000 " 286 000 "	11 360
212	" 286 000 " 288 000 "	11 440
213	" 288 000 " 290 000 "	11 520
214	" 290 000 " 292 000 "	11 600
215	" 292 000 " 294 000 "	11 680
216	" 294 000 " 296 000 "	11 760
217	" 296 000 " 298 000 "	11 840
218	" 298 000 " 300 000 "	11 920
219	" 300 000 " 302 000 "	12 000
220	" 302 000 " 304 000 "	12 080
221	" 304 000 " 306 000 "	12 160
222	306 000 " 308 000 "	12 240
223	308 000 " 310 000 "	12 320
224	310 000 " 312 000 "	12 400
225	312 000 " 314 000 "	12 480
226	314 000 " 316 000 "	12 560
227	316 000 " 318 000 "	12 640
228	318 000 " 320 000 "	12 720
229	" 320 000 " 322 000 "	12 800
230	" 322 000 " 324 000 "	12 880
231	" 324 000 " 326 000 "	12 960

Einkommensteuerklasse	Jährliches Einkommen				Steuersatz ℳ
232	über	326 000	bis	328 000 ℳ	13 040
233	=	328 000	=	330 000 =	13 120
234	=	330 000	=	332 000 =	13 200
235	=	332 000	=	334 000 =	13 280
236	=	334 000	=	336 000 =	13 360
237	=	336 000	=	338 000 =	13 440
238		338 000	=	340 000 =	13 520
239		340 000	=	342 000 =	13 600
240		342 000	=	344 000 =	13 680
241		344 000	=	346 000 =	13 760
242		346 000	=	348 000 =	13 840
243		348 000	=	350 000 =	13 920
244		350 000	=	352 000 =	14 000
245		352 000	=	354 000 =	14 080
246		354 000	=	356 000 =	14 160
247		356 000	=	358 000 =	14 240
248		358 000	=	360 000 =	14 320
249		360 000	=	362 000 =	14 400
250	=	362 000	=	364 000 =	14 480
251	=	364 000	=	366 000 =	14 560
252	=	366 000	=	368 000 =	14 640
253	=	368 000	=	370 000 =	14 720
254	=	370 000	=	372 000 =	14 800
255	=	372 000	=	374 000 =	14 880
256	=	374 000	=	376 000 =	14 960
257	=	376 000	=	378 000 =	15 040
258	=	378 000	=	380 000 =	15 120
259	=	380 000	=	382 000 =	15 200
260	=	382 000	=	384 000 =	15 280
261	=	384 000	=	386 000 =	15 360
262	=	386 000	=	388 000 =	15 440
263	=	388 000	=	390 000 =	15 520
264	=	390 000	=	392 000 =	15 600
265	=	392 000	=	394 000 =	15 680
266	=	394 000	=	396 000 =	15 760
267		396 000	=	398 000 =	15 840
268	=	398 000	=	400 000 =	15 920
269	=	400 000	=	402 000 =	16 000
270	=	402 000	=	404 000 =	16 080
271	=	404 000	=	406 000 =	16 160
272	=	406 000	=	408 000 =	16 240
273	=	408 000	=	410 000 =	16 320
274	=	410 000	=	412 000 =	16 400
275	=	412 000	=	414 000 =	16 480
276	=	414 000	=	416 000 =	16 560
277	=	416 000	=	418 000 =	16 640
278	=	418 000	=	420 000 =	16 720
279	=	420 000	=	422 000 =	16 800
280	=	422 000	=	424 000 =	16 880
281	=	424 000	=	426 000 =	16 960
282	=	426 000	=	428 000 =	17 040
283	=	428 000	=	430 000 =	17 120
284	=	430 000	=	432 000 =	17 200
285	=	432 000	=	434 000 =	17 280
286		434 000	=	436 000 =	17 360
287		436 000	=	438 000 =	17 440
288		438 000	=	440 000	17 520
289		440 000	=	442 000 =	17 600
290	über	442 000	bis	444 000 ℳ	17 680
291	=	444 000	=	446 000 =	17 760
292	=	446 000	=	448 000 =	17 840
293	=	448 000	=	450 000 =	17 920
294	=	450 000	=	452 000 =	18 000
295	=	452 000	=	454 000 =	18 080
296	=	454 000	=	456 000 =	18 160
297	=	456 000	=	458 000 =	18 240
298	=	458 000	=	460 000 =	18 320
299	=	460 000	=	462 000 =	18 400
300	=	462 000	=	464 000 =	18 480
301	=	464 000	=	466 000 =	18 560
302	=	466 000	=	468 000 =	18 640
303	=	468 000	=	470 000 =	18 720
304	=	470 000	=	472 000 =	18 800
305	=	472 000	=	474 000 =	18 880
306	=	474 000	=	476 000 =	18 960
307	=	476 000	=	478 000 =	19 040
308	=	478 000	=	480 000 =	19 120
309	=	480 000	=	482 000 =	19 200
310	=	482 000	=	484 000 =	19 280
311	=	484 000	=	486 000 =	19 360
312	=	486 000	=	488 000 =	19 440
313	=	488 000	=	490 000 =	19 520
314	=	490 000	=	492 000 =	19 600
315	=	492 000	=	494 000 =	19 680
316	=	494 000	=	496 000 =	19 760
317	=	496 000	=	498 000 =	19 840
318	=	498 000	=	500 000 =	19 920
319	=	500 000	=	502 000 =	20 000
320	=	502 000	=	504 000 =	20 080
321	=	504 000	=	506 000 =	20 160
322	=	506 000	=	508 000 =	20 240
323	=	508 000	=	510 000 =	20 320
324	=	510 000	=	512 000 =	20 400
325	=	512 000	=	514 000 =	20 480
326	=	514 000	=	516 000 =	20 560
327	=	516 000	=	518 000 =	20 640
328	=	518 000	=	520 000 =	20 720
329	=	520 000	=	522 000 =	20 800
330	=	522 000	=	524 000 =	20 880
331	=	524 000	=	526 000 =	20 960
332	=	526 000	=	528 000 =	21 040
333	=	528 000	=	530 000 =	21 120
334	=	530 000	=	532 000 =	21 200
335	=	532 000	=	534 000 =	21 280
336	=	534 000	=	536 000 =	21 360
337	=	536 000	=	538 000 =	21 440
338	=	538 000	=	540 000 =	21 520
339	=	540 000	=	542 000 =	21 600
340	=	542 000	=	544 000 =	21 680
341	=	544 000		546 000	21 760
342		546 000		548 000	21 840
343	=	548 000		550 000	21 920
344	=	550 000		552 000 =	22 000
345	=	552 000		554 000 =	22 080
346		554 000	=	556 000 =	22 160
347	=	556 000	=	558 000 =	22 240

Einkommensteuerklasse	Jährliches Einkommen	Steuersatz ℳ
348	über 558 000 bis 560 000 ℳ	22 320
349	= 560 000 = 562 000 =	22 400
350	= 562 000 = 564 000 =	22 480
351	= 564 000 = 566 000 =	22 560
352	= 566 000 = 568 000 =	22 640
353	= 568 000 = 570 000 =	22 720
354	= 570 000 = 572 000 =	22 800
355	= 572 000 = 574 000 =	22 880
356	= 574 000 = 576 000 =	22 960
357	= 576 000 = 578 000 =	23 040
358	= 578 000 = 580 000 =	23 120
359	= 580 000 = 582 000 =	23 200
360	= 582 000 = 584 000 =	23 280
361	= 584 000 = 586 000 =	23 360
362	= 586 000 = 588 000 =	23 440
363	= 588 000 = 590 000 =	23 520
364	= 590 000 = 592 000 =	23 600
365	= 592 000 = 594 000 =	23 680
366	= 594 000 = 596 000 =	23 760
367	= 596 000 = 598 000 =	23 840
368	= 598 000 = 600 000 =	23 920
369	= 600 000 = 602 000 =	24 000
370	= 602 000 = 604 000 =	24 080
371	= 604 000 = 606 000 =	24 160
372	= 606 000 = 608 000 =	24 240
373	= 608 000 = 610 000 =	24 320
374	= 610 000 = 612 000 =	24 400
375	= 612 000 = 614 000 =	24 480
376	= 614 000 = 616 000 =	24 560
377	= 616 000 = 618 000 =	24 640
378	= 618 000 = 620 000 =	24 720
379	= 620 000 = 622 000 =	24 800
380	= 622 000 = 624 000 =	24 880
381	= 624 000 = 626 000 =	24 960
382	= 626 000 = 628 000 =	25 040
383	= 628 000 = 630 000 =	25 120
384	= 630 000 = 632 000 =	25 200
385	= 632 000 = 634 000 =	25 280
386	= 634 000 = 636 000 =	25 360
387	= 636 000 = 638 000 =	25 440
388	= 638 000 = 640 000 =	25 520
389	= 640 000 = 642 000 =	25 600
390	= 642 000 = 644 000 =	25 680
391	= 644 000 = 646 000 =	25 760
392	= 646 000 = 648 000 =	25 840
393	= 648 000 = 650 000 =	25 920
394	= 650 000 = 652 000 =	26 000
395	= 652 000 = 654 000 =	26 080
396	= 654 000 = 656 000 =	26 160
397	= 656 000 = 658 000 =	26 240
398	= 658 000 = 660 000 =	26 320
399	= 660 000 = 662 000 =	26 400
400	= 662 000 = 664 000 =	26 480
401	= 664 000 = 666 000 =	26 560
402	= 666 000 = 668 000 =	26 640
403	= 668 000 = 670 000 =	26 720
404	= 670 000 = 672 000 =	26 800
405	= 672 000 = 674 000 =	26 880
406	über 674 000 bis 676 000 ℳ	26 960
407	= 676 000 = 678 000 =	27 040
408	= 678 000 = 680 000 =	27 120
409	= 680 000 = 682 000 =	27 200
410	= 682 000 = 684 000 =	27 280
411	684 000 = 686 000 =	27 360
412	686 000 = 688 000 =	27 440
413	= 688 000 = 690 000 =	27 520
414	= 690 000 = 692 000 =	27 600
415	= 692 000 = 694 000 =	27 680
416	= 694 000 = 696 000 =	27 760
417	= 696 000 = 698 000 =	27 840
418	= 698 000 = 700 000 =	27 920
419	= 700 000 = 702 000 =	28 000
420	= 702 000 = 704 000 =	28 080
421	= 704 000 = 706 000 =	28 160
422	= 706 000 = 708 000 =	28 240
423	= 708 000 = 710 000 =	28 320
424	= 710 000 = 712 000 =	28 400
425	= 712 000 = 714 000 =	28 480
426	= 714 000 = 716 000 =	28 560
427	= 716 000 = 718 000 =	28 640
428	= 718 000 = 720 000	28 720
429	= 720 000 = 722 000 =	28 800
430	= 722 000 = 724 000 =	28 880
431	= 724 000 = 726 000 =	28 960
432	= 726 000 = 728 000 =	29 040
433	= 728 000 = 730 000 =	29 120
434	= 730 000 = 732 000 =	29 200
435	= 732 000 = 734 000 =	29 280
436	= 734 000 = 736 000 =	29 360
437	= 736 000 = 738 000 =	29 440
438	= 738 000 = 740 000 =	29 520
439	= 740 000 = 742 000 =	29 600
440	= 742 000 744 000 =	29 680
441	= 744 000 = 746 000 =	29 760
442	= 746 000 = 748 000 =	29 840
443	= 748 000 = 750 000 =	29 920
444	= 750 000 = 752 000 =	30 000
445	= 752 000 = 754 000 =	30 080
446	= 754 000 = 756 000 =	30 160
447	= 756 000 = 758 000 =	30 240
448	= 758 000 = 760 000 =	30 320
449	= 760 000 = 762 000 =	30 400
450	= 762 000 = 764 000 =	30 480
451	= 764 000 = 766 000 =	30 560
452	= 766 000 = 768 000 =	30 640
453	= 768 000 = 770 000 =	30 720
454	= 770 000 = 772 000 =	30 800
455	= 772 000 = 774 000 =	30 880
456	= 774 000 = 776 000 =	30 960
457	= 776 000 = 778 000 =	31 040
458	= 778 000 = 780 000 =	31 120
459	= 780 000 = 782 000 =	31 200
460	= 782 000 = 784 000 =	31 280
461	= 784 000 = 786 000 =	31 360
462	= 786 000 = 788 000 =	31 440
463	= 788 000 = 790 000 =	31 520

Einkommensteuerklasse	Jährliches Einkommen	Steuersatz ℳ
464	über 790 000 bis 792 000 ℳ	31 600
465	" 792 000 " 794 000 "	31 680
466	" 794 000 " 796 000 "	31 760
467	" 796 000 " 798 000 "	31 840
468	" 798 000 " 800 000 "	31 920
469	" 800 000 " 802 000 "	32 000
470	" 802 000 " 804 000 "	32 080
471	" 804 000 " 806 000 "	32 160
472	" 806 000 " 808 000 "	32 240
473	" 808 000 " 810 000 "	32 320
474	810 000 " 812 000 "	32 400
475	812 000 " 814 000 "	32 480
476	" 814 000 " 816 000 "	32 560
477	" 816 000 " 818 000 "	32 640
478	" 818 000 " 820 000 "	32 720
479	" 820 000 " 822 000 "	32 800
480	" 822 000 " 824 000 "	32 880
481	" 824 000 " 826 000 "	32 960
482	" 826 000 " 828 000 "	33 040
483	" 828 000 " 830 000 "	33 120
484	" 830 000 " 832 000 "	33 200
485	" 832 000 " 834 000 "	33 280
486	" 834 000 " 836 000 "	33 360
487	" 836 000 " 838 000 "	33 440
488	" 838 000 " 840 000 "	33 520
489	" 840 000 " 842 000 "	33 600
490	" 842 000 " 844 000 "	33 680
491	" 844 000 " 846 000 "	33 760
492	" 846 000 " 848 000 "	33 840
493	" 848 000 " 850 000 "	33 920
494	" 850 000 " 852 000 "	34 000
495	" 852 000 " 854 000 "	34 080
496	" 854 000 " 856 000 "	34 160
497	" 856 000 " 858 000 "	34 240
498	" 858 000 " 860 000 "	34 320
499	" 860 000 " 862 000 "	34 400
500	" 862 000 " 864 000 "	34 480
501	" 864 000 " 866 000 "	34 560
502	" 866 000 " 868 000 "	34 640
503	" 868 000 " 870 000 "	34 720
504	" 870 000 " 872 000 "	34 800
505	" 872 000 " 874 000 "	34 880
506	" 874 000 " 876 000 "	34 960
507	" 876 000 " 878 000 "	35 040
508	" 878 000 " 880 000 "	35 120
509	" 880 000 " 882 000 "	35 200
510	" 882 000 " 884 000 "	35 280
511	" 884 000 886 000 "	35 360
512	" 886 000 " 888 000 "	35 440
513	" 888 000 " 890 000 "	35 520
514	" 890 000 " 892 000 "	35 600
515	" 892 000 " 894 000 "	35 680
516	" 894 000 " 896 000 "	35 760
517	über 896 000 bis 898 000 ℳ	35 840
518	" 898 000 " 900 000 "	35 920
519	" 900 000 " 902 000 "	36 000
520	" 902 000 " 904 000 "	36 080
521	" 904 000 " 906 000 "	36 160
522	" 906 000 908 000 "	36 240
523	" 908 000 910 000 "	36 320
524	" 910 000 912 000 "	36 400
525	" 912 000 " 914 000 "	36 480
526	" 914 000 " 916 000 "	36 560
527	" 916 000 " 918 000 "	36 640
528	" 918 000 " 920 000 "	36 720
529	" 920 000 " 922 000 "	36 800
530	" 922 000 " 924 000 "	36 880
531	" 924 000 " 926 000 "	36 960
532	" 926 000 " 928 000 "	37 040
533	" 928 000 " 930 000 "	37 120
534	" 930 000 " 932 000 "	37 200
535	" 932 000 " 934 000 "	37 280
536	" 934 000 " 936 000 "	37 360
537	" 936 000 " 938 000 "	37 440
538	" 938 000 " 940 000 "	37 520
539	" 940 000 " 942 000 "	37 600
540	" 942 000 " 944 000 "	37 680
541	" 944 000 " 946 000 "	37 760
542	" 946 000 " 948 000 "	37 840
543	" 948 000 " 950 000 "	37 920
544	" 950 000 " 952 000 "	38 000
545	" 952 000 " 954 000 "	38 080
546	" 954 000 " 956 000 "	38 160
547	" 956 000 " 958 000 "	38 240
548	" 958 000 " 960 000 "	38 320
549	" 960 000 " 962 000 "	38 400
550	" 962 000 " 964 000 "	38 480
551	" 964 000 " 966 000 "	38 560
552	" 966 000 " 968 000 "	38 640
553	" 968 000 " 970 000 "	38 720
554	" 970 000 " 972 000 "	38 800
555	" 972 000 " 974 000 "	38 880
556	" 974 000 " 976 000 "	38 960
557	" 976 000 " 978 000 "	39 040
558	" 978 000 " 980 000 "	39 120
559	" 980 000 " 982 000 "	39 200
560	" 982 000 " 984 000 "	39 280
561	" 984 000 " 986 000 "	39 360
562	" 986 000 " 988 000 "	39 440
563	" 988 000 " 990 000 "	39 520
564	" 990 000 " 992 000 "	39 600
565	" 992 000 " 994 000 "	39 680
566	" 994 000 " 996 000 "	39 760
567	" 996 000 " 998 000 "	39 840
568	" 998 000 " 1 000 000	39 920

Nr. 48. Verordnung,

die Enteignung von Grundeigenthum zur Herstellung von Schneeschutzanlagen an der Bahnlinie Kieritzsch-Chemnitz betreffend;

vom 13. Juli 1894.

Im Interesse der Sicherheit und Ordnung des Bahnbetriebs an der Bahnlinie Kieritzsch-Chemnitz rechts der Stationen 438 + 40 bis 441 + 80 und ferner 446 + 60 bis 452 macht sich die Herstellung von Schneeschutzanlagen erforderlich.

Da die Verhandlungen, welche wegen freihändiger Erwerbung des zu dieser Anlage erforderlichen Grund und Bodens mit den betreffenden Grundstücksbesitzern gepflogen worden sind, zu einem Erfolge nicht geführt haben, so wird mit Allerhöchster Genehmigung von dem Ministerium des Innern auf Grund von § 2 des Gesetzes, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung bestehender Eisenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (G.- u. V.-Bl. S. 120) Folgendes verordnet:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1855 sind nach Maßgabe des von dem Ministerium des Innern genehmigten Planes auf die geplante Schneeschutzanlage an der Bahnlinie Kieritzsch-Chemnitz in Anwendung zu bringen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Expropriation für diese Anlage zu beobachtenden Verfahrens und der diesfallsigen Instruktion der Behörde und der Taxatoren ist allenthalben den Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Von der im § 1 erwähnten Anlage werden die Fluren

Heiersdorf,
Burkersdorf,
Mohsdorf

betroffen.

Dresden, den 13. Juli 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Kreher.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen.
9. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 49. Verordnung, die Stiftung eines tragbaren Ehrenzeichens für Arbeiter und Dienstboten betr. S. 157.

Nr. 49. Verordnung,

die Stiftung eines tragbaren Ehrenzeichens für Arbeiter und Dienstboten betreffend;

vom 10. August 1894.

Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Königs wird vom Ministerium des Innern vom 1. September dieses Jahres an ein tragbares Ehrenzeichen an Arbeiter und Dienstboten verliehen und wird zu diesem Zwecke Folgendes verordnet:

§ 1. Das Ehrenzeichen ist für Solche bestimmt, welche nach vollendetem fünfundzwanzigsten Lebensjahre dreißig Jahre ununterbrochen in einem und demselben Arbeits- beziehentlich Dienstverhältnisse gestanden haben und unbescholten und königstreu gesinnt sind.

§ 2. Das Ehrenzeichen besteht in einer silbernen Medaille, deren Vorderseite das Bildniß Seiner Majestät des Königs zeigt und deren Rückseite die Aufschrift: „Für Treue in der Arbeit“ enthält.

§ 3. Die Inhaber des Ehrenzeichens sind berechtigt, dasselbe und zwar die Männer an einem einfarbigen grünen Bande auf der linken Seite der Brust, die Frauen aber an einem schwarzsammtnen Bande um den Hals sowohl in als außer der Arbeit beziehentlich dem Dienste und nach Austritt aus dem Arbeits- beziehentlich Dienstverhältnisse zu tragen.

Das Tragen des grünen Bandes ohne das Ehrenzeichen ist nicht gestattet.

Eine Rücklieferung des Ehrenzeichens nach dem Tode des Inhabers findet nicht statt.

Ausgegeben zu Dresden den 20. August 1894.

§ 4. Ueber die Verleihung des Ehrenzeichens wird eine besondere Urkunde ausgefertigt.

§ 5. Die gesetzlichen Vorschriften über den dauernden Verlust von Orden und Ehrenzeichen finden auch auf das Ehrenzeichen für Arbeiter und Dienstboten Anwendung.

§ 6. Zum Umtausch der zeitherigen Medaille gegen die neue tragbare Medaille ist Genehmigung des Ministeriums des Innern erforderlich, welche nur ertheilt wird, wenn die in § 1 bezeichneten Voraussetzungen noch allenthalben vorhanden sind.

Dresden, den 10. August 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Gersdorf.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen.

10. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 50. Verordnung, die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker betr. S. 159.

Nr. 50. Verordnung,

die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker betreffend;

vom 23. Juli 1894.

Mit Allerhöchster Genehmigung werden in Gemäßheit einer Vereinbarung der Bundesregierungen in der Sitzung des Bundesrathes vom 22. Februar 1894 die nachstehend abgedruckten Vorschriften über die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker getroffen.

Dieselben treten mit dem 1. Oktober dieses Jahres in Kraft.

Die Zentralbehörde im Sinne dieser Vorschriften bilden die Ministerien des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts, welche auch den Befähigungsausweis ausstellen.

Es werden Kommissionen sowohl für die Vorprüfung als auch für die Hauptprüfung der Nahrungsmittel-Chemiker in Leipzig und in Dresden gebildet. Die Vorsitzenden und die Mitglieder der Kommissionen werden von den Ministerien des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts ernannt; die Namen der Vorsitzenden sind im Dresdner Journal und in der Leipziger Zeitung bekannt zu machen.

Die Gesuche um Zulassung zur Vorprüfung sind bei dem Vorsitzenden der Kommission einzureichen.

Als staatliche Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln im Sinne von § 16 Absatz 1 Ziffer 4 der Vorschriften gelten die Chemische Zentralstelle für öffentliche Gesundheitspflege in Dresden und das Hygienische Institut an der Universität Leipzig. Denselben werden gemäß § 16 Absatz 4 der Vorschriften die Landwirthschaftliche Untersuchungsstation zu Möckern und die Agrikulturtechnische Versuchsstation zu Pommritz gleichgestellt.

Ausgegeben zu Dresden den 13. September 1894.

Für den Zeitraum eines Jahres vom 1. Oktober 1894 ab gelten folgende Uebergangsbestimmungen: Den als Leiter staatlicher Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln angestellten Sachverständigen wird der Befähigungsausweis unter Verzicht auf die Prüfungen und deren Vorbedingungen ertheilt; den Leitern anderer als staatlicher Anstalten der vorbezeichneten Art jedoch nur, sofern sie nicht mit ihrem Einkommen ganz oder zum Theil auf die Einnahmen aus den Untersuchungsgebühren angewiesen sind. Hinsichtlich anderer als der vorgenannten Sachverständigen ist die Ertheilung des Befähigungsausweises unter gänzlichem oder theilweisem Verzicht auf die Prüfungen und deren Vorbedingungen davon abhängig, daß dieselben nach dem Gutachten einer der für die Prüfung von Nahrungsmittel-Chemikern eingesetzten Kommissionen nach ihrer wissenschaftlichen Vorbildung und praktischen Uebung im wesentlichen den Anforderungen genügen, welche die neuen Bestimmungen an geprüfte Nahrungsmittel-Chemiker stellen. Personen der vorgenannten Art haben ihre Gesuche um Ausstellung des Befähigungsausweises mit den erforderlichen Nachweisen bei dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts einzureichen.

Die Chemiker, welche den Befähigungsausweis erworben haben, sollen vornehmlich bei der öffentlichen Bestellung (§ 36 der Reichsgewerbeordnung) von Sachverständigen für Nahrungsmittel-Chemie, ferner bei der Auswahl von Gutachtern für die mit der Handhabung des Nahrungsmittelgesetzes in Verbindung stehenden chemischen Fragen, sowie bei der Auswahl der Arbeitskräfte für die öffentlichen Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln (§ 17 des Reichsgesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879) eine vorzugsweise Berücksichtigung finden.

Dresden, am 23. Juli 1894.

Die Ministerien
des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Für den Minister: **v. Seydewitz.**
v. Bosse.

Hausmann.

Vorschriften,

betreffend die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker.

§ 1. Ueber die Befähigung zur chemisch-technischen Beurtheilung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen (Reichsgesetz vom 14. Mai 1879, R.-G.-Bl. S. 145) wird demjenigen, welcher die in Folgendem vorgeschriebenen Prüfungen bestanden hat, ein Ausweis nach dem beiliegenden Muster ertheilt.

§ 2. Die Prüfungen bestehen in einer Vorprüfung und einer Hauptprüfung.

Die Hauptprüfung zerfällt in einen technischen und einen wissenschaftlichen Abschnitt.

A. Vorprüfung.

§ 3. Die Kommission für die Vorprüfung besteht unter dem Vorsitz eines Verwaltungsbeamten aus einem oder zwei Lehrern der Chemie und je einem Lehrer der Botanik und der Physik.

Der Vorsitzende leitet die Prüfung und ordnet bei Behinderung eines Mitgliedes dessen Vertretung an.

§ 4. In jedem Studienhalbjahr finden Prüfungen statt.

Gesuche, welche später als vier Wochen vor dem amtlich festgesetzten Schluß der Vorlesungen eingehen, haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung im laufenden Halbjahr.

Die Prüfung kann nur bei der Prüfungskommission derjenigen Lehranstalt, bei welcher der Studirende eingeschrieben ist oder zuletzt eingeschrieben war, abgelegt werden.

§ 5. Dem Gesuche sind beizufügen:

1. Das Zeugniß der Reife von einem Gymnasium, einem Realgymnasium, einer Oberrealschule oder einer durch Beschluß des Bundesraths als gleichberechtigt anerkannten anderen Lehranstalt des Reichs.

Das Zeugniß der Reife einer gleichartigen außerdeutschen Lehranstalt kann ausnahmsweise für ausreichend erachtet werden.

2. Der durch Abgangszeugnisse oder, soweit das Studium noch fortgesetzt wird, durch das Anmeldebuch zu führende Nachweis eines naturwissenschaftlichen Studiums von sechs Halbjahren, deren letztes indessen zur Zeit der Einreichung des Gesuchs noch

nicht abgeschlossen zu sein braucht. Das Studium muß auf Universitäten oder auf technischen Hochschulen des Reichs zurückgelegt sein.

Ausnahmsweise kann das Studium auf einer gleichartigen außerdeutschen Lehranstalt oder die einem anderen Studium gewidmete Zeit in Anrechnung gebracht werden.

3. Der durch Zeugnisse der Laboratoriumsvorsteher zu führende Nachweis, daß der Studirende mindestens fünf Halbjahre in chemischen Laboratorien der unter Nr. 2 bezeichneten Lehranstalten gearbeitet hat.

§ 6. Der Vorsitzende der Prüfungskommission entscheidet über die Zulassung und verfügt die Ladung des Studirenden. Letztere erfolgt mindestens zwei Tage vor der Prüfung, unter Beifügung eines Abdrucks dieser Bestimmungen. Die Prüfung kann nach Beginn der letzten sechs Wochen des sechsten Studienhalbjahres stattfinden.

Zu einem Prüfungstermin werden nicht mehr als vier Prüflinge zugelassen.

Wer in dem Termin ohne ausreichende Entschuldigung nicht rechtzeitig erscheint, wird in dem laufenden Prüfungshalbjahr zur Prüfung nicht mehr zugelassen.

§ 7. Die Prüfung erstreckt sich auf

unorganische, organische und analytische Chemie, Botanik, Physik.

Bei der Prüfung in der unorganischen Chemie ist auch die Mineralogie zu berücksichtigen.

Die Prüfung ist mündlich; der Vorsitzende und zwei Mitglieder müssen bei derselben ständig zugegen sein.

Die Dauer der Prüfung beträgt für jeden Prüfling etwa eine Stunde, wovon die Hälfte auf Chemie, je ein Viertel auf Botanik und Physik entfällt.

Wer die Prüfung für das höhere Lehramt bestanden hat, wird, sofern er in Chemie oder Botanik die Befähigung zum Unterricht in allen Klassen oder in Physik die Befähigung zum Unterricht in den mittleren Klassen erwiesen hat, in dem betreffenden Fach nicht geprüft.

§ 8. Die Gegenstände und das Ergebniß der Prüfung werden von dem Examinator für jeden Geprüften in ein Protokoll eingetragen, welches von dem Vorsitzenden und sämmtlichen Mitgliedern der Kommission zu unterzeichnen ist.

Die Zensur wird für das einzelne Fach von dem Examinator ertheilt, und zwar unter ausschließlicher Anwendung der Prädikate „sehr gut", „gut", „genügend" oder „ungenügend".

Wenn in der Chemie von zwei Lehrern geprüft wird, haben beide sich über die Zensur für das gesammte Fach zu einigen. Gelingt dies nicht, so entscheidet die Stimme desjenigen Examinators, welcher die geringere Zensur ertheilt hat.

§ 9. Ist die Prüfung nicht bestanden, so findet eine Wiederholungsprüfung statt. Dieselbe erstreckt sich, wenn die Zensur in der ersten Prüfung für Chemie und für ein zweites Fach „ungenügend" war, auf sämmtliche Gegenstände der Vorprüfung und findet dann nicht vor Ablauf von sechs Monaten statt.

In allen anderen Fällen beschränkt sich die Wiederholungsprüfung auf die nicht bestandenen Fächer. Die Frist, vor deren Ablauf sie nicht stattfinden darf, beträgt mindestens zwei und höchstens sechs Monate und wird von dem Vorsitzenden nach Benehmen mit dem Examinator festgesetzt. Meldet sich der Prüfling ohne eine nach dem Urtheil des Vorsitzenden ausreichende Entschuldigung innerhalb des nächstfolgenden Studiensemesters nach Ablauf der Frist nicht rechtzeitig (§ 4) zur Prüfung, so hat er die ganze Prüfung zu wiederholen.

Lautet in jedem Fache die Zensur mindestens „genügend", so ist die Prüfung bestanden. Als Schlußzensur wird ertheilt

„sehr gut", wenn die Zensur für Chemie und ein anderes Fach „sehr gut", für das dritte Fach mindestens „gut" lautet;

„gut", wenn die Zensur nur in Chemie „sehr gut" oder in Chemie und noch einem Fach mindestens „gut" lautet;

„genügend" in allen übrigen Fällen.

§ 10. Tritt ein Prüfling ohne eine nach dem Urtheil des Vorsitzenden ausreichende Entschuldigung im Laufe der Prüfung zurück, so hat er dieselbe vollständig zu wiederholen. Die Wiederholung ist vor Ablauf von sechs Monaten nicht zulässig.

§ 11. Die Wiederholung der ganzen Prüfung kann auch bei einer anderen Prüfungskommission geschehen. Die Wiederholung der Prüfung in einzelnen Fächern muß bei derselben Kommission stattfinden.

Eine mehr als zweimalige Wiederholung der ganzen Prüfung oder der Prüfung in einem Fache ist nicht zulässig.

Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen können aus besonderen Gründen gestattet werden.

§ 12. Ueber den Ausfall der Prüfung wird ein Zeugniß ertheilt. Ist die Prüfung ganz oder theilweise zu wiederholen, so wird statt einer Gesammtzensur die Wiederholungsfrist in dem Zeugniß vermerkt. Dieser Vermerk ist, falls der Prüfling bei einer akademischen Lehranstalt nicht mehr eingeschrieben ist, auch in das letzte Abgangszeugniß einzutragen. Ist der Prüfling bei einer akademischen Lehranstalt noch eingeschrieben, so hat der Vorsitzende den Ausfall der Prüfung und die Wiederholungsfristen alsbald der Anstaltsbehörde mitzutheilen. Von dieser ist, falls der Studirende vor vollständig

bestandener Vorprüfung die Lehranstalt verläßt, ein entsprechender Vermerk in das Abgangszeugniß einzutragen.

§ 13. An Gebühren sind für die Vorprüfung vor Beginn derselben 30 ℳ zu entrichten.

Für Prüflinge, welche das Befähigungszeugniß für das höhere Lehramt besitzen, betragen in den im § 7 Absatz 5 vorgesehenen Fällen die Gebühren 20 ℳ. Dasselbe gilt für die Wiederholung der Prüfung in einzelnen Fächern (§ 9 Absatz 2).

B. Hauptprüfung.

§ 14. Die Kommission für die Hauptprüfung besteht unter dem Vorsitz eines Verwaltungsbeamten aus zwei Chemikern, von denen einer auf dem Gebiete der Untersuchung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen praktisch geschult ist und aus einem Vertreter der Botanik.

Der Vorsitzende leitet die Prüfung und ordnet bei Behinderung eines Mitgliedes dessen Vertretung an.

§ 15. Die Prüfungen beginnen jährlich im April und enden im Dezember.

Die Prüfung kann vor jeder Prüfungskommission abgelegt werden.

Die Gesuche um Zulassung sind bei dem Vorsitzenden bis zum 1. April einzureichen. Wer die Vorbereitungszeit erst mit dem September beendigt, kann ausnahmsweise noch im laufenden Prüfungsjahre zur Prüfung zugelassen werden, sofern die Meldung vor dem 1. Oktober erfolgt.

§ 16. Der Meldung sind beizufügen:

1. ein kurzer Lebenslauf;
2. die in § 5 Nr. 1 bis 3 aufgeführten Nachweise;
3. das Zeugniß über die Vorprüfung (§ 12);
4. Zeugnisse der Laboratoriums- oder Anstaltsvorsteher darüber, daß der Prüfling vor oder nach der Vorprüfung an einer der im § 5 Nr. 2 bezeichneten Lehranstalten mindestens ein Halbjahr an Mikroskopirübungen Theil genommen und nach bestandener Vorprüfung mindestens drei Halbjahre mit Erfolg an einer staatlichen Anstalt zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln thätig gewesen ist.

Wer die Prüfung als Apotheker mit dem Prädikat „sehr gut“ bestanden hat, bedarf, sofern er die im § 5 Nr. 2 bezeichnete Vorbedingung erfüllt hat, der im § 5 Nr. 1 und 3 vorgesehenen Nachweise sowie des Zeugnisses über die Vorprüfung nicht. Wer die Befähigung für das höhere Lehramt in Chemie und Botanik für alle Klassen und in Physik für die mittleren Klassen dargethan hat, bedarf, sofern er den im § 5 unter Nr. 3 vorgesehenen Nachweis erbringt, des Zeugnisses über die Vorprüfung nicht. Wer an

einer technischen Hochschule die Diplom- (Absolutorial-) Prüfung für Chemiker bestanden hat, bedarf des Zeugnisses über die Vorprüfung nicht, wenn die bestehenden Prüfungsvorschriften als ausreichend anerkannt sind.

Wer nach der Vorprüfung ein halbes Jahr an einer Universität oder technischen Hochschule dem naturwissenschaftlichen Studium, verbunden mit praktischer Laboratoriumsthätigkeit, gewidmet hat, bedarf nur für zwei Halbjahre des Nachweises über eine praktische Thätigkeit an Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln.

Den staatlichen Anstalten dieser Art können von der Zentralbehörde sonstige Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie landwirthschaftliche Untersuchungsanstalten gleichgestellt werden.

§ 17. Der Vorsitzende der Kommission entscheidet über die Zulassung des Studirenden. Dieser hat sich bei dem Vorsitzenden persönlich zu melden.

Die Zulassung zur Prüfung ist zu versagen, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Bezug auf die Ausübung des Berufs als Nahrungsmittel-Chemiker darthun.

§ 18. Die Prüfung ist nicht öffentlich. Sie beginnt mit dem technischen Abschnitt. Nur wer diesen Abschnitt bestanden hat, wird zu dem wissenschaftlichen Abschnitt zugelassen. Zwischen beiden Abschnitten soll ein Zeitraum von höchstens drei Wochen liegen; jedoch kann der Vorsitzende aus besonderen Gründen eine längere Frist, ausnahmsweise auch eine Unterbrechung bis zur nächsten Prüfungsperiode gewähren.

§ 19. Die technische Prüfung wird in einem mit den erforderlichen Mitteln ausgestatteten Staatslaboratorium abgehalten. Es dürfen daran gleichzeitig nicht mehr als acht Kandidaten theilnehmen.

Die Prüfung umfaßt vier Theile. Der Prüfling muß sich befähigt erweisen:

1. eine, ihren Bestandtheilen nach dem Examinator bekannte chemische Verbindung oder eine künstliche, zu diesem Zweck besonders zusammengesetzte Mischung qualitativ zu analysiren und mindestens vier einzelne Bestandtheile der von dem Kandidaten bereits qualitativ untersuchten oder einer anderen dem Examinator in Bezug auf Natur und Mengenverhältniß der Bestandtheile bekannten chemischen Verbindung oder Mischung quantitativ zu bestimmen;

2. die Zusammensetzung eines ihm vorgelegten Nahrungs- oder Genußmittels qualitativ und quantitativ zu bestimmen;

3. die Zusammensetzung eines Gebrauchsgegenstandes aus dem Bereich des Gesetzes vom 14. Mai 1879 qualitativ und nach dem Ermessen des Examinators auch quantitativ zu bestimmen;

4. einige Aufgaben auf dem Gebiete der allgemeinen Botanik (der pflanzlichen Systematik, Anatomie und Morphologie) mit Hülfe des Mikroskops zu lösen.

Die Prüfung wird in der hier angegebenen Reihenfolge ohne mehrtägige Unterbrechung erledigt. Zu einem späteren Theil wird nur zugelassen, wer den vorhergehenden Theil bestanden hat.

Die Aufgaben sind so zu wählen, daß die Prüfung in vier Wochen abgeschlossen werden kann.

Sie werden von den einzelnen Examinatoren bestimmt und erst bei Beginn jedes Prüfungstheils bekannt gegeben. Die technische Lösung der Aufgabe des ersten Theils muß, soweit die qualitative Analyse in Betracht kommt, in einem Tage, diejenige der übrigen Aufgaben innerhalb der vom Examinator bei Ueberweisung der einzelnen Aufgaben festzusetzenden Frist beendet sein.

Die Aufgaben und die gesetzten Fristen sind gleichzeitig dem Vorsitzenden von den Examinatoren schriftlich mitzutheilen.

Die Prüfung erfolgt unter Klausur dergestalt, daß der Kandidat die technischen Untersuchungen unter ständiger Anwesenheit des Examinators oder eines Vertreters desselben zu Ende führt und die Ergebnisse täglich in ein von dem Examinator gegenzuzeichnendes Protokoll einträgt.

§ 20. Nach Abschluß der technischen Untersuchungen (§ 19) hat der Kandidat in einem schriftlichen Bericht den Gang derselben und den Befund zu beschreiben, auch die daraus zu ziehenden Schlüsse darzulegen und zu begründen. Die schriftliche Ausarbeitung kann für die beiden Analysen des ersten Theils zusammengefaßt werden, falls dieselbe Substanz qualitativ und quantitativ bestimmt worden ist; sie hat sich für Theil 4 auf eine von dem Examinator zu bezeichnende Aufgabe zu beschränken. Die Berichte über die Theile 1, 2 und 3 sind je binnen drei Tagen nach Abschluß der Laboratoriumsarbeiten, der Bericht über die mikroskopische Aufgabe (Theil 4) binnen 2 Tagen, mit Namensunterschrift versehen, dem Examinator zu übergeben.

Der Kandidat hat bei jeder Arbeit die benutzte Literatur anzugeben und eigenhändig die Versicherung hinzuzufügen, daß er die Arbeit ohne fremde Hülfe angefertigt hat.

§ 21. Die Arbeiten werden von den Fachexaminatoren zensirt und mit den Untersuchungsprotokollen und Zensuren dem Vorsitzenden der Kommission binnen einer Woche nach Empfang vorgelegt.

§ 22. Die wissenschaftliche Prüfung ist mündlich. Der Vorsitzende und zwei Mitglieder der Kommission müssen bei derselben ständig zugegen sein. Zu einem Termin werden nicht mehr als vier Kandidaten zugelassen.

Die Prüfung erstreckt sich:

1. auf die unorganische, organische und analytische Chemie mit besonderer Berücksichtigung der bei der Zusammensetzung der Nahrungs- und Genußmittel in Betracht kommenden chemischen Verbindungen, der Nährstoffe und ihrer Umsetzungsprodukte, sowie auch die Ermittelung der Aschenbestandtheile und der Gifte mineralischer und organischer Natur;

2. auf die Herstellung und die normale und abnorme Beschaffenheit der Nahrungs- und Genußmittel, sowie der unter das Gesetz vom 14. Mai 1879 fallenden Gebrauchsgegenstände. Hierbei ist auch auf die sogenannten landwirthschaftlichen Gewerbe (Bereitung von Molkereiprodukten, Bier, Wein, Branntwein, Stärke, Zucker u. dergl. m.) einzugehen;

3. auf die allgemeine Botanik (pflanzliche Systematik, Anatomie und Morphologie) mit besonderer Berücksichtigung der pflanzlichen Rohstofflehre (Droguenkunde u. dergl.), sowie ferner auf die bakteriologischen Untersuchungsmethoden des Wassers und der übrigen Nahrungs- und Genußmittel, jedoch unter Beschränkung auf die einfachen Kulturverfahren;

4. auf die den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen regelnden Gesetze und Verordnungen, sowie auf die Grenzen der Zuständigkeit des Nahrungsmittel-Chemikers im Verhältniß zum Arzt, Thierarzt und anderen Sachverständigen, endlich auf die Organisation der für die Thätigkeit eines Nahrungsmittel-Chemikers in Betracht kommenden Behörden.

Die Prüfung in den ersten drei Fächern wird von den Fachexaminatoren, im vierten Fache von dem Vorsitzenden, geeignetenfalls unter Betheiligung des einen oder anderen Fachexaminators abgehalten. Die Dauer der Prüfung beträgt für jeden Kandidaten in der Regel nicht über eine Stunde.

§ 23. Für jeden Kandidaten wird über jeden Prüfungsabschnitt ein Protokoll unter Anführung der Prüfungsgegenstände und der Zensuren, bei der Zensur „ungenügend" unter kurzer Angabe ihrer Gründe aufgenommen.

§ 24. Ueber den Ausfall der Prüfung in den einzelnen Theilen des technischen Abschnitts und in den einzelnen Fächern des wissenschaftlichen Abschnitts werden von den betreffenden Examinatoren Zensuren unter ausschließlicher Anwendung der Prädikate „sehr gut", „gut", „genügend", „ungenügend" ertheilt.

Für Botanik und Bakteriologie muß die gemeinsame Zensur, wenn bei getrennter Beurtheilung in einem dieser Zweige „ungenügend" gegeben werden würde, „ungenügend" lauten.

§ 25. Ist die Prüfung in einem Theile des technischen Abschnitts nicht bestanden, so findet eine Wiederholungsprüfung statt. Die Frist, vor deren Ablauf die Wiederholungs-

prüfung nicht erfolgen darf, beträgt mindestens drei Monate und höchstens ein Jahr; sie wird von dem Vorsitzenden nach Benehmen mit dem Examinator festgesetzt.

Hat der Kandidat die Prüfung in einem Fache des wissenschaftlichen Abschnitts nicht bestanden, so kann er nach Ablauf von sechs Wochen zu einer Nachprüfung zugelassen werden. Die Nachprüfung findet in Gegenwart des Vorsitzenden und der betheiligten Fachexaminatoren statt. Besteht der Kandidat auch in der Nachprüfung nicht, oder versäumt er es, ohne ausreichende Entschuldigung sich innerhalb 14 Tagen nach Ablauf der für die Nachprüfung gestellten Frist zu melden, so hat er die Prüfung in dem ganzen Abschnitt zu wiederholen. Dasselbe gilt, wenn der Kandidat die Prüfung in mehr als einem Fache dieses Abschnitts nicht bestanden hat. Die Wiederholung ist vor Ablauf von sechs Monaten nicht zulässig.

§ 26. Erfolgt die Meldung zur Wiederholung eines Prüfungstheils nicht spätestens in dem nächsten Prüfungsjahre, so muß die ganze Prüfung von neuem abgelegt werden.

Wer bei der Wiederholung nicht besteht, wird zu einer weiteren Prüfung nicht zugelassen.

Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen können aus besonderen Gründen gestattet werden.

§ 27. Nachdem die Prüfung in allen Theilen bestanden ist, ermittelt der Vorsitzende aus den Einzelzensuren die Schlußzensur, wobei die Zensuren für jeden einzelnen Theil des ersten Abschnitts doppelt gezählt werden, so daß im ganzen zwölf Einzelzensuren sich ergeben.

Die Schlußzensur „sehr gut" darf nur dann gegeben werden, wenn die Mehrzahl der Einzelzensuren „sehr gut", alle übrigen „gut" lauten; die Schlußzensur „gut" nur dann, wenn die Mehrzahl mindestens „gut" oder wenigstens sechs Einzelzensuren „sehr gut" lauten. In allen übrigen Fällen wird die Schlußzensur „genügend" gegeben.

Nach Feststellung der Schlußzensur legt der Vorsitzende die Prüfungsverhandlungen derjenigen Behörde vor, welche den Ausweis über die Befähigung als Nahrungsmittel-Chemiker (§ 1) ertheilt.

§ 28. Wer einen Prüfungstermin oder die im § 17 vorgesehene Frist ohne ausreichende Entschuldigung versäumt, wird in dem laufenden Prüfungsjahr zur Prüfung nicht mehr zugelassen. Der Vorsitzende hat die Zurückstellung bei der im § 27 bezeichneten Behörde zu beantragen, falls er die Entschuldigung nicht für ausreichend hält.

Tritt ein Prüfling ohne ausreichende Entschuldigung von einem begonnenen Prüfungsabschnitt zurück, oder hält er eine der im § 19 Absatz 4 und § 20 vorgesehenen Fristen nicht ein, so hat dies die Wirkung, als wenn er in allen Theilen des Abschnitts die Zensur „ungenügend" erhalten hätte.

§ 29. Die Prüfung darf nur bei derjenigen Kommission fortgesetzt und wiederholt werden, bei welcher sie begonnen ist. Ausnahmen können aus besonderen Gründen gestattet werden.

Die mit dem Zulassungsgesuch eingereichten Zeugnisse werden dem Kandidaten nach bestandener Gesammtprüfung zurückgegeben. Verlangt er sie früher zurück, so ist, falls die Zulassung zur Prüfung bereits ausgesprochen war, vor der Rückgabe in die Urschrift des letzten akademischen Abgangszeugnisses ein Vermerk hierüber, sowie über den Ausfall der schon zurückgelegten Prüfungstheile einzutragen.

§ 30. An Gebühren sind für die Hauptprüfung vor Beginn derselben 180 ℳ zu entrichten. Davon entfallen:

I. auf den technischen Abschnitt
für jeden der ersten drei Theile 25 ℳ, für den vierten Theil 15 ℳ,
II. auf den wissenschaftlichen Abschnitt 30 ℳ,
III. auf allgemeine Kosten 60 ℳ.

Wer von der Prüfung zurücktritt oder zurückgestellt wird, erhält die Gebühren für die noch nicht begonnenen Prüfungstheile ganz, die allgemeinen Kosten zur Hälfte zurück, letztere jedoch nur dann, wenn der dritte Theil des technischen Abschnitts noch nicht begonnen war.

Bei einer Wiederholung sind die Gebührensätze für diejenigen Prüfungstheile, welche wiederholt werden, und außerdem je 15 ℳ für jeden zu wiederholenden Prüfungstheil auf allgemeine Kosten zu entrichten. Für die Nachprüfung in einem Fache des wissenschaftlichen Abschnitts sind 15 ℳ zu zahlen.

§ 31. Ueber die Zulassung der in vorstehenden Bestimmungen vorgesehenen Ausnahmen entscheidet die Zentralbehörde.

Ausweis
für geprüfte Nahrungsmittel-Chemiker.

Dem Herrn . . . . . aus . . . . . wird hierdurch bescheinigt, daß er seine Befähigung zur chemisch-technischen Untersuchung und Beurtheilung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen durch die vor der . . . . . Prüfungskommission zu . . . . . mit dem Prädikate . . . . . abgelegte Prüfung nachgewiesen hat.

. . . . . , den . . . ten . . . . . 18 . .

. . . . . .

(Siegel und Unterschrift der bescheinigenden Behörde.)

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne in Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen.

11. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 51. Verordnung, die Aufstellung von Petroleum-, Benzin- und Gasmotoren betr. S. 171. — Nr. 52. Verordnung, Befugnißertheilung zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betr. S. 173. — Nr. 53. Bekanntmachung, die Gegenzeichnung der auf Grund des Gesetzes vom 2. April 1894 auszugebenden Staats-Schuldverschreibungen über 3prozentige Renten betr. S. 173. — Nr. 54. Verordnung, die Eintragung der Staatsforstreviere in das Grundbuch betr. S. 174. — Nr. 55. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung des Bahnhofs Chemnitz durch Herstellung einer Rangieranlage bei Siegmar betr. S. 176.

Nr. 51. Verordnung,

die Aufstellung von Petroleum-, Benzin- und Gasmotoren betreffend;

vom 11. September 1894.

§ 1. Zur Aufstellung von Petroleum-, Benzin- und Gasmotoren, mögen sie zum Gewerbebetrieb bestimmt sein oder nicht, ist die Genehmigung der Polizeibehörde (der Amtshauptmannschaft beziehentlich in Städten mit Revidirter Städteordnung des Stadtraths) erforderlich.

Bereits in Betrieb befindliche dergleichen Motoren sind bis 31. Dezember laufenden Jahres bei der Polizeibehörde anzumelden.

§ 2. Dem Genehmigungsgesuche sind beizufügen:

a) ein Lageplan, welcher die den Ort der Aufstellung des Motors umgebenden Grundstücke mit den etwa darauf befindlichen Gebäuden in einem die hinreichende Deutlichkeit gewährenden Maßstab nachweist, und über die Zwecke, zu denen die Nachbargebäude benutzt werden, Aufschluß giebt;

b) eine mit Maßstab versehene Bauzeichnung mit Grundriß und Vertikalschnitt des Lokals, in welchem der Motor aufgestellt werden soll, sowie mit Angabe des

Standortes, welcher für den Motor in Aussicht genommen ist und der Lage des Auspuffrohres der Maschine;

c) eine Beschreibung, welche Angaben über die Leistungsfähigkeit des Motors sowie darüber enthalten muß, ob er unter Verwendung von Petroleum, Benzin oder Gas betrieben werden soll.

Lageplan und Bauzeichnung müssen auf Pausleinwand ausgeführt sein.

Die gleiche Genehmigung ist erforderlich, wenn ein bereits genehmigter Petroleum-, Benzin- oder Gasmotor an einem anderen Aufstellungsort in Betrieb genommen werden soll.

Wegen Begutachtung der Genehmigungsgesuche haben sich die Polizeibehörden lediglich an die Gewerbe-Inspektion zu wenden.

§ 3. Die Polizeibehörden sind befugt, diejenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der im § 120a des Gesetzes vom 1. Juni 1891 (R.-G.-Bl. S. 261) enthaltenen Grundsätze oder der hierzu erlassenen besonderen Vorschriften erforderlich und nach der Beschaffenheit der Motorenanlage ausführbar erscheinen, sowie welche geeignet sind, die Nachbarschaft gegen Belästigungen durch ausströmende Gase zu schützen.

§ 4. Für die Ertheilung der nach § 1 erforderlichen Genehmigung hat die Polizeibehörde einen Kostenbetrag von 1 bis 6 ℳ in Ansatz zu bringen. Außerdem sind für die Begutachtung der Eingaben 3 bis 6 ℳ zur Staatskasse einzuziehen.

§ 5. Mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft, wer einen der im § 1 erwähnten Motoren ohne vorgängige Genehmigung aufstellt, oder die wesentlichen Bedingungen, unter welchen die Genehmigung ertheilt worden ist, nicht innehält, oder ohne neue Genehmigung den Motor an einem anderen Aufstellungsort in Betrieb nimmt.

Dresden, am 11. September 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Edelmann.

Nr. 52. Verordnung

zu weiterer Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betreffend;

vom 17. September 1894.

Mit Allerhöchster Genehmigung wird in weiterer Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 131), hiermit bestimmt, daß die Vorstände der Staats-Aichämter zu denjenigen Beamten gehören, mit deren Stellen das erwähnte Befugniß ein und für allemal verbunden ist.

Dresden, am 17. September 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Paulig.

Nr. 53. Bekanntmachung,

die Gegenzeichnung der auf Grund des Gesetzes vom 2. April 1894 auszugebenden Staats-Schuldverschreibungen über 3prozentige Renten betreffend;

vom 8. Oktober 1894.

In Gemäßheit von § 17 Absatz 2 des Gesetzes vom 29. September 1834 (Samml. d. G. u. V. S. 211 flg.) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Buchhalter bei der Staatsschulden-Verwaltung Karl Bernhard Anger beauftragt worden ist, die Gegenzeichnung der auf Grund des Gesetzes vom 2. April 1894 auszugebenden Staats-Schuldverschreibungen über 3prozentige jährliche Renten an

Stelle des Oberbuchhalters, Rechnungsrathes Dittrich, vorzunehmen, soweit letzterer hieran behindert ist.

Dresden, den 8. Oktober 1894.

Finanz-Ministerium.

v. Thümmel.

Winkler.

Nr. 54. Verordnung,

die Eintragung der Staatsforstreviere in das Grundbuch betreffend;

vom 16. Oktober 1894.

Im Einverständnisse mit dem Finanz-Ministerium wird Nachstehendes verordnet:

I.

§ 3 der Verordnung, die Anlegung von Grundbuchsfolien für die Staatsforstreviere betreffend, vom 4. August 1866 (G.- u. V.-Bl. S. 192 flg.) erhält folgende Fassung:

§ 3. Als Bestandtheile der Staatsforstreviere sind in der ersten Rubrik des Foliums aufzuführen:

a) alle eine zusammenhängende Fläche bildenden Reviertheile, die in den im Finanz-Ministerium aufgestellten Flächenverzeichnissen mit aufrecht stehenden großen lateinischen Buchstaben (Antiqua-Buchstaben) oder mit römischen Ziffern und überdies in der Regel mit besonderen Namen bezeichnet sind, und zwar mit diesen Bezeichnungen,

b) die Zubehörungen eines Reviertheils, die außerhalb seiner Grenzen (isolirt) liegen, d. h. vollständig von nicht forstfiskalischem Grund und Boden umschlossen sind (Exclaven),

c) die Forsthäuser und sonstigen Baulichkeiten, die eine Brandkatasternummer führen, mit der Brandkatasternummer (zu vergl. § 6) und zwar auch dann, wenn sie in einem Reviertheile liegen, der nach den Bestimmungen unter a und b als besonderer Bestandtheil aufzuführen ist, oder wenn sie mit einem solchen Reviertheile zusammenhängen.

Die Exclaven (unter b) werden in den an die Amtsgerichte gelangenden Flächenverzeichnissen ausdrücklich als isolirt bezeichnet werden.

Schließt ein Bestandtheil des Staatsforstreviers öffentliche Wege ein, so sind dem Eintrage, gleichviel ob die Wege besonders vermessen sind oder nicht, die Worte hinzuzufügen:

„ausschließlich der öffentlichen Wege."

Die unter a und b erwähnten Einträge sowie die Einträge der Brandkatasternummern solcher Forsthäuser und sonstigen Baulichkeiten, die nicht auf einem nach den Vorschriften unter a und b eingetragenen Grundstücke liegen, treten an die Stelle der bei anderen Grundstücken nach § 124 Ziffer 3 und 4 der Verordnung, das Verfahren in nichtstreitigen Rechtssachen betreffend, vom 9. Januar 1865 (G.= u. V.=Bl. S. 24) vorgeschriebenen Einträge der Flurbuchsnummern.

Flächeninhalte sind auf den Folien nicht anzugeben.

Der Eintrag in der ersten Rubrik des Grund= und Hypothekenbuchs gestaltet sich hiernach z. B. wie folgt:

(Nummer des Foliums).

Waldgrundstück.

Das Chemnitzer Staatsforstrevier.

Hierzu gehören:

A. Der Küchwald mit den isolirten Zubehörungen Lit. a und Abtheilung 25 c*);
B. Die Sechsruthen, ausschließlich der öffentlichen Wege;
C. Der Zeisigwald mit dem Forsthause Nr. 75 des Brandkatasters für Chemnitz und der Waldschenke Nr. 80 des Brandkatasters für Einsiedel.

Als Grundlage der Einträge und der etwa nöthig werdenden Nachträge haben die oben unter a erwähnten Flächenverzeichnisse zu dienen, die nach jeder Taxationsrevision der Staatsforstreviere im Finanz=Ministerium aufgestellt und den Amtsgerichten in beglaubigter Form werden zugestellt werden. Diese Flächenverzeichnisse werden insbesondere die Bezeichnungen und Namen der einzelnen Reviertheile, deren Gesammtfläche und den Flächeninhalt des Holzbodens und des Nichtholzbodens angeben. Ihnen wird eine die örtliche Lage der einzelnen Revierbestandtheile veranschaulichende Uebersichtskarte beigegeben werden. Die Flächenverzeichnisse und Uebersichtskarten vertreten die Stelle der Flurbuchsauszüge und Flurkarten und sind von der Grund= und Hypothekenbehörde aufzubewahren.

*) dafern Lit. a und Abtheilung 25 c, obgleich isolirt gelegen, doch in den forstlichen Flächenverzeichnissen dem Reviertheile A zugerechnet sind.

II.

Wenn in den bisherigen Einträgen mehr enthalten ist, als nach den Vorschriften unter I und nach den in Kraft gebliebenen Bestimmungen der Verordnung vom 4. August 1866 eingetragen werden soll, so sind diese Einträge nach Eingang neuer Flächenverzeichnisse und Uebersichtskarten zu löschen und durch einen neuen Eintrag zu ersetzen, der den vorstehenden Bestimmungen entspricht.

Dresden, am 16. Oktober 1894.

Ministerium der Justiz.

Schurig.

Böhm.

Nr. 55. Verordnung,

die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung des Bahnhofs Chemnitz durch Herstellung einer Rangiranlage bei Siegmar betreffend;

vom 19. Oktober 1894.

Im Interesse der Sicherheit und Ordnung des Güterverkehrs der Station Chemnitz macht sich die Herstellung einer Rangiranlage auf der Nordwestseite der Stadt, und zwar bei Siegmar erforderlich. Da keine Aussicht vorhanden ist, das zu der fraglichen Anlage erforderliche Areal zu angemessenen Preisen freihändig zu erwerben, so wird mit Allerhöchster Genehmigung von dem Ministerium des Innern auf Grund von § 2 des Gesetzes, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung bestehender Eisenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (G.- u. V.-Bl. S. 120) andurch verordnet, wie folgt:

§ 1. Die Bestimmungen im § 1 des nurgedachten Gesetzes vom 21. Juli 1855 sind nach Maßgabe des von dem Ministerium des Innern genehmigten Planes auf die Erweiterung des Bahnhofs Chemnitz durch Herstellung einer Rangiranlage bei Siegmar in Anwendung zu bringen.

§ 2. Hinsichtlich des bei der Expropriation für diese Anlage zu beobachtenden Verfahrens und der diesfallsigen Instruktion der Behörde und der Taxatoren ist allenthalben den Bestimmungen nachzugehen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3. Juli 1835 (G.- u. V.-Bl. S. 374) sowie in den zu deren Erläuterung ergangenen späteren Verordnungen enthalten sind.

§ 3. Von der in § 1 erwähnten Anlage werden die Fluren

Siegmar und
Neustadt mit Kanzleilehngut
Höckericht

betroffen.

Dresden, den 19. Oktober 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Gersdorf.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen.

12. Stück vom Jahre 1894.

Inhalt: Nr. 56. Verordnung, die Vertretung des Staatsfiskus in gewissen Fällen betr. S. 179. — Nr. 57. Bekanntmachung, die Gemeindeverfassung der Stadt Markranstädt betr. S. 180.

Nr. 56. Verordnung,

die Vertretung des Staatsfiskus in gewissen Fällen betreffend;

vom 23. November 1894.

Mit Allerhöchster Genehmigung wird verordnet was folgt:

Der Vorstand einer Justizbehörde ist ermächtigt, bei der Pfändung von Forderungen den sächsischen Staatsfiskus als Drittschuldner im Sinne der §§ 730 bis 751 der Civilprozeßordnung zu vertreten,

1. wenn die zu pfändende Forderung gerichtet ist auf Auszahlung oder Auslieferung von Geldern, Werthpapieren, Kostbarkeiten oder anderen beweglichen Sachen, die sich im Depositum oder in sonstiger Verwahrung der Justizbehörde befinden oder von der Justizbehörde oder von Ortsgerichtspersonen versiegelt oder sonst zur Sicherung in Obhut genommen worden sind, oder
2. wenn es sich um die Pfändung der Besoldung eines der Justizbehörde angehörigen Beamten oder Bediensteten handelt.

Für die Beamten der Gefangenanstalten zu Dresden, Leipzig und Chemnitz ist als Vorstand der Behörde in diesem Sinne der erste Staatsanwalt bei dem Landgerichte am Sitze der Gefangenanstalt anzusehen.

Ausgegeben zu Dresden den 31. Dezember 1894.

Handelt es sich um Pfändung der Besoldung, die der Vorstand der Justizbehörde bezieht, so ist das Justiz-Ministerium ermächtigt, den Staatsfiskus als Drittschuldner zu vertreten.

Dresden, den 23. November 1894.

Die Ministerien der Finanzen und der Justiz.

v. Thümmel. Schurig.

Böhm.

Nr. 57. Bekanntmachung,

die Gemeindeverfassung der Stadt Markranstädt betreffend;

vom 10. Dezember 1894.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 22. September 1874, die Verfassungsverhältnisse der Städte betreffend (G.- u. V.-Bl. S. 325 flg.), wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß

die Stadt Markranstädt

nach dem mit Genehmigung des Ministeriums des Innern gefaßten Beschlusse des Stadtgemeinderaths daselbst aus der Reihe derjenigen Städte, welche die Städteordnung für mittlere und kleine Städte vom 24. April 1873 angenommen haben, ausgeschieden ist und ihre Verfassung nach den Bestimmungen der Revidirten Städteordnung vom nämlichen Tage geordnet hat.

Dresden, am 10. Dezember 1894.

Ministerium des Innern.

v. Metzsch.

Münckner.

Druck und Verlag der Königl. Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne, Dresden.